

2013

GESCHÄFTSBERICHT POSTBANK KONZERN



Postbank

DER POSTBANK KONZERN IN ZAHLEN 2013

		01.01. – 31.12.2013	01.01. – 31.12.2012 ¹
Gewinn- und Verlustrechnung			
Gesamterträge	Mio €	3.804	3.739
Verwaltungsaufwand	Mio €	-3.177	-2.991
Ergebnis vor Steuern	Mio €	318	394
Konzerngewinn	Mio €	330	287
Cost Income Ratio gesamt	%	83,5	80,0
Eigenkapital-Rendite			
vor Steuern	%	5,4	6,6
nach Steuern	%	5,6	4,8
Ergebnis je Aktie ²	€	1,51	1,31

		31.12.2013	31.12.2012
Bilanz			
Bilanzsumme ¹	Mio €	161.506	187.962
Kundeneinlagen	Mio €	103.698	111.508
Kundenkredite	Mio €	97.965	106.495
Risikovorsorge	Mio €	1.478	1.745
Eigenkapital ¹	Mio €	6.212	5.980
Kernkapitalquote	%	10,9	12,0
Mitarbeiter (auf Vollzeitkräfte umgerechnet)	Tsd	18,22	18,60
Langfrustrating			
Moody's		A2/Ausblick negativ	A2/Ausblick stabil
Standard & Poor's ³		-/-	A+/Ausblick negativ
Fitch		A+/Ausblick stabil	A+/Ausblick stabil

		31.12.2013	31.12.2012
Informationen zur Aktie			
Aktienkurs zum Stichtag	€	38,75	31,80
Aktienkurs (01.01. – 31.12.)	Hoch €	38,75	32,15
	Tief €	30,53	23,75
Marktkapitalisierung zum Stichtag	Mio €	8.479	6.958
Anzahl der Aktien	Mio	218,8	218,8

¹Angaben angepasst (siehe Note 7)

²Basierend auf 218,8 Millionen Aktien

³Das S&P-Rating wurde zum 31. Dezember 2012 beendet.



EROS

FINANZKALENDER 2014

25. März 2014	Veröffentlichung Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 2013
7. Mai 2014	Zwischenmitteilung zum 31. März 2014
9. Juli 2014	Hauptversammlung
1. August 2014	Veröffentlichung 6-Monatsbericht zum 30. Juni 2014
13. November 2014	Zwischenmitteilung zum 30. September 2014



Die Postbank Gruppe ist mit rund 14 Millionen Kunden und mehr als 18.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einer der großen Finanzdienstleister in Deutschland. Den Kern unserer Geschäftsaktivitäten bildet das Geschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden, darüber hinaus sind wir in den Bereichen Transaction Banking und Financial Markets aktiv.

INHALT

AN UNSERE STAKEHOLDER

01

BRIEF DES VORSTANDS	4
VORSTAND	6
INTERVIEW MIT DEM VORSITZENDEN DES VORSTANDS	8
ENTWICKLUNGEN IN DEN GESCHÄFTSFELDERN	12
BERICHT DES AUFSICHTSRATS	16

UNSERE VERANTWORTUNG

02

CORPORATE GOVERNANCE BERICHT	
INKLUSIVE ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG	26
NACHHALTIGKEIT	36

KONZERNLAGEBERICHT

03

GESCHÄFTS- UND RAHMENBEDINGUNGEN	40
ANGABEN NACH § 315 ABS. 4 HGB UND ERLÄUTERNDER BERICHT	42
VORSTANDS- UND AUFSICHTSRATSVERGÜTUNG	44
MITARBEITER	45
WICHTIGE EREIGNISSE BEI DER POSTBANK IM JAHR 2013	46
VOLKSWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN IM JAHR 2013	46
WIRTSCHAFTSBERICHT	49
SEGMENTBERICHTERSTATTUNG	51
BILANZENTWICKLUNG	52
NACHTRAGSBERICHT	53
CHANCENBERICHT	53
RISIKOBERICHT	55
PROGNOSEBERICHT	91

KONZERNABSCHLUSS

04

GESAMTERGEBNISRECHNUNG	96
BILANZ	98
EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG	99
KAPITALFLUSSRECHNUNG	100
ANHANG – NOTES	104
SEGMENTBERICHTERSTATTUNG (NOTE 40)	140
BESTÄTIGUNGSVERMERK	179

WEITERE INFORMATIONEN

05

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG QUARTALSÜBERSICHT	182
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG MEHRJAHRESÜBERSICHT	184
BILANZ MEHRJAHRESÜBERSICHT	185
SEGMENTBERICHTERSTATTUNG MEHRJAHRESÜBERSICHT	186
ANGEWANDTE RECHNUNGSLEGUNGSVORSCHRIFTEN	188
GREMIEN	190
GLOSSAR	192
ADRESSEN	197

AN UNSERE STAKEHOLDER

BRIEF DES VORSTANDS	4
VORSTAND	6
INTERVIEW MIT DEM VORSITZENDEN DES VORSTANDS	8
ENTWICKLUNGEN IN DEN GESCHÄFTSFELDERN	12
BERICHT DES AUFSICHTSRATS	16

01

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Postbank ist auf Basis ihres soliden und wachsenden Kundengeschäfts auf Erfolgskurs. Sie ist durch weiteren Risikoabbau sicherer geworden und konnte sich durch gezielte Reduktion der Bilanz dem regulatorischen Umfeld weiter anpassen. Das ist das positive Fazit des Geschäftsjahres 2013. Wir haben den Konzerngewinn deutlich steigern können – um rund 15 % auf 330 Mio € nach 287 Mio € im Vorjahr. Die Postbank konnte sich damit in einem Umfeld bewähren, das nach wie vor äußerst widrig ist: Das Zinsniveau ist anhaltend niedrig, die regulatorischen Herausforderungen sind so zahlreich wie komplex, und die Kunden sind angesichts konjunktureller Unsicherheiten immer noch sehr zurückhaltend. Unter diesen Bedingungen ist ein Wachstum, wie es die Postbank erzielt hat, keine Selbstverständlichkeit. Es ist eine Leistung, auf die unsere mehr als 18.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stolz sein können.

Das robuste Geschäftsmodell der Postbank stellt auch in volatilen Zeiten seine Ertragsstärke dauerhaft unter Beweis – die Gesamterträge der Bank stiegen im letzten Jahr um 1,7 % auf 3,8 Mrd €. Folgerichtig haben wir das Geschäftsmodell im Zuge der Umsetzung unserer Postbank Agenda weiterentwickelt und noch mehr auf das Kundengeschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden in Deutschland fokussiert. Zudem haben wir den Marktauftritt im wichtigen Bauspargeschäft unter der Marke BHW neu aufgestellt.

Erfreulich ist, dass unsere Online-Kanäle zunehmend als Innovations- und Wachstumsmotoren wirken, die längst erheblich zum Erfolg im Kundengeschäft beitragen. Bereits jedes fünfte Postbank Girokonto wird online abgeschlossen, bei Ratenkrediten kam im abgelaufenen Geschäftsjahr sogar mehr als ein Drittel des Neugeschäftsvolumens über das Internet. Die Postbank hat sich zur führenden Online-Bank in Deutschland mit der meistbesuchten Internetseite eines Finanzdienstleisters entwickelt, die auch im abgelaufenen Jahr vielfach ausgezeichnet wurde. Wir werden das Direktbankgeschäft weiter kräftig entwickeln und unsere große Stärke – die einzigartige Verbindung von physischer Nähe und digitaler Welt – ausbauen.

Ihre Vertriebsstärke hat die Postbank im Kundengeschäft für weiteres Wachstum genutzt. So sind wir zum Beispiel im Girogeschäft mit 5,2 Millionen Girokonten weiterhin unangefochten größter Anbieter im deutschen Markt: 508.000 neue Konten im Jahr 2013 markieren einen neuen Höchststand. Auch das Neugeschäft mit Ratenkrediten legte 2013 um rund 24 % auf den neuen Rekordwert von 2,1 Mrd € zu. Der Postbank gelang damit ein deutliches Wachstum gegen den negativen Markttrend. Dabei wurde das Kreditangebot der Postbank erneut in vielen unabhängigen Vergleichstests hervorragend bewertet und ausgezeichnet. Den anhaltenden Trend zur Immobilie konnte die Postbank erneut in weiteres Wachstum ummünzen. Im Bauspargeschäft unter der Marke BHW stieg die beantragte Bausparsumme um 400 Mio € auf 11,4 Mrd €. Auch das Geschäft mit Baufinanzierungen entwickelte sich erfreulich. Inklusive ausgezahlter Bauspardarlehen nahmen Kunden der Postbank im Jahr 2013 Finanzierungsmittel von ca. 9,3 Mrd € auf, rund 6,9 % mehr als im Vorjahr. Das Spargeschäft hingegen verzeichnete einen leichten Rückgang, was insbesondere der anhaltenden Niedrigzinsphase geschuldet ist. Zwar wurden 7,4 Mrd € an Neugeschäft generiert, jedoch lag das Volumen der Spar- und Tagesgelder zum Jahresende 2013 mit 52,2 Mrd € um 4 % unter dem Vorjahreswert.

Wesentlicher Bestandteil der Strategie der Postbank ist die Integration von Backoffices in den Deutschen Bank Konzern. Hier haben wir im Geschäftsjahr 2013 weiter erhebliche Fortschritte gemacht und befinden uns auf der „Zielgeraden“ des Integrationsprozesses. Mit Maßnahmen wie der Vereinheitlichung von Systemen im Projekt Magellan konnten im abgelaufenen Jahr im Gesamtkonzern über den Erwartungen liegende Einsparungen erzielt werden. Im ersten Halbjahr 2014 sollen Servicegesellschaften der Deutschen Bank und der Postbank in einer

gemeinsamen Platform Holding, der PBC Banking Services, gebündelt werden. Die Postbank wird an dieser Holding maßgeblich beteiligt sein.

Die Postbank hat ihre De-Risking-Strategie im Geschäftsjahr 2013 beschleunigt fortgeführt und ihre Risiken erneut in erheblichem Maße reduziert. Infolgedessen ist die Postbank wieder ein Stück sicherer geworden. Zum Beispiel haben wir den Bestand an Finanzanlagen im Verlauf des vergangenen Jahres erneut um 3,0 Mrd € auf 34,0 Mrd € gesenkt. Das ursprünglich für Ende 2013 definierte Ziel, das Volumen der Finanzanlagen auf rund 45 Mrd € zu verringern, hat die Postbank damit bereits in erheblichem Maße übererfüllt. Mit der Verringerung der Bilanzsumme um 14,1% auf 161,5 Mrd € zum Jahresende begegnete die Postbank proaktiv anstehenden regulatorischen Vorgaben. Die Kernkapitalquote (Tier 1 Ratio) nach Basel II der Postbank betrug zum Jahresende 2013 10,9% nach 12,0% Ende 2012. Der Rückgang ist vor allem auf Veränderungen der Berechnung von Hybridkapital zurückzuführen. Auf vergleichbarer Basis konnte die Postbank ihre Kernkapitalquote um rund 2 Prozentpunkte steigern.

Sehr geehrte Damen und Herren, meine Vorstandskollegen und ich sind der Überzeugung, dass eine Weiterentwicklung des Geschäfts mit der der Kultur einhergehen muss. Mit dieser Prämisse hat die Postbank auch 2013 intensiv an der Stärkung und Weiterentwicklung ihrer Identität gearbeitet. Gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wurde ein neues Leitbild entwickelt und dessen Umsetzung gestartet. Zudem hat die Postbank ihr gesellschaftliches Engagement mit zahlreichen Projekten unter der Überschrift „Wir für Kinder“ gemeinsam mit der Organisation „Save the Children“ ausgeweitet.

Aufbauend auf den guten Ergebnissen des vergangenen Jahres, geht die Postbank mit klaren Prioritäten in das Jahr 2014 und in die weitere der Umsetzung unserer Postbank Agenda. In den kommenden Monaten werden wir uns darauf konzentrieren, den Geschäftserfolg auszubauen und weiter zu wachsen, die Postbank für alle Kunden besser erlebbar zu machen, u. a. durch Stärkung der Marke und eine weiter sichtbar intensivierte Zusammenarbeit der Vertriebswege. Ferner werden wir diszipliniert regulatorische Anforderungen abarbeiten und das Kontrollsystem ausbauen sowie unser Leitbild intern weiter umsetzen und spürbar im Alltag zum Nutzen unserer Kunden und Mitarbeiter mit Leben füllen.

Im vergangenen Geschäftsjahr ist es der Postbank gelungen, in einem herausfordernden Umfeld eine Balance von Wachstum auf der einen und Integration auf der anderen Seite zu meistern. Wir haben erneut große Kostendisziplin bewiesen, unsere Kernkapitalquote auf vergleichbarer Basis verbessert und die Postbank sicherer gemacht. Das kann nur eine Organisation schaffen, die auf den Einsatz gleichermaßen motivierter wie fähiger Mitarbeiter bauen kann. Die Postbank kann das, und dafür möchte ich mich auch im Namen des Vorstands bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr herzlich bedanken. Sie sind die größte Stärke der Postbank – und diese Stärke macht mich weiterhin mehr als zuversichtlich, dass die Postbank auch die vor uns liegenden Herausforderungen bestens bewältigen wird.

Bonn, 25. März 2014



Frank Strauß
Vorsitzender des Vorstands

DER VORSTAND DER DEUTSCHEN POSTBANK AG





v. l. n. r. Dr. Ralph Müller (COO, Generalbevollmächtigter), Hanns-Peter Storr (CRO), Frank Strauß (CEO), Hans-Peter Schmid (Filialvertrieb), Susanne Klöß (Produkt, Generalbevollmächtigte), Marc Heß (CFO), Ralf Stemmer (Ressourcen, CAO)

„WIR HABEN GELIEFERT, WAS WIR VERSPROCHEN HABEN.“

INTERVIEW MIT DEM VORSITZENDEN DES VORSTANDS FRANK STRAUSS

Herr Strauß, wie ist das Geschäftsjahr 2013 gelaufen?

Es war insgesamt ein gutes Jahr, mit dem wir sehr zufrieden sein können. Wir haben uns besser geschlagen, als wir es erwartet hatten. Wir haben den Konzerngewinn auf Basis unseres stabilen Kundengeschäfts wieder deutlich gesteigert. Das ist uns in einem Marktumfeld gelungen, in dem uns ein sehr rauer Wind entgegenweht: Niedrigzins, Regularien, Staatsschuldenkrise sind einige Stichworte. Dass wir uns unter diesen widrigen Bedingungen so gut entwickelt haben, ist der tollen Leistung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verdanken. Wir haben wieder das geliefert, was wir versprochen haben, nämlich die Postbank sicherer und profitabler zu machen und zu wachsen.

Ist die Postbank denn sicherer geworden?

Eindeutig. Die Postbank hat ihre seit 2010 laufende Strategie des Risikoabbaus im Geschäftsjahr 2013 beschleunigt fortgeführt und ihre Risiken wie in den Vorjahren erheblich reduziert. Zum Beispiel haben wir den Bestand an Finanzanlagen wieder um 3 Mrd € gesenkt. Wir haben unsere Bilanz verkleinert und unsere Kernkapitalquote auf vergleichbarer Basis verbessert. Die Postbank ist damit gut für zukünftige Herausforderungen gerüstet.

Wie hat sich das Kundengeschäft im vergangenen Jahr entwickelt?

Unser Kundengeschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden ist nachhaltig stabil. Das ist der Treiber unserer positiven Entwicklung. Vor allem aber sind wir im Neugeschäft in wichtigen Bereichen kräftig gewachsen.

Zum Beispiel?

Im Girogeschäft sind wir unangefochten größter Anbieter in Deutschland und haben mit über 500.000 neuen Konten einen Rekordwert erzielt. Bei den Ratenkrediten haben wir das Neugeschäft um rund ein Viertel gesteigert, übrigens gegen einen rückläufigen Markttrend! Auch im Bereich Immobilie sowie im Kreditgeschäft mit unseren Geschäfts- und mittelständischen Firmenkunden haben wir kräftig zugelegt. Das Spargeschäft ist leicht zurückgegangen – da spüren wir die Folgen der Niedrigzinspolitik.

Sie hatten angekündigt, das Online-Geschäft forcieren zu wollen ...

Wir sind mit 6,3 Millionen Online-Kunden schon die Nummer 1 in Deutschland. Unsere Internetseite ist die am meisten besuchte aller Finanzdienstleister und gehört zu den 50 stärksten über alle deutschen Branchen. Das Online-Geschäft ist bei uns ein echter Wachstumstreiber. Jedes fünfte Girokonto bei der Postbank wird mittlerweile online eröffnet, bei Ratenkrediten kam im abgelaufenen Geschäftsjahr sogar mehr als ein Drittel des Neugeschäftsvolumens über das Internet. Das ist ein Pfund, mit dem wir wuchern werden. Wir bauen das Direktgeschäft noch deutlich aus, da wird man in Zukunft einiges an Innovationen sehen. Das macht mir große Freude.

Also setzen Sie alles auf online?

Keineswegs. Wir nutzen aber konsequent die riesigen Chancen, die sich uns bieten. Der große Wettbewerbsvorteil der Postbank liegt darin, dass wir die zunehmende Digitalisierung besser mit Menschen verbinden können als irgendeine andere Bank. Wir haben ein führendes Online-Angebot, aber wir haben auch 1.100 Filialen, unsere über 3.000 mobilen Berater und zahlreiche andere Kontaktpunkte, an denen wir jeden Tag persönlich mit mehr als einer Million Menschen in Verbindung stehen. Wir können unseren Kunden eine einzigartige Verbindung aus räumlicher Nähe und Erlebnis in der digitalen Welt bieten. Diese besondere Kombination bauen wir weiter aus.

Nicht zu vergessen, Sie haben ein beachtliches Geschäfts- und Firmenkundengeschäft ...

Ja, und darauf sind wir auch stolz. Die Kunden honorieren die Kontinuität, mit der wir seit Jahren an ihrer Seite stehen. Die Postbank betreut mehr als 300.000 Geschäfts- und mittelständische Firmenkunden. Und das Geschäft wächst durchaus beachtlich. Wir konnten z. B. das Kreditneugeschäft von rund 700 Mio € auf 1,1 Mrd € steigern. Auch bei den Transaktionen als Gradmesser für die Intensität der Zusammenarbeit konnten wir eine Steigerung von 450 Millionen auf knapp 500 Millionen Stück verzeichnen.



Gibt es Änderungen am Geschäftsmodell?

Mit der Postbank Agenda haben wir unser einzigartiges Geschäftsmodell geschärft und ausgebaut. Und es erweist sich auch in turbulenten Zeiten wie diesen als äußerst robust. Deshalb werden wir es in der Struktur auch nicht verändern.

Dennoch können wir uns natürlich immer noch verbessern. Wir haben die Organisation der Bank jetzt nachhaltig so aufgebaut, dass Qualität und Kundenorientierung den richtigen Stellenwert bei uns haben. Das ist einer der zentralen Hebel für unseren Erfolg.

Wie kommen Sie mit der Postbank Agenda voran?

Wir haben große Fortschritte gemacht. Wir haben ein klares Zielbild, und mit der Postbank Agenda haben wir eindeutig die Schwerpunkte unserer strategischen Ausrichtung definiert. Die arbeiten wir konsequent ab. Das gilt für die Elemente Wachstum und Qualität, für die Ergebnissicherung und die Zukunftsimpulse u. a. in den Feldern Online und Bausparen.

Sie setzten auf das Bausparen – trotz des Zinsumfelds?

Bausparen ist mehr als nur Sparen. Es geht um den Traum vieler Kunden von einer eigenen Immobilie. Und bei dessen Erfüllung sehen wir uns als Postbank auf verschiedenen Ebenen nicht nur gefordert, wir sind auch von den geschäftlichen Chancen für uns überzeugt. Ein Grund, dieses gesamte Geschäftsfeld noch deutlicher in den Fokus zu nehmen. Mit der starken Marke BHW sind wir hier sehr gut aufgestellt – unter dieser Marke wird übrigens seit kurzem auch in den Filialen der Deutschen Bank Bausparen angeboten. Das freut mich sehr.

In der Postbank Agenda war die Integration ein wesentlicher Baustein. Wie ist hier der Stand?

Bei der Integration sind wir weit vorangekommen und haben im Geschäftsjahr 2013 wichtige Meilensteine erreicht. Zum Beispiel haben wir gemeinsam die Schaffung der einheitlichen IT-Plattform Magellan vorangetrieben und die erwarteten Synergien erzielt. Ganz aktuell bündeln wir die Servicegesellschaften der Deutschen Bank und der Postbank in einer gemeinsamen Platform Holding. Dort werden unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Backoffices mit ihren Kompetenzen zum gemeinsamen Erfolg beitragen. Wir sind wesentlicher Eigentümer und freuen uns weiterhin auf eine enge Zusammenarbeit mit dieser größeren, noch leistungsfähigeren Einheit.

Und dann?

Die Postbank geht mit ganz klaren Prioritäten in das Jahr 2014, wir setzen unsere Postbank Agenda weiter um. Die Basis ist, dass wir unseren Geschäftserfolg ausbauen, weiter wachsen und gute Ergebnisse liefern. Dazu werden wir die Postbank für alle Kunden besser erlebbar machen, u. a. durch Stärkung unserer Marke und eine weiter intensivierte Zusammenarbeit der Vertriebswege. Unsere Kunden sollen wissen, welche Vielfalt die Postbank ihnen bietet.

Welche Rolle spielt der kulturelle Wandel bei der Weiterentwicklung der Postbank?

Meine Vorstandskollegen und ich sind davon überzeugt, dass eine Weiterentwicklung des Geschäfts nur möglich ist, wenn man gleichzeitig auch die Kultur des Unternehmens weiterentwickelt. Darauf haben wir von Anfang an großen Wert gelegt. Die Postbank hat eine tolle Kultur und eine ausgeprägte Identität. Diese Identität zu stärken, ist eine wesentliche Erfolgskomponente in unserer Strategie. Dabei kommt es darauf an, die Mitarbeiter mitzunehmen und in die Gestaltung der Zukunft einzubinden.

Wie wollen Sie denn miteinander umgehen?

Wir haben in unserer Vision formuliert, wohin wir die Postbank gemeinsam entwickeln wollen: „Wir geben jeden Tag und überall das Beste für unsere Kunden, für ihre finanziellen und postalischen Bedürfnisse. Wir sind dabei fair, einfach und einzigartig. Als Unternehmen sind wir ambitioniert, wir wachsen und sind erfolgreich.“ Um das zu erreichen, orientieren wir uns an sechs Werten, die wir als handlungsleitend ansehen: Kundenorientierung, Integrität, nachhaltige Leistung, Innovation, Partnerschaft und Disziplin. Diese Werte teilen wir übrigens mit der Deutschen Bank, wir interpretieren sie für uns als Postbank als Teil unserer eigenständigen Identität.

Wenn Sie auf das vergangene Jahr blicken, worauf sind Sie besonders stolz?

Die Postbank hat es geschafft, Integration und Wachstum in einem äußerst schwierigen Umfeld miteinander zu verbinden – und sich dabei eine partnerschaftliche Kultur zu bewahren. Das ist nicht nur ein Spagat, sondern ein echter Kraftakt. Dabei erfolgreich zu sein, ist beileibe nicht selbstverständlich, wenn Sie sich andere Beispiele von Unternehmensintegrationen ansehen. Ich finde, darauf können alle Postbanker mächtig stolz sein.

„Wir sind mit 6,3 Millionen Online-Kunden schon die Nummer 1 in Deutschland. Jedes fünfte Girokonto bei der Postbank wird mittlerweile online eröffnet.“

Frank Strauß

ENTWICKLUNGEN IN DEN GESCHÄFTSFELDERN

PRIVATKUNDENNEUGESCHÄFT BLEIBT AUF KURS

Gegen den Markttrend konnte die Postbank ihr Ratenkreditgeschäft 2013 erneut mit attraktiven Konditionen und einem flexiblen Produktangebot kräftig ausbauen. Auch im Girogeschäft wurde die kontinuierliche Steigerung von Bestand und Qualität erfolgreich fortgesetzt. Die Entwicklung im Spar- und im Wertpapierneugeschäft hingegen wurde durch das sehr niedrige Zinsniveau und die schwierige Situation an den Märkten gedämpft.

Girokonten-Bestand und Sichteinlagen weiter auf Wachstumskurs

Mit 5,2 Millionen privaten Girokonten zum Jahresende 2013 hat die Postbank ihren Bestand im Vergleich zum Vorjahr erneut, und zwar um 2 %, ausgebaut. Damit blieb sie unangefochten größter Anbieter im deutschen Markt. Mit 508.000 neuen Konten, einem neuen Höchststand, stellte die Postbank abermals ihre Vertriebskraft unter Beweis.

Der Anteil der Online-Abschlüsse wird dabei immer wichtiger. Im Jahr 2013 entfielen bereits rund 20 % der Kontoeröffnungen auf diesen Vertriebsweg. Das Volumen der auf Konten von Privat- und Geschäftskunden gehaltenen Sichteinlagen stieg im Vergleich zum Vorjahresende um ca. 10 % bzw. 2,3 Mrd € auf 25,2 Mrd € und damit auf einen Rekordwert.

Spargeschäft mit leichtem Rückgang

Das Volumen der Spar- und Tagesgelder lag zum Jahresende 2013 bei 52,2 Mrd € und ging damit um rund 4 % gegenüber dem Vorjahresende zurück. Das Einwerben neuer Volumen wurde im Berichtsjahr durch die anhaltende Niedrigzinsphase erschwert. Gleichwohl betrug das Neugeschäftsvolumen 7,4 Mrd €.

Zwei Extra-Spargeld-Aktionen in der ersten Jahreshälfte gaben dem Neugeschäft deutliche Impulse: Mit dem Postbank Gewinn-Sparen zu Jahresbeginn und der SparCard *direkt* zur Jahresmitte konnten insgesamt 2,7 Mrd € neue Gelder eingesammelt werden. Beim Gewinn-Sparen handelt es sich um ein in Kooperation mit der Aktion Mensch aufgelegtes klassisches Sparprodukt mit Basiszins und einer Bonuskomponente. Die SparCard *direkt* ist ein attraktives, transparentes Sparprodukt, das ausschließlich über die Direktkanäle vertrieben wird.

Die Sparstrategie ist insgesamt auf eine profitable Bestandsentwicklung ausgerichtet. Durch die Einführung eines Zinscaps ab 100.000 € beim Gewinn-Sparen zum 1. Oktober 2013 wurde zudem das nachhaltigere kleinteilige Spargeschäft stärker gestützt. Von dem Zinscap betroffene Bestandskunden werden gezielt auf den Abschluss von Wertpapieren angesprochen.

Ratenkreditneugeschäft mit neuem Höchststand

Das Ratenkreditneugeschäft erreichte im Gesamtjahr 2013 einen neuen Rekordwert von 2,1 Mrd €, das bedeutet eine Steigerung des Neugeschäftsvolumens um nochmals rund 24 % gegenüber dem schon sehr guten Jahr 2012. Als erfolgreichster Vertriebsweg erwies sich erneut das Internet mit einem Anteil am Neugeschäftsvolumen von mehr als einem Drittel. Die Performance unseres Kreditgeschäfts unter den Marken Postbank und DSL Bank erachten wir als umso überzeugender, als die Postbank damit gegen den Markttrend wuchs: Die Bundesbank weist für 2013 einen Rückgang des Neugeschäfts um über 9 % aus. Auch der Bestand an Ratenkrediten stieg weiter und lag am 31. Dezember 2013 mit 5,0 Mrd € um ca. 630 Mio € über dem entsprechenden Wert des Vorjahres.

Erneut wurde das Kreditangebot der Postbank in unabhängigen Vergleichstests hervorragend bewertet: So kürten n-tv und die FMH Finanzberatung den Postbank Ratenkredit zum zweiten Mal zum „TOP-Ratenkredit“. Das Deutsche Institut für Service-Qualität und n-tv vergaben für den Postbank Ratenkredit erneut den „1. Platz“ in der Kategorie Anbieter Ratenkredit (überregionale Filialbanken). Und „Euro am Sonntag“ und das Deutsche Kundeninstitut (DKI) urteilten: „Beratung sehr gut“ in der Kategorie bonitätsabhängige Ratenkredite.

Bauspareinlagen wiederum mit einer positiven Entwicklung

Im Bauspargeschäft, das wir unter der Marke BHW betreiben, stieg die beantragte Bausparsumme gegenüber dem Vorjahreswert um 3,6 % auf ca. 11,4 Mrd € (Vorjahr: 11,0 Mrd €).

Das Neugeschäft entwickelte sich in den drei Hauptvertriebswegen unterschiedlich. Während das in den Postbank Filialen generierte Neugeschäftsvolumen mit nahezu 1,9 Mrd € das Niveau des Vorjahres mit einem Plus von 14,0 % spürbar übertraf, konnte die Postbank Finanzberatung mit rund 7,5 Mrd € einen Zuwachs von 2,7 % gegenüber dem Vorjahr erzielen. Die Kooperationspartner erreichten mit rund 1,7 Mrd € eine Steigerung um rund 10,1 %.

Die Bauspareinlagen wuchsen seit Jahresende 2012 um 1,7 % auf rund 18,4 Mrd €. Der Marktanteil des beantragten Bausparneugeschäfts lag Ende 2013 bei 9,9 %, der des Bestands an Bauspareinlagen bei rund 12,8 %.

Erfreuliche Entwicklung in der Baufinanzierung

Inklusive ausgezahlter Bauspardarlehen nahmen unsere Kunden bis Ende 2013 Finanzierungsmittel für private Bauvorhaben im Volumen von ca. 9,3 Mrd € auf, rund 6,9 % oder 0,6 Mrd € mehr als im Vorjahr. Dabei konnten beide Marken, unter denen wir das Baufinanzierungsgeschäft im Berichtsjahr betrieben, das Neugeschäftsvolumen steigern. Das unter der Marke BHW akquirierte Neugeschäft lag mit einem Volumen von rund 3,1 Mrd € um ca. 3,3 % über dem Vorjahreswert; im Vermittlergeschäft, in dem wir mit der Marke DSL Bank als „Partnerbank der Finanzdienstleister“ positioniert sind, konnten wir das über Internetplattformen und Vertriebspartner generierte Volumen sogar um 6,7 % steigern.

Der Bestand an Baufinanzierungen – inklusive erworbener Fremdportfolios – lag am 31. Dezember 2013 bei 73,1 Mrd € und damit leicht unter dem Wert zum Jahresende 2012 von 74,0 Mrd €. Folglich sank auch der Marktanteil bei steigenden Margen mit rund 8,8 % geringfügig unter den entsprechenden Vorjahreswert.

Verhaltenes Wertpapier- und Vorsorgegeschäft

Das Wertpapierneugeschäft stieg trotz des weiterhin schwierigen Umfelds – hier sind vor allem die Staatsschuldenkrise in einigen europäischen Ländern und das niedrige Zinsniveau zu nennen – im Gesamtjahr 2013 gegenüber 2012 um rund 12 % an. Zusätzlich sorgte die positive Wertentwicklung dafür, dass sich das in Kundendepots verwaltete Wertpapiervolumen im Vergleich zum Vorjahr um etwa 5 % auf 12,9 Mrd € erhöhte.

Das Vorsorgegeschäft blieb in einem schwierigen Marktumfeld hinter dem des Vorjahres zurück. Hierin spiegelt sich auch die Zurückhaltung der privaten Haushalte bei der längerfristigen Geldanlage wider, die 2013 im Neugeschäft wirksam wurde. Besonders unbefriedigend verlief, dem Markttrend entsprechend, das Neugeschäft im Bereich der geförderten Altersvorsorge.

Die Entwicklung des Sach- und Kfz-Versicherungsgeschäfts mit der HUK Coburg zeigte 2013 einen überaus positiven Verlauf. Der schwunghafte Absatz im Sachversicherungsgeschäft führte im Gesamtjahr 2013 zu einem Anstieg der Vertragsanzahl um fast 25 % auf 138.000.

Fokussierung des Firmenkundengeschäfts auf den Mittelstand

Wir haben unsere im Vorjahr begonnene Fokussierung auf den Mittelstand mit seiner von Familienunternehmen geprägten Struktur fortgeführt. Die Postbank steht ihren Kunden mit zahlreichen Produkten als Kernbank für den täglichen Grundbedarf bundesweit zur Seite.

Im Zuge dieser Strategie trägt das Firmenkundensegment zur Reduzierung der Bilanzsumme im Konzern bei. Der Bestand an Firmenkundenkrediten wurde vor allem durch den Rückzug aus Engagements mit Großmandaten von 7,9 Mrd € im Vorjahr auf 7,0 Mrd € verringert.

Das Geschäftsfeld Factoring hat den im Vorjahr eingeschlagenen Weg der Rentabilitätssteigerung fortgesetzt und konnte durch eine weitere Optimierung des Portfolios die Erträge bei vergleichbarem Volumen erhöhen.

In der gewerblichen Immobilienfinanzierung fokussieren wir unser Neugeschäft nach erfolgreicher Portfoliokonsolidierung unter Beibehaltung unserer risikobewussten Vergabepolitik auf die Finanzierung von Bestandsimmobilien für professionelle Immobilieninvestoren. Im Wesentlichen getrieben durch die weitere Portfoliooptimierung und die konservative Ausrichtung unseres Portfolios, lag der entsprechende Kreditbestand am 31. Dezember 2013 für gewerbliche Immobilienfinanzierungen mit 8,3 Mrd € um 1,4 Mrd € unter dem um die Beiträge der Non Core Operating Unit bereinigten Vorjahreswert.

Durch den bewussten Rückzug aus Großmandaten sank die Zahl der abgewickelten Transaktionen im Geschäftsfeld Zahlungsverkehr insgesamt zwar von 851 Millionen auf 797 Millionen, in unserer Hauptzielgruppe deutscher Mittelstand konnte die Menge der abgewickelten Transaktionen gegenüber dem Vorjahr jedoch weiter gesteigert werden.

Als Folge des herausfordernden Niedrigzinsumfelds und um den Bilanzabbau im Konzern analog zur Kreditseite zu unterstützen, wurde das Anlagevolumen unserer Firmenkunden bewusst zurückgefahren; Ende Dezember 2013 lag es mit 7,0 Mrd € deutlich unter dem vergleichbaren Vorjahreswert von 16,2 Mrd €.

Transaction Banking stabil

Mit rund 7,6 Milliarden Transaktionen für die Postbank und drei weitere Mandanten sind wir weiterhin einer der führenden Transaction-Banking-Anbieter in Deutschland. Das Jahr 2013 stand hierbei für uns ganz im Zeichen der vorbereitenden Aktivitäten und Projekte zur Einführung von SEPA (Single Euro Payments Area) und zur künftigen Abwicklung des SEPA-Zahlungsverkehrs.

Financial Markets verschlankt

Der Geschäftsbereich Financial Markets ist für die Geld- und Kapitalmarktaktivitäten des Postbank Konzerns verantwortlich. Zu seinen Aufgaben gehört es, die Konditionsbeiträge aus dem Kundengeschäft durch Aussteuerung der Zins- und Marktrisiken zu sichern und die Liquiditätsposition des Postbank Konzerns zu steuern. Dabei unterstützt der Bereich die Bemühungen zum De-Risking und zum weiteren Abbau der Bilanzvolumen zur Verbesserung von künftig relevanten Kennzahlen (z. B. Leverage Ratio). So ging der Bestand an Finanzanlagen bis Ende 2013 gegenüber Ende 2012 um 3,0 Mrd € auf 34,0 Mrd € zurück; das Bilanzvolumen sank um 14,1% auf 161,5 Mrd €.

Non Core Operating Unit mit deutlichem Volumenabbau

Das Segment Non Core Operating Unit (NCOU) umfasst die Portfolios und Aktivitäten, die gemäß der aktuellen Ausrichtung der Bank nicht mehr zum Kerngeschäft gehören. Sie wurden aus den ursprünglichen Segmenten herausgelöst, um sie zielgerichteter steuern zu können. Dazu gehören u. a. ausgewählte Finanzanlagebestände, Teile der internationalen gewerblichen Immobilienfinanzierungen, ausgewählte Firmenkundenkredite, bestimmte Auslandsaktivitäten, nicht mehr im Vertrieb befindliche Produkte im Kundengeschäft sowie besicherte und unbesicherte Emissionen.

Die Bestände in der Non Core Operating Unit wurden bis zum 31. Dezember 2013 gegenüber dem Vorjahresende deutlich reduziert mit dem Ergebnis, dass die Non Core Operating Unit im Gesamtjahr 2013 ihre ursprünglichen Ziele für den Risikoabbau deutlich übertraf. Dies erfolgte insbesondere durch den Verkauf des verbliebenen Portfolios strukturierter Kredite, die Veräußerung unserer US-amerikanischen Tochtergesellschaften an die Deutsche Bank AG und den Verkauf von Portfolios unserer Niederlassung in London. Insgesamt reduzierten sich 2013 die Aktiva um 13,9 Mrd € auf 13,4 Mrd € und die Passiva um 15,9 Mrd € auf 25,4 Mrd €.

BERICHT DES AUFSICHTSRATS

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Deutsche Postbank AG (nachfolgend auch Postbank) hat sich im Geschäftsjahr 2013 trotz der schwierigen Rahmenbedingungen gut im Wettbewerb behaupten können. Insgesamt konnte sich das konjunkturelle Umfeld in Europa stabilisieren, von einer schnellen, gesamt-haftigen Erholung kann jedoch auch in naher Zukunft nicht ausgegangen werden. Auch das Jahr 2013 war, wie bereits die Vorjahre, von einem anhaltenden Zins- und Margendruck geprägt. Die europäische Zentralbank geht auch für die kommenden Jahre von einem weitestgehend konstant niedrigen Zinsniveau aus. Neben dem niedrigen Zinsniveau und den geringen Margen wirkten sich auch die weiterhin bestehende Risikoscheu der Kunden und die zunehmenden Regulierungsanforderungen belastend auf das Banken- und Finanzdienstleistungssegment aus. Auch nach Umsetzung der Capital Requirements Regulation (CRR) und der Capital Requirements Directive IV (CRD IV), die Basel III seit 2014 in geltendes Recht umsetzt, ist künftig mit weiteren regulatorischen Vorgaben durch den Gesetzgeber und die Aufsicht zu rechnen. Die weitere Verschärfung der Vorgaben und das von Niedrigständen geprägte Zinsumfeld werden daher weiterhin zu den zentralen Herausforderungen für die Finanzdienstleistungs-industrie gehören.

Die Postbank konnte mit ihrem Ergebnis 2013 zeigen, dass sie mit ihrem Geschäftsmodell auch in Zeiten der Unsicherheit gut aufgestellt ist. Die Fortführung des 2012 gestarteten Kosteneinspar- und Ertragssteigerungsprogramms und eine konsequente Umsetzung der Management Agenda der Postbank haben dazu beigetragen, dass sich die Postbank in einem schwierigen Konjunktur- und Kapitalmarktumfeld beweisen und ein über den Erwartungen liegendes Ergebnis erzielen konnte.

Nach Abschluss des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags zwischen der DB Finanz-Holding GmbH und der Deutschen Postbank AG im Jahr 2012 konnte die Postbank im Rahmen der Integration in den Deutsche Bank Konzern weitere Meilensteine erreichen. Insbesondere die Realisierung einer gemeinsamen Plattform zur Abwicklung von Banking Services stellt dabei einen wichtigen Schritt für die Zukunft dar. Die damit verbundene Reduktion von Stückkosten bei einer gleichzeitigen Erhöhung der Qualität der Leistung wird die Postbank dabei unterstützen, dem steigenden Kostendruck entgegenzutreten und den hohen Qualitätsanforderungen der Kunden gerecht zu werden.

Im Sinne einer intensiven und konstruktiven Zusammenarbeit informierte uns der Vorstand im Geschäftsjahr 2013 regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle unternehmensrelevanten Fragen der Strategie, der Planung, der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der Bank, der Risikolage, des Risikomanagementsystems, des internen Kontrollsystems und der Compliance. Wir erörterten mit dem Vorstand zudem die Veränderungen des Vergütungssystems, strategische Maßnahmen, die Entwicklungen im regulatorischen Umfeld sowie wichtige Geschäftsvorgänge und -vorhaben. Abweichungen im Geschäftsverlauf von der Planung und von den Zielen in den einzelnen Segmenten wurden uns unter Angabe von Gründen erläutert. Wir haben alle uns vorgelegten zustimmungspflichtigen Maßnahmen und die strategische Ausrichtung des Unternehmens eingehend beraten. Soweit nach Gesetz, Satzung oder Geschäftsordnung erforderlich, haben wir nach gründlicher Prüfung und Beratung unser Votum abgegeben. Soweit dies zwischen den terminierten Sitzungen erforderlich war, wurden Beschlüsse im schriftlichen Verfahren gefasst. Zudem wurden der Aufsichts-



ratsvorsitzende sowie die Vorsitzenden des Prüfungs- und des Kredit- bzw. nunmehr des Risikoausschusses auch zwischen den Aufsichtsratssitzungen vom Vorstand über wichtige Geschäftsvorfälle und anstehende Entscheidungen informiert. Der Aufsichtsratsvorsitzende stand darüber hinaus in ständiger Verbindung mit dem Vorstandsvorsitzenden.

Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat

Im Geschäftsjahr 2013 hat sich der Aufsichtsrat zu insgesamt sechs ordentlichen Sitzungen zusammengefunden. In den Sitzungen wurden wir vom Vorstand über die aktuelle wirtschaftliche und geschäftliche Situation der Bank, den Geschäftsverlauf in den einzelnen Geschäftsfeldern, die Risikoentwicklung sowie über das Risikomanagement unterrichtet. In einer ganztägigen Klausurtagung haben wir gemeinsam mit dem Vorstand über die geschäfts- und risikostrategische Ausrichtung der Postbank vertiefend beraten und diese eingehend diskutiert.

Weitere Schwerpunkte der Beratungen im Berichtszeitraum bildeten die Risikostruktur der Postbank, die Auswirkungen aktueller und zukünftiger regulatorischer Änderungen und die Anpassung der Vorstandsvergütung. Ferner haben wir über die voranschreitende Integration der Postbank in den Deutsche Bank Konzern und dabei insbesondere über die Gründung der gemeinsamen GmbH zur Abwicklung von Bankdienstleistungen mit dem Vorstand ausführlich diskutiert. Den Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden regelmäßig Informationen über die aktuelle Lage des Unternehmens zur Verfügung gestellt.

Im Geschäftsjahr 2013 haben alle Mitglieder des Aufsichtsrats mindestens an der Hälfte der abgehaltenen Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse teilgenommen.

In der ordentlichen Sitzung am 1. Februar 2013 haben wir die Zielerreichung des Vorstands im Geschäftsjahr 2012 intensiv diskutiert und die Ziele für den Vorstand für das Geschäftsjahr 2013 festgelegt. Der Vorstand hat uns über den Stand der Jahresabschlussarbeiten informiert. Die Anteilseignervertreter des Aufsichtsrats haben im Rahmen der Beteiligungsangelegenheiten Beschlüsse zur Mitbestimmung in Tochtergesellschaften der Postbank gefasst. Weiterhin haben wir uns in der Sitzung über den aktuellen Sachstand zur Nutzung des von der Postbank gegenüber der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht angezeigten Waivers berichten lassen.

In der Bilanzsitzung am 22. März 2013 haben wir nach umfassender eigener Beratung und Prüfung sowie vorhergehender Erörterung mit dem Abschlussprüfer auf Empfehlung des Prüfungsausschusses den Jahres- und den Konzernabschluss 2012 der Postbank gebilligt. Hierzu haben wir uns auch in der Sitzung durch den Vorstand und den Wirtschaftsprüfer über die wesentlichen Feststellungen im Jahr 2012 berichten lassen. Neben der Beschlussfassung über die Tagesordnung für die Hauptversammlung am 28. Mai 2013 haben wir dem

Bericht des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung gemäß § 171 Abs. 2 AktG und § 314 Abs. 2 AktG und dem Corporate Governance Bericht inklusive der Erklärung zur Unternehmensführung zugestimmt. Weiterhin sind wir mit den Beschlüssen über die Einrichtung eines Risikoausschusses sowie der Implementierung einer Risikocontrolling-Funktion den Gesetzesänderungen im Rahmen der CRD IV gefolgt. Aufgrund des Ausscheidens von Herrn Werner Steinmüller aus dem Prüfungsausschuss haben wir Herrn Dr. Christian Ricken mit Wirkung zum 23. März 2013 in den Prüfungsausschuss gewählt. Ferner haben wir die Anpassung der Ziele 2013 des Vorstands auf Basis der aktualisierten Mittelfristplanung beschlossen. Nach Beratung wurde Herr Hanns-Peter Storr als Mitglied des Vorstands erneut bestellt, und der Verlängerung des Vorstandsvertrags um fünf Jahre bis Februar 2019 wurde zugestimmt. Weitere Themen der Aufsichtsratssitzung waren die Risikosituation der Gesamtbank, der Personal- und Sozialbericht und die Zustimmung zur Ausfinanzierung der Pensionsverpflichtungen der Postbank durch ein Treuhändermodell.

In der Präsenzsitzung am 27. Mai 2013 am Vorabend der Hauptversammlung haben wir uns über den organisatorischen Ablauf der Hauptversammlung berichten lassen. Wir wurden vom Vorstand über die Ergebnisse des ersten Quartals 2013 informiert und haben diese mit ihm diskutiert. Neben der regelmäßigen Berichterstattung aus den Ausschüssen und der Risikoberichterstattung haben wir im Rahmen der Einrichtung des Risikoausschusses Neuwahlen durchgeführt. Ferner sind wir der Empfehlung des Präsidialausschusses gefolgt und haben Herrn Marc Heß erneut als Mitglied des Vorstands bestellt sowie der Verlängerung seines Vorstandsvertrags für fünf Jahre bis März 2019 zugestimmt. Soweit erforderlich haben wir Beschlüsse gefasst.

In der darauffolgenden Sitzung am 29. Juli 2013 haben wir, nach Beratung, Herrn Strauß und Herrn Stemmer erneut als Vorstände bestellt und die Verlängerungen der Vorstandsverträge um weitere fünf Jahre bis Juni 2019 beschlossen. Weiterhin haben wir der Übernahme der Mitgliedschaft von Herrn Stemmer im Wissenschaftlichen Beirat der Bonner Akademie – Gesellschaft für DV- und Management-Training, Bildung und Beratung mit beschränkter Haftung zugestimmt. Neben der Kenntnisnahme des Vergütungsberichts 2012 haben wir uns über den Stand des deutschen CRD IV-Umsetzungsgesetzes und der CRR informieren lassen und die damit verbundenen Änderungen, den Vorstand und den Aufsichtsrat betreffend, diskutiert. Ferner hat uns der Vorstand über die Finanzlage des Konzerns und in den einzelnen Segmenten berichtet. Dabei haben wir sowohl die dargelegte finanzielle und personelle Situation der Postbank als auch die Risikosituation der Bank intensiv mit dem Vorstand erörtert und kritisch hinterfragt. Weiterhin wurden wir vom Vorstand über den Umsetzungsstand der Management Agenda und das weitere Vorgehen informiert und haben dies intensiv mit dem Management diskutiert. Neben den Beschlussfassungen der Anteilseignervertreter nach § 32 Mitbestimmungsgesetz (MitbestG) haben wir uns über Neuerungen der Auslagerungsstrategie der Postbank sowie über den Fortschritt einzelner Projekte berichten lassen.

In der Sitzung am 31. Oktober 2013 haben wir auf Empfehlung des Präsidialausschusses der Verlängerung des Vorstandsvertrags von Herrn Schmid um fünf Jahre bis November 2018 sowie der Mitgliedschaft von Herrn Stemmer im Beirat des Verbands der Sparda-Banken e.V. zugestimmt. Der Vorstand hat uns in der Sitzung im Rahmen der Regelberichterstattung über die Geschäftsentwicklung und die Risikosituation der Postbank informiert. Ferner haben

Aufsichtsrat und Vorstand gemeinsam den Status wesentlicher laufender Projekte erörtert und diskutiert.

In der letzten Aufsichtsratssitzung des Jahres am 17. Dezember 2013 standen die Geschäftsentwicklung, die Geschäftsplanung 2014, die Geschäfts- und Risikostrategie der Postbank, die Entsprechenserklärung nach § 161 Aktiengesetz (AktG) sowie die weitere Umsetzung der gemeinsamen IT-Plattform von Postbank und Deutscher Bank im Mittelpunkt der Beratungen des Aufsichtsrats. Der Vorstand hat uns über die aktuelle wirtschaftliche Lage des Unternehmens informiert. Gemeinsam mit dem Vorstand haben wir die Geschäftsplanung 2014 sowie die Geschäfts- und Risikostrategie 2014 der Postbank erörtert. Nach umfangreicher Beratung haben wir dem vorgelegten Geschäftsplan 2014 zugestimmt. Weiterhin haben wir in der Sitzung zu den Gesetzesänderungen im Zuge des CRD IV-Umsetzungsgesetzes beraten und, soweit erforderlich, Beschlüsse hierzu gefasst. In diesem Zusammenhang haben wir u. a. die Einrichtung eines Vergütungskontrollausschusses beschlossen und der Einrichtung eines Vergütungsbeauftragten in der Postbank zugestimmt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr haben wir zudem im Rahmen eines schriftlichen Verfahrens unser Stimmrecht wahrgenommen.

Interessenkonflikt

Neben den in der Entsprechenserklärung dargestellten und vorsorglich erklärten Interessenkonflikten hat Herr Dr. Ricken einen möglichen Interessenkonflikt im Rahmen des Projekts Platform Holding angezeigt und sich bei der Beschlussfassung der Stimme enthalten. Ferner hat Herr Kummetat aufgrund eines aus seiner Sicht bestehenden Interessenkonflikts an der Sitzung vom 22. März 2013 nicht teilgenommen.

Arbeit der Ausschüsse

Der Aufsichtsrat der Postbank hat für seine Arbeit im Geschäftsjahr 2013 sechs Ausschüsse gebildet. Zusätzlich zu diesen wurde mit Beschluss in der Dezember-Sitzung der Vergütungskontrollausschuss zum 1. Januar 2014 eingerichtet. Die aktuelle Zusammensetzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse stellt sich wie folgt dar:

Besetzung des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG und seiner Ausschüsse

Aufsichtsrat			
Rainer Neske (Vors.)	Prof. Dr. Edgar Ernst	Hans-Jürgen Kummetat	Eric Stadler
Frank Bsirske (stv. Vors.)	Stefanie Heberling	Dr. Christian Ricken	Werner Steinmüller
Rolf Bauermeister	Timo Heider	Bernd Rose	Gerd Tausendfreund
Susanne Bleidt	Dr. Tessen von Heydebreck	Lawrence A. Rosen	Renate Treis
Wilfried Boysen	Dr. Peter Hoch	Christian Sewing	Wolfgang Zimny

Präsidialausschuss (§ 10 GO AR)	
Rainer Neske (Vors.)	Dr. Tessen von Heydebreck
Frank Bsirske (stv. Vors.)	Eric Stadler

Personalausschuss (§ 13 GO AR)	
Frank Bsirske (Vors.)	Stefanie Heberling
Rainer Neske (stv. Vors.)	Dr. Tessen von Heydebreck
Susanne Bleidt	Renate Treis

Risikoausschuss (§ 11 GO AR)	
Werner Steinmüller (Vors.)	Bernd Rose
Prof. Dr. Edgar Ernst (stv. Vors.)	Renate Treis
Stefanie Heberling	Wolfgang Zimny

Nominierungsausschuss (§ 14 GO AR)	
Rainer Neske (Vors.)	Frank Bsirske
Dr. Tessen von Heydebreck (stv. Vors.)	Eric Stadler

Prüfungsausschuss (§ 12 GO AR)	
Dr. Peter Hoch (Vors.)	Dr. Christian Ricken
Prof. Dr. Edgar Ernst (stv. Vors.)	Bernd Rose
Timo Heider	Gerd Tausendfreund

Vergütungskontrollausschuss (§ 15 GO AR)	
Rainer Neske (Vors.)	Dr. Tessen von Heydebreck
Frank Bsirske (stv. Vors.)	Eric Stadler

Vermittlungsausschuss (§ 16 GO AR)	
Rainer Neske (Vors.)	Dr. Tessen von Heydebreck
Frank Bsirske (stv. Vors.)	Eric Stadler

In die Kompetenz des Präsidialausschusses fallen u. a. die Vorbereitung der Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Nominierungsausschusses, die Vorbereitung des Abschlusses, der Änderung und der Beendigung der Anstellungsverträge der Mitglieder des Vorstands sowie die Gewährung von Organkrediten an Vorstandsmitglieder und an Mitglieder des Aufsichtsrats. Außerdem gehören in seinen Aufgabenbereich die Vorbereitung von Entscheidungen auf dem Gebiet der Corporate Governance, die Prüfung der Einhaltung der Entsprechenserklärung sowie besondere Themen von übergeordneter Bedeutung und Grundsatzfragen der strategischen Ausrichtung des Unternehmens. Der Ausschuss tagte im Berichtsjahr sechs Mal. Gegenstand der Beratungen waren die Personalplanung im Vorstand, die Anpassung der Vorstandsvergütungssystematik, erforderliche Anpassungen aufgrund des CRD IV-Umsetzungsgesetzes und die Kreditvergabe

an Organmitglieder der Postbank Gruppe. Weiterhin bereitete der Präsidialausschuss in seinen Sitzungen Beschlussfassungen für den Aufsichtsrat vor und stimmte der Übernahme von Mandaten von Vorstandsmitgliedern in anderen Unternehmen zu.

Mit Beschluss des Aufsichtsrats vom 22. März 2013 wurde der Kreditausschuss mit der Einrichtung des Risikoausschusses als dessen Nachfolgegremium aufgelöst. Die Postbank hat hierdurch bereits vor Inkrafttreten der Änderungen des Kreditwesengesetzes aufgrund der Anpassungen durch die CRD IV eine Stärkung der Bedeutung des Risikomanagements vorgenommen. Der Risikoausschuss ist weiterhin für die bisherigen Entscheidungen des Kreditausschusses zuständig, welche die Gewährung von Organkrediten, Kreditentscheidungen, spezielle Investitionsentscheidungen sowie grundsätzliche Fragen der Kreditgewährung umfassen. Diese Zuständigkeiten wurden auf alle Risikoarten erweitert und um die Überwachung und Beratung von Risikobereitschaft, -profil und -strategie ergänzt. Der Kreditausschuss und der Risikoausschuss tagten 2013 jeweils drei Mal, davon wurde eine Sitzung gemeinsam mit dem Prüfungsausschuss abgehalten. Der Vorstand hat den Kredit- bzw. Risikoausschuss in den Sitzungen des abgelaufenen Geschäftsjahres umfassend und regelmäßig über die Entwicklungen der Finanz- und der Risikokennzahlen informiert. Die Ausschüsse haben in ihren jeweiligen Sitzungen auftragsgemäß über das aktuelle Marktumfeld und die jeweilige Risikosituation beraten und über die Neugenehmigung, Prolongation und Erhöhung von diversen Einzelkrediten und Kreditrahmen entschieden. Darüber hinaus hat der Risikoausschuss die Risikostrategie sowie Portfoliostrategien und -strukturen mit dem Vorstand erörtert und Maßnahmen zur Steuerung von Risiken diskutiert. Ferner hat sich der Ausschuss intensiv mit Änderungen der regulatorischen Anforderungen beschäftigt, um hieraus Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Risikomanagements und der Risikokultur abzuleiten. Um hierbei übergreifende Themen effizient begleiten zu können, haben der Kredit- bzw. Risikoausschuss und der Prüfungsausschuss in enger Abstimmung zusammengearbeitet.

Dem Prüfungsausschuss sind die Themengebiete Rechnungslegung, Risikomanagement, Compliance, Revision, internes Kontrollsystem und Abschlussprüfung zugewiesen. Der Prüfungsausschuss tagte im Berichtszeitraum insgesamt sechs Mal. Eine Ausschusssitzung wurde gemeinsam mit dem Risikoausschuss abgehalten. Gegenstand der Beratungen – im Beisein des Wirtschaftsprüfers – waren die intensive Begleitung des Jahres- und des Konzernabschlusses 2012, die Zwischenberichte sowie die Erörterung der Rechnungslegung. Der Halbjahresbericht und die Quartalsberichte 2013 wurden im Einklang mit der Empfehlung in Ziffer 7.1.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) vor Veröffentlichung mit dem Vorstand erörtert. Der Prüfungsausschuss hat sich im Berichtszeitraum von der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, des internen Kontrollsystems sowie des Revisionssystems der Postbank überzeugt. Der Ausschuss befasste sich mit der Erteilung der Prüfungsaufträge und legte die Jahresabschlussprüfungsschwerpunkte für das Geschäftsjahr fest. Dabei überzeugte sich der Ausschuss von der Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers gemäß den Vorgaben des DCGK. In seinen Sitzungen hat er sich umfassend mit den Prüfungsergebnissen des Wirtschaftsprüfers, der Arbeit der Internen Revision, mit Fragen der Compliance, der Rechnungslegung und zu Rechtsrisiken sowie mit durchgeführten Sonderprüfungen und Beanstandungen der Aufsichtsbehörden befasst. Der Ausschuss hat während des gesamten Berichtsjahres die Abarbeitung der Feststellungen eng begleitet. Der Vorstand informierte den Prüfungsausschuss regelmäßig über Änderungen im regulatorischen Umfeld, deren Folgen für die Postbank und über den Umsetzungsstand der in diesem Zusammenhang gestarteten Projekte. Soweit

dies erforderlich war, wurden eigene Beschlüsse gefasst oder eine entsprechende Beschlussempfehlung an den Aufsichtsrat gegeben.

Der Personalausschuss befasst sich mit den Strukturen der Personalarbeit der Deutschen Postbank AG und den Grundsätzen der Personalentwicklung. Im Geschäftsjahr 2013 hat der Ausschuss zwei Mal getagt. Schwerpunkte der Personalberichte des Vorstands in den Personalausschusssitzungen waren die Personalstrategie und die Personalentwicklung innerhalb des Konzerns inklusive der Vielfalt (Diversity), die Altersstruktur in der Deutschen Postbank AG, geplante Ausbildungs- und Qualifizierungskonzepte sowie Informationen zur Personalkosten- und Personalmengensteuerung.

Der Nominierungsausschuss bereitet den Vorschlag des Aufsichtsrats für die Wahl bzw. die Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner durch die Hauptversammlung vor. Aufgrund von Gesetzesänderungen im Rahmen der CRD IV wurde die Zuständigkeit mit Beschluss vom 17. Dezember 2013 erweitert. Der Ausschuss wird künftig den Aufsichtsrat, neben seinen bisherigen Aufgaben, bei der Ermittlung von Kandidaten für die Besetzung im Vorstand sowie der Personen der oberen Leitungsebene und der Einhaltung der zugrunde gelegten Grundsätze unterstützen. Er erarbeitet die Ziele hinsichtlich der Zusammensetzung des Aufsichtsrats und achtet auf deren Erreichung. Ferner überprüft der Nominierungsausschuss regelmäßig Struktur, Größe und Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsrat und bewertet die Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen der einzelnen Organmitglieder sowie des jeweiligen Organs in seiner Gesamtheit. Der Nominierungsausschuss hat im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht getagt.

Der Vermittlungsausschuss ist ein nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes (MitbestG) zu bildender Ausschuss. Er unterbreitet dem Aufsichtsrat Personalvorschläge für den Fall, dass für die Bestellung oder die Abberufung von Vorstandsmitgliedern die gesetzlich geforderte Zweidrittelmehrheit im Aufsichtsrat nicht erreicht wird. Im Geschäftsjahr bestand hierfür kein Bedarf. Der Vermittlungsausschuss ist im Berichtszeitraum daher nicht zusammengetreten.

Die Vorsitzenden der Ausschüsse berichteten dem Aufsichtsratsplenum regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse.

Mit Beschluss vom 17. Dezember 2013 wurde der Vergütungskontrollausschuss zum 1. Januar 2014 neu eingerichtet. Er unterstützt den Aufsichtsrat bei der Überwachung einer angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme für Vorstand und Mitarbeiter und insbesondere der Vergütungen für die Leiter der Risikocontrolling-Funktion und der Compliance-Funktion. Weiterhin bereitet er Beschlussvorschläge über die Vergütung von Geschäftsleitern unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Beschlüsse auf die Risiken und das Risikomanagement der Postbank vor und achtet darauf, dass die internen Kontroll- und alle sonstigen maßgeblichen Bereiche in die Ausgestaltung der Vergütungssysteme mit einbezogen werden.

Jahres- und Konzernabschlussprüfung

Die von der Hauptversammlung des vergangenen Jahres zum Abschlussprüfer gewählte PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, hat die Buchführung, den Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG und den Konzernabschluss einschließlich der jeweiligen Lageberichte für das Geschäftsjahr 2013 geprüft und jeweils einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Abschlussprüfer hat gemäß § 317 Abs. 4 Handelsgesetzbuch (HGB) eine Prüfung des gemäß § 91 Abs. 2 AktG einzurichtenden Risikofrüherkennungssystems vorgenommen und bestätigt, dass der Vorstand Maßnahmen zur Erfüllung der Anforderungen zur Risikostrategie, Risikotragfähigkeit, Risikosteuerung und Risikoüberwachung einschließlich der Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems in geeigneter Form getroffen hat sowie dass das Risikofrüherkennungssystem geeignet ist, Entwicklungen, die den Fortbestand der Bank gefährden, frühzeitig zu erkennen.

Der Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG, der Konzernabschluss, die Lageberichte sowie die Prüfungsberichte der Abschlussprüfer haben allen Mitgliedern des Aufsichtsrats vorgelegen und wurden von uns geprüft. Da sich für das Berichtsjahr kein ausschüttungsfähiger Bilanzgewinn ergab, hat der Vorstand dem Aufsichtsrat keinen Gewinnverwendungsvorschlag vorgelegt.

Die Beratungen fanden in Gegenwart von Vertretern des Abschlussprüfers statt. Diese haben über die Durchführung und die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung in der Aufsichtsrats-sitzung am 24. März 2014 berichtet und haben für ergänzende Auskünfte und Fragen zur Verfügung gestanden. Der Prüfungsausschussvorsitzende hat uns zudem in der Aufsichtsrats-sitzung am 24. März 2014 über die Ergebnisse der Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses im Prüfungsausschuss am 13. März 2014 berichtet. Wir haben das Ergebnis der Abschlussprüfung zustimmend zur Kenntnis genommen. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer eigenen Prüfung erheben wir keine Einwände gegen den Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG und den Konzernabschluss.

Wir billigen den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG und den Konzernabschluss, der Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG ist damit festgestellt.

Veränderungen in Vorstand und Aufsichtsrat

Im Geschäftsjahr 2013 gab es keine Änderungen in der Besetzung von Vorstand und Aufsichtsrat.

Corporate Governance

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG haben am 17. Dezember 2013 ihre Entsprechenserklärung nach § 161 AktG abgegeben und diese den Aktionären der Postbank dauerhaft auf der Website des Unternehmens zugänglich gemacht. Abgesehen von den am 20. Dezember 2012 bzw. am 17. Dezember 2013 erklärten Abweichungen, ist die Postbank sämtlichen Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex zunächst in der Fassung vom 15. Mai 2012 und zuletzt in der Fassung vom 13. Mai 2013 gefolgt.



Eine ausführliche Erläuterung zur Corporate Governance und zur Entsprechenserklärung vom 17. Dezember 2013 können Sie dem Corporate Governance Bericht inklusive der Erklärung zur Unternehmensführung auf Seite 26 entnehmen.

Wir danken dem Vorstand, den Arbeitnehmervertretungen sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Konzerns für ihre erfolgreiche Arbeit.

Bonn, 24. März 2014

Der Aufsichtsrat

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Rainer Neske'.

Rainer Neske
Vorsitzender

UNSERE VERANTWORTUNG

CORPORATE GOVERNANCE BERICHT	
<u>INKLUSIVE ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG</u>	<u>26</u>
<u>NACHHALTIGKEIT</u>	<u>36</u>

02

CORPORATE GOVERNANCE BERICHT

INKLUSIVE ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG

In dieser Erklärung berichtet die Deutsche Postbank AG (nachfolgend auch: Postbank) gemäß § 289a HGB über ihre Prinzipien der Unternehmensführung bzw. gemäß § 161 AktG und Ziffer 3.10 des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) über die Corporate Governance im Unternehmen. Die Erklärung beinhaltet die Entsprechenserklärung, Angaben zu Unternehmensführungspraktiken nebst Hinweis, wo diese öffentlich zugänglich sind, die Zusammensetzung und Beschreibung der Arbeitsweise von Vorstand, Aufsichtsrat und der jeweiligen Ausschüsse sowie wesentliche Corporate Governance Strukturen. Es wird auch zu Kodexanregungen Stellung genommen.

Umsetzung des Deutschen Corporate Governance Kodex

Gute Corporate Governance gilt in der Postbank als Voraussetzung für eine verantwortungsbewusste und werteorientierte Führung von Unternehmen. Insofern legen die Organe der Postbank Wert auf eine möglichst umfassende Umsetzung des DCGK. Vorstand und Aufsichtsrat der Postbank haben sich mit der Erfüllung der Vorgaben und im Besonderen mit den Neuerungen des DCGK in der Fassung vom 13. Mai 2013 befasst. Nach eingehender Beratung haben Sie am 17. Dezember 2013 eine gemeinsame Entsprechenserklärung abgegeben. Diese Erklärung sowie die Entsprechenserklärungen der Vorjahre sind auf den Internetseiten der Postbank (https://www.postbank.de/postbank/wu_corporate_governance.html) veröffentlicht.



Entsprechenserklärung

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Postbank AG haben erklärt, dass seit der letzten Entsprechenserklärung vom 20. Dezember 2012 nahezu allen Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 15. Mai 2012 entsprochen wurde. Die Postbank weicht in den folgenden Punkten von den Empfehlungen der Regierungskommission ab:

1. Nach Ziffer 5.4.2 Satz 4 DCGK sollen Aufsichtsratsmitglieder keine Organfunktion oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern des Unternehmens ausüben. Die Deutsche Bank AG hält seit dem 3. Dezember 2010 mehr als 50 % der Postbank-Aktien und ist damit Muttergesellschaft der Deutsche Postbank AG. Seit dem 17. Dezember 2010 ist Herr Rainer Neske, Vorstand Deutsche Bank AG, Head of Private & Business Clients, Mitglied des Aufsichtsrats der Deutsche Postbank AG. Es ist aus Sicht der Gesellschaft sinnvoll, den Aufsichtsrat auch mit Mandatsträgern der Mehrheitsaktionärin oder deren Tochtergesellschaften, selbst wenn diese wesentliche Wettbewerber der Gesellschaft sein sollten, zu besetzen. In Konzernbeziehungen ist es in der Praxis ausnahmslos üblich, dass Repräsentanten der Muttergesellschaft im Aufsichtsrat der Gesellschaft vertreten sind.

Ziffer 5.4.2 Satz 4 DCGK ist nach Auffassung von Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Postbank AG auf Konzernbeziehungen nicht zugeschnitten. Erfasst werden vielmehr nur Repräsentanten konzernexterner Wettbewerber. Vorstand und Aufsichtsrat haben sich vorsorglich dennoch entschieden, eine Abweichung von Ziffer 5.4.2 Satz 4 DCGK zu erklären.

2. Nach Ziffer 5.4.6 Abs. 2 DCGK erhalten Mitglieder des Aufsichtsrats eine Vergütung, die in einem angemessenen Verhältnis zu ihren Aufgaben und der Lage der

Gesellschaft steht. Wird den Aufsichtsratsmitgliedern eine erfolgsorientierte Vergütung zugesagt, soll sie auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet sein. Die in der Satzung der Deutsche Postbank AG festgeschriebene Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder enthält neben einer jährlich festen Komponente und einer erfolgsorientierten Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung auch eine erfolgsorientierte Vergütungskomponente, die sich am Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr orientiert. Mit Blick auf die letztgenannte Vergütungskomponente, die nach Ansicht des Vorstands und Aufsichtsrats isoliert betrachtet nicht den Vorgaben der Ziffer 5.4.6 Abs. 2 DCGK entsprechend auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet ist, haben sich Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Postbank AG entschieden, rein vorsorglich eine Abweichung von Ziffer 5.4.6 Abs. 2 DCGK zu erklären.

3. Ziffer 5.5.3 Satz 1 DCGK behandelt die Offenlegung von Interessenkonflikten im Bericht des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung. In einzelnen oberlandesgerichtlichen Entscheidungen wurden die Anforderungen an den Umfang der Information über Interessenkonflikte im Bericht des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung verschärft. Insoweit wurde vorsorglich eine Ausnahme erklärt. Wir halten die Verpflichtungen aus Ziffer 5.5.3 Satz 1 durch die aktienrechtliche Verschwiegenheitsverpflichtung nach §§ 93, 116 AktG begrenzt und sehen, anders als einzelne oberlandesgerichtliche Entscheidungen, keine Grundlage für eine Ausweitung der Information. Diese Einschätzung wurde durch eine jüngere Entscheidung des Bundesgerichtshofs bestätigt. Für die Zukunft sehen wir daher keine Notwendigkeit mehr, vorsorglich zu diesem Punkt eine Ausnahme zu erklären.“

Ferner haben Vorstand und Aufsichtsrat in ihrer gemeinsamen Entsprechenserklärung vom 17. Dezember 2013 erklärt, dass sie der am 13. Mai 2013 vorgelegten und am 10. Juni 2013 im Bundesanzeiger veröffentlichten Kodexfassung bis auf die bereits genannten sowie die im Folgenden aufgeführten Ausnahmen entsprechen:

- „1. Nach Ziffer 4.2.2. Abs. 2 Satz 3 DCGK soll der Aufsichtsrat bei der Festlegung der Vorstandsvergütung das Verhältnis der Vorstandsvergütung zur Vergütung des oberen Führungskreises und der Belegschaft insgesamt auch in der zeitlichen Entwicklung berücksichtigen, wobei der Aufsichtsrat für den Vergleich festlegt, wie der obere Führungskreis und die relevante Belegschaft abzugrenzen sind. Für diesen sog. vertikalen Vergütungsvergleich hat der Aufsichtsrat in der Vergangenheit die Vergütung von zwei Führungsebenen unterhalb des Vorstands berücksichtigt. Eine weitere Differenzierung erfolgte bislang nicht, da der Aufsichtsrat bislang die gewählte Vergleichsgruppe als hinreichend relevant angesehen hatte. Eine Anpassung des Vergleichsmaßstabs an die neuen Anforderungen des Kodex ist für 2014 vorgesehen.
2. Nach Ziffer 4.2.3 Abs. 2 Satz 6 DCGK soll die Vergütung insgesamt und hinsichtlich ihrer variablen Vergütungsteile betragsmäßige Höchstgrenzen aufweisen. Die Anstellungsverträge der amtierenden Vorstandsmitglieder sehen in Bezug auf Vergütungsteile Höchstgrenzen vor, die jedoch nicht vollumfänglich der neuen Kodex-Empfehlung entsprechen. Eine Anpassung der laufenden Verträge an die neuen Anforderungen des Kodex wird derzeit geprüft.

3. Nach Ziffer 4.2.3 Abs. 3 DCGK soll der Aufsichtsrat bei Versorgungszusagen das jeweils angestrebte Versorgungsniveau – auch nach der Dauer der Vorstandszugehörigkeit – festlegen und den daraus abgeleiteten jährlichen sowie den langfristigen Aufwand für das Unternehmen berücksichtigen. Für die überwiegende Zahl der Vorstandsmitglieder gilt ein beitragsorientierter Plan, der nicht auf ein bestimmtes Versorgungsniveau zielt. Der Aufsichtsrat stellt daher hinsichtlich dieser Versorgungszusagen nicht auf ein angestrebtes Versorgungsniveau ab. Für die entgeltabhängigen Versorgungszusagen ist ein maximaler Versorgungsgrad in Relation zum versorgungsfähigen Grundgehalt festgelegt. Darüber hinaus zielen auch diese Versorgungszusagen auf kein bestimmtes Versorgungsniveau ab. Der Aufsichtsrat erachtet die diesbezüglich mit dem maximalen Versorgungsgrad getroffene Festlegung als ausreichend.
4. Ziffer 5.3.3 DCGK. Nach Ziffer 5.3.3 soll der Nominierungsausschuss ausschließlich mit Vertretern der Anteilseigner besetzt sein. Das CRD IV Umsetzungsgesetz vom 28. August 2013 sieht jedoch vor, dass der Nominierungsausschuss des Aufsichtsrats weitere Aufgaben übernehmen muss, die nicht nur von den Anteilseignervertretern im Aufsichtsrat vorbereitet werden sollten. Daher wird der Nominierungsausschuss der Postbank auch mit Vertretern der Arbeitnehmer besetzt werden. Es wird jedoch sichergestellt, dass die Wahlvorschläge an die Hauptversammlung nur durch die Anteilseignervertreter im Ausschuss bestimmt werden.“

Vorstand und Aufsichtsrat der Postbank beabsichtigen, auch künftig den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in der geltenden Fassung vom 13. Mai 2013 mit Ausnahme der erklärten Abweichungen zu entsprechen.

Die Anregungen des DCGK werden ebenfalls umgesetzt mit den Ausnahmen, dass die Hauptversammlung nicht im Internet übertragen wird (2.3.2 DCGK) und die Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft für die Aktionäre, die nicht persönlich an der Hauptversammlung teilnehmen, aus technischen Gründen bis zum Vorabend der Hauptversammlung erreichbar sind, nicht jedoch während der Hauptversammlung (2.3.3 DCGK). Für Aktionäre, die an der Hauptversammlung teilnehmen, sind die Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft bis zur Abstimmung erreichbar.

Unternehmensführungspraktiken

Zur Implementierung und Umsetzung der Unternehmensführungspraktiken hat die Postbank eine Vision und eine Mission des Unternehmens sowie Konzernwerte formuliert, welche als richtungsweisende Vorgaben die langfristige Ausrichtung der Unternehmenspolitik bestimmen sollen. Vision und Mission geben einen normativen Rahmen für die strategische und die operative Unternehmensführung vor. Somit dienen sie gleichermaßen der Geschäftsleitung, den Führungskräften und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als Leitbild.

Die Werte und Prinzipien der Postbank, an denen sich das geschäftliche Handeln der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der gesamten Postbank Gruppe ausrichten soll, sind im „Postbank Leitbild“ dokumentiert. Das Leitbild konkretisiert mit Vision und Mission die strategische Ausrichtung der Postbank. Sechs Werte definieren den Weg dahin. Wort und Geist dieser Werte und Prinzipien finden ihre Entsprechung in den Richtlinien und Vorschriften der Postbank (z.B. Organisationshandbücher und Arbeitsanweisungen), die das tägliche Arbeits- und Geschäftsleben bestimmen.

Sie reflektieren die Verpflichtung der Postbank zu einem verantwortungsbewussten, ethisch einwandfreien und rechtmäßigen Handeln. Das Leitbild ist für alle leitenden Angestellten der Postbank Gruppe verbindlich und spiegelt sich in den Zielvereinbarungen der Bank wider. Der Stand der Implementierung wird im Rahmen der jährlichen Mitarbeiterbefragung überprüft.

Die folgenden Werte der Postbank Gruppe bilden die Eckpfeiler der Unternehmenskultur:

- Kundenorientierung
- Nachhaltige Leistung
- Partnerschaft
- Integrität
- Innovation
- Disziplin

Der „Verhaltens- und Ethikkodex für die Deutsche Bank“ gilt für alle Mitarbeiter des Deutsche Bank Konzerns. Der Ethikkodex mit besonderen Verpflichtungen für „Senior Financial Officers“ der Deutschen Bank gilt für den Chief Financial Officer der Postbank, die Bereichsleiter des Ressorts Finanzen der Postbank sowie die Chief Financial Officers der Postbank Tochtergesellschaften BHW und Deutsche Postbank International S.A.

Darüber hinaus besitzt bei der Postbank das Thema Nachhaltigkeit einen hohen Stellenwert. So werden die Grundsätze der Nachhaltigkeit in einem Nachhaltigkeitsleitbild zusammengefasst. Dieses ist auch für die leitenden Angestellten der Postbank verbindlich.

Für die Postbank ist Nachhaltigkeit der verantwortungsvolle Umgang mit sozialen, ökologischen und ökonomischen Ressourcen, um eine dauerhaft lebenswerte Zukunft für die nachfolgenden Generationen zu sichern. Als fester Bestandteil der Geschäftsstrategie wird Nachhaltigkeit aktiv in der täglichen Zusammenarbeit gelebt. Lieferanten der Bank werden zur Einhaltung dieser Werte mit dem „Supplier Code of Conduct“ verpflichtet.

Es ist unser Selbstverständnis, einen aktiven Beitrag für den Schutz der natürlichen Lebensbedingungen auf der Erde sowie zu unserem gesellschaftlichen Umfeld zu leisten. Dadurch wollen wir langfristig unseren Unternehmenserfolg sichern sowie das Leitbild der Nachhaltigkeit jedem einzelnen Mitarbeiter nahebringen. Wir verpflichten uns, für unsere Mitarbeiter attraktive und sichere Arbeitsbedingungen zu schaffen und natürliche Ressourcen zu schonen. Wir sind als Unternehmen ein integraler Bestandteil der Gesellschaft, in der wir agieren. So haben wir das Ziel, einen Mehrwert für unsere Stakeholder zu generieren.

Der Fokus der Unternehmensführung richtet sich im Einklang mit Ziffer 4.1.1 DCGK insbesondere auf eine nachhaltige Wertschöpfung. Klare Werte und Mindeststandards für das Verhalten im täglichen Geschäft sowie die Ausrichtung der Vergütung von Mitarbeitern, Führungskräften, Vorständen und Aufsichtsräten nach Maßgabe nachhaltiger, insbesondere dem Unternehmenserfolg verpflichteter Vorgaben sind hierzu die Grundlage. (Weitere Informationen erhalten Sie über die Internetseite www.postbank.de/nachhaltigkeit.)



Bei der Besetzung von Führungsfunktionen im Unternehmen (Ziffer 4.1.5 DCGK), bei der Bestellung von Vorständen (Ziffer 5.1.2 DCGK) und bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrats (Ziffer 5.4.1 DCGK) wird auf Vielfalt (Diversity) geachtet. Eine angemessene Berücksichtigung von Frauen steht dabei im Vordergrund. Der Vorstand hat im Oktober

2011 das Projekt „Gender Diversity Management“ zur deutlichen Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen bis 2017 ins Leben gerufen.

Unter Beteiligung des Vorstands werden hierbei konzernweit die Weichen für ein erfolgreiches Diversity Management gestellt und die im Rahmen des Projekts zu erreichenden Zielwerte, die zu ergreifenden Maßnahmen sowie mögliche Veränderungen von Prozessen bestimmt.

Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat

Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten zum Wohle des Unternehmens eng zusammen. Entsprechend der ihm durch das Aktienrecht zugewiesenen Aufgabe, nimmt der Vorstand seine Unternehmensführungsaufgaben wahr. Der Aufsichtsrat übt seine Überwachungs-, Kontroll- und Beratungsaufgaben aus. Die Aktionäre und damit die Eigentümer der Postbank üben ihre Rechte vor oder während der Hauptversammlung aus.

Vorstand

Der Vorstand leitet die Deutsche Postbank AG und vertritt diese nach außen. Die Mitglieder des Vorstands tragen dabei gemeinsam die Verantwortung für die gesamte Geschäftsführung. Über die Gesamtverantwortung hinaus führen die einzelnen Mitglieder des Vorstands die durch sie vertretenen Ressorts in eigener Verantwortung.

Zum Wohle der Gesellschaft stellen die Mitglieder des Vorstands untereinander die Verfolgung einheitlicher Ziele sicher. Die Abstimmung und Festlegung gemeinsamer Pläne und Ziele sowie der Maßnahmen zu deren Erreichung ist dabei genauso selbstverständlich wie die Entwicklung und Durchsetzung unternehmensweit verbindlicher Richtlinien. Der Vorstand entwickelt die unternehmerischen Ziele, die grundsätzliche strategische Ausrichtung, die Unternehmenspolitik sowie die Konzernorganisation. Er ist für die Aufstellung der Quartals- und der Halbjahresberichte, den Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG sowie des Gesamtkonzerns einschließlich der Lageberichte verantwortlich. Weiterhin trägt der Vorstand Sorge für die Einhaltung von Rechtsvorschriften und von behördlichen Regelungen.

Der Vorstand stimmt die strategische Ausrichtung des Unternehmens sowie die Unternehmensplanung regelmäßig mit dem Aufsichtsrat ab und unterrichtet ihn über den Stand der Zielerreichung und der Strategieumsetzung.

Der Vorstand berät sich in regelmäßigen Vorstandssitzungen. Diese werden vom Vorstandsvorsitzenden einberufen, der die Arbeit im Vorstand koordiniert. Die Einberufung einer Sitzung durch den Vorstandsvorsitzenden außerhalb des Sitzungsturnus erfolgt bei Eilbedürftigkeit oder auf Antrag zweier Vorstandsmitglieder. Die für die Beschlussfassung innerhalb des Vorstands erforderlichen Mehrheitserfordernisse, die der Verantwortung des Gesamtvorstands vorbehaltenen Angelegenheiten und die jeweils gültige Ressortverteilung der einzelnen Vorstandsmitglieder sind in der Geschäftsordnung des Vorstands geregelt.

Für ein effizientes Entscheidungsmanagement hat der Vorstand aus seiner Mitte heraus Ausschüsse mit eigener Beschluss- bzw. Entscheidungsvorbereitungskompetenz gebildet. Die Zusammensetzung und die Zuständigkeiten der Komitees sind in den jeweiligen Geschäftsordnungen geregelt. Änderungen in den Geschäftsordnungen bedürfen der Zustimmung des Gesamtvorstands. Die gebildeten Ausschüsse sind gegenüber dem Gesamtvorstand berichtspflichtig.

In der Zuständigkeit des Operating-Komitees liegen das Kosten-, Ressourcen- und Infrastrukturmanagement. Weiterhin gehören die Steuerung von Investitions- und Projektvorhaben sowie die Überwachung und Steuerung von Auslagerungssachverhalten zu seinem Verantwortungsbereich.

Das Implementierungskomitee hat die Steuerung von Projekten im Rahmen der Integration in den Deutsche Bank Konzern zum Gegenstand.

Aufgabenschwerpunkte des Reputationskomitees sind die Festlegung von Leitlinien und Prüfkriterien für Produkte und Prozesse zur Erkennung, Beurteilung und Eskalierung von möglichen Reputationsschäden sowie die Überwachung dieser Leitlinien.

Das Bankrisikokomitee stellt die risikoartenübergreifende Steuerung und Planung aller wesentlichen und unwesentlichen Risiken in der Postbank Gruppe sicher. Dem Komitee obliegt die strategische Gesamtsteuerung der Risikosituation und des Risikoprofils der Postbank Gruppe innerhalb der vom Gesamtvorstand gesetzten Rahmenbedingungen. Das Bankrisikokomitee wird bei der Ausübung seiner Aufgaben durch das Marktpreisrisikokomitee, das Komitee für operationelle Risiken, das Deckungsgeschäftskomitee, das Modell- und Validierungskomitee und das Kreditrisikokomitee unterstützt.

Der Kundenbankausschuss hat eine beratende, koordinierende und entscheidungsvorbereitende Funktion für den Vorstand der Postbank und das Global Executive Committee im Unternehmensbereich Private & Business Clients der Deutsche Bank Gruppe. Er arbeitet die Vertriebsstrategie aus, führt eine regelmäßige Überwachung der Vertriebswege und der Produktmaßnahmen durch und gibt Impulse für die Weiter- und Neuentwicklung von Produkten.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat bestellt, überwacht und berät den Vorstand. Seine Mitglieder verfügen über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten sowie fachlichen Erfahrungen und Eignungen. In Geschäfte von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen wird der Aufsichtsrat unmittelbar – auch über satzungsgemäße bzw. in der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat festgelegte Zustimmungsvorbehalte – eingebunden. Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit des 20-köpfigen Aufsichtsrats. Zehn Mitglieder werden nach Maßgabe der Vorschriften des Aktiengesetzes (AktG) von der Hauptversammlung in Einzelwahl gewählt oder bis zur Wahl durch die nächste Hauptversammlung ersatzweise gerichtlich bestellt. Zehn weitere Mitglieder werden von den Arbeitnehmern nach den Regelungen des Mitbestimmungsgesetzes 1976 gewählt. Davon sind sieben Mitglieder des Aufsichtsrats Arbeitnehmer des Unternehmens, darunter ein leitender Angestellter. Drei weitere Aufsichtsratsmitglieder sind Vertreter von den im Unternehmen vertretenen Gewerkschaften.

Zur Unterstützung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat sieben Ausschüsse gebildet, die dem Aufsichtsrat regelmäßig über ihre Arbeit berichten. Dies sind Präsidial-, Prüfungs-, Personal-, Risiko-, Vergütungskontroll-, Nominierungs- und Vermittlungsausschuss. Mit Einrichtung eines Vergütungskontrollausschusses zum 1. Januar 2014 ist der Aufsichtsrat den Anforderungen des CRD IV-Umsetzungsgesetzes nachgekommen (§ 25d Abs. 12 KWG neue Fassung). Das vormals als Kreditausschuss bezeichnete Gremium wurde mit Beschluss

vom 22. März 2013 in Risikoausschuss umbenannt und nimmt seitdem auch die Aufgaben im Sinne des § 25d Abs. 8 KWG in der neuen Fassung wahr.



Der Bericht des Aufsichtsrats enthält nähere Angaben zu Zusammensetzung, Funktion und Sitzungsinhalten des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse (siehe Seite 16).

Für die Besetzung des Aufsichtsrats der Postbank wurden Zielsetzungen formuliert, die sicherstellen sollen, dass seine Mitglieder insgesamt über die erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen für eine qualifizierte Kontrolle und Beratung des Vorstands verfügen. Bei den zur Wahl vorgeschlagenen Personen soll auf die Integrität, Persönlichkeit, Leistungsbereitschaft, Professionalität und Unabhängigkeit geachtet werden. Dem Aufsichtsrat sollen im Sinne von Ziffer 5.4.2 des Corporate Governance Kodex mindestens elf unabhängige Mitglieder angehören. Es wird davon ausgegangen, dass der Umstand der Arbeitnehmervertretung und eines Beschäftigungsverhältnisses die Unabhängigkeit der Arbeitnehmervertreter an sich nicht in Frage stellt. Mitglieder des Aufsichtsrats sollen insbesondere keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern ausüben. Wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte sollen vermieden werden. Für die Mitglieder des Aufsichtsrats besteht eine Regelaltersgrenze von 72 Jahren. Bei der Besetzung des Aufsichtsrats ist ferner auf das Vorliegen von internationaler Erfahrung zu achten.

Bei der Prüfung potenzieller Kandidaten für eine Neuwahl oder Nachbesetzung vakant werdender Aufsichtsratspositionen sollen qualifizierte Frauen in den Auswahlprozess einbezogen und bei den Wahlvorschlägen angemessen berücksichtigt werden. Seit den Aufsichtsratswahlen im Jahr 2003 waren zwischen 15 % und 20 % der Mitglieder unseres Aufsichtsrats Frauen. Derzeit gehören drei Frauen dem Aufsichtsrat an, dies entspricht einem Anteil von 15 %. Der Aufsichtsrat ist bestrebt, diesen Anteil mindestens zu wahren und bis zum Jahr 2017 auf 30 % zu erhöhen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Aufsichtsrat lediglich durch seine Wahlvorschläge an die Hauptversammlung Einfluss auf die Besetzung des Aufsichtsrats nehmen kann.

Die Effektivität der Aufsichtsratsarbeit wird regelmäßig im Rahmen einer Effizienzprüfung hinterfragt.

Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat

Eine wirkungsvolle Zusammenarbeit von Vorstand und Aufsichtsrat basiert auf einer ausreichenden Informationsversorgung des Aufsichtsrats über die Themen des Unternehmens. Dies sicherzustellen ist Aufgabe und gemeinsames Bestreben von Vorstand und Aufsichtsrat.

Die Zusammenarbeit der Organe wird durch die von der Hauptversammlung beschlossene Satzung der Gesellschaft, die Geschäftsordnungen von Aufsichtsrat – sowie seiner Ausschüsse – und Vorstand sowie durch Beschlüsse der Organe im Rahmen der Vorgaben einschlägiger gesetzlicher Regelungen ausgestaltet. Darin ist festgelegt, wie der Aufsichtsrat seinen Überwachungs-, Kontroll- und Beratungspflichten nachzukommen hat. Die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats enthält einen Katalog zustimmungspflichtiger Geschäfte.

Die Informations- und Berichtspflichten des Vorstands sind sowohl in der Geschäftsordnung des Vorstands als auch in der des Aufsichtsrats festgelegt.

Im Sinne einer guten Unternehmensführung und zur nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswertes tauschen sich Vorstand und Aufsichtsrat regelmäßig in einem intensiven Dialog zu relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des internen Kontrollsystems, des Risikomanagements, der Compliance und zu strategischen Maßnahmen aus. Insbesondere die Vorsitzenden von Aufsichtsrat und Vorstand stehen in regelmäßigem Kontakt.

Die Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat sind dem Unternehmensinteresse verpflichtet und dürfen bei ihren Entscheidungen keine persönlichen Interessen verfolgen. Interessenkonflikte sind gegenüber dem Aufsichtsrat anzuzeigen. Wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte in der Person eines Aufsichtsratsmitglieds führen in der Regel zur Beendigung des Mandats. Der Aufsichtsrat informiert in seinem Bericht an die Hauptversammlung über aufgetretene Interessenkonflikte und deren Behandlung.

Nebentätigkeiten der Vorstandsmitglieder unterliegen der Zustimmung des Aufsichtsrats bzw. des Präsidialausschusses.

Hauptversammlung und Aktionäre

Die Aktionäre üben ihre Rechte vor oder während der Hauptversammlung aus, die der Vorstand im Regelfall ein Mal jährlich unter Angabe der Tagesordnung und Veröffentlichung der geforderten Berichte und Unterlagen einberuft. Die wesentlichen Unterlagen sowie die Einberufung der Hauptversammlung sind im Internet abrufbar. Jede Stückaktie gewährt eine Stimme. Die Aktionäre können ihr Stimmrecht selbst, durch einen Bevollmächtigten oder durch einen weisungsgebundenen Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft ausüben. Vor der Hauptversammlung können die Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft bis zum Vorabend der Hauptversammlung bevollmächtigt werden. Für Aktionäre, die an der Hauptversammlung teilnehmen, sind die Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft während der Hauptversammlung bis zur Abstimmung erreichbar. Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, mit der einfachen Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst.

Die Hauptversammlung der Postbank hat der elektronischen Weitergabe von Informationen an die Aktionäre zugestimmt. Diese Verfahrensweise ist seitdem in § 3 der Satzung der Postbank festgeschrieben.

Weitere Corporate Governance

Transparenz

Die Postbank ist bestrebt, ihre Kunden, Eigentümer, Mitarbeiter und die Öffentlichkeit zeitnah und umfassend zu informieren. Hierzu nutzt sie regelmäßig geeignete Kommunikationsmedien. Um größtmögliche Transparenz zu gewährleisten und das entgegengebrachte Vertrauen der Öffentlichkeit zu bestätigen, werden im Sinne des „Fair Disclosure“ neue Tatsachen allen Interessengruppen zeitgleich zugänglich gemacht. Die Postbank veröffentlicht zu diesem Zweck den jährlichen Geschäftsbericht sowie die Halbjahresberichte und Zwischenmitteilungen. Sie kommuniziert über Pressekonferenzen, Presse- bzw. Investor-



Relations-Meldungen, Ad-hoc-Mitteilungen, Meldungen nach § 15a WpHG (directors' dealings), Unternehmensberichte sowie die unternehmenseigene Internetseite (www.postbank.de). Auf dieser sind sowohl aktuelle als auch historische Daten in deutscher und englischer Sprache abrufbar. Die Termine der wesentlichen wiederkehrenden Veröffentlichungen werden mit ausreichendem Zeitvorlauf im Internet-Finanzkalender publiziert.



Eine Aufstellung der Mandate der Vorstands- und der Aufsichtsratsmitglieder finden Sie auf Seite 172, Note 57.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Die Rechnungslegung des Postbank Konzerns erfolgt nach den International Financial Reporting Standards (IFRS). Der Jahresabschluss der Postbank wird nach den Vorgaben des Handelsgesetzbuchs (HGB) binnen 90 Tagen erstellt. Zwischenberichte werden innerhalb von 45 Tagen, nachdem sie durch den Prüfungsausschuss mit dem Vorstand erörtert worden sind, veröffentlicht.

Als Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2013 ist die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft durch die letztjährige Hauptversammlung gewählt worden. Die Unabhängigkeit des Prüfers ist, auch für bereits erbrachte oder vereinbarte Leistungen, geprüft und sichergestellt. Der Abschlussprüfer der Postbank ist zusätzlich zu einer internen Rotation verpflichtet. Er ist ferner angehalten, die Gremien unmittelbar über Auffälligkeiten zu unterrichten und Unrichtigkeiten in der Prüfung zu dokumentieren. Im Speziellen muss er Befangenheitsgründe während der Prüfung und Feststellungen, die den Aufsichtsrat betreffen oder Unrichtigkeiten in der Entsprechenserklärung bedeuten, sofort melden. Angaben zur Gesamtvergütung des Abschlussprüfers finden Sie auf Seite 175.



Compliance

In der Finanzbranche hat das Vertrauen der Marktteilnehmer allergrößtes Gewicht. Geschäfte und Dienstleistungen im Finanzdienstleistungsbereich müssen daher geprägt sein von Fairness gegenüber anderen Marktteilnehmern und insbesondere gegenüber unseren Kunden. Unser geschäftlicher Erfolg hängt nicht zuletzt von einem soliden, vertrauensvollen Verhältnis zwischen unseren Kunden, der Postbank und unseren Mitarbeitern ab. Verhaltensweisen, die den Kunden schädigen, den Kapitalmarkt in unfairer Weise beeinflussen oder dem Ansehen unserer Bank abträglich sind, müssen vermieden werden. In diesem Sinne entwickelt unser Haus das einheitliche Compliance-Verständnis weiter. „Compliance“ bedeutet sinngemäß das „Handeln in Übereinstimmung mit geltenden Gesetzen, regulatorischen Vorschriften und internen Regelwerken“. Innerhalb der Deutschen Postbank AG wird darunter ein von Fairness, Integrität und Vertrauen getragenes Miteinander von Kunden, Bank und Mitarbeitern verstanden, das auf der Beachtung geltender Gesetze und anderer Regelwerke zum Schutz der Kunden und zur Vermeidung von Interessenkonflikten basiert.

Durch die Beratung und Unterstützung der Geschäftsbereiche und durch andere Maßnahmen, insbesondere regelmäßige Kontroll- und Überwachungstätigkeiten sowie Trainings, trägt die Compliance-Funktion zu einer Gesetzes- oder Regelwidrigkeit vorbeugenden Unternehmensorganisation und damit zur Einhaltung gesetzlicher und anderer Rechtspflichten bei. Zudem werden Compliance-Risiken, also Risiken von gesetzlichen oder

regulatorischen Sanktionen, finanziellen Verlusten oder Reputationsverlusten, die dadurch eintreten können, dass die Bank nicht im Einklang mit geltendem Recht, Regularien, Verhaltensregeln oder anerkannten Standards handelt, reduziert. Mit der MaRisk-Novelle vom Dezember 2012 liegt der Fokus dabei nicht mehr ausschließlich auf den für die Erbringung von Wertpapierdienstleistungen relevanten Vorschriften, sondern es werden grundsätzlich alle für das Institut wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben erfasst. Im Rahmen eines Projekts wurden 2013 die Vorkehrungen dafür getroffen, dass die Fortentwicklung der Compliance-Funktion sichergestellt wird und damit auf die weitere Etablierung einer Compliance-Kultur hingewirkt werden kann.

Für die Fälle, in denen geltendes Recht nicht eingehalten wird, ist ein Prozess etabliert, um berechtigte Hinweise aus der Belegschaft aufzugreifen. Darüber hinaus verantwortet die Abteilung Compliance den neuen Prozess zur Annahme und Gewährung von Geschenken und Einladungen.

Risikomanagement

Der Postbank Konzern überwacht und steuert seine Risiken durch ein konzernweites Risikomanagement. Die Deutsche Postbank AG ist in diese Prozesse vollumfänglich eingebunden.

Die Grundsätze verantwortungsvollen unternehmerischen Handelns spiegeln sich bei der Postbank auch im Umgang mit Risiken wider. Die Postbank hat, entsprechend den gesellschafts- und bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben, ein umfangreiches Risikomanagementsystem installiert, um die für sie wesentlichen Risiken, die sich aus ihrer Geschäftstätigkeit ergeben, rechtzeitig erkennen, analysieren, überwachen und steuern zu können. Neben diesen Grundsätzen werden über die Strategien ebenfalls Leitlinien, Risikobereitschaft und Limite zu den unterschiedlichen Risikoarten festgelegt und mit dem Risikoausschuss und dem Aufsichtsrat erörtert.

Die wesentlichen Risiken werden innerhalb der Postbank sowohl auf Einzel- als auch Portfolioebene gesteuert – dies schließt auch die Steuerung von Konzentrationsrisiken mit ein. Dabei werden die jeweiligen Risiken entlang der Risikostrategie, der Risikobereitschaft und der Risikotragfähigkeit limitiert und überwacht. Das Risikomanagementsystem wird kontinuierlich anhand aktueller Entwicklungen überprüft und gegebenenfalls angepasst.

In das Risikomanagement werden alle Ebenen der Bank zur Risikosteuerung und -überwachung einbezogen: Aufsichtsrat, Risikoausschuss, Vorstand, Risikokomitees und operative Einheiten, welche gemäß den Vorgaben der MaRisk alle relevanten Berichte zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhalten. Die Einbeziehung der Postbank in das Risikomanagement der Deutsche Bank Gruppe erfolgt über die gemeinsame Vernetzung der Gremien sowie die funktionalen Berichtslinien zwischen der Postbank und der Deutschen Bank. Zusätzlich erfolgt eine regelmäßige Risikoberichterstattung an die Deutsche Bank zur übergreifenden Erfassung und Steuerung von zentralen Risiken. Die wesentlichen Managementreports sowie Kernkennzahlen werden gemeinsam analysiert und gemeinsam berichtet. Die Wirksamkeit des Systems wird von der Internen Revision und dem Prüfungsausschuss überwacht.



Weitere Erläuterungen und Ausführungen zum Risikomanagement können Sie dem Risikobericht auf Seite 55 entnehmen.

NACHHALTIGKEIT

UNTERNEHMERISCHE VERANTWORTUNG LEBEN

Die nachhaltige Unternehmensführung der Postbank ist in den konzernweit geltenden sozialen, ökologischen und ökonomischen Grundsätzen verankert. Seit 2009 engagiert sich das Kompetenzzentrum für Nachhaltigkeit ressort- und standortübergreifend für eine nachhaltige Entwicklung der Postbank. In ihrem 2013 neu formulierten Leitbild hat die Bank nachhaltige Leistung als eigenständigen Unternehmenswert definiert.

Soziale Nachhaltigkeit

Für die Postbank gehört es zum Selbstverständnis, soziale Verantwortung zu übernehmen, indem sie sich für Mitarbeiter, Kunden und die Gesellschaft engagiert. So hat die Postbank beispielsweise die „Charta der Vielfalt“ zur Förderung einer offenen, toleranten und vielfältigen Unternehmenskultur unterzeichnet. Im Rahmen der „Altersvorsorgestudie“ regen wir zudem den Dialog rund um das Thema Vermeidung von Altersarmut an. Darüber hinaus unterstützen wir Bildungs- und Forschungseinrichtungen.

Kinder sind unsere Zukunft. Deshalb setzt sich die Postbank unter dem Motto „Wir für Kinder – Bildung ist Zukunft!“ gemeinsam mit der unabhängigen Kinderrechtsorganisation Save the Children für die nachhaltige Verbesserung der Bildungschancen in Deutschland ein. Die 2013 gestartete Kooperation für dieses Schulprojekt beinhaltet nicht nur das Sammeln von Spenden, sondern auch die tatkräftige Unterstützung unserer Mitarbeiter. Mittelfristig wollen wir dabei über 6.000 Kinder in ganz Deutschland erreichen. Beim RTL-Spendenmarathon machte die Postbank auf ihre Kooperation mit Save the Children aufmerksam und spendete 250.000 €. Auch unsere traditionelle „Weihnachtsbaum-Wunschzettelaktion“ haben wir im Berichtsjahr erstmals zugunsten von „Wir für Kinder“ ausgerichtet. Darüber hinaus bieten wir unseren Mitarbeitern seit 2013 eine kostenlose Kreditkarte mit integrierter Spendenfunktion an. Für jeden Euro, der mit der Karte umgesetzt wird, spendet die Postbank einen Cent zur Finanzierung des Schulprojekts.

Ökologische Nachhaltigkeit

Die Postbank versteht Umweltschutz als eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Bereits 2008 hat sie sich mit der Implementierung eines Umweltmanagementsystems (UMS) zum aktiven Umwelt- und Klimaschutz bekannt. Nach der erfolgreichen Re-Zertifizierung des UMS gemäß ISO 14001 durch den TÜV Rheinland im März 2012 wurde dessen Wirksamkeit durch das turnusmäßige Überwachungsaudit im April 2013 erneut bestätigt. Darüber hinaus ist es uns – wie angestrebt – gelungen, die CO₂-Emissionen aus unserem Geschäftsbetrieb im Vergleich zu 2007 um insgesamt 20 % bis 2012 zu reduzieren. Bereits seit 2012 werden zudem alle Postbank Großstandorte vollständig mit Ökostrom versorgt. Als weiteren Beitrag zum Klimaschutz wählt die Postbank bei Geschäftsreisen mit der Deutschen Bahn generell den Tarif der „CO₂-neutralen Dienstreise“.

Ökonomische Nachhaltigkeit

Die langfristige Leistungsfähigkeit der Postbank zu sichern, ist die Basis unserer nachhaltigen Unternehmensentwicklung. Unser geschäftliches Handeln richtet sich daher an den Wünschen und Belangen der Postbank Stakeholder aus. Grundlage hierfür bildet der verantwortungsvolle Umgang miteinander. Seit 2013 gelten die im Postbank Leitbild festgelegten Werte und Prinzipien für verantwortungsbewusstes Handeln. Sie ergänzen und konkretisieren den Ethikkodex der Deutschen Bank, der seit 2012 auch für die Postbank verbindlich ist. Mögliche Verstöße gegen die Grundsätze der Bank oder geltendes Recht können von Mitarbeitern – auch anonym – bei der seit Dezember 2012 bestehenden Whistleblowing-Hotline gemeldet werden. Bereits seit fast acht Jahren profitiert die Postbank von der konstruktiven Kritik eines Kundenbeirats, der die Interessen der Kunden vertritt. In gemeinsamen Diskussionsrunden, über Telefon und E-Mail können die Beiratsmitglieder Verbesserungsvorschläge und Kundenansichten vortragen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen werden von dem aus Postbank Mitarbeitern bestehenden Arbeitskreis Kundenbeirat auf ihre Umsetzbarkeit hin geprüft.

Nachhaltigkeitsberichterstattung

Die transparente Berichterstattung über Aktivitäten und Entwicklungen der Postbank im Bereich der Nachhaltigkeit ist Teil unserer unternehmerischen Verantwortung. Im jährlich erscheinenden Nachhaltigkeitsbericht können Sie sich ausführlich über die entsprechenden Grundsätze und Tätigkeiten der Postbank informieren. Einen ersten Überblick über das Nachhaltigkeitsmanagement der Postbank erhalten Sie unter www.postbank.de/nachhaltigkeit bzw. www.postbank.com/sustainability.



KONZERNLAGEBERICHT

DER DEUTSCHEN POSTBANK AG

<u>GESCHÄFTS- UND RAHMENBEDINGUNGEN</u>	<u>40</u>
<u>ANGABEN NACH § 315 ABS. 4 HGB UND ERLÄUTERNDER BERICHT</u>	<u>42</u>
<u>VORSTANDS- UND AUFSICHTSRATSVERGÜTUNG</u>	<u>44</u>
<u>MITARBEITER</u>	<u>45</u>
<u>WICHTIGE EREIGNISSE BEI DER POSTBANK IM JAHR 2013</u>	<u>46</u>
<u>VOLKSWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN IM JAHR 2013</u>	<u>46</u>
<u>WIRTSCHAFTSBERICHT</u>	<u>49</u>
<u>SEGMENTBERICHTERSTATTUNG</u>	<u>51</u>
<u>BILANZENTWICKLUNG</u>	<u>52</u>
<u>NACHTRAGSBERICHT</u>	<u>53</u>
<u>CHANCENBERICHT</u>	<u>53</u>
<u>RISIKOBERICHT</u>	<u>55</u>
<u>PROGNOSEBERICHT</u>	<u>91</u>

03

KONZERNLAGEBERICHT DER POSTBANK

GESCHÄFTS- UND RAHMENBEDINGUNGEN

Grundlagen des Konzerns

Geschäftsmodell des Konzerns

Der Deutsche Postbank Konzern (Postbank) bietet Finanzdienstleistungen für Privat- und Firmenkunden sowie für andere Finanzdienstleister überwiegend in Deutschland an. Die Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit liegen im Privatkundengeschäft (Retail Banking) und im Firmenkundengeschäft (Zahlungsverkehr und Finanzierungen). Abwicklungsdienstleistungen (Transaction Banking) sowie Geld- und Kapitalmarktaktivitäten runden die Geschäftstätigkeit ab. Seit dem 3. Dezember 2010 ist die Postbank Teil des Konsolidierungskreises der Deutschen Bank AG, Frankfurt am Main, die unmittelbar und mittelbar mehr als 90 % der Aktien der Deutschen Postbank AG hält.

Mit ihrer Geschäftstätigkeit kommt der Postbank innerhalb des Geschäftsbereichs Private & Business Clients (PBC) der Deutschen Bank hohe Bedeutung zu. Sie stellt eine tragende Säule des Geschäfts mit Privat- und Firmenkunden dar und trägt maßgeblich zur Verwirklichung der Strategie der Deutschen Bank bei, ihre Aktivitäten im Heimatmarkt zu stärken. Die Postbank versteht sich dabei als Anbieter von Finanzdienstleistungen, der mit einfachen, standardisierten Produkten auf die Bedürfnisse einer breiten Kundengruppe ausgerichtet ist. Ferner realisiert die Postbank mit ihren IT- und Operationseinheiten einen Großteil der gemeinsamen Retail Target Platform (RTP) für Postbank und Deutsche Bank.

Die Postbank hat ihre Aktivitäten in die Geschäftsbereiche Retail Banking, Firmenkunden, Transaction Banking, Financial Markets und den Bereich Non Core Operating Unit (NCOU) gegliedert:

- Im Geschäftsbereich Retail Banking bietet die Postbank Privat- und Geschäftskunden standardisierte, preisgünstige und auf typische Bedarfssituationen ausgerichtete Bank- und Finanzprodukte. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem traditionellen Giro- und Spareinlagengeschäft, Bauspar- und Baufinanzierungsprodukten sowie Privatkrediten. Ergänzt wird das Produktspektrum durch das Angebot von Wertpapieren (insbesondere Fonds) und Versicherungen sowie Konzepten zur Altersvorsorge. Als Multikanalbank vertreibt die Postbank ihre Produkte über Filialen, den mobilen Vertrieb, Direkt-Banking (Internet und Mailing) und Callcenter sowie im Drittvertrieb über Vermittler und Kooperationspartner. In Kooperation mit der Deutschen Post AG erbringt die Postbank in ihrem Filialnetz zudem Postdienstleistungen, wodurch sich der tägliche Besucherstrom in ihren Filialen erhöht und Provisionserträge generiert werden.
- Der Geschäftsbereich Firmenkunden bietet den Firmenkunden der Postbank Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr sowie Firmenkundenkredite, gewerbliche Immobilienfinanzierung, Factoring und Leasing an. Produkte im Anlagebereich sowie aus dem Zins- und Währungsmanagement komplettieren die Produktpalette.

- Der Geschäftsbereich Transaction Banking der Postbank umfasst die Dienstleistungen rund um das Konto, den Zahlungsverkehr sowie den Kredit.

In der Segmentberichterstattung werden die Ergebnisse aus der Leistungserbringung im Zahlungsverkehr dargestellt, die in der Betriebs-Center für Banken AG (BCB) und der VÖB-ZVD Processing GmbH gebündelt sind. Die BCB erbringt Zahlungsverkehrsdienstleistungen für die Postbank und die Deutsche Bank, aber auch für Drittbanken wie die HypoVereinsbank und die HSH Nordbank. Die VÖB-ZVD Processing GmbH bietet ihren Kunden Dienstleistungen zur Abwicklung des karten- und internetbasierten Zahlungsverkehrs und ist im kartengestützten Zahlungsverkehr einer der größten Netzbetreiber Deutschlands.

- Der Geschäftsbereich Financial Markets ist für die Geld- und Kapitalmarktaktivitäten der Postbank verantwortlich. Zu seinen Aufgaben gehört zum einen, die Konditionsbeiträge aus dem Kundengeschäft durch Aussteuerung der Zins- und Marktrisiken zu sichern. Zum anderen steuert der Geschäftsbereich Financial Markets die Liquiditätsposition der Postbank.
- Das Segment Non Core Operating Unit (im Folgenden auch NCOU) beinhaltet von der Postbank identifizierte Portfolios und Aktivitäten, die nicht zum Kern der zukünftigen strategischen Ausrichtung gehören. Zur besseren Steuerbarkeit wurden sie aus ihren ursprünglichen Segmenten herausgelöst und in das neue Segment Non Core Operating Unit mit eigener Management-Verantwortlichkeit überführt. Details sind der Segmentberichterstattung zu entnehmen.

Wesentliche Standorte

Die Zentrale der Postbank befindet sich in Bonn. Darüber hinaus betreibt die Postbank ein flächendeckendes Filialnetz mit – per Jahresende 2013 – 1.092 Filialen in Deutschland. Der Sitz der Tochtergesellschaft BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft befindet sich in Hameln.

Darüber hinaus hat die Postbank Tochtergesellschaften in Luxemburg. Die PB (USA) Holdings, Inc. und ihre Tochtergesellschaften, zu denen auch die PB Capital Corporation, Wilmington, Delaware, USA, gehörte, wurden mit Ablauf des 31. Dezember 2012 und mit Wirkung zum 1. Januar 2013 innerhalb des Deutsche Bank Konzerns veräußert.

Wesentliche Absatzmärkte und Wettbewerbsposition

Im Retail Banking ist die Deutsche Postbank AG fast ausschließlich in Deutschland aktiv und ist, gemessen an der Kundenzahl, das größte Einzelinstitut. Wesentliche Produktfelder sind das Spargeschäft, das Angebot von Girokonten und privaten Baufinanzierungen sowie das Bauspargeschäft. In allen diesen Feldern gehört die Postbank, mit Blick auf das bilanzielle Volumen, zu den führenden Anbietern in Deutschland. Lösungen zur privaten Altersvorsorge, das Privatdarlehensgeschäft und das Wertpapiergeschäft runden das Angebotsspektrum für Privatkunden ab. In diesen Feldern vermittelt die Postbank zum Teil Produkte und Dienstleistungen im Rahmen der Zusammenarbeit mit anderen Banken und Versicherungen. Wesentlich ist hierbei die enge Kooperation mit der Deutschen Bank AG, die kontinuierlich intensiviert wird. Bedeutende Wettbewerber der Postbank im Privatkundengeschäft in Deutschland sind Anbieter

aus dem Sektor der Sparkassen und der genossenschaftlichen Institute sowie einige Großbanken.

Über das Privatkundengeschäft hinaus ist die Postbank im Firmenkundengeschäft tätig. Hier ist sie als mittelgroßer Marktteilnehmer insbesondere im deutschen Mittelstandsgeschäft engagiert. Mit ihrer Tochtergesellschaft Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main (BCB), ist die Postbank derzeit einer der größten Anbieter für die Abwicklung von Zahlungsverkehrsdienstleistungen auf dem deutschen Markt. Für die Deutsche Postbank AG und drei weitere Mandanten, darunter die Deutsche Bank AG, wickelte die BCB im Berichtsjahr rund 7,6 Milliarden Transaktionen ab.

Unternehmenssteuerung bei der Postbank

Die Steuerung innerhalb der Postbank basiert auf einem integrierten, konsistenten, konzerneinheitlichen Kennzahlensystem. Es verbindet Zielsetzung, Planung, operative Steuerung, Erfolgsmessung und Vergütung miteinander. Ziel dieses Steuerungsansatzes ist die Optimierung von Rentabilität und Effizienz.

Zentrales Rentabilitätsziel für die kapitalmarktorientierte Steuerung der Postbank ist der Renditeanspruch auf das Eigenkapital nach IFRS, gemessen am Return on Equity (RoE) vor bzw. nach Steuern. Die Größe berechnet sich aus dem Quotienten aus dem Ergebnis vor bzw. nach Steuern und dem durchschnittlichen zeitgewichteten Eigenkapital in der Berichtsperiode.

Die Effizienz wird anhand der Cost Income Ratio (CIR), des Quotienten aus Verwaltungsaufwendungen und Gesamterträgen ohne sonstige Erträge vor Risikovorsorge, als zentraler Maßstab für die Ertrags- und Produktivitätssteuerung gemessen.

Die Gesamterträge beinhalten als wichtigste Größen zur Beurteilung und Steuerung der Ertragskraft insbesondere den Zinsüberschuss und den Provisionsüberschuss als zentrale Ertragsgrößen im Kundengeschäft der Postbank.

Auf Segmentebene steuert die Postbank ihre Aktivitäten auf der Grundlage eines Management-Informationssystems, dessen zentraler Bestandteil die betriebswirtschaftliche Rechnung nach Geschäftsfeldern ist. Die Steuerung erfolgt dadurch grundsätzlich analog zur Postbank Konzernebene, wobei sich der Renditeanspruch am RoE vor Steuern bemisst. Die Allokation des Eigenkapitals auf die Segmente richtet sich dabei nach deren Risikokapitalbedarf.

Als operative Steuerungskennzahlen auf Segmentebene dienen die oben genannten Indikatoren. Im Kerngeschäft werden zusätzlich die Ertragstreiber Volumen, Margen und Risiko sowie Deckungsbeiträge in der Steuerung berücksichtigt.

Die strategischen und die operativen Ziele werden für die operative Steuerung in Key Performance Indicators (KPIs) weiter konkretisiert und in regelmäßigen Reviews nachgehalten. Dadurch wird sichergestellt, dass alle Geschäftsaktivitäten auf die Erreichung der Unternehmensziele ausgerichtet sind.

Derzeit wird der Prozess dieser regelmäßigen Reviews überarbeitet. Hintergrund sind die Ende 2012 geänderte Geschäftsverteilung im Vorstand sowie die im Zuge der Integration in

den Deutsche Bank Konzern erweiterte Gremien-/Komiteestruktur für die Postbank.

Ergänzend zu den genannten, etablierten Steuerungskennzahlen, ermittelt die Postbank Renditekennzahlen für die interne Steuerung, bezogen sowohl auf das zugrunde liegende Bilanzvolumen (Return on Assets, RoA) als auch auf das eingesetzte Risikokapital. In Anlehnung an den RoE wird dabei die Rendite auf das regulatorische Kapital bzw. den Kapitalbedarf berechnet (insbesondere Return on Regulatory Capital, RoReC, bzw. Return on Total Capital Demand, RoTCD), die auf Einzelgeschäfts- und auf aggregierter Ebene bereits eine wesentliche Entscheidungsgrundlage bildet. Zudem erfolgt eine Steuerung der Rendite auf den Ebenen Gesamtbank, Segmente sowie Steuerungsportfolios auf Basis des ökonomischen Kapitals (Return on Risk-adjusted Capital, RoRaC). Der ökonomische Kapitalbedarf wird determiniert durch die relevanten Risikoarten je Steuerungsebene (z. B. Kreditrisiko, Marktpreisrisiko, Operationelles Risiko). Beide Ressourcen – regulatorisches Eigenkapital und ökonomisches Eigenkapital – werden mit Verzinsungsansprüchen in Form von Hurdle Rates belegt, die von den Renditeerwartungen des Kapitalmarkts abgeleitet werden und von der Postbank insgesamt ebenso wie von den einzelnen Geschäftseinheiten zu erwirtschaften sind.

Die variable Vergütung des Vorstands, der Führungskräfte und der Mitarbeiter der Postbank ist mit diesem Steuerungssystem eng verknüpft. Sie orientiert sich an den individuellen Zielen, den Ressortzielen und den Konzernzielen der Postbank Gruppe, die am Ergebnis vor Steuern und an der CIR gemessen werden. Den aufsichtsrechtlichen Anforderungen sowie dem Unternehmensziel des nachhaltigen Erfolgs entsprechend, fließt bei unseren Führungskräften, den Risk Takern und dem Vorstand ein Nachhaltigkeitsfaktor in die Berechnung des langfristigen Teils der variablen Vergütung (Langfristkomponente) ein. Weitere Details finden sich im Vergütungsbericht ab Seite 44 bzw. ab Seite 163.

Der Nachhaltigkeitsfaktor orientiert sich am Konzept des Economic Value Added und verankert damit die wertorientierte, nachhaltige Perspektive im Anreizsystem der Postbank.

44

163

ANGABEN NACH § 315 ABS. 4 HGB UND ERLÄUTERNDER BERICHT

Zusammensetzung des Gezeichneten Kapitals

Am 31. Dezember 2013 betrug das Grundkapital 547.000.000 €, eingeteilt in 218.800.000 auf den Namen lautende Stückaktien. Jede Aktie vermittelt die gleichen gesetzlich vorgesehenen Rechte und Pflichten und gewährt in der Hauptversammlung je eine Stimme.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

§ 17 der Satzung bestimmt, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um als Aktionär an der Hauptversammlung teilzunehmen und das Stimmrecht auszuüben. Gegenüber der Gesellschaft gilt als Aktionär nur, wer als solcher im Aktienregister eingetragen ist. In den Fällen des § 136 AktG ist das Stimmrecht aus den betroffenen Aktien von Gesetzes wegen ausgeschlossen. Sofern die Gesellschaft eigene Aktien hält, können gemäß § 71b AktG hieraus keine Rechte ausgeübt werden. Dem Vorstand sind keine Vereinbarungen zwischen Aktionären bekannt, die das Stimmrecht oder die Aktienübertragung beschränken.

Beteiligungen am Kapital, die 10 % der Stimmrechte überschreiten

Die Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, hielt unmittelbar und mittelbar, im Wesentlichen über die DB Finanz-Holding GmbH, am 31. Dezember 2013 ca. 94,1% der Aktien der Postbank. Der an den Börsen handelbare Streubesitz der Postbank beträgt somit rund 5,9%.

Inhaber von Aktien mit Sonderrechten

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden nicht ausgegeben.

Art der Stimmrechtskontrolle, wenn Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind und ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben

Arbeitnehmer, die Aktien der Deutschen Postbank AG halten, üben ihre Kontrollrechte wie andere Aktionäre nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der Satzung aus.

Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern und über die Änderung der Satzung

Die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft werden gemäß §§ 84 AktG, 31 MitbestG vom Aufsichtsrat auf höchstens fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist entsprechend den gesetzlichen Regelungen möglich. Nach § 5 der Satzung der Gesellschaft besteht der Vorstand aus mindestens zwei Mitgliedern. Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Zahl der Mitglieder des Vorstands und kann zudem einen Vorsitzenden des Vorstands sowie einen stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands ernennen sowie stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellen.

Gemäß §§ 24 Abs. 1 Nr. 1, 33 Abs. 2 Kreditwesengesetz (KWG) muss der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Deutschen Bundesbank vor der beabsichtigten Bestellung von Vorstandsmitgliedern nachgewiesen werden, dass sie in ausreichendem Maße theoretische und praktische Kenntnisse in den Geschäften der Bank sowie Leitungserfahrung haben.

Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied und die Ernennung zum Vorsitzenden des Vorstands gemäß § 84 Abs. 3 AktG widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt.

Die BaFin kann gemäß § 45c Abs. 1 bis 3 KWG einen Sonderbeauftragten bestellen und diesem die Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse eines oder mehrerer Mitglieder des Vorstands übertragen, wenn diese nicht zuverlässig sind oder nicht die erforderliche fachliche Eignung haben oder wenn das Kreditinstitut nicht mehr über die erforderliche Anzahl von Vorstandsmitgliedern verfügt. Wenn Mitglieder des Vorstands nicht zuverlässig sind oder nicht die erforderliche Sachkunde besitzen oder wenn ihnen wesentliche Verstöße gegen die Grundsätze einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung verborgen geblieben sind oder sie festgestellte Verstöße nicht beseitigt haben, kann die BaFin dem Sonderbeauftragten die Aufgaben und Befugnisse des Vorstands insgesamt übertragen. In allen diesen Fällen ruhen die Aufgaben und Befugnisse des Vorstands oder der betroffenen Vorstandsmitglieder.

Besteht Gefahr für die Erfüllung der Verpflichtungen eines Kreditinstituts gegenüber seinen Gläubigern oder besteht der begründete Verdacht, dass eine wirksame Aufsicht über das Kreditinstitut nicht möglich ist, kann die BaFin zur Abwendung dieser Gefahr gemäß § 46 Abs. 1 KWG einstweilige Maßnahmen treffen. Sie kann dabei auch Mitgliedern des Vorstands die Ausübung ihrer Tätigkeit untersagen oder beschränken. In diesem Fall kann deren Funktion durch den Sonderbeauftragten gemäß § 45c KWG erfüllt werden.

Die Satzung der Deutschen Postbank AG kann nach den Regelungen der §§ 119 Abs. 1 Nr. 5, 179 AktG geändert werden. Hiernach bedürfen Satzungsänderungen eines Beschlusses der Hauptversammlung. Darüber hinaus ist der Aufsichtsrat gemäß § 19 Abs. 3 der Satzung zu Änderungen der Satzung ermächtigt, die lediglich die Fassung betreffen. Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden gemäß § 19 Abs. 2 der Satzung der Gesellschaft, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, mit der einfachen Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst. Satzungsänderungen werden mit Eintragung in das Handelsregister wirksam (§ 181 Abs. 3 AktG).

Im Jahr 2013 wurden die nachfolgenden Satzungsänderungen in das Handelsregister eingetragen und wirksam:

Die Hauptversammlung vom 28. Mai 2013 hat die Neufassung des § 4 Abs. 6 (Genehmigtes Kapital I) sowie die Einfügung eines neuen § 4 Abs. 7 (Genehmigtes Kapital II) in die Satzung beschlossen. Die nachfolgende Ziffer wurde entsprechend unnummeriert. Der Beschluss wurde durch die Eintragung in das Handelsregister am 26. Juni 2013 wirksam.

Durch Beschluss des Aufsichtsrats vom 27. Mai 2013 wurde die Änderung der Satzung in § 3 (Bekanntmachungen und Informationen) Abs.1 beschlossen und durch Eintragung in das Handelsregister am 7. August 2013 wirksam.

Befugnisse des Vorstands zur Möglichkeit der Ausgabe oder des Rückkaufs von Aktien

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 28. Mai 2013 ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung

des Aufsichtsrats bis zum 27. Mai 2018 durch Ausgabe neuer, auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen (einschließlich sogenannter gemischter Sacheinlagen) ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu 218,8 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital I). Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen.

Der Vorstand ist gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 28. Mai 2013 ferner ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. Mai 2018 durch Ausgabe neuer, auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bareinlagen ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 54,7 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital II). Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Beschluss sieht die Möglichkeit eines vereinfachten Bezugsrechtsausschlusses gemäß § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG vor.

Die näheren Einzelheiten zu den Genehmigten Kapitalien I und II ergeben sich aus § 4 Abs. 6 und 7 der Satzung.

Das Grundkapital ist um bis zu 273,5 Mio € durch Ausgabe von bis zu 109,4 Millionen neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien bedingt erhöht (Bedingtes Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von auf den Namen lautenden Stückaktien an die Inhaber bzw. Gläubiger von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, Gewinnschuldverschreibungen und/oder Genussrechten (bzw. Kombinationen dieser Instrumente), die aufgrund der von der Hauptversammlung vom 29. April 2010 im Gesamtnennbetrag von bis zu 3 Mrd € beschlossenen Ermächtigung von der Gesellschaft oder von ihr abhängigen oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehenden Unternehmen bis zum 28. April 2015 begeben oder garantiert werden und ein Wandlungs- bzw. Optionsrecht auf neue, auf den Namen lautende Stückaktien der Gesellschaft gewähren bzw. eine Wandlungspflicht begründen. Die bedingte Kapitalerhöhung ist nur insoweit durchzuführen, wie von Options- bzw. Wandlungsrechten Gebrauch gemacht wird oder wie die zur Wandlung verpflichteten Inhaber bzw. Gläubiger ihre Pflicht zur Wandlung erfüllen und soweit nicht eigene Aktien zur Bedienung eingesetzt werden. Die näheren Einzelheiten zu dem Bedingten Kapital ergeben sich aus § 4 Abs. 8 der Satzung.

Die Gesellschaft wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 29. April 2010 nach § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG ermächtigt, zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien zu erwerben und zu verkaufen. Der Bestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien darf am Ende eines jeden Tages 5 % des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigen. Darüber hinaus dürfen auf die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zusammen mit anderen Aktien der Gesellschaft, welche die Gesellschaft bereits erworben hat und noch besitzt, zu keinem Zeitpunkt mehr als 10 % des Grundkapitals entfallen. Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals ausgeübt werden und gilt bis zum 28. April 2015. Der Erwerbspreis (ohne Erwerbsnebenkosten) darf den arithmetischen Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutschen Postbank AG Aktie im XETRA-Handel oder in einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Wertpapierbörse in Frankfurt am Main an den letzten fünf aufeinanderfolgenden Börsenhandelstagen vor dem Erwerb oder der Eingehung einer Verpflichtung zum Erwerb um nicht mehr als 10 % über- oder unterschreiten.

Außerdem wurde der Vorstand durch Beschluss der Hauptversammlung vom 29. April 2010 nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, eigene Aktien bis zu insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Dabei dürfen auf die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zusammen mit anderen Aktien der Gesellschaft, welche die Gesellschaft bereits erworben hat und noch besitzt, zu keinem Zeitpunkt mehr als 10 % des Grundkapitals entfallen. Die Ermächtigung kann auch durch abhängige oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehende Unternehmen oder von Dritten für Rechnung der Gesellschaft oder von ihr abhängiger oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehender Unternehmen ausgeübt werden. Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals ausgeübt werden. Sie gilt bis zum 28. April 2015.

Der Erwerb kann über die Börse oder mittels eines öffentlichen Angebots erfolgen. Die Ermächtigung enthält Vorgaben hinsichtlich des Erwerbspreises und des Vorgehens bei Überzeichnung eines öffentlichen Kaufangebots.

Die Ermächtigung kann zu jedem gesetzlich zulässigen Zweck, insbesondere zur Verfolgung eines oder mehrerer der nachfolgend genannten Ziele, ausgeübt werden.

Der Vorstand ist ermächtigt, die aufgrund dieser oder einer früheren Ermächtigung nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG erworbenen eigenen Aktien mit Zustimmung des Aufsichtsrats ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss einzuziehen. Die Einziehung kann auf einen Teil der erworbenen Aktien beschränkt werden. Von der Ermächtigung zur Einziehung kann mehrfach Gebrauch gemacht werden. Die Einziehung führt grundsätzlich zur Kapitalherabsetzung. Der Vorstand kann abweichend hiervon bestimmen, dass das Grundkapital unverändert bleibt und sich stattdessen durch die Einziehung der Anteil der übrigen Aktien am Grundkapital gemäß § 8 Abs. 3 AktG erhöht. Der Vorstand ist in diesem Fall zur Anpassung der Angabe der Zahl der Aktien in der Satzung ermächtigt.

Der Vorstand ist ermächtigt, die aufgrund dieser oder einer früheren Ermächtigung nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG erworbenen eigenen Aktien mit Zustimmung des Aufsichtsrats in anderer Weise als durch einen Verkauf über die Börse oder ein Angebot an alle Aktionäre unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre wie folgt zu verwenden: (i) Veräußerung gegen Sachleistung, soweit dies zu dem Zweck erfolgt, Unternehmen, Unternehmensteile oder Beteiligungen an Unternehmen oder sonstige einlagefähige Vermögensgegenstände zu erwerben oder Unternehmenszusammenschlüsse durchzuführen, oder (ii) Veräußerung gegen Barzahlung, soweit diese zu einem Preis erfolgt, der den Börsenwert von Aktien der Gesellschaft zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet (vereinfachter Bezugsrechtsausschluss nach §§ 186 Abs. 3 Satz 4, 71 Abs. 1 Nr. 8 Satz 5 Halbsatz 2 AktG). Diese Ermächtigung beschränkt sich unter Einbeziehung von anderen Aktien, die seit Beschlussfassung über diese Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre in direkter oder entsprechender Anwendung von § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben oder veräußert worden sind, auf insgesamt höchstens 10 % des derzeitigen oder – falls dieser Wert geringer ist – 10 % des bei Ausübung dieser Ermächtigung bestehenden Grundkapitals der Gesellschaft oder (iii) Erfüllung von Verpflichtungen der Gesellschaft aus Wandlungs- und Optionsrechten bzw. Wandlungspflichten aus von der Gesellschaft oder von ihr abhängigen oder im

Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehenden Unternehmen begebenen Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen bzw. Genussrechten oder Gewinnschuldverschreibungen (bzw. Kombinationen dieser Instrumente), die ein Wandlungs- oder Optionsrecht gewähren oder eine Wandlungspflicht bestimmen. Die Ermächtigungen unter (i) bis (iii) können auch durch abhängige oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehende Unternehmen oder von Dritten für Rechnung der Gesellschaft oder von ihr abhängiger oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehender Unternehmen ausgeübt werden.

Die Bank hat im Berichtsjahr von der Ermächtigung, eigene Aktien zu erwerben, keinen Gebrauch gemacht. Zum Bilanzstichtag waren keine Bestände an eigenen Aktien zu verzeichnen.

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen
Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, wurden nicht getroffen.

Entschädigungsvereinbarungen bei Kontrollwechseln
Entschädigungsvereinbarungen der Gesellschaft, die für den Fall eines Übernahmeangebots mit den Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern getroffen worden sind, bestehen nicht.

§ 289a HGB Erklärung zur Unternehmensführung

Die Erklärung zur Unternehmensführung ist im Internet auf unserer Homepage unter https://www.postbank.de/postbank/wu_corporate_governance_unternehmensfuehrung.html abrufbar.



VORSTANDS- UND AUFSICHTSRATSVERGÜTUNG

Struktur der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2013

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung sowie die wesentlichen Elemente der Vorstandsverträge werden vom Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG festgelegt und regelmäßig überprüft.

Die Systematik des Vorstandsvergütungssystems wurde im Berichtsjahr nicht angepasst.

Für 2014 hat der Aufsichtsrat eine Überprüfung und gegebenenfalls eine Anpassung des Vergütungssystems, insbesondere im Hinblick auf die Zurückbehaltungssystematik, beschlossen.

Auf Vorschlag des Präsidialausschusses beschließt der Aufsichtsrat über die Angemessenheit der Vergütung der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG unter Berücksichtigung des Ergebnisses, der Branche und der Zukunftsaussichten.

Maßgebliches Kriterium für die Ausgestaltung der Struktur und Höhe der Vorstandsvergütung ist neben den Aspekten Angemessenheit und Nachhaltigkeit auch das Ziel, Anreize für das Eingehen unverhältnismäßig hoher Risiken zu vermeiden. Daher ist eine Obergrenze für das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung festgelegt. Ferner orientiert sich die Festlegung der Vergütungshöhe für die Mitglieder

des Vorstands an der Größe und der Tätigkeit des Unternehmens, seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage sowie an den Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds. Die Vergütung ist so bemessen, dass sie im nationalen und im internationalen Vergleich angemessen und wettbewerbsfähig ist und damit einen Anreiz für eine engagierte und erfolgreiche Arbeit bietet. Die Vergütungshöhe ist leistungsorientiert und so ausgestaltet, dass die Vorstandsmitglieder motiviert sind, die in den Strategien der Bank niedergelegten Ziele zu erreichen und somit zur nachhaltigen Unternehmensentwicklung beizutragen. Ferner hat der Aufsichtsrat bei der Bemessung der Vergütungshöhe im Rahmen des vertikalen Vergütungsvergleichs die Vergütung von zwei Führungsebenen unterhalb des Vorstands berücksichtigt.

Die Gesamtvergütung besteht aus erfolgsunabhängigen und erfolgsabhängigen Komponenten.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind die Grundvergütung (Fixum), Nebenleistungen und Pensionszusagen. Die Grundvergütung wird in zwölf gleichen Teilen monatlich als Gehalt bar ausgezahlt.

Erfolgsabhängige Komponente ist die variable Vergütung. Die variable Vergütung der Vorstandsmitglieder wird auf der Grundlage quantitativer und qualitativer Zielsetzungen mit Konzern-, Ressort- und Individualzielen auf der Basis von z. B. Ergebnisgrößen ermittelt. Diese Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres (Basisjahr) zu treffenden Zielvereinbarung. Die Höhe der variablen Vergütung richtet sich nach dem Erreichen darin festgelegter Zielwerte. Die maximale variable Vergütung ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt.

Die variable Vergütung ist aufgeteilt in eine Kurzfristkomponente (Anteil 40 %) und eine Langfristkomponente (Anteil 60 %). Sie wird, auch wenn die vereinbarten Ziele erreicht wurden, nicht vollständig bar ausgezahlt.

Die Kurzfristkomponente wird zur Hälfte in bar unmittelbar im Folgejahr – nach Feststellung der Zielerreichung – ausgezahlt (Kurzfristkomponente I). Die zweite Hälfte der Kurzfristkomponente (Kurzfristkomponente II) wird in virtuelle Aktien (Phantom Shares) der Deutschen Bank AG umgewandelt. Hierfür wird der Eurobetrag der Kurzfristkomponente II durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Aktie der Deutschen Bank AG der letzten zehn Handelstage dividiert, die vor dem Tag liegen, an dem der Aufsichtsrat die Zielerreichung festgestellt hat bzw. die Sperrfrist endet. Nach Ablauf einer einjährigen Sperrfrist werden die Phantom Shares auf aktueller Kursbasis zurückgewandelt und ausgezahlt. Den Phantom Shares werden während der Sperrfrist Dividendenäquivalente, die der tatsächlich ausgeschütteten Dividende entsprechen, gutgeschrieben.

Die Langfristkomponente steht insgesamt unter dem Vorbehalt eines nachhaltigen Erfolgs der Postbank Gruppe, der nach Maßgabe des Erreichens eines Nachhaltigkeitskriteriums während des sich anschließenden dreijährigen Bemessungszeitraums (drei Kalenderjahre nach dem Basisjahr) festgestellt wird. Im unmittelbar auf das zu vergütende Geschäftsjahr folgenden Jahr wird das Erreichen der für das zu vergütende Jahr festgelegten Ziele vom Aufsichtsrat überprüft und festgestellt sowie das Nachhaltigkeitskriterium für den Bemessungszeitraum festgesetzt. Dieses ist definiert als das sogenannte adjustierte Ergebnis nach Kapitalkosten

(AEK). Der nachhaltige Konzernerfolg und das Nachhaltigkeitskriterium sind erreicht, wenn der Wert des AEK gleich oder besser oder – am Ende der Nachhaltigkeitsphase – durchschnittlich kumuliert besser als der Wert des AEK im Basisjahr ist.

Die Langfristkomponente wird – der dreijährigen Nachhaltigkeitsphase entsprechend – in drei jeweils gleiche Tranchen aufgeteilt, die wiederum jeweils zur Hälfte zur Barauszahlung vorgesehen (Langfristkomponente I) bzw. in Phantom Shares (Langfristkomponente II) umgewandelt werden. Die Umwandlungen und Wertermittlungen der Phantom Shares erfolgen nach den oben beschriebenen Verfahren.

Wird zum Ablauf eines jeden Jahres des dreijährigen Bemessungszeitraums die Erfüllung des Nachhaltigkeitskriteriums durch den Aufsichtsrat festgestellt, erfolgt unmittelbar anschließend die Auszahlung der anteiligen Barkomponente (Langfristkomponente I) sowie die Umwandlung des anteiligen Betrags in Phantom Shares (Langfristkomponente II).

Wird in einem Jahr des Bemessungszeitraums das Nachhaltigkeitskriterium nicht erfüllt, wird die Auszahlung der entsprechenden Tranchen der Langfristkomponente in das folgende Jahr zur erneuten Überprüfung anhand des Nachhaltigkeitskriteriums aufgeschoben. Ist das Nachhaltigkeitskriterium am Ende des Bemessungszeitraums nicht erreicht, entfällt die Auszahlung auch aller aufgeschobenen Langfristkomponenten ersatzlos. Damit nimmt die Vorstandsvergütung während des gesamten Bemessungszeitraums an etwaigen negativen Unternehmensentwicklungen teil (sogenanntes Malus-System). In Form eines zusätzlichen Malus-Systems kann die Auszahlung von noch nicht ausgezahlten Komponenten auf Basis der Gesamtleistung des einzelnen Vorstandsmitglieds während des Bemessungszeitraums rückwirkend gesenkt oder ganz aufgehoben werden. Den Vorstandsmitgliedern ist es nicht gestattet, die Risikoorientierung von aufgeschobenen Vergütungskomponenten mit Absicherungsgeschäften oder anderen Gegenmaßnahmen einzuschränken oder aufzuheben.

Der Aufsichtsrat kann bei außerordentlichen Leistungen eine angemessene Sondervergütung beschließen. Deren Höhe ist implizit begrenzt durch die vom Aufsichtsrat festgelegte Obergrenze für das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung.

Entsprechend der Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex, wird bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit, die nicht durch einen wichtigen Grund veranlasst ist, die Deutsche Postbank AG nicht mehr als die restliche Vertragslaufzeit vergüten und die Zahlung auf maximal zwei Grundvergütungen zuzüglich maximal 40 % des zweifachen Wertes der maximalen variablen Vergütung (Abfindungs-Cap) begrenzen.

Bei vorzeitiger Beendigung von Vorstandsverträgen durch dauernde Dienstunfähigkeit oder Tod wird die Vergütung pro rata temporis bis zum Ende der vereinbarten Vertragslaufzeit, maximal für sechs Monate, fortgezahlt.

Vergütung des Aufsichtsrats im Jahr 2013

Die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG hat die Vergütung des Aufsichtsrats letztmals im Jahr 2004 geändert. Das Vergütungssystem wurde in § 15 der Satzung der Deutschen Postbank AG festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats

aus einer festen und einer jährlichen erfolgsabhängigen sowie einer erfolgsabhängigen Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsarbeit sowie dem wirtschaftlichen Erfolg der Deutschen Postbank AG Rechnung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei Bemessung der Vergütungshöhe berücksichtigt.

Die Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds ohne Ausschussmitgliedschaft setzt sich wie folgt zusammen: Die feste jährliche Vergütung (Fixum) beträgt 15.000 €, die erfolgsorientierte jährliche Vergütung 300 € für jeweils 0,03 €, um die der Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr den Betrag von 2,00 € übersteigt. Ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung besteht in Höhe von 300 € für jeweils 1 %, um die der Konzerngewinn pro Aktie des zweiten dem jeweiligen Geschäftsjahr nachfolgenden Geschäftsjahres den Konzerngewinn pro Aktie des dem jeweiligen Geschäftsjahr vorangegangenen Geschäftsjahres übersteigt. Die erfolgsorientierte Vergütungskomponente, die sich am Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr bemisst, ist nach Ansicht des Vorstands und des Aufsichtsrats – isoliert betrachtet – nicht, den Vorgaben der Ziffer 5.4.6 Abs. 2 des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) entsprechend, auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet. Daher haben Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG entschieden, rein vorsorglich eine Abweichung von Ziffer 5.4.6 Abs. 2 DCGK zu erklären.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache der Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds, sein Stellvertreter das 1,5-Fache. Die Übernahme des Vorsitzes in einem Aufsichtsratsausschuss erhöht die Vergütung um das 1-Fache, die einfache Ausschussmitgliedschaft jeweils um das 0,5-Fache. Dies gilt nicht für die Mitgliedschaft im Vermittlungs- und im Nominierungsausschuss.

Weitere Angaben und Erläuterungen zu den Vorstands- und Aufsichtsratsvergütungen entnehmen Sie bitte dem Corporate Governance Bericht oder dem Anhang des Konzernabschlusses unter der Notesangabe 55.

26

161

MITARBEITER

Die Postbank beschäftigte am Jahresende 2013, auf Vollzeitkräfte umgerechnet, 18.223 Mitarbeiter, das waren 376 weniger als am 31. Dezember 2012. Der Anteil der Beamten an unserer Mitarbeiterschaft lag mit – auf Vollzeitkräfte umgerechnet – 5.389 Personen bei ca. 30 %. Etwa 25 % unserer Mitarbeiter befinden sich in einem Teilzeitbeschäftigungsverhältnis.

Unsere externe Fluktuation im Jahr 2013 belief sich auf rund 6,8 %. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit aller Mitarbeiter liegt bei etwa 21 Jahren. Die Postbank entlohnt nahezu alle Mitarbeiter nach leistungs- sowie erfolgsabhängigen Kriterien, die in einen variablen Entgeltbestandteil einfließen.

WICHTIGE EREIGNISSE BEI DER POSTBANK IM JAHR 2013

1. Januar 2013: Mit Ablauf des 31. Dezember 2012 und mit Wirkung zum 1. Januar 2013 wurden an die Deutsche Bank veräußert: die PB (USA) Holdings, Inc.-Gruppe sowie das Stammkapital der amerikanischen Tochtergesellschaften Deutsche Postbank Funding LLC I, Wilmington, Delaware, USA, Deutsche Postbank Funding LLC II, Wilmington, Delaware, USA, Deutsche Postbank Funding LLC III, Wilmington, Delaware, USA, Deutsche Postbank Funding LLC IV, Wilmington, Delaware, USA, und Deutsche Postbank Funding Trust I, Wilmington, Delaware, USA, Deutsche Postbank Funding Trust II, Wilmington, Delaware, USA, Deutsche Postbank Funding Trust III, Wilmington, Delaware, USA, Deutsche Postbank Funding Trust IV, Wilmington, Delaware, USA.

28. Mai 2013: Die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG stimmt sämtlichen Beschlussvorschlägen fast einstimmig zu.

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN IM JAHR 2013

Weltwirtschaft wächst erneut schwach

Das Wachstum der Weltwirtschaft blieb im Jahr 2013 sehr verhalten. Sowohl in den Industrieländern als auch in den aufstrebenden Märkten blieben die Wachstumsraten noch hinter den bereits mäßigen Ergebnissen des Vorjahres zurück. Verantwortlich hierfür waren eine ungünstige Ausgangsbasis zum Jahreswechsel 2012/2013 sowie eine Wachstumsschwäche zu Jahresbeginn. Nachfolgend erholte sich jedoch die Konjunktur. Insbesondere in einigen Industrieländern nahm die wirtschaftliche Dynamik im Jahresverlauf deutlich zu. Insgesamt wuchs die globale Wirtschaftsleistung 2013 dennoch laut Internationalem Währungsfonds (IWF) nur noch um 3,0 % nach einem Plus von 3,1 % im Vorjahr. Die vom IWF zu Jahresbeginn erwartete Wachstumsbeschleunigung auf 3,5 % ist damit ausgeblieben.

In den Vereinigten Staaten wurde die Konjunktur 2013 zu Jahresbeginn von den automatisch in Kraft getretenen Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen belastet. Deren dämpfende Effekte waren aber nicht so stark wie befürchtet. Ab dem Frühjahr gewann die Konjunktur dann deutlich an Schwung. Dabei wurde der private Verbrauch, begünstigt durch die deutlich sinkende Arbeitslosigkeit, recht konstant ausgeweitet. Die Bruttoanlageinvestitionen nahmen nach einem Rückgang zu Jahresbeginn ihren Aufwärtstrend wieder auf. Kräftige Impulse gingen dabei von den Wohnungsbauinvestitionen aus, die 2013 erneut prozentual zweistellig wuchsen. Der Außenhandel hatte per saldo keine starken Auswirkungen auf das Wachstum. Der deutlich rückläufige Staatsverbrauch belastete die Konjunktur dagegen spürbar. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg um 1,9 % und damit erwartungsgemäß deutlich schwächer als im Vorjahr.

Trotz einer Wachstumsschwäche zu Jahresbeginn erreichte das BIP-Wachstum in den asiatischen Schwellenländern mit 6,5 % in etwa das Niveau des Vorjahres. In China blieb das BIP-Wachstum mit 7,7 % konstant. Dabei bewegte sich auch der Zuwachs bei den Exporten mit 7,9 % auf Vorjahresniveau. Die japanische Wirtschaft verzeichnete infolge einer expansiven Geld- und Fiskalpolitik in der ersten Jahreshälfte

hohe Wachstumsraten. Im weiteren Jahresverlauf ließ das Tempo des Aufschwungs dann nach. Zuwächse beim privaten Verbrauch und beim Staatskonsum sowie anziehende Investitionen ließen die binnenwirtschaftliche Nachfrage 2013 deutlich steigen. Die Exporte legten dagegen im Jahresdurchschnitt nur leicht zu. Trotz des kräftigen Aufschwungs erhöhte sich das BIP in Japan aufgrund einer niedrigen Ausgangsbasis nur um 1,5 %, jedoch deutlich stärker, als von uns zu Jahresbeginn erwartet.

Im Euroraum sank die Wirtschaftsleistung im Berichtsjahr erneut. Das BIP schrumpfte um 0,4 % nach einem Rückgang um 0,7 % im Vorjahr. Die Wirtschaft litt insbesondere zu Jahresbeginn weiterhin unter der Staatsschuldenkrise. Die notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen in einigen Ländern dämpften nicht nur den Staatskonsum, sondern auch den privaten Verbrauch, der im Jahresdurchschnitt um 0,6 % reduziert wurde. Die Bruttoanlageinvestitionen gaben sogar um 3,5 % nach. Insgesamt sank die Binnennachfrage um 0,9 %. Die Exporte wurden zwar nur moderat um 1,6 % ausgeweitet, die Zunahme der Importe fiel aber noch geringer aus. Der Außenhandel dämpfte deshalb den Rückgang des BIP um 0,5 Prozentpunkte. Trotz des negativen Jahresergebnisses verbesserte sich die konjunkturelle Lage im Euroraum im Jahresverlauf. Ab dem zweiten Quartal wurden beim EWU-BIP im Quartalsvergleich wieder positive Wachstumsraten erzielt und somit die Rezession überwunden. Dies gelang im Jahresverlauf auch fast allen Krisenländern. Dies reichte aber noch nicht aus, um die Lage am Arbeitsmarkt zu verbessern. Die Arbeitslosenquote stieg 2013 auf ein Rekordniveau von über 12 %.

Die Wirtschaftsentwicklung in Europa entsprach damit weitgehend unseren Erwartungen, obwohl der Rückgang des BIP etwas stärker ausgeprägt ausfiel, als von uns zu Jahresbeginn erwartet.

Konjunkturelle Belebung im Jahresverlauf in Deutschland

Die deutsche Konjunktur hat sich nach einem schwachen Beginn im Verlauf des Jahres 2013 belebt. Aufgrund einer ungünstigen Ausgangsbasis zu Jahresbeginn und der Stagnation im ersten Quartal stieg das BIP dennoch mit lediglich 0,4 % schwächer als im Vorjahr mit 0,7 %. Als Belastungsfaktor erwies sich der Außenhandel. Die Nachfrage aus dem Euroraum war schwach. Zudem entwickelten sich die Ausfuhren in andere Regionen mäßig. Die Exporte wuchsen deshalb nur um 0,6 %, während die Importe mehr als doppelt so stark zulegten. Die Bruttoanlageinvestitionen zogen zwar im Jahresverlauf infolge der Verbesserung des globalen Umfelds wieder an, gaben aber im Jahresdurchschnitt um 0,8 % nach. Dabei sanken die Ausrüstungsinvestitionen wesentlich stärker als die Bauinvestitionen. Deren Rückgang war auf eine markante Abschwächung bei den gewerblichen Bauinvestitionen zurückzuführen, während die Wohnungsbauinvestitionen leicht und die öffentlichen Bauinvestitionen spürbar gesteigert wurden. Als Wachstumstütze erwies sich der private Verbrauch. Mit 0,9 % wurde er geringfügig stärker ausgeweitet als im Vorjahr. Zwar verlangsamte sich der Zuwachs bei den verfügbaren Einkommen, im Gegenzug fiel jedoch die Inflationsrate deutlich von 2,0 % auf 1,5 %, wodurch die privaten Haushalte entlastet wurden. Zudem reduzierten diese ihre Sparquote zugunsten eines höheren Konsums. Der deutsche Arbeitsmarkt blieb trotz des geringen Wachstums stabil. Im Jahresdurchschnitt stieg die Zahl der Arbeitslosen um 53.000 auf 2,95 Millionen. Die Arbeitslosenquote nahm leicht von 6,8 % auf 6,9 % zu. Gleichzeitig

erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 233.000 auf 41,84 Millionen.

Zusammenfassend betrachtet, verlief die gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2013 etwas ungünstiger, als wir zum Zeitpunkt des letzten Geschäftsberichts erwartet hatten.

Entwicklung an den Märkten

In den ersten Monaten des Jahres 2013 belasteten die schwache Weltkonjunktur und die anhaltende Staatsschuldenkrise im Euroraum die globalen Märkte. Für Verunsicherung sorgte zudem die Ankündigung der US-Notenbank, in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung möglicherweise noch 2013 damit zu beginnen, das Volumen ihrer Anleihekäufe zu reduzieren. Die sich bessernden globalen Wachstumsaussichten, die Stabilisierung der Konjunktur im Euroraum sowie Leitzinssenkungen der Europäischen Zentralbank (EZB) führten im weiteren Jahresverlauf jedoch zu einer deutlichen Stimmungsaufhellung und kräftigen Kursanstiegen.

Nach einer anfänglichen Seitwärtsbewegung zogen die Notierungen am deutschen Aktienmarkt im Frühjahr markant an. Infolge der Ankündigung der US-Notenbank, ihre Anleihekäufe eventuell noch 2013 reduzieren zu wollen, gingen die Kursgewinne im Juni jedoch größtenteils wieder verloren. Im weiteren Jahresverlauf kam es dann vor dem Hintergrund der sich verbessernden konjunkturellen Perspektiven in Verbindung mit der Aussicht auf eine noch länger anhaltende Phase sehr niedriger Leitzinsen zu starken Kursanstiegen. So legte der DAX im Jahresverlauf 2013 um 25,5 % zu. Nicht ganz so positiv entwickelte sich der EURO STOXX 50, der aber immerhin noch ein Plus von 17,9 % erzielen konnte. Noch stärker verbesserten sich die Aktiennotierungen in den USA. Der S&P 500 kletterte 2013 um 29,6 %. Von den steigenden Konjunkturerwartungen profitierten auch Unternehmensanleihen. Die Risikoaufschläge für Anleihen mit schwachen Ratings gingen in der zweiten Jahreshälfte 2013 deutlich zurück, während sich die Aufschläge bei Anleihen hoher Bonität das gesamte Jahr über auf moderatem Niveau bewegten.

Die Verwerfungen im Bereich der Staatsanleihen der EWU-Mitgliedsstaaten hielten im ersten Halbjahr 2013 an. Nachdem die Renditeaufschläge gegenüber Bundesanleihen zu Jahresbeginn zunächst deutlich nachgegeben hatten, weiteten sie sich wegen der Banken- und Staatsschuldenkrise in Zypern nachfolgend wieder aus. Nach dem Schuldenschnitt in Zypern, der unter Beteiligung von Einlagegläubigern mit Einlagen von mehr als 100.000 € erfolgte, gaben sie erneut spürbar nach und fielen zum Teil sogar weit unter das zu Jahresbeginn verzeichnete Niveau. Hierzu trug auch die Aussicht auf eine noch expansivere Ausrichtung der Geldpolitik der EZB bei. Zur Jahresmitte hin stiegen die Renditeaufschläge dann nochmals an, da die Befürchtung einer zunehmend restriktiveren US-Geldpolitik alle Anleiheklassen, denen ein erhöhtes Risiko zugemessen wurde, überproportional belastete. In Portugal ließ eine drohende Regierungskrise die Renditen zudem zu Beginn der zweiten Jahreshälfte sprunghaft steigen. Die konjunkturelle Stabilisierung in Verbindung mit der nochmals expansiveren Geldpolitik der EZB sorgte im weiteren Jahresverlauf aber für eine deutliche Entspannung. Per saldo gaben die Renditeaufschläge für Staatsanleihen Italiens, Spaniens, Irlands, Portugals und Griechenlands gegenüber Bundesanleihen im Verlauf des Jahres 2013 kräftig nach.

Die EZB hat ihre Geldpolitik im Verlauf des Jahres 2013 nochmals expansiver ausgerichtet. Aufgrund der anhaltend schwachen Konjunktur, der geringen Inflation und der rückläufigen Kreditvergabe an den privaten Sektor senkte die EZB im Mai ihren Hauptrefinanzierungssatz von 0,75 % auf 0,50 %. Im Juli verkündete sie dann erstmals, dass die Leitzinsen für einen längeren Zeitraum auf dem aktuellen oder aber einem niedrigeren Niveau bleiben würden. Im November reduzierte sie ihren Leitzins infolge eines nochmaligen deutlichen Rückgangs der Inflationsrate weiter auf das neue Rekordtief von 0,25 %. Zudem erneuerte sie ihre im Juli eingeführte „Forward Guidance“ auf Basis des neuen Leitzinsniveaus. Darüber hinaus führte die EZB wiederholt aus, dass sie noch über eine Reihe von Instrumenten verfüge, um einem weiteren Rückgang der Inflationsrate oder einer Abschwächung der Konjunktur zu begegnen, und diese, falls erforderlich, auch einsetzen werde. Ihren Zinssatz für die Einlagefazilität hielt die EZB dabei über das gesamte Jahr hinweg bei 0,00 %. Auf die Geldmarktzinsen hatten die Maßnahmen der EZB deshalb kaum Einfluss. Der 3-Monats-Euribor lag Ende 2013 mit 0,29 % sogar um 0,10 Prozentpunkte höher als zum Vorjahresresultimo. Ursächlich hierfür war vor allem ein Rückgang der Überschussliquidität im Bankensektor.

Die US-Notenbank hielt ihren Leitzins konstant in der Spanne von 0 % bis 0,25 %. Ab dem Jahresbeginn 2013 kaufte die Fed im Rahmen der sogenannten Quantitative Easing monatlich Anleihen im Gesamtvolumen von 85 Mrd US \$. Im Juni deutete sie dann an, dass sie in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung möglicherweise noch im selben Jahr beginnen könnte, das Ankaufvolumen zu reduzieren. Im Dezember beschloss sie – mit Wirkung zum Januar 2014 – eine Absenkung um 10 Mrd US \$ auf 75 Mrd US \$. Die Fed hat damit eine erste Maßnahme ergriffen, um den Expansionsgrad ihrer Geldpolitik allmählich zurückzuführen.

Die europäischen Anleihemärkte standen in den ersten Monaten des Jahres 2013 noch unter dem dominierenden Einfluss der allgemeinen Konjunkturschwäche und der EWU-Staatsschuldenkrise. Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen fiel bis Mai auf das Jahrestief von 1,17 %. Trotz der Leitzinssenkungen durch die EZB zogen die Kapitalmarktzinsen infolge der sich verbessernden konjunkturellen Aussichten im weiteren Jahresverlauf aber an. Zum Jahresende lag die Bundrendite bei 1,93 % (Vorjahr: 1,32 %). Bei einem nur leichten Anstieg der Geldmarktzinsen ist die Zinskurve in Deutschland dadurch im Verlauf des Jahres 2013 deutlich steiler geworden. Die Rendite zehnjähriger US-Staatsanleihen gab zunächst ebenfalls leicht nach. Die anziehende US-Konjunktur und die Aussicht auf eine allmähliche Reduzierung der Anleihekäufe durch die US-Notenbank ließen die Rendite nachfolgend aber kräftig steigen. Zum Jahresende lag sie mit 3,03 % um 1,27 Prozentpunkte über dem entsprechenden Vorjahreswert. Bei nochmals leicht gesunkenen Geldmarktsätzen hat sich die Steigung der US-Zinskurve massiv erhöht.

Auch die Kursentwicklung des Euro stand zu Jahresbeginn noch unter dem Einfluss der europäischen Staatsschuldenkrise. Deren Ausweitung auf Zypern sowie die schwache Wirtschaft des Euroraums ließen den Wert des Euro bis März auf das Jahrestief von knapp 1,28 US \$ sinken. Mit der sich allmählich bessernden Konjunktur im Euroraum ebnete im Jahresverlauf aber auch die Furcht vor einer neuerlichen Verschärfung der Schuldenkrise ab. Hiervon profitierte der Euro, obwohl die EZB ihren Leitzins weiter senkte und die

Fed einen ersten Schritt zur allmählichen Straffung ihrer Geldpolitik beschloss. Bis zum Jahresende stieg der Kurs des Euro auf gut 1,37 US \$. Damit hat er gegenüber dem Vorjahr um 4,2 % zugelegt.

Die Entwicklung an den Märkten entsprach größtenteils unseren Erwartungen zum Zeitpunkt des letzten Geschäftsberichts. Wir waren für 2013 von einer moderaten Erhöhung der Kapitalmarktzinsen in Deutschland ausgegangen. Bei den Geldmarktzinsen hatten wir mit einer Seitwärtsbewegung gerechnet. Hinsichtlich der Zinskurve hatten wir eine leicht stärkere Verteilung erwartet. Von einer weiteren Absenkung des Hauptrefinanzierungssatzes der EZB waren wir dagegen nicht ausgegangen.

Branchensituation

Während im ersten Halbjahr 2013 die Bankenkrise in Zypern und Spanien das dominierende Thema war, standen im zweiten Halbjahr die voranschreitenden Regulierungsmaßnahmen für den Bankensektor im Vordergrund.

Die EU-Finanzminister haben Mitte Oktober 2013 die Übertragung der Aufsicht über bedeutende Kreditinstitute in den Ländern des Euroraums an die EZB beschlossen. Die Verordnung über den einheitlichen Aufsichtsmechanismus ist am 3. November 2013 in Kraft getreten, und zwölf Monate später, am 4. November 2014, soll die EZB ihre Aufgaben im Bereich der Bankenaufsicht in vollem Umfang übernehmen. Alle Euro-Länder nehmen automatisch am einheitlichen Aufsichtsmechanismus teil. EU-Mitgliedstaaten, die nicht dem Eurogebiet angehören, können sich für eine Teilnahme entscheiden. Im Rahmen des neuen Aufsichtssystems wird die EZB bedeutende Kreditinstitute – voraussichtlich 124 (die fast 85 % der gesamten Bankaktiva im Euroraum halten) – direkt beaufsichtigen. Bevor sie im November die Aufsicht über die Institute übernimmt, wird sie die Banken einer Bilanzprüfung unterziehen, die aus einer aufsichtsrechtlichen Risikobewertung, einem Asset Quality Review und einem abschließenden Stresstest bestehen wird. Die Ergebnisse sollen bis Oktober 2014 vorliegen. Die EZB wird ferner eng mit den zuständigen nationalen Behörden zusammenarbeiten, um alle anderen Kreditinstitute im Rahmen ihrer allgemeinen Aufsicht zu beaufsichtigen.

Mitte Dezember 2013 erreichten die EU-Finanzminister einen Kompromiss für die Schaffung des Einheitlichen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism, SRM) für die Banken der Eurozone. Die anderen EU-Staaten erhalten die Möglichkeit, dem SRM beizutreten. Beginnend ab 2016, soll der Single Resolution Fund (SRF) von den Banken befüllt werden. 2026 soll er ein Volumen von 1 % der nationalen gedeckten Einlagen erreichen. Denn zunächst sollen nationale SRF aufgebaut werden, die auch nur zur Abwicklung nationaler Banken eingesetzt werden dürfen. Inwieweit in Deutschland Mittel aus der Bankenabgabe zur Befüllung des SRF verwandt werden, ist noch offen. Ebenso müssen EU-Rat und EU-Parlament dem Kompromiss der EU-Finanzminister noch zustimmen. Da Teile der Abwicklungsrichtlinie schon 2015 in Kraft treten sollen, dürfte sie im Laufe dieses Jahres beiden Kammern zur Abstimmung vorgelegt werden.

Ebenfalls Mitte Dezember 2013 verständigten sich Vertreter von EU-Parlament, EU-Kommission und des litauischen Ratsvorsitzes auf die EU-Richtlinie zur Harmonisierung nationaler Einlagensicherungssysteme. Kernpunkt des Regelwerks ist, dass Einlagen unter 100.000 € bei einer Restrukturierung

oder Abwicklung von Banken unangetastet bleiben. Banken in allen EU-Staaten werden verpflichtet, nationale Sicherungsfonds zu bedienen, deren Volumen in zehn Jahren 0,8 % der jeweiligen nationalen gedeckten Einlagen betragen sollen.

Die European Banking Authority (EBA) hat im vierten Quartal 2013 eine sogenannte Transparency Exercise bei 64 Banken aus 21 europäischen Staaten durchgeführt. Das Fazit der EBA fiel positiv aus. Die befragten Institute haben insgesamt das harte Eigenkapital deutlich aufgestockt und gleichzeitig die Risikoaktiva reduziert. Die harte Kernkapitalquote ist laut EBA im Mittel um 170 Basispunkte auf 11,7 % gestiegen.

Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht hat am 12. Januar 2014 einige technische Änderungen in seinem Basel-III-Rahmenwerk im Hinblick auf die Leverage Ratio vorgenommen. Diese sollen vor allem dazu beitragen, rechnungslegungsbedingte Wettbewerbsunterschiede zwischen europäischen und US-amerikanischen Banken zu beseitigen bzw. zu verringern. Vor allem das in stärkerem Maße erlaubte Netting bei Repo- und Derivategeschäften sollte zu einem reduzierten Kapitalbedarf führen. Der Orientierungswert für die Leverage Ratio bleibt unverändert bei 3 %.

Das Volumen der an inländische Unternehmen und Privatpersonen in Deutschland ausgereichten Kredite schrumpfte in den ersten drei Quartalen des Jahres 2013 um 3,4 % auf 2.352 Mrd €. Bereinigt um Änderungen in der statistischen Zuordnung, ergab sich ein leichter Zuwachs um 0,4 %. Damit hat sich das Kreditwachstum gegenüber dem Vorjahr spürbar abgeschwächt. Dabei sank das Volumen der Kredite an Unternehmen, ebenfalls bereinigt um Änderungen in der statistischen Zuordnung, um 0,3 % auf 894 Mrd €. Die Ausleihungen an wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen kletterten marginal um 0,1 % auf 389 Mrd €. Damit blieben die Entwicklungen in diesen beiden Marktsegmenten jeweils hinter denen des Vorjahres zurück. Die Kredite an wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen erhöhten sich in den ersten drei Quartalen um 1,1 % auf 1.056 Mrd €, womit der Zuwachs etwas stärker ausfiel als im Vorjahr. Hierunter wiederum wurden die Wohnungsbaukredite um 1,5 % auf 833 Mrd € gesteigert. Im Neugeschäft mit Wohnungsbaukrediten für Privatkunden war in den ersten elf Monaten des Jahres 2013 eine Steigerung um 2,8 % zu verzeichnen. Ein klarer, direkter Einfluss der europäischen Staatsschuldenkrise auf das Kreditgeschäft mit Unternehmen und Privatpersonen in Deutschland ist nicht erkennbar. Die von ihr ausgehende konjunkturelle Belastung dürfte die Entwicklung aber gebremst haben.

Die Zahl der Insolvenzen in Deutschland sank zwischen Januar und Oktober des Jahres 2013 im Vergleich mit dem entsprechenden Vorjahreswert kräftig um 6,2 %. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen gab dabei um 7,6 % nach. Der hier bereits in den drei Vorjahren zu registrierende positive Trend setzte sich damit beschleunigt fort. Die konjunkturelle Verbesserung im Jahresverlauf sowie das sehr niedrige Zinsniveau dürften hierzu beigetragen haben. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen (einschließlich der Insolvenzen ehemals Selbstständiger sowie sonstiger Insolvenzen) fiel um 5,9 %, nachdem es bereits im Vorjahr zu einem ähnlich kräftigen Rückgang gekommen war. Die weitere Zunahme der Erwerbstätigkeit dürfte sich erneut positiv ausgewirkt haben. Die im Verlauf des Jahres 2013 beschlossene Reform der Privatinsolvenz, die am 1. Juli 2014 in Kraft treten soll, könnte aber überschuldete Verbraucher dazu bewegen

haben, die Beantragung einer Privatinsolvenz zu verzögern, wodurch die Zahl der Insolvenzverfahren nach unten verzerrt wäre.

Die Drei-Säulen-Struktur, bestehend aus privaten, öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Instituten, kennzeichnet den deutschen Bankenmarkt weiterhin. Außer Fusionen innerhalb der einzelnen Säulen waren im Jahr 2013 keine nennenswerten Verschiebungen zu beobachten.

Bei der Analyse der Geschäftsentwicklung deutscher Banken haben wir wie gewohnt die drei im Prime Standard Banken der Deutschen Börse gelisteten Banken sowie die Deutsche Postbank AG berücksichtigt. Wir haben die Geschäftszahlen der Institute für den Zeitraum Januar bis September 2013 mit den entsprechenden Vorjahreswerten verglichen. Alle vier Institute weisen sowohl vor als auch nach Steuern Überschüsse aus. Allerdings konnte jeweils nur eine Bank den Überschuss vor bzw. nach Steuern im Vergleich zur Vorjahresperiode steigern. Mehrheitlich sahen sich die Kreditinstitute mit einem gesunkenen Zinsergebnis sowie einem rückläufigen Provisionsergebnis konfrontiert. Die Hälfte von ihnen wies ein verbessertes Handelsergebnis aus. Lediglich ein Geldhaus verzeichnete eine Verringerung des Verwaltungsaufwands. Die Aufwand-Ertrags-Quote konnte nur ein Kreditinstitut reduzieren, und die Eigenkapitalrendite nach Steuern, die nur von drei Banken veröffentlicht wurde, verschlechterte sich bei allen drei Instituten.

Der DAX erreichte im Gesamtjahr 2013 eine Performance von 25,5 %. Auch die Dividendenpapiere der beiden im Index gelisteten Kreditinstitute verzeichneten im genannten Zeitraum Kurszuwächse. Beide entwickelten sich allerdings schwächer als der deutsche Leitindex. Ihre jeweiligen Kursniveaus vor Ausbruch der Finanzkrise Mitte 2007 haben die Aktien der beiden Banken noch nicht wieder erreicht.

Investitionsschwerpunkte der Postbank im Jahr 2013

Die Investitionen der Postbank werden nach den Kategorien „Regulatorisch“, „Lifecycle“, „Geschäftsentwicklung“ und – mit Blick auf die Integration in den Deutsche Bank Konzern – „Magellan“ (vormals RTP – Retail Target Plattform) gegliedert.

2013 bildeten insbesondere gesetzlich bedingte Investitionen den Schwerpunkt. Diese bezogen sich u. a. auf die Fertigstellung der SEPA-Fähigkeit (Einheitlicher Euro-Zahlungsverkehrsraum), die Erfüllung regulatorischer Anforderungen, z. B. aus Basel III, Liquiditätsanforderungen und Pfandbriefnovellierung.

Die Lifecycle-Investitionen des Jahres 2013 betrafen in erster Linie Maßnahmen zur Optimierung und Vereinheitlichung der bestehenden Systemlandschaft und der damit verbundenen technischen Prozesse in der Postbank.

Im Berichtsjahr konzentrierten sich die Investitionen im Bereich „Geschäftsentwicklung“ vor allem auf Projekte zur Optimierung der Vertriebskanäle und zur Schaffung innovativer Techniken für den Ausbau einer flexiblen Bargeldversorgung, u. a. durch die Kooperation mit Geschäftspartnern sowie die Fortschreibung der Kooperation im Bauspargeschäft.

WIRTSCHAFTSBERICHT

Die Postbank erreichte im Geschäftsjahr 2013 trotz der schwierigen Marktbedingungen einen Konzerngewinn von 330 Mio € nach 287 Mio € im Vorjahr. Das Ergebnis vor Steuern lag bei 318 Mio € (Vorjahr: 394 Mio €).

Diese Ergebnisentwicklung ist maßgeblich auf die Entwicklung unseres – nachhaltig stabilen – Geschäfts mit Privat- und Firmenkunden zurückzuführen. Wir hatten, wie bereits im letztjährigen Konzernlagebericht prognostiziert, einen Rückgang der Summe aus Zins- und Provisionsüberschuss zu verzeichnen. Hierin spiegeln sich u. a. die dämpfenden Effekte aus dem anhaltend niedrigen Zinsniveau, dem strategiekonformen Abbau unserer Finanzanlagebestände sowie der Kaufzurückhaltung unserer Kunden im Wertpapiergeschäft wider.

Das kombinierte Handels- und Finanzanlageergebnis verbesserte sich hingegen signifikant. Ursächlich hierfür sind positive Effekte aus dem Verkauf der US-Tochtergesellschaften an die Deutsche Bank in Höhe von 262 Mio €.

Angesichts des anhaltenden Drucks auf die Erträge haben wir dem Kostenmanagement hohe Aufmerksamkeit gewidmet. Aufgrund einer Abschreibung auf immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 180 Mio € und integrationsbedingter Aufwendungen kam es im Berichtszeitraum dennoch zu einem Anstieg der Verwaltungskosten um 186 Mio €. Ohne Berücksichtigung der Sondereffekte verzeichneten wir einen Rückgang der Verwaltungsaufwendungen um rund 2 %.

Die Risikovorsorge entwickelte sich vor dem Hintergrund unseres größtenteils aus hoch besicherten deutschen Baufinanzierungen bestehenden Portfolios und der anhaltend guten Arbeitsmarktsituation in Deutschland gegenüber dem schon niedrigen Niveau des Vorjahres weiter rückläufig.

Im Folgenden werden die einzelnen Ergebnis- und Bilanzpositionen detailliert erläutert. Die Kommentierungen der einzelnen Ergebnispositionen beziehen sich – wenn nicht anders angegeben – auf den Vergleich mit den Zahlen des Geschäftsjahres 2012.

Erfolgsrechnung

Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss sank, wie von uns erwartet, um 8,9 % bzw. 240 Mio € auf 2.463 Mio €. Neben anderen Sondereffekten ist für den Rückgang des Zinsüberschusses vor allem der bereits im Konzernlagebericht 2012 erwähnte Verkauf der PB (USA) Holdings, Inc. verantwortlich. Zudem fehlen im Vorjahresvergleich Zinserträge aus Beständen des Finanzanlageportfolios, die im Rahmen der De-Risking-Strategie abgebaut wurden. Ein Sondereffekt von –25 Mio € ergab sich aus dem Rückkauf von Schuldverschreibungen von institutionellen Investoren zur Reduktion der Bilanzsumme. Die Finanzanlagen wurden 2013 gegenüber dem Vorjahresende um 3,0 Mrd € reduziert. Zusätzliche Belastungen des Zinsüberschusses resultierten aus Zinszahlungen in Höhe von 22 Mio € auf Steuernachzahlungen zu der Anfang des Jahrtausends übernommenen und Ende 2013 liquidierten DSL Holding AG i.L. sowie allgemein aus dem anhaltend niedrigen Zinsniveau, das für alle einlagenstarken Banken eine Herausforderung darstellt.

Handelsergebnis

Das Handelsergebnis stieg von –103 Mio € im Vorjahr auf –53 Mio €. Der Anstieg um 50 Mio € resultierte insbesondere aus Swaps zur Absicherung von Währungsschwankungen, die um 15 Mio € über dem Wert von 2012 lagen, geringeren Belastungen aus dem strukturierten Kreditportfolio (SCP) von 18 Mio € und einem um 33 Mio € verbesserten Ergebnis der bei unserer Tochtergesellschaft BHW Bausparkasse AG zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken angewandten Fair-Value-Option.

Wesentliche Gründe für die Abweichung von unserer Prognose eines leicht positiven Handelsergebnisses waren mit –29 Mio € eine Anpassung der Bewertungsmodelle für Derivate und mit –21 Mio € das Ergebnis aus den Swaps zur Absicherung von Währungsschwankungen.

Finanzanlageergebnis

Das Ergebnis aus Finanzanlagen verbesserte sich sehr deutlich um 289 Mio € von –15 Mio € im Jahr 2012 auf 274 Mio € im Berichtsjahr. Wesentlich trugen die im Saldo positiven Effekte aus der Veräußerung unserer US-Tochtergesellschaften in Höhe von 262 Mio € bei. Weitere positive Ergebnisse resultierten aus einer um 94 Mio € geringeren Belastung für das Portfolio der strukturierten Kredite und aus unserem Engagement in griechischen Staatsanleihen, die das Vorjahr mit 35 Mio € belastet haben. Gegenläufig wirkten sich die 2012 erzielten höheren Ergebnisse aus Veräußerungen (–41 Mio €) und Lehman-Portfolios (–44 Mio €) aus. Zusätzlich wurden im Jahr 2013 Belastungen für geschlossene Immobilienfonds in Höhe von 17 Mio € gebucht.

Die im Segment NCOU angefallenen negativen Ergebnisse aus dem beschleunigten Risikoabbau sind 2013 deutlich geringer ausgefallen als prognostiziert.

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss sank um 34 Mio € bzw. 2,9 % auf 1.120 Mio €. Aufgrund der unveränderten Marktbedingungen waren wir für 2013 von einem weitgehend konstanten Wert ausgegangen. Der unerwartete Rückgang ist überwiegend auf die Überarbeitung der Gebührenstruktur in unserem Kreditgeschäft zurückzuführen.

Gesamterträge

Die Gesamterträge der Postbank erhöhten sich von 3.739 Mio € im Jahr 2012 um 1,7 % auf 3.804 Mio €. Die negative Entwicklung von Zins- und Provisionsüberschuss wurde durch das über unseren Erwartungen liegende Finanzanlageergebnis überkompensiert.

Risikovorsorge

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft entwickelte sich mit 319 Mio € nach 384 Mio € im Vorjahr um 16,9 % rückläufig. Die positive Entwicklung ist insbesondere im Geschäftsfeld private Baufinanzierung zu verzeichnen. Die Nettozuführungsquote im Kundenkreditgeschäft lag bei 32 Basispunkten nach 36 Basispunkten im Jahr 2012. Hier profitieren wir nach wie vor von einer vergleichsweise hohen Stabilität des Kreditportfolios im Privatkundengeschäft mit einem signifikanten Anteil hoch besicherter deutscher Immobilienfinanzierungen. Dies wurde vor allem gestützt durch die nach wie vor stabile Situation am deutschen Arbeitsmarkt, die Immobilienpreisentwicklung sowie die Entwicklung der deutschen Industrie. Erwartungsgemäß zeigen unsere Portfolios im Privatkundengeschäft, aber auch die Portfolios

des Kerngeschäfts im Firmenkundenbereich eine äußerst positive Entwicklung. Diesen erfreulichen Trend können wir ebenfalls für unser inländisches gewerbliches Immobiliengeschäft feststellen.

Die dem Segment NCOU zugeordneten Portfolios – insbesondere die veräußerten Geschäfte der Niederlassung London – haben im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr geringere Risikokosten verursacht, da Ausfälle größerer Immobilienfinanzierungen ausblieben.

Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand stieg im Jahr 2013 – insbesondere aufgrund einer auch die Cost Income Ratio belastenden Abschreibung auf immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 180 Mio € – um 186 Mio € bzw. 6,2 % auf 3.177 Mio € an. Diese Abschreibung war auch ursächlich dafür, dass der Verwaltungsaufwand stärker anstieg, als zum Jahresbeginn prognostiziert. Zusätzlich erhöhten sich die integrationsbedingten Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr um 74 Mio € auf 182 Mio €. Ohne die aufgeführten Effekte wäre der Verwaltungsaufwand zurückgegangen.

Trotz eines Anstiegs der integrationsbedingten Personalaufwendungen um 46 Mio € gegenüber 2012 reduzierte sich der gesamte Personalaufwand im Jahr 2013 um 0,8 % von 1.425 Mio € auf 1.414 Mio €.

Sonstige Erträge und Aufwendungen

Der Saldo der Sonstigen Erträge und Aufwendungen lag bei 10 Mio € nach 30 Mio € im Vorjahr. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf die im Vorjahr enthaltenen positiven Veräußerungsgewinne aus weitgehend abgeschriebenen oder nicht bilanzierten Positionen zurückzuführen.

Ergebnis vor Steuern und Konzerngewinn

Das Ergebnis vor Steuern betrug 318 Mio € nach 394 Mio € im Vorjahr. Insbesondere aufgrund der gegenüber den Erwartungen geringeren Belastungen aus dem Abbau von Risikopositionen in der Non Core Operating Unit fiel der Ergebnismrückgang weniger ausgeprägt aus, als im Prognosebericht des Vorjahres unterstellt.

Nach Berücksichtigung der Ertragsteuern in Höhe von 13 Mio € und des Anteils Konzernfremde von 1 Mio € lag der Konzerngewinn im Jahr 2013 bei 330 Mio € (Vorjahr: 287 Mio €).

Das Gesamtergebnis der Postbank einschließlich Veränderungen der Bewertungsrücklagen blieb mit 381 Mio € im Jahr 2013 gegenüber 378 Mio € im Vorjahr nahezu unverändert. Die Verschlechterung der Neubewertungsrücklage um 47 Mio € wurde durch die Auflösung der Währungsumrechnungsrücklage von 138 Mio € mehr als ausgeglichen. Die Auflösung resultierte aus dem Verkauf der US-Tochtergesellschaften, die als einzige Tochtergesellschaften in fremder Währung bilanzierten.

Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie betrug 1,51 € (Vorjahr: 1,31 €). Die Eigenkapitalrendite vor Steuern belief sich auf 5,4 % nach 6,6 % im Vorjahr, die Cost Income Ratio lag bei 83,5 % (Vorjahr: 80,0 %).

SEGMENTBERICHTERSTATTUNG

Im Jahr 2013 hat die Postbank die Segmentberichterstattung hinsichtlich der Darstellung von Kostenbestandteilen sowie der Segmentzuordnung einer Tochtergesellschaft geändert. Die Vergleichswerte des Vorjahres wurden entsprechend angepasst. Hierzu wird ergänzend auf Notesangabe 40 verwiesen.



Retail Banking

Im Segment Retail Banking ging das Ergebnis vor Steuern im Jahr 2013 um 6,7 % auf 653 Mio € zurück. Aufgrund eines unter unseren ursprünglichen Erwartungen liegenden Provisionsüberschusses war der Ergebnismrückgang etwas ausgeprägter als erwartet.

Der Zinsüberschuss stieg erwartungsgemäß leicht um 0,8 % auf 2.480 Mio €. Das anhaltend niedrige Zinsniveau wirkte sich hierbei insbesondere im Einlagengeschäft belastend aus. Durch eine Ausweitung des Kreditgeschäfts im Bereich der privaten Baufinanzierung und im Ratenkreditgeschäft konnten diese negativen Effekte jedoch kompensiert werden.

Das Handelsergebnis, das ausschließlich in der diesem Segment zugeordneten Tochtergesellschaft BHW Bausparkasse AG entsteht, lag bei 12 Mio € und damit um 41 Mio € über dem Wert des Vorjahres. Die Entwicklung resultiert insbesondere aus Bewertungseffekten der zur Absicherung gegen Zinsänderungsrisiken von Baufinanzierungsbeständen genutzten Fair-Value-Option.

Der um 6,8 % auf 908 Mio € gesunkene Provisionsüberschuss resultiert aus der Überarbeitung der Gebührenstruktur in unserem Kreditgeschäft sowie einem Rückgang der Erträge aus dem postalischen Geschäft. Aufgrund der veränderten Preisgestaltung bei Ratenkrediten wurde unsere Erwartung eines leichten Anstiegs des Provisionsüberschusses nicht erfüllt.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft ging entgegen unseren Erwartungen um 32 Mio € bzw. 13,2 % auf 210 Mio € zurück. Dies ist auf die weiterhin gute Entwicklung in unserem großen Bestand an hoch besicherten privaten Baufinanzierungen, aber auch auf die gute Entwicklung im Ratenkreditbestand zurückzuführen. Hier profitieren wir auch von der anhaltend stabilen Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt und der Immobilienpreisentwicklung.

Der Verwaltungsaufwand erhöhte sich wie erwartet integrationsbedingt um 146 Mio € oder 8,2 % auf 1.919 Mio €.

Die Cost Income Ratio des Segments verschlechterte sich von 72,6 % auf 74,6 %. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern betrug 26,4 % nach 28,3 % im Vorjahr.

Firmenkunden

Im Segment Firmenkunden sank das Ergebnis vor Steuern um 86 Mio € bzw. 34,7 % auf 162 Mio € und damit deutlicher, als ursprünglich erwartet. Aufgrund unserer Strategie des De-Risking hatten wir zum Jahresbeginn bereits einen Ergebnismrückgang eingeplant. Durch eine Veränderung der internen Leistungsverrechnung zugunsten des Segments Financial Markets wurde der Ergebnismrückgang weiter verstärkt. Im Zuge der Fokussierung auf das deutsche Mittelstandsgeschäft wirkten sich außerdem vor allem die reduzierten Volumen in der gewerblichen Immobilienfinanzierung und insbesondere auch im in- und ausländischen

Firmenkundengeschäft negativ aus. Als Folge all dieser Faktoren ging der Zinsüberschuss um 88 Mio € bzw. 22,6 % zurück.

Positiv schlug die um 10 Mio € bzw. 20,8 % auf 38 Mio € reduzierte Risikovorsorge zu Buche. Aufgrund der vorteilhaften Immobilienpreisentwicklung und der stabilen Entwicklung in der deutschen Wirtschaft blieb der von uns zu Jahresbeginn erwartete Anstieg damit aus. Der Verwaltungsaufwand ging mit 95 Mio € gegenüber 97 Mio € im Vorjahr um 2,1 % zurück.

Die Eigenkapitalrendite vor Steuern des Segments sank von 35,1 % im Vorjahr auf 25,4 % im Jahr 2013. Die Cost Income Ratio lag bei 50,9 % nach 39,5 % im Vorjahr.

Transaction Banking

Das Ergebnis vor Steuern des Segments Transaction Banking stieg von 23 Mio € im Jahr 2012 um 47,8 % auf 34 Mio € im Berichtsjahr entgegen unseren Erwartungen deutlich an. Dieser Anstieg ist vorrangig auf gegenüber dem Vorjahr geringere negative Einmaleffekte aus Anpassungsmaßnahmen zurückzuführen. Der Provisionsüberschuss ging erwartungsgemäß um 2,0 % zurück, da die Kunden verstärkt zu beleglosen und SEPA-basierten Zahlungsverkehrsarten übergangen. Der Verwaltungsaufwand konnte um 24 Mio € und damit deutlicher als erwartet reduziert werden.

Die Cost Income Ratio des Segments verbesserte sich von 95,9 % auf 91,3 %.

Financial Markets

Das Ergebnis vor Steuern im Segment Financial Markets verbesserte sich, wie prognostiziert, von -104 Mio € im Jahr 2012 deutlich auf 14 Mio € im Berichtsjahr. Neben der erwähnten Veränderung der internen Leistungsverrechnung zuungunsten des Firmenkundensegments war die Veränderung maßgeblich bedingt durch die anhaltend günstige Entwicklung der Zinsstrukturkurve und die Fälligkeit hochverzinslicher langfristiger Refinanzierungen. Der Zinsüberschuss des Segments erhöhte sich um 164 Mio € auf 120 Mio €.

Das Handelsergebnis ging um 43 Mio € auf -47 Mio € zurück. Das Ergebnis aus den Swaps zur Währungsabsicherung verringerte sich um 10 Mio €, die Ergebnisse aus Devisen verschlechterten sich um 16 Mio €, und eine Anpassung unserer Bewertungsmodelle für Derivate führte zu einer Einmalbelastung von 17 Mio €.

Das Finanzanlageergebnis reduzierte sich um 48 Mio € auf 22 Mio €. Ausschlaggebend hierfür waren im Wesentlichen rückläufige Ergebnisse aus Realisierungen von 41 Mio €.

In der Risikovorsorge entstand nach einem Ertrag von 5 Mio € im Vorjahr im Jahr 2013 ein Aufwand von 2 Mio €. Der Verwaltungsaufwand verminderte sich erwartungsgemäß spürbar um 15 Mio € bzw. 19,5 % auf 62 Mio €.

Die Eigenkapitalrendite des Segments war nach einem negativen Wert im Vorjahr mit 1,2 % leicht positiv.

Non Core Operating Unit (NCOU)

Das Ergebnis vor Steuern des Segments betrug -653 Mio € nach -495 Mio € im Vorjahr und lag damit deutlich unter den Erwartungen zum Jahresbeginn 2013. Diese Entwicklung wurde vor allem durch den beschleunigten Abbau von

Risikopositionen und die hiermit verbundenen Ertragsausfälle getrieben.

Der Zinsüberschuss sank um 307 Mio € auf –416 Mio €, begründet durch den auch im Berichtsjahr erfolgten signifikanten Abbau der in diesem Segment zusammengefassten Aktiva.

Das Handelsergebnis verbesserte sich um 51 Mio € auf –15 Mio €. Ursächlich hierfür sind hauptsächlich verbesserte Ergebnisse aus den Swaps zur Absicherung von Währungsschwankungen, die um 25 Mio € über dem Wert von 2012 lagen, und geringere Belastungen aus eingebetteten Derivaten in Höhe von 17 Mio €.

Das Finanzanlageergebnis stieg um 38 Mio €. Es lag bei –60 Mio €, nachdem es im Vorjahr noch –98 Mio € betragen hatte. Begründet ist die Verbesserung im Wesentlichen durch den Wegfall der Belastungen aus unserem Engagement in griechischen Staatsanleihen, die sich 2012 noch auf 35 Mio € belaufen hatten, das um 94 Mio € verbesserte Ergebnis aus dem Portfolio für strukturierte Kredite, die Ergebniswirkung aus dem Verkauf der PB (USA) Holdings, Inc.-Gruppe in Höhe von –50 Mio € sowie Belastungen aus geschlossenen Immobilienfonds in Höhe von 17 Mio €. 2012 waren darüber hinaus 20 Mio € positive Effekte aus dem Lehman-Engagement enthalten.

Der Verwaltungsaufwand des Segments ging um 34 Mio € bzw. 55,7 % auf 27 Mio € zurück.

Die Risikovorsorge lag bei 69 Mio € nach 99 Mio € im Vorjahr, was auf die verringerte Notwendigkeit von Einzelwertberichtigungen bei einzelnen Engagements im Firmenkundengeschäft sowie im Bereich der hier zugeordneten internationalen gewerblichen Immobilienfinanzierungen zurückzuführen ist.

Cost Center/Konsolidierung

Das Ergebnis vor Steuern des Segments stieg entgegen unseren ursprünglichen Erwartungen um 86 Mio € auf 108 Mio €. Im Ausblick des letztjährigen Konzernlageberichts waren wir noch von einem höheren negativen Ergebnis als im Vorjahr ausgegangen. Im Jahr 2013 haben wir eine Vollverrechnung des Segments auf die operativen Geschäftssegmente eingeführt, wobei die Ergebnisse 2012 restatet wurden. Bis auf wesentliche Sondereffekte wird das Ergebnis des Segments vollständig auf die anderen Geschäftssegmente allokiert. Das verbleibende Ergebnis im Jahr 2013 resultiert im Wesentlichen aus Effekten aus dem Verkauf unserer US-Tochtergesellschaften in Höhe von 312 Mio €, der Abschreibung auf die Marke BHW in Höhe von 180 Mio € und den Zinszahlungen für eine Steuernachzahlung in Höhe von 23 Mio €.

Die Verbesserung gegenüber dem Vorjahresergebnis resultierte überwiegend aus den oben angeführten Effekten. Negativ für die Entwicklung wirkte allerdings das 2012 auf dieses Segment entfallene Ergebnis aus der Entkonsolidierung der PB Vermögens-Management S.A. in Luxemburg in Höhe von 16 Mio €.

BILANZENTWICKLUNG

Bilanzsumme

Die Bilanzsumme der Postbank lag am Jahresende 2013 mit 161,5 Mrd € um 14,1 % unter dem Vorjahreswert von 188,0 Mrd €. Auf der Aktivseite der Bilanz haben wir den Abbau der Finanzanlagen weiter vorangetrieben. Mit der Veräußerung unserer US-Tochtergesellschaften und der Geschäfte der Niederlassung London wurden unser Geschäft stärker auf Deutschland fokussiert und unsere aktive Strategie des De-Risking weiter fortgesetzt. Die Struktur der Passivseite wurde entsprechend angepasst. Neben den verbrieften Verbindlichkeiten reduzierten sich auch die Kundeneinlagen.

Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden, die verbrieft sind, wie Schuldscheindarlehen enthalten, reduzierten sich gegenüber dem Jahresende 2012 um 5,0 Mrd € auf 101,3 Mrd €. Dies ist im Wesentlichen auf einen Rückgang der gewerblichen Kredite um 4,7 Mrd € zurückzuführen. Einen maßgeblichen Anteil hieran hatte der Verkauf eines Pakets von Krediten zur Finanzierung von Gewerbeimmobilien in Großbritannien im zweiten Halbjahr 2013.

Die Bestände in der privaten Baufinanzierung lagen in Summe unter dem Vorjahresendwert und betrugen 70,5 Mrd € (Vorjahr: 71,6 Mrd €). Das Ratenkreditgeschäft wuchs deutlich um 0,6 Mrd € bzw. 12,5 % auf 5,5 Mrd €.

Geld- und Kapitalmarktanlagen

Geld- und Kapitalmarktanlagen, bestehend aus Finanzanlagen, Handelsaktiva und Forderungen an Kreditinstitute, verminderten sich im Berichtsjahr um 13,8 Mrd € auf 56,0 Mrd €.

Unserer De-Risking-Strategie folgend, reduzierten wir unseren Bestand an Finanzanlagen 2013 erneut um 3,0 Mrd € auf 34,0 Mrd €. Unser ursprünglich für Ende 2013 definiertes Ziel, das Volumen der Finanzanlagen auf rund 45 Mrd € zu verringern, haben wir damit nicht nur bereits erreicht, sondern den Zielwert sogar schon sehr deutlich unterschritten.

Die Forderungen an Kreditinstitute gingen aufgrund einer deutlichen Reduzierung der Wertpapierpensionsgeschäfte um 7,5 Mrd € bzw. 27,1 % auf 20,2 Mrd € zurück.

Die Handelsaktiva aus positiven Marktwerten von derivativen Finanzinstrumenten im Handelsbestand gingen um 3,3 Mrd € auf 1,8 Mrd € zurück.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Auf der Passivseite der Bilanz verminderten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden im Vergleich zu 2012 um 11,3 Mrd € auf 120,4 Mrd €. Dabei entwickelten sich die Spareinlagen mit 46,4 Mrd € gegenüber 47,9 Mrd € um 3 % rückläufig, während die Bauspareinlagen sich leicht um 0,2 Mrd € auf 18,6 Mrd € erhöhten. Diese Entwicklung ist überwiegend auf das historisch niedrige Zinsniveau und die damit einhergehende niedrige Sparneigung bzw. erhöhte Konsumbereitschaft zurückzuführen. Die anderen Verbindlichkeiten sanken vorrangig aufgrund des rückläufigen Geschäfts mit Firmenkunden von 65,4 Mrd € auf 55,4 Mrd €.

Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten

Die Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten, die aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, verbrieften Verbindlichkeiten und Handelspassiva bestehen, reduzierten sich im Jahr 2013 um 16,6 % bzw. 5,4 Mrd € auf 27,3 Mrd €. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten stiegen im Vergleich zum Vorjahreswert um 1,0 Mrd € auf 18,3 Mrd €. Dieser Anstieg ist primär auf ein erhöhtes Volumen von Wertpapierpensionsgeschäften zurückzuführen.

Unsere gute Liquiditätssituation, verbunden mit einem geringen Erfordernis von Neuemissionen und der Fälligkeit von Beständen, führte zu einer Verringerung der verbrieften Verbindlichkeiten um weitere 2,1 Mrd € auf 7,3 Mrd € am Ende des Berichtsjahres.

Weitgehend analog zu den Handelsaktiva reduzierten sich die Handelspassiva gegenüber dem 31. Dezember 2012 um 4,3 Mrd € auf 1,7 Mrd €.

Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital erhöhte sich gegenüber dem Jahresende 2012 um 232 Mio € auf 6.212 Mio €. Dies ist überwiegend auf den Konzerngewinn in Höhe von 330 Mio € und einen Rückgang der Neubewertungsrücklage von 72 Mio € Ende 2012 auf 23 Mio € Ende 2013 sowie die Auflösung der Währungsumrechnungsrücklage in Höhe von 138 Mio € zurückzuführen.

Die nach Basel II ermittelte Kernkapitalquote (Tier 1 Ratio) des Postbank Konzerns, basierend auf dem bilanziellen Eigenkapital zum 31. Dezember 2013, betrug 10,9 % nach 12,0 % am Jahresende 2012. Der Rückgang ist insbesondere auf den Verkauf der Deutsche Postbank Funding LLC I bis IV und der Deutsche Postbank Funding Trust I bis IV zurückzuführen, die bis zum 31. Dezember 2012 als Hybridkapital in die Berechnung der Tier 1 Ratio einbezogen waren. Ohne Berücksichtigung der genannten Hybridkapitalinstrumente hätte die Kernkapitalquote zum Jahresende 2012 9,0 % betragen. Auf vergleichbarer Basis konnten wir damit unsere Kernkapitalquote um fast 2 Prozentpunkte steigern, was die eingetretenen Erfolge der auch 2013 konsequent weiterverfolgten De-Risking-Strategie verdeutlicht.

Gesamtaussage Geschäftslage 2013

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank ist trotz der anhaltend schwierigen Rahmenbedingungen sowie der Fokussierung des Geschäfts stabil mit einem Gewinn vor Steuern über unseren Planungen. Dies ist maßgeblich auf die Entwicklung unseres – nachhaltig wenig schwankungsanfälligen – Geschäfts mit Privat- und Firmenkunden zurückzuführen. Die Vermögenslage ist unverändert geprägt durch das Kreditgeschäft. Das Kundengeschäft entwickelte sich trotz weiterhin schwieriger Rahmenbedingungen stetig. Entsprechend unserer De-Risking-Strategie, wurde der Bestand an Finanzanlagen weiter reduziert.

Das RoE vor Steuern beträgt 5,4 % (Vorjahr: 6,6 %). Die Cost Income Ratio lag bei 83,5 % nach 80,0 % im Vorjahr.



Zur Finanzlage verweisen wir auf die Ausführungen im Risikobericht „Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken“.

NACHTRAGSBERICHT

Vom 31. Dezember 2013 bis zur Aufstellung des Konzernabschlusses durch den Vorstand am 21. Februar 2014 fielen keine berichtspflichtigen Vorgänge an.

CHANCENBERICHT

Niedriges Zinsniveau stimuliert die private Kreditnachfrage

Das aktuell historisch niedrige Zinsniveau hat zu einer erhöhten Konsumneigung bzw. zu einer reduzierten Sparneigung der Privatkunden geführt. Zudem stimulieren die niedrigen Zinsen die Nachfrage nach privater Wohnungsbaufinanzierung. Die Postbank hat hiervon 2013 durch einen Zuwachs im Neugeschäft bei Konsumentenkrediten (24 %) und bei Wohnungsbaukrediten (Neugeschäft 7 %) bereits profitieren können. Im Gegensatz hierzu entwickelten sich die Einlagen im Spargeschäft der Postbank mit –4 % rückläufig. Diese Entwicklung sorgt für eine Reduzierung des Einlagenüberhangs und führt zu positiven Effekten im Zinsergebnis der Bank, die den anhaltenden Margendruck etwas abmildern.

Beschlüsse der Bundesregierung können das Geschäft begünstigen

Wir erwarten grundsätzlich, dass sich dieser Trend im Verlauf des Jahres 2014 fortsetzt. Beschlüsse der neuen Bundesregierung könnten diese Entwicklung allerdings weiter stimulieren oder auch abschwächen. Eine Begrenzung des Mietpreiswachstums (die sogenannte Mietpreisbremse) und die Einführung eines Mindestlohns würden die Planbarkeit privater Ausgaben für bestimmte Bevölkerungsschichten erhöhen, was die Nachfrage nach privaten Darlehen für Konsumzwecke und damit auch das Konsumentenkreditgeschäft der Postbank weiter anregen könnte. Zudem könnte sich in diesem Geschäftsfeld eine weitere Risikominderung einstellen.

Regimewechsel in der Geldpolitik kurzfristig nicht wahrscheinlich

Eine Wendung der Europäischen Zentralbank hin zu einer restriktiveren Zinspolitik wird aktuell mehrheitlich nicht erwartet. Vielmehr gehen auch wir für 2014 im Einklang mit dem Konsensus lediglich von einer moderaten Erhöhung der Zinssätze, und dies nur im Bereich längerer Laufzeiten, aus. Dieses Szenario könnte sich allerdings durch Entscheidungen über die zukünftige Gestaltung der Eurozone und insbesondere über die langfristige Refinanzierung des Verbunds bzw. seiner Mitgliedsländer dramatisch ändern, sofern sogenannte Eurobonds oder ähnliche Konstrukte für eine kollektive (Teil-)Refinanzierung der Mitgliedsländer in der Eurozone in Erwägung gezogen werden sollten.

Eine gemeinsame (Teil-)Verschuldung in der Eurozone würde unmittelbar zu erhöhten Zinsen für und in Deutschland führen. Kurzfristig wäre hiervon eine Stimulierung der privaten Kreditnachfrage, insbesondere nach Wohnungsbaukrediten mit längerer Festzinsbindung, zu erwarten. Aufkommende Unsicherheiten über die weitere Zinsentwicklung würden sich wahrscheinlich in Form von Prämien für das enthaltene Zinsrisiko und damit positiv auf die Margen im Kundengeschäft auswirken.

Zusätzlich würde ein Regimewechsel in der europäischen Geldpolitik als verändertes Makroszenario zu neuen Überlegungen für die Positionierung privater Vermögensanlagen und damit zu einer Förderung des Provisionsgeschäfts beitragen.

Den kurzfristigen Chancen für Verbesserungen der Erträge und Aufwendungen der Postbank aufgrund der oben genannten möglichen Entwicklungen sind auf mittlere und längere Sicht Risiken entgegenzustellen, die insbesondere im Bereich der Kredit-, Zinsänderungs- und Liquiditätsrisiken auftreten werden.

Beschleunigte Umsetzung der Integration bietet Chancen

Die Integration der Postbank in den Konzern Deutsche Bank ist ein wesentlicher Baustein der im Jahr 2012 begonnenen Strategie 2015+ des Konzerns, die ab dem Jahr 2015 volle Früchte tragen soll. Der Großteil der Maßnahmen und Investitionen war für die Jahre 2013 und 2014 geplant. Im abgelaufenen Jahr konnten im Gesamtkonzern mit unter den Erwartungen liegenden Aufwendungen bereits substanziiell über den Erwartungen liegende Einsparungen erzielt werden.

Für die Postbank ergeben sich hieraus Chancen, gegenüber den Prämissen der Prognose zeitlich früher anfallende und betraglich höhere Synergien zu erzielen und/oder hierfür geringere integrationsbedingte Kosten aufwenden zu müssen.

Chancen bieten sich auch im Hinblick auf unsere Strategie des Abbaus von Bilanz- bzw. Risikopositionen (De-Risking), diesen Prozess schneller und mit geringeren Ergebnisbelastungen als geplant fortzusetzen. Dies wird maßgeblich durch die weitere Entwicklung des Marktumfelds in Bezug auf die Entwicklung der Nachfrage und der Preise der relevanten Vermögenspositionen bestimmt werden.

Regulierungsumfeld weiterhin unsicher

Als Teil des Konzerns Deutsche Bank wird die Postbank auch vom Übergang der Bankenregulierung für 124 europäische Finanzinstitute auf die Europäische Zentralbank im November 2014 erfasst. Diesem Prozess sind eine eingehende Bilanzprüfung und ein Stresstest vorgeschaltet. Die Kriterien für die Prüfung und auch das Stressszenario werden erst im zweiten Quartal 2014 näher spezifiziert.

Die Postbank rechnet im Vorfeld mit einem erheblichen Aufwand für die Vorbereitung des Konzerns auf die einheitliche europäische Bankenaufsicht und die Umsetzung ihrer noch nicht ausformulierten aufsichtsrechtlichen Bestimmungen. Es besteht die Chance, dass die Belastungen sowohl aus dem vorgeschalteten Prüfungsprozess im Verlauf des Jahres 2014 als auch aus der Ausformulierung der endgültigen Aufsichtsbestimmungen geringer ausfallen, als in unseren Planungen vorgesehen.

RISIKOBERICHT

Zusammenfassender Überblick über die Risikolage

Externe Einflüsse auf das Risikoprofil

Das Jahr 2013 war von einer schleppenden Konjunkturerholung in Deutschland gekennzeichnet. Nach einem schwachen Start setzte im Jahresverlauf eine Gegenbewegung ein. Diese Erholung stützte sich vor allem auf den privaten Konsum. Für 2014 erwartet der Postbank Konzern (im Folgenden: Postbank) eine Beschleunigung des Wachstums. Die positive Entwicklung der Stimmungskennzeichen im letzten Quartal des Berichtsjahres spricht für einen soliden Start in das neue Jahr. Die Schwankungen bei Produktion und Auftragseingängen der letzten Monate verdeutlichen aber auch die Anfälligkeit für Störungen der Entwicklung. Die moderaten Wachstumserwartungen werden auch mittelfristig durch die Inlandsnachfrage gestützt. Die prognostizierte Entwicklung der Binnenkonjunktur ist damit auch eine Folge der sehr soliden Lage am deutschen Arbeitsmarkt. Für den Verlauf des Jahres 2014 ist von einem weiteren Beschäftigungsaufbau auszugehen. Makroökonomische Schlüsselrisiken für 2014 sind aus Sicht der Postbank außerhalb Deutschlands zu suchen. Eine Fortsetzung der fiskalischen Konsolidierung in den meisten Staaten der Eurozone, wenngleich deutlich abgemildert, impliziert aus deutscher Sicht eine Phase relativ schwacher Exportnachfrage. Allerdings hat sich das Jahr 2013 insbesondere für die Peripheriestaaten des Währungsraums, wie von der Postbank erwartet, als Phase der Bodenbildung gezeigt. Sowohl für die Eurozone insgesamt als auch für die meisten Einzelstaaten ist für den Jahresverlauf 2014 ein Wachstum zu erwarten. Die positiven Konjunkturerwartungen spiegeln auch die Entwicklung der Anleiherenditen in den Krisenstaaten wider. Mit Irland konnte Ende Dezember zudem das erste Land den Euro-Rettungsschirm verlassen und eine erste Anleihe platzieren. Vor dem Hintergrund dauerhafter Niedrigzinspolitik, der hohen Liquiditätsversorgung sowie einer wieder anspringenden Konjunktur erwartet die Postbank kurzfristig kein erneutes Aufflammen der Schuldenkrise. Allerdings bestehen fundamentale Schwächen, wie z. B. die hohen Schuldenstände der Staatshaushalte sowie deren Ursachen, nach wie vor. Die Verwundbarkeit gegenüber Marktverwerfungen bleibt daher hoch. Die Lage für die europäischen Banken sollte sich 2014 leicht verbessern. Sie sind wieder profitabel, auch wenn hierfür bislang weniger Verbesserungen bei den Erträgen oder Ausgaben als vielmehr die geringeren Sonderbelastungen verantwortlich waren. Der Druck, die Kapitalquoten zu steigern, dürfte dank der erheblichen Fortschritte in den vergangenen beiden Jahren abnehmen. Momentan schrumpfen die Banken jedoch noch stark – eine Entwicklung, die einer schnellen Erholung des Euroraums 2014 im Wege stehen wird.

Die Weiterentwicklung der bankaufsichtlichen Regelungen im Jahr 2013 umfasst zahlreiche Themenfelder, wie beispielsweise SEPA, Basel III (Capital Requirements Directive, Capital Requirements Regulation), Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk), Modernisierung des bankaufsichtlichen Meldewesens (Common Solvency Ratio Reporting (COREP), Financial Reporting (FINREP)), Sanierung und Abwicklung etc. Diese stellen für die Banken nicht nur Verschärfungen der bisherigen Regelungen dar, sondern sind auch mit großen Herausforderungen im Hinblick auf die Umsetzung verbunden. Das Jahr 2013 stand auch bei der Postbank im Zeichen der Vorbereitungen zur Umsetzung

des Basel-III-Regelwerks und der Umsetzung der im Dezember 2012 veröffentlichten Novelle der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) sowie weiterer neuer aufsichtsrechtlicher Vorgaben. Daneben wurde, bezogen auf das Risikomanagement der Postbank, die konzernweite Integration der Risikosteuerungsprozesse in die des Deutsche Bank Konzerns (im Folgenden: Deutsche Bank) weiter fortgesetzt.

Die Einbeziehung der Postbank in das Risikomanagement der Deutschen Bank erfolgt über die etablierte Vernetzung der Gremien sowie über die funktionalen Berichtslinien zwischen der Postbank und der Deutschen Bank. Es erfolgt eine regelmäßige Risikoberichterstattung durch die Postbank an die Deutsche Bank zur übergreifenden Erfassung und Steuerung von Risiken. Für die wesentlichen Managementreports sowie Kennzahlen ist ein gemeinsames Reporting aufgesetzt.

Gesamtbankrisiko

Die Risikonahme zur Ergebniszielsetzung stellt für die Postbank eine Kernfunktion der unternehmerischen Tätigkeit dar. Die eingegangenen Risiken werden im Rahmen des ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process) regelmäßig identifiziert, gemessen, überwacht und limitiert sowie im Kontext der Risikotragfähigkeitsrechnung in die Gesamtbanksteuerung einbezogen. 2013 sind die für Markt-, Kredit- und Operationelle Risiken festgesetzten Limite auf Konzernebene stets eingehalten worden. Die Risikotragfähigkeit des Konzerns war jederzeit gegeben. Durch den fortgeführten Abbau von Risikopositionen sowie den Verkauf von Teilportfolios konnte die Postbank das zur Abdeckung ihrer Risiken genehmigte Risikokapital im Verlauf des Berichtsjahres 2013 senken.

Im Vergleich zum Vorjahr liegt der Schwerpunkt des Risikoprofils der Postbank auf dem Kundengeschäft. Insgesamt besitzt die Postbank einen deutlich geringeren Risikoappetit als in den Vorjahren. Die Marktrisiken lagen zum Jahresultimo 2013 aufgrund des Abbaus von Finanzanlagen und der weiter rückläufigen Spread-Volatilitäten an den europäischen Anleihemärkten merklich unter dem Niveau des Vorjahres. Das Kreditgeschäft mit privaten und gewerblichen Kunden wurde von einem gegenüber den Vorjahren besseren konjunkturellen Umfeld in Deutschland begünstigt, das vor allem gestützt wurde durch die nach wie vor sehr gute Situation am Arbeitsmarkt, die Immobilienpreisentwicklung sowie die Entwicklung der deutschen Industrie. Auch die nachhaltigen risikoreduzierenden Maßnahmen der Bank trugen zu einer positiven Entwicklung der Risikoversorge bei.

Entwicklungsbeeinträchtigende oder gar bestandsgefährdende Risiken sind aktuell für die Postbank und ihre Tochtergesellschaften nicht erkennbar. Eine von unseren derzeitigen Annahmen deutlich abweichende, negativere Entwicklung der europäischen Staatsschuldenkrise, verbunden mit einer spürbaren Eintrübung der makroökonomischen Rahmenbedingungen, könnte jedoch die Entwicklung des Bankensektors insgesamt und so auch die der Postbank beeinträchtigen.

Kreditrisiken

Die Risikovorsorge lag 2013 aufgrund des positiven Verlaufs im Kundengeschäft – auch zurückzuführen auf ein vorteilhaftes makroökonomisches Umfeld, gute Verwertungserlöse im Rahmen der Sicherheitenverwertung in der Baufinanzierung sowie ein konsequentes Risikomanagement – unter dem Vorjahresniveau.

2013 erfolgte ein Abbau risikobehafteter Assets schwerpunktmäßig in der Non Core Operating Unit (NCOU) vor allem durch Abbau des Structured-Credit-Portfolios, die Veräußerung der PB (USA) Holdings, Inc. sowie den Verkauf von gewerblichen Immobilienfinanzierungen der Deutschen Postbank AG, London Branch. Der Abbau des Structured-Credit-Portfolios beinhaltet auch den Abbau des US-Corporate-High-Yield-Portfolios. Hierdurch sank das Nominalvolumen des Structured-Credit-Products-Portfolios (SCP-Portfolios) im Vergleich zum 31. Dezember 2012 um 794 Mio € auf 123 Mio € zum Jahresultimo 2013, investiert in zurückgenommene Eigenverbriefungen (Residential Mortgage Backed Securities – RMBS) und wertberichtigte Bestände.

Mit Blick auf die aktuelle Verschuldungssituation der sogenannten GIIPS-Staaten (Griechenland, Irland, Italien, Portugal, Spanien) wird das entsprechende Engagement innerhalb der Postbank sehr eng überwacht. Das Exposure (nominal) gegenüber Kreditnehmern in diesen Ländern reduzierte sich im Berichtsjahr gegenüber dem 31. Dezember 2012 insbesondere aufgrund von Fälligkeiten, aber auch durch aktiven Abbau um 1,8 Mrd € auf 11,6 Mrd €.

Für das Jahr 2014 erwarten wir eine stabile Entwicklung der Risikosituation, einhergehend mit einem insgesamt positiven makroökonomischen Umfeld.

Marktrisiken

Das Marktrisiko der Postbank war 2013 – wie im Vorjahr auch – insbesondere von der Zinsentwicklung und den Credit-Spread-Risiken an den europäischen Anleihemärkten geprägt. Wenngleich die Postbank im Berichtsjahr den Abbau von Finanzanlagen fortgesetzt hat, sieht sie ihre Kapitalmarktbestände weiterhin Marktwertschwankungen ausgesetzt, die zu potenziellen Barwertveränderungen und einem entsprechend erhöhten Risikoausweis führen können. Bedingt durch ein geringeres Spread-Risiko, ging der Value-at-Risk (VaR) im Berichtsjahr kontinuierlich zurück.

Ausblickend rechnen wir bei unveränderten Marktvolatilitäten für das kommende Jahr mit einer Risikoauslastung auf vergleichbarem Niveau wie Ende 2013.

Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätssituation der Postbank ist aufgrund der stabilen Refinanzierungsbasis aus den Kundeneinlagen und dank des umfangreichen Bestands an hochliquiden Wertpapieren weiterhin solide.

Die Risikosituation und das Risikomanagement der Postbank sowie die ergriffenen Maßnahmen werden im Folgenden detailliert beschrieben.

Für das Jahr 2014 strebt die Postbank eine gezielte Nutzung und die damit verbundene Reduktion der hohen Überschussliquidität an. Die Liquiditätssituation insgesamt wird, einhergehend mit einem insgesamt positiven makroökonomischen Umfeld, als weiterhin stabil erwartet.

Operationelle Risiken

Das OpRisk-Schadenprofil der Postbank spiegelt im Wesentlichen die strategische Ausrichtung einer Retail-Bank mit Mengengeschäft wider. Der Schwerpunkt lag in den letzten Jahren stets auf den „High-frequency/low-impact-Schäden“, also Fällen, die im Einzelfall nur eine geringe Schadenhöhe aufweisen, dafür jedoch mehrmals pro Jahr auftreten.

Aufgrund der initiierten und teilweise bereits umgesetzten Maßnahmen geht die Postbank von einem sukzessiven Rückgang der Schäden aus Operationellen Risiken in den nächsten Jahren aus.

Entwicklungen im Risikomanagement

Die in diesem Bericht dargelegten Methoden, Systeme, Prozesse und das darauf aufbauende Berichtswesen unterliegen kontinuierlichen Überprüfungen und Verbesserungen, um den marktbedingten, betriebswirtschaftlichen und regulatorischen Anforderungen gerecht zu werden.

Im Mai 2013 wurde der Risikoausschuss des Aufsichtsrats gemäß § 25d KWG neu gegründet, der den Aufsichtsrat u. a. in Fragen zu Risikoappetit, Risikoprofil und Risikostrategie berät.

Dem Chief Risk Officer wurde im Jahr 2013 zusätzlich die Verantwortung für den Bereich Operations Financial Markets zugeordnet, der für die Abwicklung von Handelsgeschäften und das Collateral Management zuständig ist.

Mit Schreiben vom 13. Juni 2013 erhielt die Postbank die Zulassung zur Anwendung des fortgeschrittenen Messansatzes zur Eigenkapitalunterlegung von Adressausfallrisiken (A-IRBA) für folgende Portfolios: Firmenkunden Inland, Banken und Commercial Real Estate UK. Die Postbank nutzt daher seit dem 30. Juni 2013 für die Kalkulation der Eigenmittelanforderungen neben dem IRB-Basis-Ansatz und dem IRB-Ansatz für das Mengengeschäft auch den A-IRBA. Die Anwendung des A-IRBA für wesentliche Teile des Portfolios Gewerbliche Immobilienfinanzierungen wird für das erste Halbjahr 2014 angestrebt, vorbehaltlich der entsprechenden Zulassung durch die Aufsichtsbehörden.

Die Anforderungen aus der Neufassung der MaRisk vom 14. Dezember 2012 wurden – entsprechend den regulatorisch vorgegebenen Umsetzungs- und Übergangsfristen – schrittweise im Rahmen eines im Jahr 2012 aufgesetzten Projekts umgesetzt. In den Themenbereichen „Compliance Function“ und „Funds-Transferpricing“ werden, entsprechend den diesbezüglichen aufsichtsrechtlichen Übergangsregelungen, die Arbeiten im Jahr 2014 abgeschlossen.

Mit Blick auf das Liquiditätsrisikomanagement hat die Postbank bereits im Jahr 2011 ein Projekt zur Erfüllung neuer bzw. konkretisierter regulatorischer Anforderungen aufgesetzt und seitdem weiter vorangetrieben. Der Schwerpunkt lag dabei auf dem Auf- bzw. Ausbau der notwendigen Datenbasis sowie der IT-Infrastruktur und -Prozesse zur Erstellung der gemäß Capital Requirements Regulation (CRR) ab 2014 geforderten Meldung der Liquiditätskennziffern Liquidity Coverage Ratio (LCR) und Net Stable Funding Ratio (NSFR). Darüber hinaus wurden auch die entsprechenden Steuerungsprozesse und -reports weiterentwickelt. Das Projekt wird planmäßig Mitte 2014 mit der weitgehenden Automatisierung der LCR-/NSFR-Meldungen – soweit auf Basis der bislang vorliegenden Spezifizierung möglich – abgeschlossen. Die technische Umsetzung wird flexibel

aufgesetzt, um die bei Vorliegen der finalen Spezifikation erforderlichen Anpassungen möglichst zeitnah vornehmen zu können. Auch die regulatorischen Vorgaben für die ergänzenden Meldungen zum Liquiditätsrisiko liegen entgegen den Ankündigungen noch nicht final vor (erster Meldetermin voraussichtlich Mitte 2015). Die entsprechenden Umsetzungsarbeiten werden sich deshalb zumindest in Teilen bis in das Jahr 2015 erstrecken.

Im Berichtsjahr 2013 hat die Postbank weiterhin konsequent die notwendigen Projektarbeiten für die Umsetzung der ab 2014 geltenden Anforderungen aus Basel III bzw. der Capital Requirements Directive (CRD IV) und der CRR vorangetrieben. Weitere Details hierzu finden sich im Abschnitt „Aufsichtsrechtliche Anforderungen“.

64

Integration in das Risikomanagement der Deutschen Bank

Die Postbank ist unter Beachtung der maßgeblichen gesellschafts- und bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben in das Risikomanagement der Deutschen Bank AG eingebunden, um ein gemeinsames, angemessenes und wirksames Risikomanagement auf Ebene des Deutschen Bank Konzerns zu gewährleisten. Hierzu ist die Postbank in ein geeignetes System zur Identifizierung, Beurteilung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation von Risiken integriert, das einen vollständigen Überblick über die Risikosituation sowie das institutsbezogene Sicherungssystem insgesamt liefert und dem Konzern die entsprechende Einflussnahme ermöglicht. Durch eine etablierte einheitliche Risk-Governance-Struktur wird zudem eine gemeinsame Risikokultur gelebt.

Einen wesentlichen Erfolg des Integrationsprozesses im Berichtsjahr 2013 stellt für die Risikoart „Operationelle Risiken“ die von der Aufsicht zugelassene Einbeziehung der Postbank in das AMA-Modell der Deutschen Bank dar. Die Postbank wird hierbei bis auf Weiteres parallel ihren eigenen AMA-Ansatz auf Ebene der Postbank Gruppe verwenden.

Arten von Risiken

Die innerhalb der Postbank betrachteten Risikoarten werden im Rahmen einer konzernweiten Risikoinventur ermittelt. Die Materialität dieser Risikoarten sowie die Existenz weiterer bisher nicht betrachteter Risiken werden im Rahmen der jährlichen Risikoinventur überprüft. Die Postbank greift im Rahmen der Risikoinventur auf Instrumente zurück, die in ihrer Gesamtheit alle wesentlichen organisatorischen Bereiche und Risikobereiche der Bank abdecken. Die in der Risikoinventur als wesentlich identifizierten Risikoarten werden im Rahmen der Risikotragfähigkeit quantifiziert und mit Risikokapital unterlegt. Es erfolgt eine regelmäßige Überwachung dieser Risikoarten. Eine Darstellung zur Quantifizierung enthält Note 49 des Konzernanhangs.

156

Die Postbank hat mit Wirkung zum 1. Januar 2014 eine Anpassung der Risikozuordnungen und Risikodefinitionen auch vor dem Hintergrund der Integration in das Risikomanagement der Deutschen Bank vorgenommen. Unter anderem werden Kollektivrisiken und Reputationsrisiken nun den Geschäftsrisiken zugeordnet. Immobilienrisiken und Beteiligungsrisiken sind Bestandteil der Markttrisiken.

Die Postbank unterscheidet folgende Risikoarten:

• Markttrisiken

Markttrisiken entstehen durch die Unsicherheit hinsichtlich der Änderungen von Marktpreisen sowie marktwerbestimmenden Faktoren (z. B. Zinssätzen, Credit-Spreads, Fremdwährungskursen), ihrer wechselseitigen Korrelationen und spezifischen Volatilitäten.

Markttrisiken im engeren Sinne entstehen für die Postbank aus ihren Positionen im Handels- und im Anlagebuch, hierunter fallen auch die Markttrisiken aus ihren leistungsorientierten Pensionsplänen. Zu den Marktpreisrisiken im weiteren Sinne zählt die Postbank auch:

- a) Mietausfallrisiken, Teilwertabschreibungsrisiken sowie Veräußerungsverlustrisiken, bezogen auf den Immobilienbesitz der Postbank (Immobilienrisiken).
- b) Potenzielle Verluste aus Marktwertschwankungen des strategischen Beteiligungsbesitzes, sofern diese nicht bereits in den anderen Risikoarten erfasst werden (Beteiligungsrisiken).

• Kreditrisiken

Kreditrisiken entstehen bei Transaktionen, aus denen sich tatsächliche, eventuelle oder künftige Ansprüche gegenüber einem Geschäftspartner, Kreditnehmer oder Schuldner ergeben, einschließlich Forderungen, die zum Weiterverkauf vorgesehen sind. Diese Transaktionen gehören in der Regel zu unserem traditionellen nicht handelsbezogenen Kreditgeschäft (wie Kredite und Eventualverbindlichkeiten) oder den direkten Handelsaktivitäten mit Kunden (wie außerbörslich gehandelte Derivate, Devisentermingeschäfte und Zinstermingeschäfte). Die Postbank unterscheidet drei Arten von Kreditrisiken:

- a) Adressausfall- und Bonitätsrisiken: Während Bonitätsrisiken die Verschlechterung der Bonität eines Vertragspartners messen, bestehen Adressausfallrisiken darin, dass Geschäftspartner vertragliche Zahlungsverpflichtungen in Bezug auf die zuvor beschriebenen Ansprüche nicht erfüllen.
- b) Abwicklungsrisiken entstehen, wenn die Abwicklung oder die Verrechnung von Transaktionen scheitern. Dabei handelt es sich um potenzielle Verluste beim Ausfall des Kontrahenten im Zusammenhang mit dem nicht zeitgleich vollzogenen Austausch von liquiden Mitteln, Wertpapieren oder anderen Werten.
- c) Länderrisiken entstehen auf Basis einer Reihe von makroökonomischen oder sozialen Geschehnissen durch unerwartete Ausfall- oder Abwicklungsrisiken mit entsprechenden Verlusten in Ländern, die in erster Linie die Kontrahenten in diesem Rechtsraum beeinträchtigen. Dazu gehören eine Verschlechterung der makroökonomischen Rahmenbedingungen, politische Unruhen, die Verstaatlichung und Enteignung von Vermögenswerten, die staatliche Nichtanerkennung von Auslandsschulden oder die extreme Ab- und Entwertung der Landeswährung. Länderrisiken beinhalten auch Transferrisiken. Transferrisiken entstehen, wenn Schuldner aufgrund direkter staatlicher Intervention nicht in der Lage sind, Vermögenswerte zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen an Nicht-Gebietsansässige zu übertragen.

• Liquiditätsrisiken

Im Management von Liquiditätsrisiken unterscheidet die Postbank zwei Arten von Risiken bei der Refinanzierung: das Zahlungsunfähigkeitsrisiko und das Liquiditätsfristentransformationsrisiko (LFT):

- a) Zahlungsunfähigkeitsrisiko als Volumenrisiko, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachkommen zu können.
- b) Liquiditätsfristentransformationsrisiko (LFT-Risiko) als Kostenrisiko eines erhöhten Refinanzierungsaufwands bei Schließung der Fristeninkongruenz aufgrund einer Erhöhung der eigenen Refinanzierungsaufschläge auf den Swapsatz.

• Operationelle Risiken

Mögliche Verluste, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten können. Rechtsrisiken sind Teil der Operationellen Risiken. Sie beinhalten u. a. die potenzielle Verpflichtung zur Zahlung von Bußgeldern, Geldstrafen oder sonstigen Strafzahlungen aus aufsichtsrechtlichen Maßnahmen oder privatrechtlichen Vereinbarungen. Sie ergeben sich auch durch eine geänderte Rechtslage aufgrund neuer Rechtsprechung bzw. durch Gesetzesänderungen, die Auswirkungen auf bereits abgeschlossene Geschäfte haben. Nicht gemeint sind die Kosten für die Veränderung der Prozesse zur Umsetzung der geänderten Rahmenbedingungen. Sonstige Risiken, insbesondere Reputationsrisiken und strategische Risiken, fallen nicht unter den Begriff Operationelle Risiken.

• Geschäftsrisiken

Geschäftsrisiken umfassen Spar- und Girorisiken, Kollektivrisiken, Reputationsrisiken sowie residuale Geschäftsrisiken:

- a) Spar- und Girorisiken: Mögliche Verluste, die, ausgelöst durch unerwartete Verhaltensweisen von Spar- und Girokunden, als Folge von Volumen- oder Margenänderungen auftreten können.
- b) Kollektivrisiken als spezifische Geschäftsrisiken aus dem Bauspargeschäft der BHW Bausparkasse AG bezeichnen mögliche negative Effekte in der Vermögens-, Risiko- und Ertragslage aufgrund einer von der Prognose abweichenden tatsächlichen Entwicklung des Bauspar-kollektivs.
- c) Reputationsrisiken: Gefahr von Ereignissen, die das Ansehen der Postbank bei ihren Anspruchsgruppen (Stakeholdern) derart beschädigen, dass daraus ein mittelbarer oder unmittelbarer finanzieller Schaden für die Postbank entstehen kann.
- d) Residuale Geschäftsrisiken bezeichnen Risiken eines Ergebnismrückgangs aufgrund unerwarteter Abweichungen der Ertragszahlen und der korrespondierenden Kosten von der ursprünglichen Planung, die nicht auf andere Risiken zurückzuführen sind.

Für alle quantifizierten Risikoarten erfolgt im Rahmen der internen Steuerung eine Zuweisung des Risikokapitals auf Segmentebene. Durch das interne Transferpricing werden alle Marktrisiken mit Ausnahme der Credit-Spread-Risiken

der Non Core Operating Unit (NCOU) in das Segment Financial Markets übertragen. Die mit Marktrisiken belegten Wertpapierbestände der NCOU sind zum Abbau vorgesehen.

Organisation des Risikomanagements

Die Postbank verfügt über eine Risikomanagementorganisation, die durch die Identifikation aller wesentlichen Risiken und Risikotreiber sowie die unabhängige Messung und Bewertung dieser Risiken die Grundlage für eine risiko- und ertragsorientierte Gesamtbanksteuerung bildet. Risiken werden im Rahmen des ICAAP unter strikter Beachtung von Risikotragfähigkeitsgesichtspunkten zur Erzielung des Risk>Returns und zur Nutzung von Marktopportunitäten limitiert und gesteuert.

Das Risikomanagement wird konzernweit durch die zentralen und die angebundene dezentralen Einheiten wahrgenommen. Aussagen im Risikobericht beziehen sich, wenn nicht anders vermerkt, auf diese Konzernfunktionen. Tochtergesellschaften werden entsprechend ihrer Wesentlichkeit für den Konzern in das Risikomanagement einbezogen. Spezielle aufsichtsrechtliche Vorgaben auf Ebene der Tochtergesellschaften werden stets berücksichtigt.

Das innerhalb der Postbank eingerichtete Risikomanagementsystem stellt die Identifizierung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung der mit den einzelnen Geschäftssegmenten verbundenen Risiken sicher. Die entsprechenden Prozesse haben eine permanente Verbesserung der Ertrags-, Kapital- und Risikosteuerung zum Ziel, wobei die stetige Steigerung der Qualität als ressortübergreifende Aufgabe verstanden wird. In diesem Kontext werden die Portfolios im Rahmen der Gesamtbanksteuerung auch Analysen aus Risk/Return-Perspektive unterworfen, um Chancen für eine risikoadäquatere Weiterentwicklung der Geschäfts- und der Risikostrategie der einzelnen Geschäftsfelder zu identifizieren.

Verantwortlichkeiten und Risikostrategie

Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für das Risiko- und das Kapitalprofil, die Risikostrategie, das Risikotragfähigkeitskonzept, die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements, die Überwachung des Risikos aller Geschäfte sowie die Risikosteuerung.

Die Kontrolle erfolgt durch den Aufsichtsrat bzw. den im Mai 2013 neu gegründeten Risikoausschuss des Aufsichtsrats. Der Risikoausschuss berät den Aufsichtsrat vor allem zu Fragestellungen des Risikoappetits, des Risikoprofils sowie der Risikostrategie und widmet sich Themen aufgrund des aktuellen Marktgeschehens oder von Ereignissen mit bemerkenswerten Auswirkungen auf das Risikoprofil bzw. auf Einzelportfolios. Der Aufsichtsrat und der Risikoausschuss des Aufsichtsrats werden regelmäßig durch den Vorstand über das Risiko- und das Kapitalprofil der Postbank unterrichtet.

Die Risikostrategie des Konzerns ist, wie in den Vorgaben der MaRisk gefordert, konsistent mit der Geschäftsstrategie und berücksichtigt alle wesentlichen Geschäftsfelder und Risikoarten. Die Risikostrategie gilt konzernweit: Die in einzelnen Konzerneinheiten (z. B. BHW) beschlossenen Risikostrategien sind konsistent mit der Konzernrisikostrategie.

Art und Umfang der Risikonahme sowie der Umgang mit den Risiken ergeben sich aus den Strategien der einzelnen Geschäftsfelder im Abgleich mit dem Risikoappetit, dem

Risikoprofil und den Renditezielen der Postbank. Sie werden im Rahmen der jährlich verabschiedeten Risikostrategie, die auf den Geschäftsfeldstrategien basiert, definiert und dokumentiert.

Zielsetzung des Risikomanagements ist die Ergebnissicherung und die Optimierung des Risiko-Ertrag-Profiles durch eine verbesserte Kapitalallokation und operationelle Exzellenz. Dabei wird die Risiko-Governance kontinuierlich weiterentwickelt, um eine einheitliche Risikokultur im Konzern zu etablieren.

Zur Risikovermeidung werden Geschäftsfelder hinsichtlich ihres Risikoappetits beschränkt, Mindestvorgaben für die Kreditqualität der Portfolios und Limite festgelegt sowie Maßnahmen zur Risiko-Mitigation aufgesetzt. Zur weiteren

Reduzierung von Konzentrationsrisiken wurde das im Zuge der Finanzmarktkrise betriebene De-Risking auch 2013 fortgesetzt. Hierzu wurden beispielsweise das strukturierte Kreditportfolio SCP, High-Yield-Bonds sowie Teilportfolios aus Tochtergesellschaften veräußert.

Risikokomitees

Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben wird der Vorstand durch das Bankrisikokomitee (BRK) als das zentrale Risikokomitee unterstützt. Als Steuerungs- und Überwachungsausschuss des Vorstands verfügt das BRK über wesentliche Entscheidungsbefugnisse. Das Risikomanagement wurde vom Vorstand für die einzelnen Risikoarten an weitere nachgeordnete Risikokomitees delegiert. Die Aufgaben der Komitees veranschaulicht folgende Grafik:

Aufgaben des Bankrisikokomitees und der ihm nachgelagerten Risikokomitees						
	Bankrisikokomitee (BRK)	Kreditrisikokomitee (KRK)	Marktrisikokomitee (MRK)	OpRisk-Komitee (ORK)	Deckungsgeschäftskomitee (DGK)	Modell- und Validierungskomitee (MVK)
Tagungsfrequenz	monatlich	vierteljährlich	monatlich	halbjährlich	monatlich	vierteljährlich
Aufgaben	Beratung des Vorstands hinsichtlich: • Risikoappetit (ökonomisch, regulatorisch) • Risikostrategien und Risikoprofil • Allokation von Risikokapital • Maßnahmen zur Begrenzung und Steuerung der Gesamtbank-Risikopositionen	Limitallokation der Kreditrisiken Definition des Limitsystems Analyse und Bewertung der Kreditrisiken Vorgabe von Leitlinien zur Steuerung der Kreditrisiken	Limitallokation der Marktrisiken Festlegung des Liquiditätsrisikoprofils Analyse und Bewertung der Kollektiv- sowie Spar- und Girorisiken Steuerung der strategischen Ausrichtung des Bankbuchs Erörterung der Ergebnis- und der Risikosituation	Definition der Mindestanforderungen für Konzern-einheiten Definition der Rahmenbedingungen für OpRisk Allokation der Risikokapitalbeträge auf die Geschäftsfelder	Regelung von Deckungsgeschäftsregisterthemen Umsetzung regulatorischer Anforderungen bezüglich des Pfandbriefgeschäfts Sicherung der Zielkonformität bezüglich der strategischen Ausrichtung und hinsichtlich der Emissionsfähigkeit	Überwachung und Validierung aller Rating-systeme und Risikoklassifizierungsverfahren Jährliche Validierung sämtlicher Modelle Änderungen von Ratingsystemen, Risikoklassifizierungsverfahren und internen Modellen

Das Bankrisikokomitee agiert konzernweit als übergreifendes Risikokomitee mit Vorstandsbesetzung. Es trägt alle Risikothemen aggregiert an den Gesamtvorstand heran. Vom Senior Management geleitet werden das Kreditrisikokomitee (KRK), das Marktrisikokomitee (MRK), das OpRisk-Komitee (ORK – Komitee für Operationelle Risiken), das Deckungsgeschäftskomitee (DGK) sowie das Modell- und Validierungskomitee (MVK). Das Deckungsgeschäftskomitee entwickelt Steuerungsimpulse für das Deckungsgeschäft der Postbank. Das Modell- und Validierungskomitee ist für Änderungen und Erweiterungen von Risikomodellen und Risikoklassifizierungsverfahren sowie für die Abnahme der Validierungsberichte zuständig.

Zur Steuerung ihrer Reputationsrisiken hat die Postbank ein gesondertes Reputationsrisikokomitee mit Vorstandsbesetzung eingerichtet. Als weiteres Gremium wurde 2013 das Non-Core-Operating-Unit-Komitee zur Steuerung und Planung der Non-Core-Portfolios der Postbank eingerichtet, das seine Aufgaben in enger Abstimmung mit dem Bankrisikokomitee und den für die operative Steuerung zuständigen Einheiten erfüllt.

Zentrale Risikoüberwachung und -steuerung

Risikocontrolling-Funktion

Der Chief Risk Officer (CRO) ist konzernweit für die risikoüberwachenden und -steuernden Funktionen zuständig. Er ist Leiter der Risikocontrolling-Funktion und berichtet direkt dem Gesamtvorstand, dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats und dem Aufsichtsrat über die Gesamtrisikolage des Konzerns.

Die Organisationsstruktur des CRO-Bereichs ist Basis für die aktive risikoartenübergreifende Portfoliosteuerung und dient der Bündelung sämtlicher Kreditentscheidungen. In einem Chief Operating Office werden die Einhaltung der Standards für die Kreditbearbeitung sichergestellt und die zentrale Projekt- und Ressourcensteuerung für den CRO-Bereich umgesetzt. Über die Bereiche „Risikosteuerung“ und „Kreditrisikocontrolling“ wird die Steuerung sämtlicher Risikoarten sichergestellt. Das Credit Office mit den Bereichen „Kreditanalyse“ und „Kreditservice Workout & Collections“ bündelt alle Kreditentscheidungen und gestaltet in enger Zusammenarbeit mit den Vertriebsseinheiten die Umsetzung der Geschäfts- und der Risikostrategie. Der Bereich „Operations Financial Markets“ ist verantwortlich für die Geschäftsabwicklung von Handelsgeschäften und das Collateral Management. Nachstehende Übersicht veranschaulicht die Aufgaben der einzelnen Bereiche des CRO.

Bereiche des Risikomanagements und deren Aufgaben	
Bereich	Aufgaben
Chief Operating Office	Ressourcenmanagement und Projekte Kreditfachliche Regelwerke/Kreditrichtlinien Kreditbearbeitung Sicherheitenmanagement Qualitätssicherung
Risiko-steuerung	Gesamtbankrisikosteuerung und -reporting inklusive Risikotragfähigkeit und integrierter Stresstests Definition der Risikostrategie und des Risikoprofils Management und Reporting der Markt-, Liquiditäts-, Geschäfts- und Operationellen Risiken Qualitätssicherung von Marktdaten und Fair Values für Risikosteuerung und Bilanzierung
Kreditrisiko-controlling	Verantwortung für sämtliche Rating- und Scoringverfahren Portfoliomanagement Kreditrisikoreporting Koordination des Risikoversorgeprozesses und der Watchlist Methoden- und Modellhoheit zur Risikoquantifizierung
Kreditanalyse	Kreditgenehmigung, Betreuung und Kreditüberwachung für Banken, Staaten, Unternehmen und Immobilienfinanzierungen
Kreditservice Workout & Collections	Problemkreditbearbeitung Abwicklung der Kreditbeziehung Beitreibung Sicherheitenverwertung Erhöhung der Recovery Rate
Operations Financial Markets	Abwicklung Handelsgeschäfte Collateral Management

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems der Postbank. Sie ist organisatorisch dem Vorstand Ressourcen unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Die Qualifikation der Mitarbeiter im Risikomanagement wird durch fortlaufende Schulungsmaßnahmen sichergestellt und durch die Qualifizierungsangebote der Postbank unterstützt, dazu gehören auch Maßnahmen, die sich ausschließlich mit Aspekten des Risikomanagements (insbesondere mit dem Kreditrisiko) befassen.

Risikosteuerung je Risikoart

Die Verantwortung für die operative Risikosteuerung im Sinne der Positionsnahme ist im Konzern auf mehrere zentrale Einheiten verteilt. Dazu gehören in erster Linie der Bereich Treasury/ALM (Asset Liability Management), die Kreditbereiche Unternehmensfinanzierungen, Gewerbliche Immobilien und Banken & Kapitalmärkte, die Kreditfunktionen des Privatkundengeschäfts sowie die Non Core Operating Unit (NCOU). Darüber hinaus steuern die Tochtergesellschaften BHW Bausparkasse AG, Deutsche Postbank International S.A. (Luxemburg) und PB Factoring GmbH ihre Risiken eigenständig im Rahmen separat definierter Risikolimits.

Die operative Steuerung der Marktrisiken im Konzern erfolgt grundsätzlich zentral im Bereich Treasury/ALM bzw. für das Non-Core-Geschäft im Ressort Chief Operating Office der Deutschen Postbank AG. Darüber hinaus steuert Treasury/ALM operativ das Liquiditätsrisiko im Konzern mit dem Fokus auf Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit im Sinne des „Lender of Last Resort“. Die Limitüberwachungs- und die Reportingfunktion der Markt- und Liquiditätsrisiken werden zentral von den Abteilungen Marktrisiko- bzw. Liquiditätsrisikomanagement im Bereich Risikosteuerung wahrgenommen.

Die Entwicklung, Validierung und Kalibrierung der Ratingmodelle erfolgt in der Abteilung Kreditrisikocontrolling Risikomodelle, während die Limitüberwachungs-, die Reporting- und die Steuerungsfunktion der Kreditrisiken in der Abteilung Kreditrisikocontrolling Kreditrisikomanagement wahrgenommen werden. Die Abteilung Chief Operating Office Risikostandards erlässt die grundlegenden Regelungen für den Umgang mit Adressrisikopositionen.

Für die operative Steuerung der Operationellen Risiken existiert je Bereich bzw. Tochtergesellschaft eine zweistufige Organisationsstruktur mit dezentralen OpRisk-Managern. Die zentrale Koordinations- und Reportingfunktion wird durch das OpRisk-Controlling wahrgenommen. Die Verantwortung für die Identifizierung und Steuerung der Rechtsrisiken trägt vorrangig der Bereich Recht der Postbank.

Jedes Ressort ist operativ dafür verantwortlich, seine im Rahmen der Geschäftsstrategie definierten Ziele zu erreichen bzw. die definierten Rahmenbedingungen einzuhalten, und trägt somit zur operativen Steuerung der Erträge und Risiken bei.

Die operative Risikosteuerung und -überwachung der Kollektivrisiken erfolgt dezentral durch die BHW Bausparkasse AG.

Die zentrale Analyse- und Reportingfunktion für Spar- und Giorisiken sowie residuale Geschäftsrisiken nimmt die Ab-

teilung Marktisikomanagement wahr, die Verantwortung dieser Geschäftsrisiken verbleibt in den Marktbereichen.

Die Postbank geht im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit ein geringes Reputationsrisiko ein. Im Fokus steht das Risiko gegenüber der Anspruchsgruppe „Kunden“. Die konzernweite Steuerung bedeutender Reputationsrisiken erfolgt über das Reputationskomitee der Postbank.

Übergreifendes Risikomanagement
Risikotragfähigkeit

Die Risikotragfähigkeit der Bank wird neben der Eigenmittelausstattung nach Solvabilitätsverordnung (SolvV) sowohl aus einer Liquidationsperspektive (ökonomischer Gläubigerschutz) als auch aus einer Going-Concern-Perspektive (regulatorischer Going-Concern-Ansatz) beurteilt. Die Postbank sieht ihre Risikotragfähigkeit als gegeben an, wenn die Risikodeckungsmasse größer als das zugewiesene Risikokapital und größer als das momentane Gesamtrisiko (VaR) ist.

Unter dem Blickwinkel des ökonomischen Gläubigerschutzes wird das Risikopotenzial zu einem Konfidenzniveau von 99,93 % berechnet. Die Risikodeckungsmasse wird hierbei als sogenannter ökonomischer Substanzwert aus der nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) erstellten Konzernbilanz abgeleitet und dient vor allem dem Schutz erstrangiger Verbindlichkeiten in einem Liquidationsszenario.

Bei der Betrachtung unter dem Aspekt des regulatorischen Going-Concern-Ansatzes wird die Differenz zwischen dem regulatorischen Kernkapital (bisher gemäß Basel II, ab 2014 gemäß Basel III) und einem dem Risikoappetit der Postbank entsprechenden mindestens erforderlichen Kernkapital berechnet. Das so ermittelte freie Kernkapital und die geplanten Erträge stellen die Risikodeckungsmasse dar. Das Risikopotenzial in dieser Perspektive wird dabei zu einem Konfidenzniveau von 95 % ermittelt.

Risikokapital und Limitierung

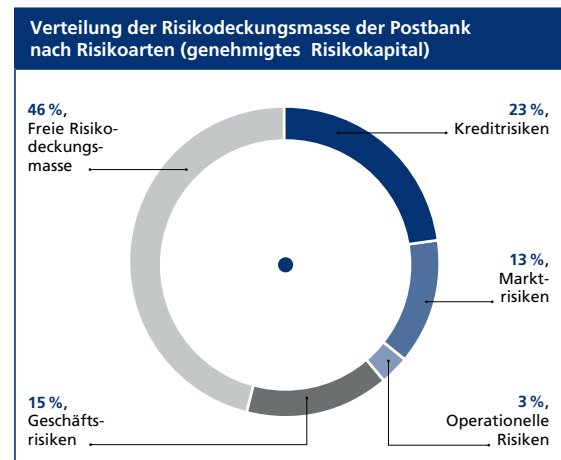
Das aus der Risikodeckungsmasse auf die jeweiligen Einheiten und Risikoarten allokierte Kapital wird als Risikokapital bezeichnet. Die Risikokapitalallokation wird mindestens quartalsweise vom Gesamtvorstand bzw. vom BRK überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die weitere Verteilung des den einzelnen Risikoarten zugeordneten Risikokapitals sowie, falls erforderlich, eine Adjustierung der Einzellimite der Risikoarten erfolgen durch die Risikokomitees.

Für die im Kapitel „Arten von Risiken“ aufgeführten Risikoarten wird mit Ausnahme des Liquiditätsrisikos und des Reputationsrisikos ökonomisches Kapital bereitgestellt. Zur Absicherung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos hält die Postbank einen Liquiditätspuffer aus hochliquiden und liquiden Vermögensgegenständen für eine zweimonatige Survival Period im Stressszenario gemäß MaRisk vor. Das Immobilien- und das Beteiligungsrisiko werden als nicht wesentlich betrachtet.

Bei der Risikokapitalallokation werden mögliche Schwankungen der Risikodeckungsmasse durch den Einfluss der Ertragslage und sonstiger Effekte auf die Eigenkapitalbestandteile sowie risikoartenübergreifende Stressszenarien berücksichtigt. Hierfür wird ein Puffer gebildet, indem nur ein Teil der zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmasse tatsächlich als Limite für die einzelnen Risikoarten allokiert wird. Für die Ermittlung des Gesamtrisikokapitalbedarfs werden Diversifikationseffekte auf Basis von Korrelationen zwischen den

Risikoarten anhand von Postbank spezifischen Daten konservativ ermittelt, die das bereitgestellte Risikokapital entsprechend reduzieren. Geschäftsmodell-spezifische Risiken (Operationelle Risiken, Kollektivrisiken, Spar- und Giro-risiken sowie residuale Geschäftsrisiken) tragen hierbei in besonderem Maße zum Diversifikationseffekt bei. Markt-, Kredit-, Immobilien- und Beteiligungsrisiken weisen in der Regel mittlere Diversifikationseffekte auf.

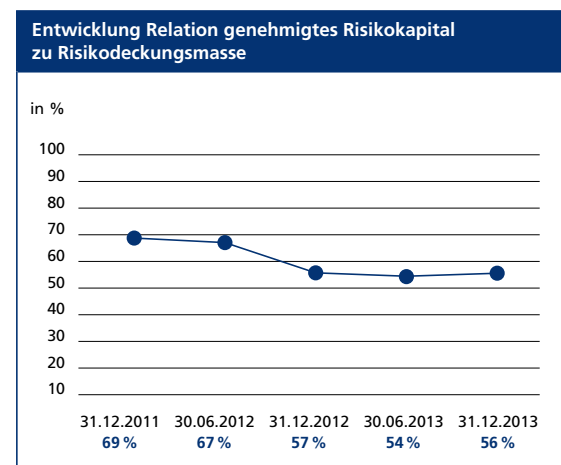
Die prozentuale Aufteilung der Risikodeckungsmasse „Ökonomischer Gläubigerschutz“ der Postbank nach Risikoarten und nach Berücksichtigung von Korrelationseffekten im Geschäftsjahr 2013 (Berechnung per 31. Dezember 2013) stellt sich wie folgt dar:



Die absolute Höhe der Risikodeckungsmasse „Ökonomischer Gläubigerschutz“ und eine nach Risikoarten differenzierte Aufteilung der absoluten Risikokapitalbeträge (Stichtag 31. Dezember 2013 und Vorjahr) werden in Note 49 des Konzernanhangs dargestellt.

156

Nachstehende Grafik veranschaulicht die Entwicklung des genehmigten Risikokapitals im Verhältnis zur gesamten Risikodeckungsmasse:



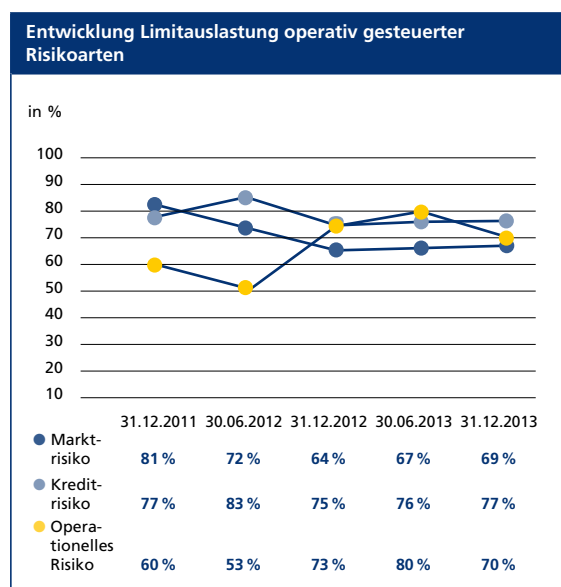
Die Auslastung der Risikodeckungsmasse, bezogen auf das verteilte Risikokapital nach Diversifikation, belief sich zum Berichtsstichtag auf 56 %. Die Postbank verfolgt das Ziel, durch ein aktiveres Limitmanagement die Steuerungswirkung auf die Risiken zu verbessern, wodurch generell mit höheren Auslastungen der Limite zu rechnen ist. Im Rahmen des fortgeführten Abbaus von Risikopositionen hat die Postbank 2012 begonnen, ihr genehmigtes Risikokapital zu reduzieren. Die leichte Erhöhung des allokierten Kapitals in den Risikoarten Kollektivrisiken und Operationelle Risiken wird durch die Kapitalreduktion für Marktrisiken nahezu ausgeglichen. Aufgrund der Gewinnthesaurierung (nach IFRS) erhöhte sich 2013 die Risikodeckungsmasse. Dadurch reduzierte sich die Auslastung im Vergleich zum Vorjahr leicht.

Auch in einer Going-Concern-Perspektive ist das ermittelte Risikopotenzial ausreichend durch die zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse (freies Kernkapital) gedeckt.

Neben der Limitierung der Risikopositionen für die einzelnen Risikoarten auf Basis des allokierten Risikokapitals kommen Produkt-, Volumen- und Sensitivitätslimite zum Einsatz, um über die eigentlichen Risikopositionen hinaus auch Risikokonzentrationen in Einzelpositionen oder Risikoarten zu beschränken.

Bei den Marktrisiken erfolgt die Steuerung über die Zuteilung von VaR- und Verlustlimiten auf Konzernebene sowie für die jeweiligen Portfolios. Die Steuerung von Kreditrisiken erfolgt für Forderungen an Banken, Unternehmen und Staaten (Zentral-, Regionalregierungen und Kommunen) im Wesentlichen durch Limitierung auf Portfolioebene sowie durch Vorgabe eines Zielfortfolios. Das Volumen des Mengengeschäfts wird durch Soll-Ist-Vergleiche mit den Planvorgaben gesteuert. Für Operationelle Risiken werden Limite und Warnschwellen je Segment festgelegt. Die weiteren Risikoarten werden durch konzernweit gültige Limite gesteuert.

Nachstehende Grafik veranschaulicht die Entwicklung der Limitauslastung operativ gesteuerter Risikoarten im Zeitablauf:



Zum Stichtag 31. Dezember 2013 betrug die Auslastung des für Marktrisiken genehmigten – und insbesondere im Zuge des Abbaus von Finanzanlagen und rückläufiger Spread-Volatilitäten deutlich zurückgeführten – Risikokapitals 69 % (31. Dezember 2012: 64 %). Auch das für Kreditrisiken genehmigte Risikokapital wurde 2013 reduziert. Die Limitauslastung stieg zum 31. Dezember 2013, bedingt durch das reduzierte Risikokapital, auf 77 % (31. Dezember 2012: 75 %). Ein Abbau von Kreditrisiken erfolgte insbesondere in der Non Core Operating Unit, dem gegenüber stehen Ratingverschlechterungen im Verlauf des zweiten Halbjahres 2013. Die Veränderung der Limitauslastung des für Operationelle Risiken genehmigten Risikokapitals von 73 % zum 31. Dezember 2012 auf 70 % zum Berichtsjahresresultimo erklärt sich vor allem durch eine Erhöhung des Limits von 485 Mio € am Jahresende 2012 auf 600 Mio € zum 31. Dezember 2013, durch eine veränderte Verteilung der über das Datenkonsortium „Operational Risk Data Exchange (ORX)“ bezogenen externen Retail-Schadenfalldaten sowie durch die Zunahme von internen OpRisk-Schäden aus Klagen und Beschwerden im Geschäftsfeld Retail Banking.

Die Risikotragfähigkeit der Postbank war jederzeit gegeben.

Risikokonzentrationen und Stresstesting

Konzentrationen bei Kredit-, Liquiditäts-, Markt- und sonstigen Risiken werden u. a. über Sensitivitätsanalysen und Stresstests identifiziert und überwacht und über Risikofaktor- oder Gap-Limite (im Bereich Zins- und Credit-Spread-Risiken) begrenzt. Sensitivitätsanalysen und Stressszenarien beschreiben hierbei hypothetische zukünftige Entwicklungen der jeweiligen Portfolios, Wert- und Risikotreiber. Über alle Risikoarten hinweg werden daher makroökonomische Szenarien hinsichtlich Inflation, Stagflation, Rezession sowie weitere hypothetische oder historische Szenarien berechnet.

Das Management der Konzentrationsrisiken erfolgt im Rahmen der Steuerung (z. B. über Hedging-Maßnahmen). Hinsichtlich ihres Spread-Risikos sind hierbei insbesondere die Bestände in europäischen Staats-, Länder- und Bankenanleihen relevant.

Im Rahmen des Kreditportfoliomanagements werden systematisch Risikokonzentrationen auf der Ebene von Kreditnehmereinheiten sowie auf sektoraler Ebene (Branchen, Regionen etc.) identifiziert, reportet und über einen geregelten Prozess unter Berücksichtigung von Risikotragfähigkeit und Risikorendite begrenzt. Leitplanken zur verbesserten Steuerung der Risikokonzentration sind in den Organisationsanweisungen verankert. Im Mittelpunkt stehen hierbei die identifizierten Sektoren Gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Banken sowie Staaten, für die – über die gültige Limitmatrix für Firmenkunden hinaus – weitergehende Regelungen bestehen. Durch die segment-spezifischen Risk Assessment Reports und die steuerungsrelevanten Risikozirkel werden Risikokonzentrationen zeitnah eng überwacht.

In den Segmenten Financial Markets und Non Core Operating Unit hat die Postbank Maßnahmen zur Reduktion von Konzentrationsrisiken ergriffen. Dabei wurde im Jahr 2013 gezielt das Exposure in den GIIPS-Staaten weiter abgebaut.

Das Commercial-Real-Estate-Portfolio ist nach der Veräußerung der PB (USA) Holdings, Inc.-Gruppe sowie von Teilen des Portfolios der Deutschen Postbank AG, London Branch,

weitestgehend auf Deutschland bzw. auf Europa fokussiert. Hierbei wird eine Strategie zur Vermeidung von regionalen Einzelkonzentrationsrisiken verfolgt.

Aktuell ist auf Basis des ökonomischen Kapitals eine Risikokonzentration insbesondere im Bereich des Staaten-Exposures erkennbar. Die monatliche Berichterstattung zum ökonomischen Kapitalbedarf aus Kreditrisiken und Risikokonzentrationen ist wesentlicher Bestandteil des Kreditrisikoreports der Postbank.

Die Postbank unterliegt aufgrund ihres Geschäftsmodells, d. h. als überwiegend im deutschen Markt tätige Retail-Bank, zudem Ertragsrisiken in der Form, dass die aus Kundengeschäften erwirtschafteten Erträge geringer als geplant ausfallen können. Die Überwachung solcher Ertragsrisiken erfolgt im Planungsprozess unter Einbindung des Bereichs Controlling. Hierbei werden Ertragsrisikokonzentrationen anhand von Sensitivitätsanalysen und statistischen Methoden überwacht und durch entsprechende Maßnahmen gesteuert.

Zur Gewährleistung einer gesamthaften Risikobeurteilung werden die wesentlichen operativ limitierten Risikoarten (Kredit-, Markt-, Geschäfts- und Operationelle Risiken) im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung regelmäßig den definierten Szenarioanalysen und Stresstests unterzogen. Neben den risikoartenübergreifenden Gesamtbankstresstests werden auch inverse Stresstests und risikoartenspezifische Stresstests durchgeführt. Die Stresstests werden in Abhängigkeit von der Marktentwicklung und basierend auf dem Risikoprofil der Postbank stetig und dynamisch weiterentwickelt.

Neue-Produkte-Prozess

Die Risikofaktoren neuer Produkte und Produktmodifikationen werden über einen Neue-Produkte-Prozess systematisch MaRisk-konform identifiziert, in einer Produktdatenbank dokumentiert und ihren Risiken entsprechend in die Risikomessung und -überwachung der Postbank eingebunden.

Konzernweites Risikoreporting

Das Risikoreporting in der Postbank beleuchtet die Risikotragfähigkeit und die Risikoauslastung in den einzelnen Risikoarten und umfasst eine Vielzahl regelmäßiger und spezieller Berichte. Über das reguläre Managementreporting hinaus existieren Regeln für ein nach Risikoarten differenziertes Ad-hoc-Frühwarnreporting. Die Adressaten werden somit zeitnah über Veränderungen von relevanten Einflussfaktoren informiert. Die nachfolgende Tabelle stellt, gegliedert nach den einzelnen Risikoarten, den Inhalt der wesentlichen Berichte, deren Publikationsturnus und deren Empfängerkreis dar.

Konzernweites Reporting			
Thema	Berichtsinhalte	Turnus	Adressat
Risikoarten-übergreifend	Risikotragfähigkeit, Einzelrisiken, Risikokonzentrationen, periodische und barwertige Ergebnisentwicklung, Stresstestergebnisse	quartalsweise	Aufsichtsrat, Risikoausschuss, Gesamtvorstand, Bankrisikokomitee
Marktrisiken	Risikokennzahlen, Limitauslastungen, barwertige Ergebnisentwicklung, wesentliche Transaktionen	täglich	Gesamtvorstand, operative Markteinheiten
	Marktentwicklung, Entwicklung der wesentlichen Marktrisiken, Limitauslastungen, barwertige Ergebnisse und Risikokennzahlen, Stresstest- und Szenarioanalysen, Risikokonzentrationen, Backtestingergebnisse	monatlich	Gesamtvorstand, Marktrisikokomitee, operative Markt- und Marktfolgeeinheiten
Kreditrisiken	Adresslimitüberwachung	täglich	Gesamtvorstand, operative Markt- und Marktfolgeeinheiten
	Economic-Capital (EC)-Berichterstattung, Key Performance Indicators, Länderrisiko inklusive GIIPS-Reporting, Risikovororgeentwicklung inklusive Plan-Ist-Abgleich	monatlich	Operative Marktfolgeeinheiten
	Portfolioentwicklung/-früherkennung, spezifische Portfolioanalysen, Key Performance Indicators, Ratingverteilungen, Länderrisiko inklusive GIIPS-Reporting, Limitauslastungen inklusive EC/Risikotragfähigkeit (RTF)-Entwicklung, Risikovororgeentwicklung inklusive Plan-Ist-Abgleich, Problemkredite/Watch-List, Risikokonzentrationen, Risk-Weighted-Assets (RWA)-Entwicklung, Expected-Loss (EL)-Entwicklung, Ergebnisse aus Szenarioanalysen/Stresstests, MaRisk-Pflichtangaben	quartalsweise	Gesamtvorstand, Risikoausschuss, Bankrisikokomitee, Kreditrisikokomitee
Liquiditätsrisiken	Liquiditätsstatus inklusive Limitauslastung, Cashflows, Liquiditätsquellen	täglich	Gesamtvorstand, Marktrisikokomitee, Financial Markets
	Liquiditätsstatus inklusive Limitauslastung, Cashflows, Liquiditätsquellen, Ergebnisse der Szenarioanalysen/Stresstests	wöchentlich	Bankrisikokomitee, operative Markteinheiten
	Liquiditätsstatus, Stresstest, Liquiditätsreserve, Funding-Struktur, Überschussliquidität	monatlich	Gesamtvorstand, Marktrisikokomitee
Operationelle Risiken	Aufgetretene Schadenfälle	wöchentlich	Fraud-Gremium, OpRisk-Komitee
	Schadenfälle, Risikoindikatoren, Ergebnisse aus Szenarioanalysen und Self-Assessments, Auslastung der VaR-Limite, Risikoeinschätzungen zu neuen Produkten und Auslagerungssachverhalten	monatlich	Gesamtvorstand, OpRisk-Komitee
Geschäftsrisiken	Volumenentwicklung Kundenprodukte	täglich	Gesamtvorstand, operative Markt- und Marktfolgeeinheiten
	Risikokennzahlen Spar- und Girorisiko, Stresstestergebnisse Spar- und Girorisiko	monatlich	Gesamtvorstand, Marktrisikokomitee

Risikoartenunabhängig besteht eine Ad-hoc-Eskalationspflicht für alle entscheidungsrelevanten Ereignisse und Entwicklungen.

Aufsichtsrechtliche Anforderungen

Eigenmittelausstattung

Für die folgenden Portfolios – gegliedert nach Forderungsklassen gemäß SolvV – hat die Postbank per Stichtag 31. Dezember 2013 die aufsichtsrechtliche Eigenmittelunterlegung nach den Regelungen der internen Ratingansätze kalkuliert: Zentralregierungen (Staaten), Institute (Banken), Unternehmen (Firmenkunden Inland, Firmenkunden Ausland, Gewerbliche Immobilienfinanzierungen Inland (Commercial Real Estate), Angekaufte Forderungen Unter-

nehmen, Versicherungsgesellschaften), Mengengeschäft (Baufinanzierungen Deutsche Postbank AG, Baufinanzierungen BHW, Ratenkredite, Girokredite für wirtschaftlich Selbstständige und Geschäftskunden, Angekaufte Forderungen Retail), Beteiligungen (soweit nicht nach § 338 Abs. 4 SolvV ausgenommen), Verbriefungen und sonstige kreditunabhängige Aktiva.

Die Anwendung des fortgeschrittenen IRB-Ansatzes (A-IRBA) lässt eine risikoadäquatere Eigenkapitalunterlegung der Risikopositionen zu. Mit Schreiben vom 13. Juni 2013 erhielt die Postbank die Zulassung zur Anwendung des A-IRBA für folgende Portfolios: Firmenkunden Inland, Banken und Commercial Real Estate UK. Die Postbank nutzt daher seit

dem 30. Juni 2013 für die Kalkulation der Eigenmittelanforderungen neben dem IRB-Basis-Ansatz und dem IRB-Ansatz für das Mengengeschäft auch den A-IRBA. Die Anwendung des A-IRBA für wesentliche Teile des Portfolios Gewerbliche Immobilienfinanzierungen wird für das erste Halbjahr 2014 angestrebt, vorbehaltlich der entsprechenden Zulassung durch die Aufsichtsbehörden.

Für die nicht nach den IRB-Ansätzen kalkulierten Restportfolios wendet die Postbank den Kreditrisiko-Standardansatz an. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um folgende Portfolios: Kontokorrentkredite und Beitreibungsgeschäft im Privatkundensegment, Portfolios der anderen Tochtergesellschaften der Postbank mit Ausnahme der BHW Baufinanzierungen, Geschäfte aus auslaufenden Geschäftsbereichen und Forderungen gegenüber Geschäftspartnern aus dem öffentlichen Sektor des europäischen Wirtschaftsraums.

Bei Verbriefungspositionen erfolgt die Behandlung gemäß IRB-Ansatz oder Kreditrisiko-Standardansatz auf Basis der zugrunde liegenden Geschäfte. Die Eigenmittelunterlegung für Verbriefungen wird in der Regel auf Basis des ratingbasierten Ansatzes mittels externer Ratings bzw. mittels des aufsichtlichen Formelansatzes kalkuliert. Für die von der Postbank originierte Verbriefungstransaktion PB Domicile 2006-1 wendet die Postbank eine abgeleitete Bonitätsbeurteilung an.

Für Beteiligungen des Anlagebuchs, die nicht aufsichtsrechtlich zu konsolidieren oder von den Eigenmitteln abzuziehen sind, ermittelt die Postbank die Eigenmittelunterlegung portfoliospezifisch ebenso wie für kreditunabhängige Aktiva auf Basis von aufsichtlich vorgegebenen Risikogewichten. Bereits vor dem 1. Januar 2008 gehaltene strategische Beteiligungen sind befristet von der IRBA-Eigenmittelunterlegung ausgenommen und werden gemäß Kreditrisiko-Standardansatz kalkuliert.

Die Berechnung der Eigenmittelanforderungen für die Marktrisiken erfolgt bei der Postbank derzeit nach den aufsichtsrechtlichen Standardmethoden. Für die Berechnung der Eigenmittelanforderungen für Operationelle Risiken nutzt die Postbank einen fortgeschrittenen Messansatz (Advanced Measurement Approach – AMA).

Liquiditätsanforderungen

Die Deutsche Postbank AG erfüllt die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Liquidität gemäß § 11 Kreditwesengesetz (KWG) in Verbindung mit der am 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Liquiditätsverordnung (LiqV). Die Postbank kalkuliert die Liquiditätskennzahlen auf Basis der aufsichtsrechtlichen Standardmethode gemäß §§ 2 bis 7 LiqV. Die Prozesse zur konzernweiten Identifikation, Messung, Überwachung und Steuerung der Liquiditätsrisiken orientieren sich an den in den „Principles for Sound Liquidity Risk Management and Supervision“ formulierten Anforderungen.

Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)

Die Anforderungen aus der Neufassung der MaRisk vom 14. Dezember 2012 wurden – entsprechend den regulatorisch vorgegebenen Umsetzungs- und Übergangsfristen – schrittweise im Rahmen eines 2012 aufgesetzten Projekts umgesetzt. In den Themenbereichen „Compliance Function“ und „Funds-Transferpricing“ werden, entsprechend den diesbezüglichen aufsichtsrechtlichen Übergangsregelungen, 2014 noch abschließende Arbeiten erfolgen.

Aufsichtsrechtliche Neuerungen

Die Projekte zur Umsetzung der Basel-III-Anforderungen (Capital Requirements Directive – Capital Requirements Regulation) wurden auch im Berichtsjahr 2013 planmäßig fortgeführt. Die zahlreichen Neuerungen beziehen sich auf die Ermittlung der anrechenbaren Eigenmittel sowie der Eigenmittelanforderungen für Adress- und Marktrisiken. Zusätzlich sind künftig neue aufsichtsrechtliche Berichte zur Liquiditätsausstattung sowie zur Verschuldung (Leverage Ratio) laufend zu erstellen. Die hierfür erforderlichen Erweiterungen in den Datenhaushalten und Meldesystemen wurden konsequent weiter realisiert und getestet. Schließlich sind mit der Umsetzung von Basel III auch umfangreiche prozessuale Änderungen verbunden, die ebenfalls im Rahmen der diesbezüglichen Projekte erarbeitet und dokumentiert wurden.

Parallel hat die Postbank die Umsetzung der Neuerungen des Gesetzespakets „Modernisierung des bankaufsichtlichen Meldewesens“ weiter vorangetrieben. Diese umfassen Veränderungen im Meldewesen bezüglich der Solvabilität (Common Solvency Ratio Reporting – COREP), dem Großkredit- und Millionenkredit-Meldewesen sowie auch neue Meldungen der unterjährigen Finanzdaten nach HGB und IFRS (Basismeldewesen und FINREP).

Überwachung und Steuerung von Marktrisiken

Zur Steuerung ihrer Marktrisiken im engeren Sinne verwendet die Postbank zum einen VaR-Limite und barwertige Verlustlimite auf Konzernebene sowie für Subportfolios. Zum anderen werden als weitere Steuerungskennzahlen Sensitivitätsmaße und Fristigkeitenstrukturen herangezogen. Die Wertveränderungen der mit Marktrisiken behafteten Positionen werden aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet. Bei inaktiven Marktsegmenten wird im Rahmen eines gesonderten Prozesses regelmäßig überprüft, inwieweit die verfügbaren Marktdaten noch adäquate Bewertungen ermöglichen. Für definierte Bestände werden deshalb aus Bewertungsmodellen abgeleitete Kurse verwendet. Die Ergebnissteuerung der Marktrisikopositionen erfolgt primär mit einem barwertigen Fokus. Sämtliche Marktrisiken werden auf Value-at-Risk-Basis gemessen. Risiken aus möglichen Spread-Veränderungen sind in der Risikomessung berücksichtigt.

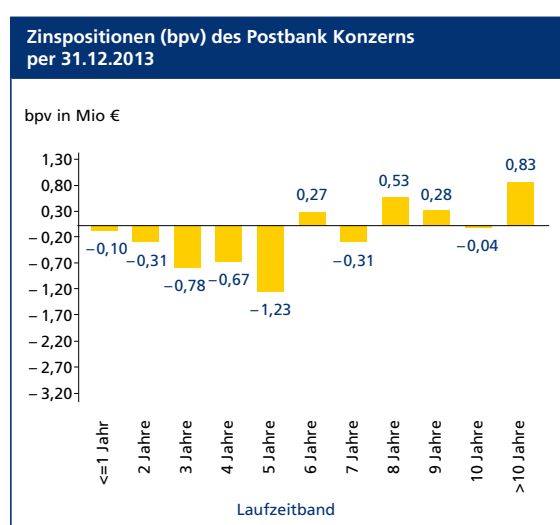
Um der relativen Bedeutung der Marktrisiken für die Postbank gerecht zu werden, sind für die kritischen Steuerungsgrößen sowie für exogene Ereignisse Eskalationsmechanismen definiert, die eine zeitnahe Reaktion bei Limitannäherungen, bei Limitüberschreitungen oder im Falle von – für die Postbank relevanten – extremen Marktbewegungen sicherstellen.

Risikosteuerung von Zinsänderungsrisiken

Zinsänderungsrisiken ergeben sich, wenn die zinsensitiven Aktiva und Passiva in den einzelnen Laufzeitbändern voneinander abweichende Beträge und Zinssätze aufweisen. Zur Quantifizierung der Zinsänderungsrisiken werden für die Kundengeschäfte mit wesentlichen impliziten Optionen spezielle Verhaltensannahmen auf der Basis von in der Vergangenheit beobachteten Verhaltensmustern getroffen. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die variabel verzinslichen Kundeneinlagen der Deutschen Postbank AG, die Positionen des Bausparkkollektivs der BHW Bausparkasse AG sowie das Kundenkreditgeschäft. Die im Rahmen der Modellierung und Steuerung des Zinsänderungsrisikos verwendeten Annahmen und Parameter werden

laufend auf ihre Angemessenheit überprüft. Eigenkapitalbestandteile, die dem Institut zeitlich unbegrenzt zur Verfügung stehen, werden nicht in die Ermittlung der Zinsänderungsrisiken einbezogen.

Die Analyse der Zinsrisiken ist integraler Bestandteil der täglichen Marktrisikomessung im Handels- und im Anlagebuch. Die nachstehende Grafik zeigt das Profil der offenen Zinspositionen der Postbank zum 31. Dezember 2013 in Form einer Basis-point-value (bpv)-Darstellung. Positionen mit einem negativen Wert stellen ein aktivisches Zinsänderungsrisiko dar, hier besteht also ein Überhang der Aktivpositionen. Positive Werte sind analog als Passivüberhang zu interpretieren. In Summe ist die Postbank zum 31. Dezember 2013 weiterhin mit einem aktivischen Zins-Exposure positioniert.



Die Abbildung zeigt, dass sich die aktivischen Überhänge zum Stichtag 31. Dezember 2013 im Wesentlichen auf den kurzen und mittleren Laufzeitbereich – bis 5 Jahre – konzentrieren. In den langfristigen Laufzeiten von 8 Jahren und mehr überwiegen zum Stichtag passivische Zinsrisikoüberhänge. In Summe wurde analog zum Vorjahr im gesamten Berichtsjahr 2013 eine aktivische Zinspositionierung eingenommen. Der Gesamt-bpv lag zum 31. Dezember 2013 bei -1,5 Mio € nach -2,2 Mio € am 31. Dezember 2012. Die Zins sensitivitäten resultieren überwiegend aus Euro-Positionen (bpv: -1,4 Mio €); die Zinssensitivitäten in anderen Währungen sind unwesentlich. Als Instrument zur aktiven Steuerung der Zinsänderungsrisiken dienen der Postbank im Wesentlichen Zinsswaps. Das Risiko aus Aktienbeständen ist unverändert vernachlässigbar.

Value-at-Risk-Messung, Limitierung und Backtesting

Die Quantifizierung und Überwachung der eingegangenen Marktrisiken erfolgt im Postbank Konzern auf Basis des Value-at-Risk (VaR)-Konzepts. Der VaR eines Portfolios bestimmt die potenzielle negative Marktwertveränderung, die in einem bestimmten Zeitraum mit einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit in dem betreffenden Portfolio nicht überschritten wird. Die Berechnung wird auf alle mit Marktrisiken behafteten Positionen des Handelsbuchs und des Anlagebuchs konsistent und ohne Berücksichtigung ihres jeweiligen bilanziellen Ausweises angewandt.

Die Ermittlung des VaR erfolgt in der Postbank einheitlich auf Basis einer Monte-Carlo-Simulation. Bei der operativen Steuerung werden ein Konfidenzniveau von 99 % und eine Haltedauer von 10 Tagen zugrunde gelegt. Als maßgebliche Risikofaktoren werden bei der VaR-Berechnung Zinssätze und Credit-Spreads, Aktienkurse, Wechselkurse sowie Volatilitäten berücksichtigt. Im Jahr 2013 wurden keine wesentlichen Anpassungen am Marktrisikomodell vorgenommen.

Volatilitäten und Korrelationen zwischen den Risikofaktoren leiten sich aus historischen Beobachtungen ab. Neben dem Gesamt-VaR, der sämtliche Diversifikationseffekte zwischen den Risikofaktoren berücksichtigt, werden auch VaR-Kennzahlen für die wesentlichen Unterarten des Marktrisikos (Zins-, Credit-, Aktien- und Währungsrisiken) täglich ermittelt und analysiert.

Die Marktrisiken werden durch ein System risikobegrenzender Limite gesteuert. Das Gesamttriskokapital für Marktrisiken wird vom Bankrisikokomitee beschlossen und vom Marktrisikokomitee in Form von operativen Sub-Limiten den einzelnen Einheiten bzw. Portfolios zugeteilt. Neben Limiten, bezogen auf den Gesamt-VaR sowie die wesentlichen Unterarten des Marktrisikos, werden Verlustlimite für potenzielle Marktwertverluste in einzelnen Portfolios allokiert. Die Risikomessung und -überwachung erfolgt für die Gesamtbank auf End-of-Day-Basis, für die Handelsportfolios besteht zusätzlich eine Intraday-Überwachung des Marktrisikos. Die Limite werden ergebnisabhängig dynamisiert; über das Verlustlimit hinausgehende aufgelaufene Verluste reduzieren das Limit, aufgelaufene Gewinne füllen es wieder bis maximal auf das ursprünglich festgelegte Niveau auf. Im Berichtsjahr 2013 wurden die eingeräumten VaR-Limite auf Konzern- und Portfolioebene jederzeit eingehalten.

Neben den VaR-Limiten sind vom Marktrisikokomitee Sensitivitätslimite festgelegt worden, die die Credit-Spread- und die Zins-Sensitivitäten in den verschiedenen Segmenten, Portfolios und Laufzeiten begrenzen.

Die zur Berechnung des VaR angewandten Verfahren werden regelmäßig validiert und im Hinblick auf ihre Zuverlässigkeit überprüft. Dabei wird die Prognosegenauigkeit des berechneten VaR u. a. durch Vergleich mit den hypothetischen Gewinnen und Verlusten infolge von eingetretenen Marktwertveränderungen, bei unverändertem Bestand, überprüft (Clean Mark-to-Market Backtesting). Per 31. Dezember 2013 zeigt das Backtesting (einseitiger Binomialtest gemäß Baseler Ampel-Ansatz) auf Konzernebene mit fünf „Ausreißern“ ein nur geringfügig außerhalb der statistisch zu erwartenden Bandbreiten liegendes Resultat. Sämtliche Backtesting-Ereignisse wurden detailliert auf ihre Ursachen hin analysiert. Als Ergebnis kann die grundsätzliche Angemessenheit des verwendeten VaR-Verfahrens unverändert bestätigt werden.

Stresstesting

Zusätzlich zu den VaR-Berechnungen werden zur besonderen Analyse der Auswirkungen extremer Marktbewegungen sowie zur Identifikation von Risikokonzentrationen in regelmäßigen Abständen Szenarioanalysen und Stresstests durchgeführt. Diese Analysen quantifizieren die Auswirkungen außergewöhnlicher Ereignisse und extremer Marktbedingungen auf die entsprechenden Positionen der Postbank. Szenarioanalysen und Stresstests werden für alle wesentlichen Risikofaktoren durchgeführt. Die den Stresstests zugrunde liegenden Annahmen und Stressparameter werden

regelmäßig auf ihre Angemessenheit hin überprüft. Die Stresstests umfassen sowohl aus historisch beobachteten Risikofaktoränderungen abgeleitete Szenarien als auch hypothetische Extremszenarien. Der Gesamtvorstand, die Mitglieder des BRK und des MRK sowie der Aufsichtsrat werden über die wesentlichen Ergebnisse der Szenarioanalysen regelmäßig informiert. Bei den regelmäßig durchgeführten internen Stresstests für Marktrisiken zeigen sich die größten Anfälligkeiten weiterhin im Zins- und im Spread-Bereich. Demgegenüber sind die Sensitivitäten gegenüber Aktienkurs-, Währungskurs- und Volatilitätsveränderungen deutlich geringer.

Auch bei Eintreten des nachteiligsten der betrachteten historischen und hypothetischen Stressszenarien war das für Marktrisiken zur Verfügung stehende Risikokapital 2013 jederzeit ausreichend, um resultierende marktwertige Verluste zu decken.

Der Maßgabe, Risikokonzentrationen zu berücksichtigen, wird in der Marktrisikomessung gesondert Rechnung getragen. Hier-

zu werden regelmäßig die Stresstest-Auswirkungen je Assetklasse und Segment analysiert und mithilfe von Sensitivitätsanalysen vorhandene Risikokonzentrationen identifiziert. Instrumente hierfür sind Zinsgap-Strukturanalysen, nach Emittenten, Assetklassen oder Bonitäten differenzierte Analysen von Credit-Spread-Sensitivitäten sowie Analysen der Aktien- und der Fremdwährungspositionen des Konzerns.

Marktgerechte Bedingungen

Neben der Überwachung der Marktrisiken führt die Postbank auch eine Prüfung der im eigenen Namen für eigene Rechnung abgeschlossenen Handelsgeschäfte auf marktgerechte Preise (Marktgerechtheitskontrolle) durch. Die Überwachung erfolgt durch vom Handel unabhängige interne Kontrollstellen.

Risikokennzahlen

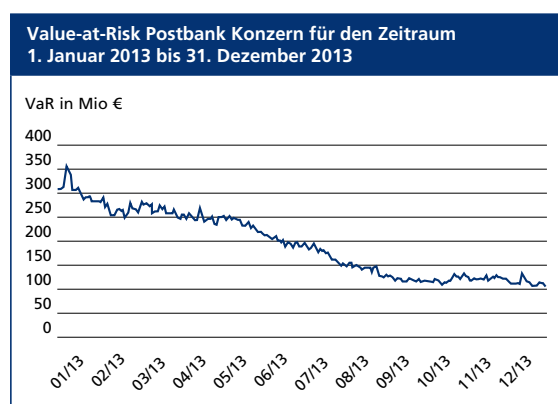
Für die Postbank wurden für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2013 (sowie für das Vergleichsjahr 2012) folgende VaR-Werte (Konfidenzniveau: 99 %, Haltedauer: 10 Tage) ermittelt:

Value-at-Risk Marktrisiken Postbank Konzern								
Konzern VaR (10 Tage, 99 %)	Stand		Maximaler VaR		Minimaler VaR		Durchschnittlicher VaR	
	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €	2013 Mio €	2012 Mio €	2013 Mio €	2012 Mio €	2013 Mio €	2012 Mio €
Zinsrisiken	47,3	80,3	98,1	140,7	30,1	64,6	61,9	94,9
Aktien-/Aktienindexrisiken	3,5	3,5	6,0	8,3	1,7	1,6	2,5	3,0
Währungsrisiken	3,7	23,9	25,2	33,6	1,3	1,8	6,3	9,3
Sonstige Marktrisiken (Spread)	120,3	345,0	360,5	499,7	119,2	329,1	217,5	427,8
Diversifikationseffekte	-57,9	-126,8	-124,8	-197,2	-25,3	-43,0	-89,6	-119,0
Gesamt	116,9	325,9	353,2	498,4	115,7	304,1	198,6	416,0

Zum 31. Dezember 2013 betrug der Marktrisiko-VaR (Konfidenzniveau: 99 %, Haltedauer: 10 Tage) insgesamt 117 Mio € (zum Vergleich: 326 Mio € per 31. Dezember 2012).

In die Berechnung werden alle wesentlichen marktrisikotragenden Bestände des Handels- und des Anlagebuchs inklusive der Pensionsverpflichtungen und des entsprechenden Planvermögens einbezogen. Bedingt durch die Geschäftsstrategie der Postbank, wird die Höhe der Marktrisiken im Wesentlichen durch Zins- und Spread-Risiken determiniert. Fremdwährungsrisiken haben eher eine untergeordnete Bedeutung und entstehen vor allem durch die Geschäftsaktivitäten der ausländischen Tochter in Luxemburg und der Niederlassung der Postbank in London. Die aus Fremdwährungspositionen resultierenden barwertigen Risiken sind Bestandteil der täglichen Marktrisikomessung und -berichterstattung. In der Steuerung liegt der Fokus zum einen auf der barwertigen Betrachtung und zum anderen auf der Minimierung möglicher GuV-Risiken aus Fremdwährungspositionen. Aktienrisiken, die u. a. auch aus der Steuerung der Risiken aus Kundenprodukten resultieren, sind gering.

Die Entwicklung des VaR für die Postbank ist der folgenden Grafik zu entnehmen.



Bedingt durch ein geringeres Spread-Risiko infolge sinkender Volatilitäten – insbesondere der Positionen europäischer Staats- und Subsovereign/Agency-Anleihen –, ging der VaR im Berichtszeitraum kontinuierlich zurück und lag Ende 2013 deutlich unter den Vorjahreswerten.

Die VaR-Werte der Handelsbuchpositionen sind der folgenden Übersicht zu entnehmen:

Value-at-Risk Handelsbuch								
HB VaR (10 Tage, 99 %)	Stand		Maximaler VaR		Minimaler VaR		Durchschnittlicher VaR	
	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €	2013 Mio €	2012 Mio €	2013 Mio €	2012 Mio €	2013 Mio €	2012 Mio €
Zinsrisiken	0,0	1,2	1,5	11,0	0,0	1,2	0,5	6,1
Aktien-/Aktienindexrisiken	0,0	0,3	0,4	0,8	0,0	0,0	0,1	0,4
Währungsrisiken	0,3	0,5	1,7	2,2	0,3	0,1	0,4	0,4
Sonstige Marktrisiken (Spread)	0,0	3,8	3,6	15,9	0,0	2,7	0,5	10,0
Diversifikationseffekte	0,0	-2,0	-2,8	-12,1	0,0	-2,0	-0,6	-6,1
Gesamt	0,3	3,9	3,6	18,7	0,3	2,8	0,8	10,7

In der Entwicklung der Risikokennzahlen des Handelsbuchs spiegelt sich die veränderte Handelsstrategie der Postbank wider, die eine deutliche Reduktion der Handelsaktivitäten und einen Abbau der Risikopositionen vorsieht. Der veränderten Handelsstrategie wurde 2013 zusätzlich durch eine Absenkung der Limite für das Handelsbuch Rechnung getragen. Zum 31. Dezember 2013 lag der VaR des gesamten Handelsbuchs bei nur 0,3 Mio € (zum Vergleich: 3,9 Mio € per 31. Dezember 2012).

Risikosteuerung von Immobilienrisiken

Bei den Immobilien im Eigenbestand handelt es sich im Wesentlichen um selbst genutzte Objekte der Deutschen Postbank AG und der BHW Bausparkasse AG. Zur laufenden Überprüfung der Werthaltigkeit der Immobilien werden diese in einem Abstand von drei Jahren einer Neubewertung unterzogen.

Risikosteuerung von Beteiligungsrisiken

Als Beteiligungen werden sämtliche Gesellschaftsanteile definiert, die im Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG unter den Positionen „Beteiligungen“ sowie „Anteile an verbundenen Unternehmen“ bilanziert werden, sowie Anteile an Unternehmen gemäß § 16 Abs. 2 und 4 Aktiengesetz (AktG). Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2013 hielt die Deutsche Postbank AG 43 (per Vorjahresresultimo: 59) unmittelbare und eine Vielzahl von mittelbaren Unternehmensbeteiligungen.

Bei den Unternehmensbeteiligungen handelt es sich zum überwiegenden Teil um strategische Beteiligungen zur Abbildung von Produkt- bzw. Leistungsfeldern der Postbank sowie zur Erbringung interner Serviceleistungen für die Postbank. Die Postbank hält unverändert keine Beteiligungen im Sinne eines Investment- oder Private-Equity-Ansatzes.

Die Postbank hat Verfahren eingerichtet, die eine angemessene Steuerung und Überwachung der wesentlichen Beteiligungsrisiken auf Konzernebene sicherstellen. Risiken aus Beteiligungen mit kreditnahem oder kreditsubstituierendem Charakter werden durch die zuständigen Kreditabteilungen der Postbank überwacht.

Darin einbezogen sind auch die von der Postbank gehaltenen Gesellschaftsanteile an Zweckgesellschaften. Im Berichtsjahr bestanden diese insbesondere zur Emission von nachrangig haftenden Wertpapieren sowie zur temporären Übernahme von Immobilienbesitz. Die Postbank hält keine Gesellschaftsanteile an Zweckgesellschaften zur Auslagerung von Aktiva. Die Vielfalt der bestehenden und sich laufend weiterentwickelnden Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleistet, dass die Postbank jederzeit in der Lage ist, Risiken aus Anteilseignerbesitz einschließlich strategischer Beteiligungsrisiken zu überwachen und zu steuern.

Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken

Die Postbank orientiert sich in der Gesamtzusammensetzung des Kreditportfolios mit den Schwerpunkten Retail, Firmenkunden inklusive Gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Banken, Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen) sowie den damit einhergehenden Risikokonzentrationen an einem Zielfortfolio. Dieses Zielfortfolio wurde nach der Maßgabe eines ausgewogenen Verhältnisses von Rendite und Risiko aufgestellt. Auf dessen Basis werden die Ratingklassen-, Branchen- und Regionenverteilungen strukturiert. Quartalsweise wird das aktuelle Forderungsportfolio mit dem Zielfortfolio abgeglichen. Für das Firmenkundengeschäft erfolgt zusätzlich eine einzelbezogene Rentabilitätsbetrachtung mittels des Verhältnisses von risikoadjustierter Nettomarge zu gebundenem regulatorischem Kapital. Das Privatkundengeschäft ist aufgrund der ausgeprägten Risikodiversifikation im Rahmen der Definition des Zielfortfolios nicht grundsätzlich anteilmäßig limitiert, sondern wird über die Nettomargenerwartungen nach Abzug des erwarteten Risikos gesteuert.

Das Management und die Überwachung des Adressenausfallrisikos und damit die Umsetzung der Kreditrisikostategie finden zum einen auf Basis des Einzelrisikos und zum anderen auf Portfolioebene statt.

Steuerung der Einzelrisiken Kreditgenehmigungsverfahren

Die Kreditrichtlinien der Postbank enthalten detaillierte Vorgaben für alle Kreditgeschäfte. Kreditgenehmigungen unterliegen einer festgelegten Kompetenzordnung, in deren Rahmen Entscheidungsträger oder -gremien zum Abschluss von Kreditgeschäften autorisiert sind. Die Kreditkompetenzen werden anhand festgelegter Höchstkreditgrenzen pro Gruppe verbundener Kunden (vgl. § 19 Abs. 2 KWG) in Abhängigkeit von der Bonitätseinstufung (Rating) und der Höhe bei Firmenkunden und Geschäften im Geschäftsbereich Financial Markets definiert. Ein wesentliches Merkmal des Kreditgenehmigungsverfahrens ist die Trennung zwischen Markt (Vertrieb/Handel) und Marktfolge, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben (MaRisk). Eine bankaufsichtsrechtlich zulässige Ausnahme von der strengen Funktionstrennung bildet das standardisierte Kreditvergabeverfahren im nicht risikorelevanten Geschäft, worunter die Postbank Kredite im Volumen bis 1 Mio € versteht, für die vereinfachte und standardisierte Verfahren Anwendung finden.

Scoring und Rating

Die Postbank verfügt über interne Ratingsysteme, die zur Nutzung des IRB-Ansatzes nach Basel II bzw. gemäß Solvabilitätsverordnung zugelassen sind. Neben methodischen und prozessual-organisatorischen Anforderungen haben diese Ratingsysteme ihre Eignung bei der Klassifizierung des Bestands- bzw. des Neugeschäfts bewiesen. Unabhängig von der Größe und der Art des Kreditgeschäfts wird im Kreditgenehmigungsverfahren sowie mindestens jährlich und anlassbezogen ein individuelles Rating oder Scoring durchgeführt.

Die Verantwortung für die Konzeption, die methodische Überwachung, die Kalibrierung, die Validierung aller eingesetzten und die Implementierung der in internen Datenverarbeitungen umgesetzten internen Ratingverfahren obliegt der Abteilung Kreditrisikocontrolling Risikomodelle. Ein für die Prozessunterstützung eingerichtetes Modell- und Validierungskomitee (MVK) stellt – gemeinsam mit dem ihm untergeordneten Model-Change-Policy-Komitee (MCPK) – auch die Einbindung der Ergebnisse aus der Überwachung der internen Ratingverfahren in das interne Berichtswesen und die Steuerungsprozesse der Bank sicher. Der Vorstand wird regelmäßig von den zuständigen Gremien (BRK, KRK, MVK) über die Funktionsfähigkeit der Ratingsysteme sowie über die Ratingergebnisse im Rahmen des Managementreportings informiert. Die Prozessüberwachung liegt in der im Chief Operating Office des CRO-Bereichs angesiedelten Abteilung Risikostandards. Die Weiterentwicklung, laufende Validierung und gegebenenfalls Rekalibrierung der Scoring- und Ratingsysteme stellte auch 2013 neben den laufenden Integrationsprojekten einen Tätigkeitsschwerpunkt des Kreditrisikocontrollings der Bank dar. Die Interne Revision prüft jährlich die Angemessenheit der internen Ratingsysteme inklusive der Einhaltung der Mindestanforderungen an den Einsatz der Ratingsysteme.

Im Retail Banking erfolgen Kreditvergabe, Prolongationsentscheidung und die Gestaltung der Konditionen, basierend auf den Ergebnissen statistischer Scoringmodelle und über Genehmigungsrichtlinien. Die bei der Postbank eingesetzten Scoringmodelle verwenden interne und externe Informationen über den Kreditnehmer und schätzen mittels statistischer Verfahren individuell die PD (Probability of Default = Ausfallwahrscheinlichkeit) eines Kreditnehmers bzw. eines Kredits. Im Rahmen der Berechnung der LGD (Loss Given Default = Verlustquote) werden, bezogen auf die anrechenbaren Sicherheiten, individuell die Verwertungsquoten sowie im Falle des kleinteiligen unbesicherten Mengengeschäfts pauschal die Wiedereinbringungsquoten geschätzt. Im Rahmen der CCF-Ermittlung (Credit Conversion Factor = Konversionsfaktor) wird der Ausnutzungsgrad der offenen Linien zum Ausfallzeitpunkt geschätzt.

Für Kunden sowie Garantiegeber im Bereich Firmenkunden, Banken und Staaten werden für die Kreditentscheidung und die Konditionengestaltung Ratingmodelle verwendet, die in der Regel aus einem statistischen Bilanzrating oder einer Simulation der erwarteten Zahlungsströme bestehen und zusätzlich über eine heuristische Komponente qualitative und kurzfristige Informationen in das interne Rating einbeziehen. Verflechtungen eines Kreditnehmers werden über ein Konzept für Schuldnergesamtheiten berücksichtigt.

Alle internen Ratings und Scorings werden auf einer einheitlichen Masterskala abgebildet, die jedem Rating- oder Scoringergebnis eine Ratingklasse und die für die Klasse festgelegte Ausfallwahrscheinlichkeit zuordnet. Die Postbank lehnt sich hierbei an die Bezeichnungen der Ratingagentur Standard & Poor's an.

Die Validierung der Rating- und der Scoringverfahren findet bei der Postbank im Rahmen der jährlichen Modellvalidierung und des laufenden Monitoringprozesses statt. Die Modellvalidierung stützt sich auf standardmäßige Kernanalysen, die die Gesichtspunkte Stabilität der Modellformel bzw. der geschätzten Parameter und der Verteilungen, die Trennschärfe des Ratingmodells sowie die Bestätigung der Vorhersagekraft der Modelle beinhalten, beleuchtet aber auch qualitative Aspekte. Im Rahmen der Validierung werden auch eventuelle Veränderungen in der Verlusthistorie durch Anpassung der Parameter berücksichtigt.

Grundsätzlich ergibt sich aus der Einbindung der Modellvalidierung in die Prozesse der Postbank die Möglichkeit, geschäftspolitische und modellrelevante Maßnahmen aus den Ergebnissen der Kernanalysen direkt abzuleiten. In der Datenverarbeitung werden alle relevanten Inputfaktoren und die Ergebnisse der durchgeführten Ratings gespeichert, sodass eine lückenlose Ratinghistorie für jeden Kunden bzw. jedes Geschäft besteht.

Rating- und Scoringergebnisse dienen – über die Unterstützung im Kreditentscheidungsprozess hinaus – u. a. auch als Grundlage für die Berechnung des Erwarteten Verlusts, also des Verlusts, der im statistischen Mittel über den Zeitraum eines Jahres zu erwarten ist. Sie fließen neben anderen Größen über die Standardrisikokosten (vgl. nachstehenden Abschnitt) indirekt in die Margenkalkulation ein.

Risiko-/Rendite-Steuerungsgrößen

Für erwartete Ausfälle im Kreditgeschäft der Postbank werden die durchschnittlichen Standardrisikokosten in der Vorkalkulation kreditindividuell berücksichtigt. Dadurch können alle Kreditgeschäfte im Rahmen der Vorkalkulation bewertet werden. Die Standardrisikokosten fließen als Prämie für den Erwarteten Verlust in die Preisbestimmung und in die Rentabilitätsberechnung der Forderungen bei Firmenkunden ein. Die Rentabilitätsbetrachtung zielt auf eine ganzheitliche Bewertung der Kundenbeziehung ab und findet für den Retail-Bereich auf Produkt- bzw. Portfolioebene, für den Non-Retail-Bereich individuell statt.

Sicherheitenmanagement

Das Sicherheitenmanagement ist ein wichtiger und integraler Bestandteil des Kreditmanagementprozesses der Postbank. An die Qualität (z. B. die rechtliche Wirksamkeit und die Durchsetzbarkeit) der hereingenommenen Sicherheiten werden strenge Maßstäbe angelegt. Die Werthaltigkeit der Sicherheit wird nicht nur bei Kreditgewährung, sondern auch während der Laufzeit des Kredits auf Basis konzern-einheitlicher Standards kontinuierlich überwacht. Die entsprechenden Sicherheitenprozesse werden regelmäßig hinsichtlich regulatorischer Anforderungen überprüft und weiter verbessert. Als Sicherungsinstrumente nutzt die Postbank hauptsächlich Grundpfandrechte zur Absicherung von Immobilienfinanzierungen, Garantien und Kreditderivate sowie finanzielle Sicherheiten und sonstige Sach-sicherheiten.

Die Verantwortung für das Sicherheitenmanagement liegt in der Marktfolge (mit partiellen Erleichterungen für das nicht risikorelevante Geschäft der Deutschen Postbank AG) und umfasst die Anerkennung als Sicherheit, die rechtliche Beordnung und die regelmäßige Überprüfung und Bewertung sowie die Verwaltung der anrechenbaren Sicherheiten. Die immobilien Sicherheiten werden in den positions-führenden Systemen erfasst. Die Wertansätze der anrechenbaren Sicherheiten werden in Abhängigkeit von der Art der Besicherung nach festgelegten Überwachungsfrequenzen, im Regelfall jährlich bzw. bei kritischen Engagements in kürzeren Intervallen, überprüft.

Garantien und Kreditderivate müssen unwiderruflich und unbedingt sein, um als Kreditrisikominderungsinstrument bei der Mindesteigenkapitalberechnung für Adressrisiken angerechnet werden zu können. Anerkannt werden nur Garantien von Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen), sonstigen staatlichen Stellen, Banken, supranationalen Organisationen und juristischen Personen mit einem Rating von mindestens A-. Garantie- sowie Sicherheitengeber im Zusammenhang mit Kreditderivaten unterliegen den gleichen Risikoklassifizierungs-, Risikolimitierungs- und Risikoüberwachungsverfahren wie Kreditnehmer.

Grundpfandrechte werden bei der Berechnung des möglichen Verlusts bei Ausfall eines Kredits berücksichtigt. Im Falle einer dauerhaften Zahlungsunfähigkeit des Kreditnehmers erfolgt die Verwertung der Sicherheiten.

Bei grundpfandrechtlichen Kreditsicherheiten im Firmenkundengeschäft erfolgen turnusmäßig, mindestens jährlich, eine objektbezogene Wertüberprüfung sowie im Inland eine marktbezogene Überwachung auf Basis der Marktwertschwankungskonzepte der vdpResearch GmbH (Immobilien-marktforschungsgesellschaft des Verbands deutscher Pfandbriefbanken e. V.) sowie – für Hotelimmobilien – der Deutschen Kreditwirtschaft. Daneben erfolgt eine fortlaufende qualitative Beobachtung der relevanten Branchen und Immobilienmärkte durch den Markt- und den Marktfolgebereich. Bei Krediten bzw. Immobilienwerten im Volumen von mehr als 3 Mio € wird die Bewertung grundsätzlich spätestens nach drei Jahren durch unabhängige, qualifizierte Kreditspezialisten überprüft bzw. eine Neubewertung durch Immobiliensachverständige vorgenommen.

Sofern die sofortige Verwertung von der Postbank zur Kreditsicherung übertragenen Sicherheiten aus rechtlichen oder wirtschaftlichen Gründen nicht möglich oder sinnvoll ist, kann die Liquidation dieser Sicherheiten bis zur Klärung der rechtlichen Voraussetzungen bzw. bis zum Eintritt einer wirtschaftlich sinnvollerer Situation unter bestmöglicher Bewirtschaftung und Entwicklung zunächst zurückgestellt werden (aktives bzw. passives Halten).

Bei der BHW Bausparkasse AG und der BHW Kreditservice GmbH ist die Einführung eines neuen Sicherheitenverwaltungssystems im Jahr 2013 erfolgt. Für die Deutsche Postbank AG steht die Weiterentwicklung der vorhandenen Sicherheitenmanagement-Systemlandschaft weiter im Fokus.

Kreditüberwachung und Problemkreditverfahren

Bei nicht standardisierten Krediten erfolgt eine Überwachung der Kreditrisiken durch mindestens jährliche Bonitätsprüfungen sowie infolge von Ereignissen, die die Bonität eines Schuldners beeinflussen können. Die Kontrollen werden,

entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben, von den operativen Krediteinheiten in der Marktfolge und bei Handelsgeschäften zusätzlich vom Risikocontrolling durchgeführt.

Im Bereich des individuellen Kreditgeschäfts mit Firmenkunden sowie im Bereich der Baufinanzierung (hier ab 750 T€ je Kreditnehmer bzw. Kreditnehmereinheit) hat die Postbank, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen, einen Kreditüberwachungsprozess implementiert, durch den anhand definierter qualitativer und quantitativer Frühwarn- und Risikoindikatoren (z. B. Brancheninformationen, betriebswirtschaftliche Daten, Kunden- und Kontoführungsdaten und Ratingveränderungen) erhöht risikobehaftete Kredite identifiziert werden. Die frühzeitige Erkennung des zunehmenden Kreditausfallrisikos anhand der Frühwarn- und Risikoindikatoren ermöglicht der Postbank, zeitnah Maßnahmen zur Risikominderung zu ergreifen, gegebenenfalls Sanierungsmodelle mit dem Schuldner zu entwickeln und umzusetzen oder eine Kreditabwicklung einzuleiten.

Bei Identifikation eines Firmenkundenkredits als erhöht risikobehaftet wird der betreffende Kreditnehmer bei Frühwarnindikatoren in die Beobachtungsklasse und bei Risikoindikatoren als Intensivbetreuungs-, Sanierungs- oder Abwicklungseingestuft (Watch-List) eingestuft. Der Einzelkredit ist bei Vorliegen harter („regelgebundener“) Risikoindikatoren zwingend und bei Vorliegen lediglich weicher („prinzipienorientierter“) Risikoindikatoren nach Ermessen des betreuenden Kreditspezialisten in Zusammenarbeit mit den Sanierungsspezialisten entsprechend einzustufen. Die Watch-List wird laufend von den verschiedenen Kreditabteilungen aktualisiert und dem Ressortvorstand CRO sowie dem KRK quartalsweise vorgelegt. Die größten Einzelengagements sowie Kredite, die in der Entscheidung des Gesamtvorstands lagen, werden als Teil des vierteljährlichen Kreditrisikoberichts an den Gesamtvorstand und den Risikoausschuss des Aufsichtsrats berichtet.

Steuerung der Kreditrisiken auf Portfolioebene Portfoliosteuerung

Über die Überwachung der Einzelrisiken hinaus ermittelt die Postbank das notwendige ökonomische Kapital (auch Economic Capital bzw. EC) für den gesamten mit Kreditrisiken behafteten Forderungsbestand des Konzerns. Das von der Postbank genutzte Kreditportfoliomodell berücksichtigt interne und externe Risikoparameter, Konzentrationsrisiken im Kreditportfolio sowie Wiederanlageeffekte bei Restlaufzeiten von unter einem Jahr und die Aufgliederung bis auf einzelne Schuldner.

Das EC ist die potenzielle negative Veränderung des Barwertes des Gesamtkreditportfolios durch eingetretene oder potenzielle Verluste aufgrund von Kreditrisiken, die innerhalb eines Jahres mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,93 % nicht überschritten wird. Im Rahmen des konzernübergreifenden Risikotragfähigkeitskonzepts der Postbank ist das EC als Maß für den Unerwarteten Verlust aus Kreditrisiken durch Risikokapital zu unterlegen.

Im Unterschied zum EC ist der in der Tabelle „Kreditrisiken“ im Abschnitt Portfoliostruktur angegebene erwartete Verlust der Erwartungswert von Verlusten aus Kreditrisiken des Konzernportfolios, bezogen auf ein Zeitintervall von einem Jahr. Dieser berechnet sich näherungsweise als Produkt der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Gesamtforderungshöhe bei Ausfall und der Verlustquote bei Ausfall und ist abhängig

vom Rating des Kontrahenten bzw. des Geschäfts und der Laufzeit des Geschäfts. Der erwartete Verlust trägt nicht zum Gesamtrisiko der Bank bei, sondern wird über die Standardrisikokosten in der Margenkalkulation berücksichtigt.

Die Berechnung des EC basiert auf dem Migrationsverhalten der schulderspezifischen Bonitäten und den Korrelationswirkungen im Portfolio, um Risiken aus einer unvorteilhaften Konzentration der Kreditnehmer bezüglich ihrer Branchen-, Bonitäts- und Länderzugehörigkeit zu quantifizieren. Die Wahrscheinlichkeit einer Ratingveränderung (Migration) wird kontinuierlich aktualisiert und an die beobachteten Veränderungen der aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst. Zur Berechnung des EC werden alle Forderungen mit ihren zukünftigen Zahlungsströmen erfasst und auf den Betrachtungszeitpunkt diskontiert, sodass neben einem Kapitalausfall innerhalb des Betrachtungszeitraums von einem Jahr auch der barwertige Effekt aller über den Betrachtungszeitraum hinaus auftretenden Bonitätsveränderungen gemessen wird. Die Bewertung der Kreditrisiken erfolgt hierbei auf Basis der aktuellen internen und externen Bonitätsbeurteilungen sowie intern und extern abgeleiteter Parameterschätzungen für Verlustquoten.

Als externe Eingangsgrößen fließen in die EC-Berechnung u. a. fortlaufend aktualisierte Daten der Ratingagenturen, abgeleitete Migrationstabellen, Zinskurven sowie eine Kovarianzmatrix der im Korrelationsmodell verwendeten Risikofaktoren ein. Homogene, granulare Forderungen werden bei der Berechnung des EC zusammengefasst und nicht auf Einzelgeschäftsebene berechnet. Dies sind vor allem Produkte des Mengengeschäfts.

Mit den jeweils aktualisierten Bestands- und Marktdaten wird monatlich das EC des Konzernkreditportfolios berechnet. Die Berechnung des EC im Konzernkreditportfolio berücksichtigt die Diversifikationseffekte zwischen den Portfolios der Geschäftsbereiche. Die Auslastung der vom KRK den einzelnen Profitcentern zur Verfügung gestellten EC-Limite und des Gesamtlimits für Kreditrisiken wird regelmäßig überwacht.

Zusätzlich zur Berechnung des EC wird das Konzernkreditportfolio regelmäßig einem risikoartenübergreifenden Stresstesting und Sensitivitätsanalysen unterzogen mit dem Ziel, die Verluste zu quantifizieren, die als Folge extremer Ereignisse ausgelöst werden könnten.

Portfoliostruktur

Für den Stichtag 31. Dezember 2012 beinhalten die Tabellen in diesem Kapitel auch die zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerte, die im Wesentlichen auf die PB (USA) Holdings, Inc.-Gruppe entfallen und mit Wirkung zum 1. Januar 2013 an die Deutsche Bank verkauft wurden. Eine weitere Reduktion ergibt sich aus dem Verkauf von gewerblichen Immobilienfinanzierungen eines Teilportfolios der Deutschen Postbank AG, London Branch. Für den Stichtag 31. Dezember 2013 erfolgt der Ausweis zur Veräußerung bestimmter Vermögenswerte analog zur Bilanzdarstellung. Weitere Erläuterungen hierzu sind dem Anhang des Konzernabschlusses 2013, Note 6, zu entnehmen.

Wesentliche Kennzahlen zur Beschreibung der Kreditrisiken für die unterschiedlichen Profitcenter zum 31. Dezember 2013 im Vergleich zum Jahresende 2012 werden in der folgenden Tabelle dargestellt (Volumen: IFRS-Buchwerte).

Kreditrisiken	Volumen ¹		Erwarteter Verlust		Economic Capital (EC) ²	
	31.12. 2013	31.12. 2012	31.12. 2013	31.12. 2012	31.12. 2013	31.12. 2012
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Retail	75.999	77.057	274	236	781	987
Firmenkunden	16.541	18.546	66	32	465	350
Financial Markets	51.406	60.821	6	11	343	310
Non Core Operating Unit	13.481	27.159	19	83	709	651
Pensionsfonds	k. A.	k. A.	0	k. A.	5	k. A.
Gesamt	157.427	183.583	364	363	2.302	2.297

¹Angaben per 31. Dezember 2012 angepasst (siehe Note 7)

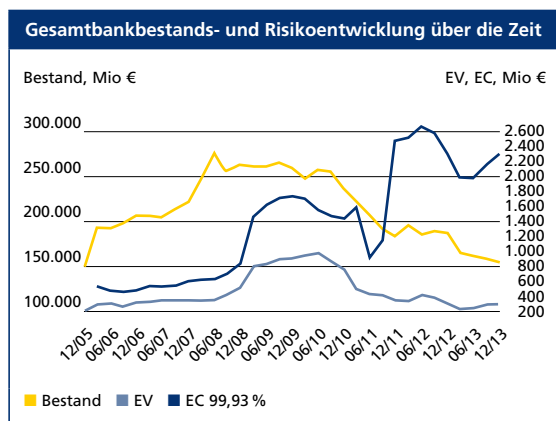
²Das zugrunde liegende Konfidenzniveau beträgt 99,93 %.

Die Risikokennzahlen für den Erwarteten Verlust und das Economic Capital sind im Jahresvergleich nahezu unverändert. Ab 2013 werden Kreditrisiken aus Anlagen von „Pensionsfonds“ separat ausgewiesen.

Ein Abbau risikobehafteter Assets erfolgte in der Non Core Operating Unit (NCOU) vor allem durch Abbau des Structured-Credit-Portfolios, die Veräußerung der PB (USA) Holdings, Inc. sowie den Verkauf von gewerblichen Immobilienfinanzierungen der Deutschen Postbank AG, London Branch. Dies spiegelt sich in einem deutlichen Rückgang des Erwarteten Verlusts wider. Die Erhöhung des Economic Capital in der NCOU resultiert insbesondere aus einer Verschlechterung der Risikoparameter bei einzelnen Adressen mit hoher Risikokonzentration.

Der Anstieg des Economic Capital in den Segmenten Firmenkunden und Financial Markets sowie der Rückgang des Economic Capital im Segment Retail Banking sind vor allem auf die Rekalibrierung des Kreditportfoliomodells zurückzuführen, die das Segment Retail Banking begünstigt und der hohen Granularität des Portfolios Rechnung trägt. Des Weiteren führte in den Segmenten Firmenkunden und Retail Banking die Weiterentwicklung von Ratingmodellen zu einem Anstieg der Risikokennzahlen, insbesondere beim Erwarteten Verlust.

Nachfolgende Grafik zeigt Bestand, Economic Capital (EC) und Erwarteten Verlust (EV) im Zeitablauf. Der Anstieg zum Jahresultimo 2011 ist auf die Einführung eines neuen Kreditportfoliomodells zurückzuführen. Die Entwicklung im ersten Halbjahr 2013 war durch ein fortgesetztes De-Risking sowie den damit verbundenen Rückgang des Economic Capital und des Erwarteten Verlusts geprägt. Im zweiten Halbjahr 2013 war eine Erhöhung von Economic Capital und erwartetem Verlust zu beobachten, bedingt durch eine Verschlechterung der Risikoparameter bei Staaten und gewerblichen Immobilienfinanzierungen.



Die Tabelle „Maximale Adressenausfallrisiken“ stellt das maximale Kreditrisiko zum 31. Dezember 2013 im Vergleich zum 31. Dezember 2012 dar. Die Darstellung „Maximale Adressenausfallrisiken“ zeigt einen Aufriss des maximalen Kreditrisikos gemäß IFRS 7.36 (a) nach Klassen der risikotragenden Finanzinstrumente. Diese Größe stellt eine Bruttoexposition dar, da risikotragende Finanzinstrumente jeweils ohne Anrechnung von Kreditrisikominderungstechniken angesetzt und bewertet werden, das bilanzielle Geschäft zu Buchwerten ausgewiesen wird und die maximalen Adressenausfallrisikobeträge aus der Inanspruchnahme von unwiderruflichen Kreditzusagen bzw. sonstigen außerbilanziellen Positionen den gesamten extern zugesagten Linien entsprechen. In diese Darstellung fließen keinerlei Informationen über Ratings ein, wie dies bei der ökonomischen Risikobetrachtung in der Tabelle „Kreditrisiken“ gegeben ist.

Die Tabelle „Maximale Adressenausfallrisiken“ und die sich anschließenden Tabellen „Risikokonzentrationen nach Branchen bzw. Schuldnergruppen“ bzw. „Risikokonzentrationen nach geografischen Gebieten“ enthalten bei den Vergleichswerten zum 31. Dezember 2012 die zum 1. Januar 2013 veräußerten Vermögenswerte. Dies betrifft in den folgenden Tabellen zum 31. Dezember 2012: Handelsaktiva in Höhe von 158 Mio €, Hedging-Derivate in Höhe von 12 Mio €, Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von 484 Mio €, Forderungen an Kunden in Höhe von 3.131 Mio €, Risikovorsorge in Höhe von 44 Mio € und Finanzanlagen in Höhe von 3.158 Mio €. Die im Berichtsverlauf später folgenden Tabellen „Kreditqualität von Finanzinstrumenten im Non-Retail-Geschäft, die weder überfällig noch wertgemindert sind“, „Kreditqualität von Finanzinstrumenten im Retail-Geschäft, die weder überfällig noch wertgemindert sind“, „Überfälligkeiten von nicht wertgeminderten Finanzinstrumenten“ und „Wertgeminderte Finanzinstrumente“ beinhalten in Summe die gleichen Vermögenswerte.

Maximale Adressenausfallrisiken								
Risikotragende Finanzinstrumente	Maximaler Adressenausfallrisikobetrag ¹		Sicherheiten ²		Garantien/ Kreditderivate		Maximaler Adressenausfallrisikobetrag nach Kreditrisikominderung ¹	
	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Handelsaktiva	1.824	5.293	142	156	–	–	1.682	5.137
Held for Trading	1.824	5.293	142	156	–	–	1.682	5.137
Hedging-Derivate	113	577	–	–	–	–	113	577
Forderungen an Kreditinstitute	20.153	28.130	15.077	20.953	–	50	5.076	7.127
Loans and Receivables	20.153	28.130	15.077	20.953	–	50	5.076	7.127
Wertpapierpensionsgeschäfte	15.101	20.953	15.077	20.953	–	–	24	–
Tagesgelder	1.826	4.387	–	–	–	–	1.826	4.387
Darlehen	808	1.702	–	–	–	50	808	1.652
Namensschuldverschreibungen	324	329	–	–	–	–	324	329
Termingelder	1.248	595	–	–	–	–	1.248	595
Sonstige Forderungen	846	164	–	–	–	–	846	164
Forderungen an Kunden	101.313	109.397	76.794	81.351	704	459	23.815	27.587
Loans and Receivables	95.483	102.558	71.252	74.748	704	459	23.527	27.351
Private Baufinanzierungen	64.633	64.789	62.430	62.711	–	–	2.203	2.078
Bauspardarlehen	3.690	3.801	3.503	3.669	–	–	187	132
Gewerbliche Kredite	16.603	24.390	5.319	8.368	704	459	10.580	15.563
Forderungen an öffentliche Haushalte	3.815	3.178	–	–	–	–	3.815	3.178
Ratenkredite	5.454	4.847	–	–	–	–	5.454	4.847
Sonstige Forderungen	1.288	1.553	–	–	–	–	1.288	1.553
Fair-Value-Option	5.830	6.839	5.542	6.603	–	–	288	236
Private Baufinanzierungen	5.830	6.839	5.542	6.603	–	–	288	236
Finanzanlagen	34.024	40.186	–	–	–	332	34.024	39.854
Loans and Receivables	23.786	30.881	–	–	–	332	23.786	30.549
Available for Sale	10.238	9.305	–	–	–	–	10.238	9.305
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	10.084	9.198	–	–	–	–	10.084	9.198
Aktien	–	–	–	–	–	–	–	–
Investmentfondsanteile	123	81	–	–	–	–	123	81
Beteiligungen	25	19	–	–	–	–	25	19
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	6	7	–	–	–	–	6	7
Zwischensumme	157.427	183.583	92.013	102.460	704	841	64.710	80.283
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien	359	415	–	–	–	0	359	415
Andere Verpflichtungen	19.532	19.895	–	–	0	1	19.532	19.894
Gesamt	177.318	203.893	92.013	102.460	704	842	84.601	100.591

¹Angaben per 31. Dezember 2012 angepasst (siehe Note 7)

²Der Sicherheitenausweis enthält per Stichtag 31. Dezember 2012 – abweichend zum 31. Dezember 2013 – zusätzlich Netting-Rahmenvereinbarungen zu Wertpapierpensionsgeschäften in Höhe von 90 Mio €. Der Sicherheitenausweis enthält Sicherheiten, die im Rahmen von Sicherungsvereinbarungen zur Verfügung gestellt worden sind.

Den Bestand an Finanzanlagen baut die Postbank im Rahmen des Programms zum Abbau von finanzmarktbezogenen Beständen und Risiken seit dem dritten Quartal 2008 gezielt ab. Im Berichtsjahr 2013 erfolgte eine weitere Reduktion im Volumen von 6,1 Mrd €.

In der Tabelle sind zum Ende des Berichtsjahres 2013 Netting-Effekte in Höhe von 5,5 Mrd € (31. Dezember 2012: 5,2 Mrd €), bezogen auf die Handelsaktiva und die Hedging-Derivate, sowie in Höhe von 2,4 Mrd € (31. Dezember 2012: 0,4 Mrd €) bei den Wertpapierpensionsgeschäften im Ausweis des maximalen Adressenausfallrisikobetrags vor Sicherheiten berücksichtigt.

Bei dem Ausweis zum Jahresultimo 2013 in der Position „Finanzanlagen“ und zu einem geringen Teil auch in der Position „Forderungen an Kreditinstitute“ handelt es sich in Höhe von 4,0 Mrd € um gedeckte Schuldverschreibungen (31. Dezember 2012: 8,9 Mrd €). Daneben sind die ebenso in der Position „Finanzanlagen“ enthaltenen Investorverbriefungen zum 31. Dezember 2013 in Höhe von 0,2 Mrd € (31. Dezember 2012: 0,8 Mrd €) als vollbesichert anzusehen.

Branchenstruktur des Kreditportfolios

Nachstehende Tabelle veranschaulicht die Risikokonzentrationen nach Branchen bzw. Schuldnergruppen, aufgegliedert nach Bilanzposition, Haltekategorie und Produktgruppe.

Risikokonzentrationen nach Branchen bzw. Schuldnergruppen																
Risikotragende Finanzinstrumente	Retail-Kunden		Banken/Ver-sicherungen/ Finanzdienst-leister ¹		Staaten		Gewerb-liche Real-kredite		Dienst-leister/ Handel		Industrie		Sonstige Branchen		Gesamt ¹	
	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €
Handelsaktiva	150	161	1.368	4.637	-	-	140	-	63	121	28	58	75	316	1.824	5.293
Held for Trading	150	161	1.368	4.637	-	-	140	-	63	121	28	58	75	316	1.824	5.293
Hedging-Derivate	-	-	113	577	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	113	577
Forderungen an Kreditinstitute	-	-	20.148	28.046	-	-	-	79	-	-	-	-	5	5	20.153	28.130
Loans and Receivables	-	-	20.148	28.046	-	-	-	79	-	-	-	-	5	5	20.153	28.130
Wertpapier-pensionsgeschäfte	-	-	15.101	20.953	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	15.101	20.953
Tagesgelder	-	-	1.826	4.387	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.826	4.387
Darlehen	-	-	804	1.621	-	-	-	79	-	-	-	-	4	2	808	1.702
Namenschuld-verschreibungen	-	-	324	329	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	324	329
Termingelder	-	-	1.248	595	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.248	595
Sonstige Forderungen	-	-	845	161	-	-	-	-	-	-	-	-	1	3	846	164
Forderungen an Kunden	82.499	83.332	432	702	3.649	2.916	8.524	15.686	3.377	3.682	1.918	1.816	914	1.263	101.313	109.397
Loans and Receivables	76.669	76.493	432	702	3.649	2.916	8.524	15.686	3.377	3.682	1.918	1.816	914	1.263	95.483	102.558
Private Baufinan-zierungen	64.454	64.549	1	10	-	-	-	-	26	45	-	1	152	184	64.633	64.789
Bauspardarlehen	3.690	3.801	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3.690	3.801
Gewerbliche Kredite	1.830	1.805	405	666	-	-	8.513	15.686	3.347	3.548	1.918	1.815	590	870	16.603	24.390
Forderungen an öffentliche Haushalte	-	-	-	-	3.649	2.916	-	-	2	86	-	-	164	176	3.815	3.178
Ratenkredite	5.454	4.847	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5.454	4.847
Sonstige Forderungen	1.241	1.491	26	26	-	-	11	-	2	3	-	-	8	33	1.288	1.553
Fair-Value-Option	5.830	6.839	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5.830	6.839
Private Baufinan-zierungen	5.830	6.839	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5.830	6.839
Finanzanlagen	-	-	16.774	19.965	15.020	16.318	-	-	993	1.823	647	1.454	590	626	34.024	40.186
Loans and Receivables	-	-	12.565	15.376	10.021	12.766	-	-	540	1.259	362	1.104	298	376	23.786	30.881
Available for Sale	-	-	4.209	4.589	4.999	3.552	-	-	453	564	285	350	292	250	10.238	9.305
Schuldverschrei-bungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-	-	4.063	4.498	4.999	3.552	-	-	453	564	285	350	284	234	10.084	9.198
Aktien	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Investmentfonds-anteile	-	-	123	80	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	123	81
Beteiligungen	-	-	17	4	-	-	-	-	-	-	-	-	8	15	25	19
Anteile an nicht kon-solidierten Tochter-unternehmen	-	-	6	7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6	7
Zwischensumme	82.649	83.493	38.835	53.927	18.669	19.234	8.664	15.765	4.433	5.626	2.593	3.328	1.584	2.210	157.427	183.583
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien	19	19	18	42	-	-	13	26	205	223	71	64	33	41	359	415
Andere Verpflichtungen	16.671	16.421	33	94	1	28	155	458	1.681	1.969	768	677	223	248	19.532	19.895
Gesamt	99.339	99.933	38.886	54.063	18.670	19.262	8.832	16.249	6.319	7.818	3.432	4.069	1.840	2.499	177.318	203.893

¹Angaben per 31. Dezember 2012 angepasst (siehe Note 7)

Insgesamt zeigt die Branchenaufteilung des Volumens der kreditrisikotragenden Instrumente mit Ausnahme der Konzentration bei Banken und Staaten eine ausgewogene Struktur. Das Konzernkreditportfolio besteht schwerpunktmäßig aus Krediten an Retail-Kunden mit Fokus auf private Baufinanzierungen in Deutschland. Daneben bestehen Kreditengagements im Bereich Firmenkunden überwiegend aus dem Geschäft mit gewerblichen Kunden in Deutschland bzw. in Form nationaler und internationaler gewerblicher Immobilienfinanzierungen. Der Bestand an Finanzanlagen besteht vornehmlich aus einem Portfolio von Staatsanleihen, überwiegend Deutschlands und anderer europäischer Nationen, sowie Anleihen von Banken (inklusive Covered Bonds und Pfandbriefe), Versicherungen und sonstigen Finanzdienstleistern.

Zur Steuerung der Investitionen im Non-Retail-Bereich ist in der Kreditrisikostategie ein Zielfortfolio definiert, das unter Diversifikationsaspekten ausgerichtet wurde.

Regionale Aufteilung des Kreditportfolios

Zur Steuerung des Länderrisikos hat die Postbank länderspezifische Limite für die Kreditvergaben eingerichtet. Die Höhe der Länderlimite wird maßgeblich bestimmt durch interne und externe Ratings und die am Bruttoinlandsprodukt gemessene Wirtschaftskraft des jeweiligen Landes. In einer konzernweiten Datenbank werden neben den jeweils zugewiesenen Länderlimiten und deren aktueller Ausnutzung auch volkswirtschaftliche Daten erfasst, die zur Einordnung eines Landes in eine Risikoklasse herangezogen werden. Als Konsequenz aus der Finanzmarktkrise wurde die Systematik der Länderlimite grundsätzlich überarbeitet und um eine Frühwarnsystematik ergänzt.

Risikokonzentrationen nach geografischen Gebieten								
Risikotragende Finanzinstrumente	Deutschland ¹		Westeuropa ¹		Sonstige Regionen		Gesamt ¹	
	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Handelsaktiva	1.098	1.723	706	3.018	20	552	1.824	5.293
Held for Trading	1.098	1.723	706	3.018	20	552	1.824	5.293
Hedging-Derivate	71	150	40	329	2	98	113	577
Forderungen an Kreditinstitute	16.364	21.515	3.752	6.295	37	320	20.153	28.130
Loans and Receivables	16.364	21.515	3.752	6.295	37	320	20.153	28.130
Wertpapierpensionsgeschäfte	12.821	17.112	2.280	3.841	–	–	15.101	20.953
Tagesgelder	1.264	2.969	527	1.321	35	97	1.826	4.387
Darlehen	313	417	495	1.065	–	220	808	1.702
Namensschuldverschreibungen	324	329	–	–	–	–	324	329
Termingelder	1.188	595	60	–	–	–	1.248	595
Sonstige Forderungen	454	93	390	68	2	3	846	164
Forderungen an Kunden	91.757	93.449	8.456	11.383	1.100	4.565	101.313	109.397
Loans and Receivables	85.946	86.631	8.441	11.366	1.096	4.561	95.483	102.558
Private Baufinanzierungen	60.542	60.502	4.037	4.229	54	58	64.633	64.789
Bauspardarlehen	3.668	3.775	20	23	2	3	3.690	3.801
Gewerbliche Kredite	11.343	12.977	4.225	6.923	1.035	4.490	16.603	24.390
Forderungen an öffentliche Haushalte	3.701	3.021	114	157	–	–	3.815	3.178
Ratenkredite	5.436	4.830	15	14	3	3	5.454	4.847
Sonstige Forderungen	1.256	1.526	30	20	2	7	1.288	1.553
Fair-Value-Option	5.811	6.818	15	17	4	4	5.830	6.839
Private Baufinanzierungen	5.811	6.818	15	17	4	4	5.830	6.839
Finanzanlagen	12.924	13.193	20.100	21.620	1.000	5.373	34.024	40.186
Loans and Receivables	8.928	8.974	14.024	16.928	834	4.979	23.786	30.881
Available for Sale	3.996	4.219	6.076	4.692	166	394	10.238	9.305
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.859	4.140	6.059	4.666	166	392	10.084	9.198
Aktien	–	–	–	–	–	–	–	–
Investmentfondsanteile	121	70	2	9	–	2	123	81
Beteiligungen	15	9	10	10	–	–	25	19
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	1	–	5	7	–	–	6	7
Zwischensumme	122.214	130.030	33.054	42.645	2.159	10.908	157.427	183.583
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien	306	356	53	59	–	–	359	415
Andere Verpflichtungen	19.287	19.411	232	386	13	98	19.532	19.895
Gesamt	141.807	149.797	33.339	43.090	2.172	11.006	177.318	203.893

¹Angaben per 31. Dezember 2012 angepasst (siehe Note 7)

Die regionale Aufteilung des Kreditvolumens zeigt eine strategiekonforme Konzentration auf den Heimatmarkt Deutschland sowie ausgewählte Engagements in Westeuropa.

Die nachstehende Tabelle beinhaltet sämtliche Engagements gegenüber Kreditnehmern ausgewählter europäischer Länder. Ausgewiesen werden die IFRS-Buchwerte.

Engagements gegenüber Kreditnehmern ausgewählter Länder ¹												
Land	Staaten		Banken/Ver-sicherungen/ Finanzdienst-leister		Retail		Unternehmen ²		Sonstige ³		Gesamt	
	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €
Griechenland	0,0	0,0	0,0	0,0	2,0	2,0	3,0	1,4	0,0	0,0	5,0	3,4
Irland	361,2	377,7	242,4	450,4	4,9	5,2	26,6	28,1	52,6	285,4	687,7	1.146,8
Italien	3.433,7	3.464,6	1.115,7	1.404,1	2.664,5	2.858,6	292,1	250,9	0,0	0,0	7.506,0	7.978,2
Portugal	62,7	64,1	288,8	313,4	6,0	4,7	1,6	2,8	0,0	0,0	359,1	385,0
Spanien	608,0	497,7	2.432,1	3.195,7	34,6	34,0	126,9	542,0	26,0	11,8	3.227,6	4.281,2
Gesamt	4.465,6	4.404,1	4.079,0	5.363,6	2.712,0	2.904,5	450,2	825,2	78,6	297,2	11.785,4	13.794,6

¹Basis sind die IFRS-Buchwerte. Für die Bestände in der Kategorie „Available for Sale“ ist dies der Fair Value.

²Beinhaltet auch gewerbliche Immobilien

³Beinhaltet Investorverbriefungen

Anders als zum Vorjahresresultimo hatte die Postbank zum Ende des Berichtsjahres keine Credit Default Swaps gegenüber staatlichen Kreditnehmern mehr im Bestand. Zum Vorjahresresultimo hatten in der Kategorie „Held for Trading“ Credit Default Swaps für die Adresse Italien bestanden, für die die Postbank mit einem Volumen in Höhe von 68,2 Mio € als Protection Buyer wie auch als Protection Seller auftrat, sodass sich das Nettonominalvolumen auf 0 € belief.

Bonitätsstruktur des Kreditportfolios

Die folgende Tabelle zeigt die Kreditqualität der risikotragenden Finanzinstrumente, bezogen auf das Non-Retail-Geschäft der Postbank, die zum Stichtag 31. Dezember 2013 weder überfällig noch einzelwertgemindert waren (ausgenommen „Eventualverbindlichkeiten“ und „Andere Verbindlichkeiten“).

Im Rahmen der Risikosteuerung stellt die Postbank grundsätzlich auf das für die Eigenkapitalunterlegung verwendete Rating ab, d. h. in der Regel auf das Emittentenrating anstelle des Emissionsratings. Die Postbank besitzt ein umfangreiches Portfolio aus Pfandbriefen und ähnlich gedeckten Emissionen mit einem relativ geringen Risikogehalt. Aus diesem Grunde wird beim Ausweis der Tabelle auf Emissionsratings abgestellt. Die Verteilung der Ratingklassen des Konzernkreditportfolios spiegelt die konservative Ausrichtung der Postbank wider. Es dominieren die guten Ratingklassen: 91 % des gerateten Portfolios sind Investmentgrade (Rating BBB oder besser).

Kreditqualität von Finanzinstrumenten im Non-Retail-Geschäft, die weder überfällig noch wertgemindert sind														
Risikotragende Finanzinstrumente	AAA		AA		A ¹		BBB		< BBB		Ohne Rating		Gesamt ¹	
	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €
Handelsaktiva	37	120	231	488	554	3.266	645	962	91	148	116	148	1.674	5.132
Held for Trading	37	120	231	488	554	3.266	645	962	91	148	116	148	1.674	5.132
Hedging-Derivate	-	2	-	140	112	424	1	10	-	-	-	1	113	577
Held for Trading	-	2	-	140	112	424	1	10	-	-	-	1	113	577
Forderungen an Kreditinstitute	1.276	2.584	1.693	1.254	16.586	23.287	400	927	152	37	44	18	20.151	28.107
Loans and Receivables	1.276	2.584	1.693	1.254	16.586	23.287	400	927	152	37	44	18	20.151	28.107
Wertpapierpensionsgeschäfte	-	-	1.500	184	13.601	20.769	-	-	-	-	-	-	15.101	20.953
Tagesgelder	1.000	2.322	111	383	672	1.400	43	263	-	-	-	13	1.826	4.381
Darlehen	229	157	-	134	334	1.024	56	331	152	37	35	2	806	1.685
Namensschuldverschreibungen	-	-	-	1	143	94	181	234	-	-	-	-	324	329
Termingelder	44	52	60	500	1.101	-	43	43	-	-	-	-	1.248	595
Sonstige Forderungen	3	53	22	52	735	0	77	56	-	-	9	3	846	164
Forderungen an Kunden	1.778	3.519	4.025	6.885	1.387	3.551	4.302	5.242	5.146	4.263	1.206	1.044	17.844	24.504
Loans and Receivables	1.778	3.519	4.025	6.885	1.387	3.551	4.302	5.242	5.146	4.263	1.206	1.044	17.844	24.504
Private Baufinanzierungen	6	17	12	21	20	12	35	52	45	49	23	26	141	177
Gewerbliche Kredite	1.659	3.452	913	4.145	1.367	3.493	4.266	5.150	4.987	4.156	651	703	13.843	21.099
Forderungen an öffentliche Haushalte	113	48	3.100	2.686	-	46	-	39	103	58	499	290	3.815	3.167
Sonstige Forderungen	-	2	-	33	-	-	1	1	11	-	33	25	45	61
Finanzanlagen	10.151	8.153	5.997	13.855	13.357	9.649	3.193	6.175	960	2.012	358	180	34.016	40.024
Loans and Receivables	4.345	4.755	4.409	10.852	11.840	8.615	2.279	5.000	835	1.418	78	108	23.786	30.748
Available for Sale	5.806	3.398	1.588	3.003	1.517	1.034	914	1.175	125	594	280	72	10.230	9.276
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.806	3.396	1.578	2.986	1.517	1.034	914	1.175	118	593	143	1	10.076	9.185
Aktien	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Investmentfondsanteile	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	123	70	123	70
Beteiligungen	-	2	9	10	-	-	-	-	7	1	9	1	25	14
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	-	-	1	7	-	-	-	-	-	-	5	-	6	7
Gesamt	13.242	14.378	11.946	22.622	31.996	40.177	8.541	13.316	6.349	6.460	1.724	1.391	73.798	98.344

¹Angaben per 31. Dezember 2012 angepasst (siehe Note 7)

Das Volumen in den guten Ratingklassen ist weiterhin hoch. Verschiebungen im Investmentgrade-Bereich ergeben sich im Wesentlichen aus Ratingmigrationen. Die Volumenzunahmen lassen sich auf den Abbau von Finanzinstrumenten, insbesondere durch die Veräußerung der PB (USA) Holdings, Inc., zurückführen.

Analog veranschaulicht die folgende Tabelle die Kreditqualität der risikotragenden Finanzinstrumente, bezogen auf das Retail-Geschäft der Postbank, die zum Stichtag 31. Dezember 2013 weder überfällig noch einzelwertgemindert waren (ausgenommen „Eventualverbindlichkeiten“ und „Andere Verbindlichkeiten“). Das Retail-Geschäft der Postbank weist weiterhin eine stabile Ratingentwicklung auf.

Kreditqualität von Finanzinstrumenten im Retail-Geschäft, die weder überfällig noch wertgemindert sind														
Risikotragende Finanzinstrumente	AAA		AA		A		BBB		< BBB		Basel-II-Pool-Rating/ ohne Rating		Gesamt	
	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €
Handelsaktiva	–	1	4	4	17	19	56	60	57	62	16	15	150	161
Held for Trading	–	1	4	4	17	19	56	60	57	62	16	15	150	161
Forderungen an Kunden	35	374	804	846	5.355	4.829	25.546	24.612	33.588	35.149	14.940	15.281	80.268	81.091
Loans and Receivables	31	368	695	712	4.782	4.166	23.688	22.501	31.973	33.299	13.312	13.286	74.481	74.332
Private Baufinanzierungen	14	191	466	423	4.081	3.422	22.250	21.120	27.200	28.708	9.303	9.537	63.314	63.401
Bauspardarlehen	17	53	215	278	604	666	821	918	447	479	1.458	1.246	3.562	3.640
Gewerbliche Kredite	–	–	–	–	–	–	3	–	33	115	1.789	1.688	1.825	1.803
Ratenkredite	–	124	12	8	84	67	560	412	4.137	3.783	147	31	4.940	4.425
Sonstige Forderungen	–	–	2	3	13	11	54	51	156	214	615	784	840	1.063
Fair-Value-Option	4	6	109	134	573	663	1.858	2.111	1.615	1.850	1.628	1.995	5.787	6.759
Private Baufinanzierungen	4	6	109	134	573	663	1.858	2.111	1.615	1.850	1.628	1.995	5.787	6.759
Gesamt	35	375	808	850	5.372	4.848	25.602	24.672	33.645	35.211	14.956	15.296	80.418	81.252

Überfälliges und nicht wertgemindertes Kreditvolumen

Die nachfolgende Tabelle zeigt diejenigen risikotragenden Finanzinstrumente, die zum Stichtag 31. Dezember 2013 überfällig, jedoch nicht wertgemindert waren.

Überfälligkeiten von nicht wertgeminderten Finanzinstrumenten												
Risikotragende Finanzinstrumente und Sicherheiten	Überfällige, nicht wertgeminderte Finanzinstrumente								Gesamt		Fair Value der Sicherheiten überfälliger, nicht wertgeminderter Finanzinstrumente	
	Verzug ≤ 3 Monate		Verzug > 3 Monate, ≤ 6 Monate		Verzug > 6 Monate, ≤ 1 Jahr		Verzug > 1 Jahr					
	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €
Forderungen an Kunden	282	316	64	55	158	63	217	199	721	633	571	505
Loans and Receivables	281	315	63	55	151	54	205	180	700	604	553	480
Private Baufinanzierungen	253	268	37	18	64	46	162	133	516	465	410	373
Bauspardarlehen	4	4	3	2	5	6	12	13	24	25	22	23
Gewerbliche Kredite	4	3	22	32	82	–	30	31	138	66	113	80
Ratenkredite	6	16	–	1	–	1	–	1	6	19	–	–
Sonstige Forderungen	14	24	1	2	–	1	1	2	16	29	8	4
Fair-Value-Option	1	1	1	–	7	9	12	19	21	29	18	25
Private Baufinanzierungen	1	1	1	–	7	9	12	19	21	29	18	25
Gesamt	282	316	64	55	158	63	217	199	721	633	571	505

Der Anstieg der überfälligen, jedoch nicht wertgeminderten Engagements ist auf einzelne Großengagements zurückzuführen.

Der Buchwert der finanziellen Vermögenswerte, deren Konditionen neu ausgehandelt wurden (nachverhandeltes Volumen) und die ansonsten überfällig oder wertgemindert wären, betrug 279 Mio € (per 31. Dezember 2012: 630 Mio €).

Kreditrisikovorsorge

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft beinhaltet Einzelwertberichtigungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen und Wertberichtigungen auf Portfoliobasis.

Eine Einzelwertberichtigung ist zu bilden, wenn der unter Berücksichtigung der Sicherheiten voraussichtlich erzielbare Betrag der Kreditforderungen niedriger ist als deren Buchwert, wenn also die Forderung ganz oder teilweise uneinbringlich ist und daher eine dauerhafte Wertminderung vorliegt (Impairment). Die Höhe der Einzelwertberichtigungen bemisst sich aus den jeweiligen Blankoanteilen als den Unterschiedsbeträgen der Gesamtforderung und den Barwerten der erwarteten künftigen Zahlungen, u. a. aus der Verwertung von Sicherheiten. Für die Abzinsung der Zahlungsströme wird generell der ursprüngliche Effektivzinssatz, bei variabler Verzinsung der Effektivzinssatz der aktuellen Fixing-Periode verwendet. Bei den Sicherheiten werden individuell Verwertungserlöse und Verwertungszeitpunkte berücksichtigt. Alle Engagements werden laufend daraufhin untersucht, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen,

und gegebenenfalls einem Impairment-Test unterzogen. Darüber hinaus wird für alle Engagements auf der Watch-List quartalsweise ein Impairment-Test durchgeführt.

Eine pauschalierte Einzelwertberichtigung erfolgt auf die Kredite in einem Portfolio gleichartiger homogener Kredite, sofern diese Kredite objektive Hinweise auf eine Wertminderung erkennen lassen und der Betrag der Wertminderung pro Einzelkredit sich anhand statistischer Erfahrungswerte schätzen lässt. Bei der Bemessung der pauschalierten Einzelwertberichtigung wird auf sogenannte Flow Rates sowie die Verlustquote (LGD) zurückgegriffen. Die kombinierte Flow Rate gibt an, mit welcher Wahrscheinlichkeit ein Forderungsanteil in einen zu kündigenden Bestand überführt werden wird. Der LGD gibt die Höhe bzw. den prozentualen Anteil des wirtschaftlichen Verlusts vom ausstehenden Betrag des Engagements an. Die Quote wird regelmäßig aus den Mittelrückflüssen des Beitreibungsprozesses ermittelt. Die Postbank bildet pauschalierte Einzelwertberichtigungen im Bereich der Dispositions- und Ratenkredite, der Kreditkartenforderungen sowie pauschal berechnete Einzelwertberichtigungen bei Baufinanzierungen mit Überfälligkeiten von drei bis sechs Monaten.

Die folgende Tabelle weist alle wertgeminderten finanziellen Vermögenswerte zu den Stichtagen 31. Dezember 2013 und 31. Dezember 2012 aus, jeweils aufgeteilt in einzelwertgeminderte Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden sowie Finanzanlagen, für die Wertberichtigungen gebildet wurden. Im Detail wird der Buchwert nach Wertminderung als Differenz zwischen dem Buchwert vor Wertminderung und dem Umfang der Wertminderung gezeigt.

Wertgeminderte Finanzinstrumente								
Wertgeminderte risikotragende Finanzinstrumente und Sicherheiten	Buchwert vor Wertminderung		Betrag der Wertminderung ¹		Buchwert nach Wertminderung		Fair Value der Sicherheiten wertgeminderter Instrumente	
	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	2	23	2	13	–	10	–	–
Loans and Receivables	2	23	2	13	–	10	–	–
Tagesgelder	–	6	–	–	–	6	–	–
Darlehen	2	17	2	13	–	4	–	–
Forderungen an Kunden	2.480	3.169	1.314	1.642	1.166	1.527	1.169	1.693
Loans and Receivables	2.458	3.118	1.313	1.640	1.145	1.478	1.149	1.647
Private Baufinanzierungen	712	746	369	451	343	295	578	572
Bauspardarlehen	154	136	3	2	151	134	135	121
Gewerbliche Kredite	797	1.422	333	577	464	845	436	936
Forderungen an öffentliche Haushalte	–	11	–	–	–	11	–	–
Ratenkredite	508	403	324	312	184	91	–	–
Sonstige Forderungen	287	400	284	298	3	102	–	18
Fair-Value-Option	22	51	1	2	21	49	20	46
Private Baufinanzierungen	22	51	1	2	21	49	20	46
Finanzanlagen	51	439	43	277	8	162	–	–
Loans and Receivables	42	397	42	264	–	133	–	–
Available for Sale	9	42	1	13	8	29	–	–
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	9	16	1	3	8	13	–	–
Aktien	–	2	–	2	–	–	–	–
Investmentfondsanteile	–	15	–	4	–	11	–	–
Gesamt	2.533	3.631	1.359	1.932	1.174	1.699	1.169	1.693

¹Keine Betrachtung von Portfoliowertberichtigungen

Die wertgeminderten Finanzinstrumente konnten im Berichtsjahr durch aktives De-Risking und ein konsequentes Risikomanagement weiter reduziert werden.

Die Wertberichtigungen auf Portfoliobasis berücksichtigen alle Verluste aus Krediten, die eingetreten sind, jedoch von der Postbank noch nicht identifiziert werden können, da z. B. der Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen noch nachkommt. Die Postbank berücksichtigt dabei die erwarteten Ausfallwahrscheinlichkeiten, die Verlustquoten und die Abschätzung der Zeitintervalle zwischen Ausfall und Ausfallidentifizierung (LIP-Faktor) jeweils in Abhängigkeit von Produktart und Kundengruppe. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten und die Verlustquoten bei Ausfall auf Portfolioebene werden portfoliospezifisch ermittelt bzw. bei Bedarf im Rahmen der Erkenntnisse aus der jährlichen Validierung und Rekalibrierung der IRBA-Ratingsysteme aktualisiert, während die LIP-Faktoren in Abhängigkeit von den Prozessen zur Risikoüberwachung individuell geschätzt, regelmäßig überprüft und bei Bedarf angepasst werden.

Verbriefungen

Die Verbriefung von Finanzaktiva (Asset Securitisation) ermöglicht die Übertragung der zugrunde liegenden Kreditrisiken an Dritte. Im Regelfall werden ganze Forderungsbestände übertragen, die sich aus zwei oder mehr untereinander abgestuften Risikosegmenten (Tranchen) mit unterschiedlichen Risikograden zusammensetzen.

Die Postbank nimmt bei der Asset Securitisation sowohl die Rolle des Investors als auch die des Originators ein.

Investor

Im Rahmen der Durchführung von Kreditersatzgeschäften hat die Postbank u. a. in strukturierte Kreditprodukte (Struc-

tured Credit Products – SCP) investiert. Nachdem im ersten Halbjahr 2013 der Abbau des Bestands an risikoreicheren Asset Backed Securities (ABS) und Collateralized Debt Obligations (CDO) abgeschlossen wurde, besteht das Portfolio aktuell aus zurückgenommenen Eigenverbriefungen (RMBS) und wertberichtigten Beständen. Die Investorpositionen des Bankbuchs werden je nach Intention und Struktur des Investments den IFRS-Kategorien „Loans and Receivables“ oder „Available for Sale“ zugerechnet und entsprechend bewertet. Die Verbriefungspositionen sind in der Regel von mindestens einer anerkannten Ratingagentur (Standard & Poor’s, Moody’s oder Fitch Ratings) geratet. Die periodische Bewertung des Portfolios erfolgt mithilfe von Arranger Quotes bzw. eines eigenen Bewertungsmodells.

Das Portfolio hatte per 31. Dezember 2013 ein Gesamtnominalvolumen in Höhe von 123 Mio € (Stand per 31. Dezember 2012: 917 Mio €). Die Reduktion ist im Wesentlichen auf den verstärkten aktiven Bestandsabbau im ersten Halbjahr 2013 zurückzuführen. Im Berichtsjahr waren nur geringfügig, nämlich in Höhe von 13 Mio €, Impairments sowie belastende Bewertungseffekte bei eingebetteten Derivaten zu berücksichtigen. Darüber hinaus wurden 21 Mio € an Fair-Value-Änderungen belastend in der Neubewertungsrücklage berücksichtigt. Nähere Angaben zur Bewertung enthält Note 4 (h) des Konzernanhangs zum Konzernabschluss 2013.



Die Postbank hatte zum 31. Dezember 2013 folgende Verbriefungspositionen im Bestand:

Verbriefungspositionen: Volumen nach Ratingklassen ¹												
Verbriefungspositionen	AAA		AA		A		BBB		< BBB		Gesamt	
	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €
CMBS	-	-	-	-	-	7	-	-	-	-	-	7
RMBS	-	2	7	7	34	40	3	12	37	38	81	99
Corporate CDO	-	50	-	112	-	59	-	74	-	365	-	660
Non Corporate CDO	-	-	-	2	-	-	-	-	-	75	-	77
Other ABS ²	-	-	-	-	-	19	-	-	42	55	42	74
Gesamt	-	52	7	121	34	125	3	86	79	533	123	917

¹Beinhaltet Positionen der zum 1. Januar 2013 veräußerten Gesellschaften

²Hauptsächlich Consumer ABS und Commercial ABS

Die zurückgenommenen Eigenverbriefungen haben ihren regionalen Schwerpunkt in Deutschland. Per Stichtag 31. Dezember 2013 waren keine Verbriefungspositionen über Monoliner abgesichert.

Originator

Neben der Rolle als Investor tritt die Postbank als Originator am Markt auf. Die nachstehenden synthetischen Verbriefungstransaktionen in Form der Verbriefung von Forderungen auf Wohnimmobilien – bezogen auf Deutschland und Italien – führen einerseits zu einer Entlastung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelunterlegung, andererseits zu einer Reduktion von Risikokonzentrationen. Bei den ausgewiesenen Werten handelt es sich um die aufsichtsrechtlichen Bemessungsgrundlagen. Zum Berichtsstichtag hatte die Postbank keine Verbriefungstransaktion im Zusammenhang mit revolvingierenden Adressenausfallrisiken durchgeführt.

PB Domicile 2006-1 1.158 Mio € (Deutsche Postbank AG)
Provide Blue 2005-2 1.201 Mio € (BHW Bausparkasse AG)
PB Domicilio 2007-1 586 Mio € (BHW Bausparkasse AG)

Darüber hinaus hat die Postbank die synthetische Originator-Verbriefung Provide Domicile 2009-1 strukturiert, zu der bislang kein wesentlicher Risikotransfer bewirkt wurde. Die Originator-Verbriefungstransaktion Provide Blue 2005-1 war im Januar 2010 gekündigt worden. Diese Transaktion befindet sich in der Deferred Redemption, und es liegt ein Restbestand (Principal Amount after Distribution) von ca. 23 Mio € vor.

Umweltrisiken

Bei ihren Kreditentscheidungen berücksichtigt die Postbank auch Umweltrisiken. In der Kreditpolitik wie auch in den einzelnen Kreditentscheidungen wissen sich die Postbank und ihre Mitarbeiter ihrer gesellschaftlichen Verantwortung verpflichtet.

Die Identifizierung und die Quantifizierung von Umweltrisiken bilden einen Bestandteil der üblichen Risikobeurteilungs- und Risikomanagementverfahren im In- und im Auslandsgeschäft. Im Hinblick auf die Kunden betrachtet die Postbank die Erfüllung der geltenden Umweltauflagen und einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Umwelt als wesentliche Faktoren für die Beurteilung der Unternehmensführung.

Damit erfüllt die Postbank die Anforderungen an ein nachhaltiges und zukunftsorientiertes Wirtschaften sowie die Orientierung an supranationalen Leitlinien wie dem UN Global Compact.

Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken

Aufgabe des Liquiditätsrisikomanagements ist es, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Postbank auch in bestimmten Stresssituationen zu gewährleisten. Die operative Liquiditätsrisikosteuerung erfolgt grundsätzlich zentral im Ressort Chief Operating Office der Deutschen Postbank AG. Die BHW Bausparkasse AG sowie die Tochtergesellschaft in Luxemburg steuern ihre Risiken eigenständig im Rahmen konzernweit einheitlicher Verfahren und Prozesse. Im Falle eines lokalen Liquiditätsengpasses übernimmt die Deutsche Postbank AG die Funktion eines „Lender of Last Resort“. Im Liquiditätsnotfall auf Postbank Konzernebene besteht eine eindeutige Verantwortung und Weisungsbefugnis des Liquiditätsnotfallgremiums gegenüber sämtlichen Bestandsverantwortlichen der Postbank sowie den Bestandsverantwortlichen der Tochtergesellschaften und der Auslandsniederlassung.

Die Postbank hat in der übergreifenden Risikostrategie u. a. die Grundlagen für den Umgang mit Liquiditätsrisiken definiert.

Die Postbank verfügt aufgrund ihrer geschäftspolitischen Ausrichtung als Retail-Bank über eine breite Refinanzierungsbasis im Kundengeschäft und weist daher nur eine vergleichsweise geringe Abhängigkeit vom Geld- und Kapitalmarkt auf. Aktuell sind keine nennenswerten Refinanzierungsmaßnahmen am Geld- und Kapitalmarkt geplant. Konzentrationsrisiken bei der Refinanzierung werden im Rahmen der Stresstests berücksichtigt. Wesentliche Konzentrationsrisiken gegenüber einzelnen Gläubigern werden aufgrund der geschäftspolitischen Ausrichtung aus Liquiditätssicht nicht gesehen. Für den Fall eines unerwarteten Liquiditätsabflusses werden Barmittel, Zentralbankguthaben sowie ein erheblicher Bestand an frei verfügbaren, hochliquiden sowie zentralbankfähigen Wertpapieren vorgehalten, der kurzfristig zur Liquiditätsbeschaffung, auch auf privaten (Repo-) Märkten, genutzt werden kann. Zur weiteren Diversifikation der Refinanzierungsbasis besitzt die Postbank die Pfandbrieflizenz zur Emission von öffentlichen Pfandbriefen und Hypothekenpfandbriefen. Während die Emission öffentlicher Pfandbriefe im Rahmen des Registers E zukünftig nicht mehr geplant ist, bleibt die Emission von Hypothekenpfandbriefen im Rahmen des Registers D als mögliches Instrument der langfristigen Refinanzierung bestehen.

Der Steuerungsprozess basiert auf mehreren Säulen. Auf Basis von Liquiditätsablaufbilanzen und Cashflow-Prognosen stellt das Liquiditätsrisikomanagement geschäftstäglichen Liquiditätsstatus der Postbank sowohl unter Normal- als auch unter Stressbedingungen fest. Darauf aufbauend erfolgt die operative Steuerung. Darüber hinaus basiert die Steuerung auch auf der regelmäßigen konzernweiten Liquiditäts- und Emissionsplanung sowie einer Reihe von weitergehenden Analysen und Forecasts.

Die Maßnahmen zur Steuerung sind vor allem darauf ausgerichtet, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit – auch in extremen Stresssituationen – sicherzustellen. Szenarien für den Liquiditätsstress bilden sowohl institutsspezifische als auch marktweite Ursachen sowie im MaRisk-Szenario die Kombination aus beiden Ursachen ab. So werden Veränderungen diverser Marktfaktoren, panikartige Kundenreaktionen und Strukturveränderungen innerhalb der Refinanzierungsbestände, z. B. aufgrund von abnehmender Marktliquidität, berücksichtigt. Im MaRisk-Szenario werden gravierende Abflüsse von Spar-, Sicht- und Firmenkundeneinlagen, ein eingeschränkter Zugang zum unbesicherten Geldmarkt sowie erhöhte Haircuts auf zentralbankfähige Wertpapiere simuliert. Für alle Stressszenarien wurde als Anforderung festgelegt, den Bestand an Kundenkrediten auch im Stress mindestens konstant zu halten.

Die folgende Tabelle zeigt die finanziellen Verbindlichkeiten zum Stichtag 31. Dezember 2013 sowie zum 31. Dezember 2012, differenziert nach Restlaufzeiten.

Die Tabelle beinhaltet, bezogen auf den Stichtag 31. Dezember 2012, auch die Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten. Diese entfallen im Wesentlichen auf: Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 4.196 Mio €, Verbindlichkeiten gegenüber Kunden in Höhe von 1.460 Mio €, Verbriefte Verbindlichkeiten in Höhe von 1.250 Mio €, Nachrangkapital in Höhe von 1.932 Mio €, Sonstige Passiva in Höhe von 8 Mio €, Eventual- und andere Verbindlichkeiten in Höhe von 130 Mio €.

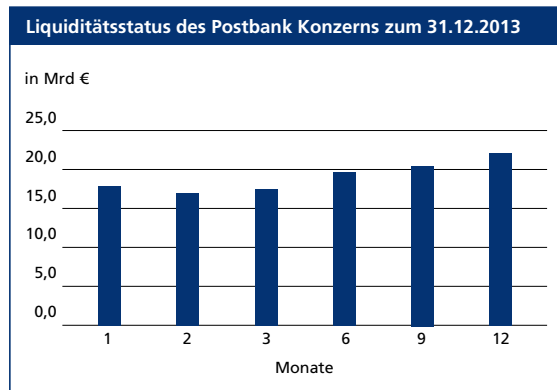
Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten												
Verbindlichkeiten	Täglich fällig		≤ 3 Monate		> 3 Monate und ≤ 1 Jahr		> 1 Jahr und ≤ 5 Jahre		> 5 Jahre		Gesamt	
	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €
Nicht derivative Verbindlichkeiten	56.936	64.334	58.083	63.977	23.279	26.190	18.364	22.188	20.744	23.756	177.406	200.445
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	193	1.286	7.627	5.560	744	2.233	5.845	8.209	4.884	6.109	19.293	23.397
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	36.852	42.740	47.968	54.115	20.284	21.957	7.603	7.091	10.715	13.140	123.422	139.043
Verbrieftes Verbindlichkeiten	–	8	1.114	2.964	1.896	518	2.518	4.693	2.436	3.270	7.964	11.453
Nachrangkapital	–	–	541	609	355	1.482	2.398	2.195	2.709	1.237	6.003	5.523
Sonstige Passiva ¹	–	–	833	729	–	–	–	–	–	–	833	729
Eventual- und andere Verpflichtungen ¹	19.891	20.300	–	–	–	–	–	–	–	–	19.891	20.300
Derivative Verbindlichkeiten ²	–	–	192	546	444	1.407	1.192	4.376	559	1.559	2.387	7.888
Hedging-Derivate ²	–	–	60	78	85	220	260	855	207	399	612	1.552
Handelsspassiva ²	–	–	132	468	359	1.187	932	3.521	352	1.160	1.775	6.336
Gesamt²	56.936	64.334	58.275	64.523	23.723	27.597	19.556	26.564	21.303	25.315	179.793	208.333

¹Wert per 31. Dezember 2012 ergänzt/korrigiert

²Angaben per 31. Dezember 2012 angepasst (siehe Note 7)

Hierbei werden die undiskontierten vertraglichen Cashflows der bilanziellen und der außerbilanziellen Verbindlichkeiten in die jeweiligen Klassen eingestellt. Die Darstellung der juristischen Cashflow-Fälligkeiten der finanziellen Verbindlichkeiten erfolgt anforderungsgemäß nach dem Worst-Case-Prinzip, d. h., bei Vorliegen von Wahlrechten bzw. Kündigungsmöglichkeiten wird der jeweils aus Liquiditätsgesichtspunkten ungünstigste Fall angenommen. Dies ist insbesondere relevant bei den Sicht- und Spareinlagen, die für den Kunden täglich verfügbar sind bzw. eine kurze vertragliche Laufzeit von in der Regel drei Monaten haben, der Bank aber – statistisch gemessen – deutlich länger zur Verfügung stehen.

Im Gegensatz zur Darstellung der juristischen Zahlungsströme der finanziellen Verbindlichkeiten zeigt der folgende Liquiditätsstatus der Postbank zum 31. Dezember 2013 eine kumulierte Darstellung der für die folgenden zwölf Monate erwarteten Mittelzu- und -abflüsse nach den Grundsätzen der internen Liquiditätssteuerung:



Die Erwartungswerte hinsichtlich des Abflusses von Verbindlichkeiten ohne feste Kapitalbindung, wie z. B. Spar- und Giroeinlagen, der Ziehungswahrscheinlichkeit unwiderruflicher Kreditzusagen und der Güte der vorhandenen fungiblen Aktiva zur Sicherstellung der Liquidität basieren zum Teil auf historischen Beobachtungswerten und zum Teil auf Schätzungen, die regelmäßig validiert werden. Danach zeigen sich über sämtliche Laufzeitbereiche deutliche Liquiditätsüberhänge, die entsprechende Liquiditätspuffer für Stresssituationen darstellen und so die angemessene Liquiditätsposition der Postbank unterstreichen.

Auch die Ergebnisse der Stresstests im Jahr 2013 unterstreichen die komfortable Liquiditätsposition der Postbank. So ergaben sich auch nach Berücksichtigung der kombinierten Stress-effekte im MaRisk-Szenario stets komfortable Überschüsse bei der Nettoliquiditätsposition innerhalb der Survival Period sowie darüber hinaus.

Die Postbank ist in den Liquiditätsrisikomanagement-Prozess der Deutschen Bank integriert.

Überwachung und Steuerung von Operationellen Risiken

Die ökonomische Kapitalunterlegung für die Operationellen Risiken wird sowohl für die Gesamtbank als auch für die einzelnen Geschäftsfelder anhand des internen Kapitalmodells ermittelt. Das Advanced-Measurement-Approach (AMA)-Kapitalmodell der Postbank basiert auf einem Verlustverteilungsansatz (Loss Distribution Approach – LDA). Als Grundlage der Berechnung dienen zunächst interne und externe Verlustfälle sowie Szenariodaten. Zur qualitativen Adjustierung der für die Geschäftsfelder mittels Monte-Carlo-Simulation berechneten Kapitalbeträge wird eine Scorecard zur Bewertung der Güte des OpRisk-Managements der Geschäftsfelder eingesetzt, die auch einen materiellen Anreiz zur Verbesserung des OpRisk-Managements setzt.

Das VaR-Limit für Operationelle Risiken auf Gesamtbank-ebene lag zum Jahresresultimo bei 600 Mio €. Im Fall von Limitüberschreitungen wird das Limit für die Operationellen Risiken – auch unterjährig – zulasten anderer Risikoarten oder der noch freien Risikodeckungsmasse erhöht. Den

Geschäftsfeldern der Postbank sind spezielle Risikokapitalbeträge zugewiesen. Die Auslastung dieser Limite wird ebenfalls vierteljährlich überwacht.

Neben der regelmäßigen Berechnung der OpRisk-Kennzahlen werden quartalsweise zusätzlich Stresstests durchgeführt. Anhand der Ergebnisse der Stresstests wird das Verhalten der Risikokennzahlen unter extremen Bedingungen analysiert. So wird z. B. untersucht, welche Auswirkungen ein genereller Anstieg der Schadenfrequenzen oder ein zusätzlicher „künstlicher“ Großschaden haben.

Die Postbank setzt neben dem Quantifizierungsmodell insbesondere folgende qualitative Instrumente konzernweit ein:

- strukturierte Erfassung interner Schadenfälle ab 1.000 € (Betrugsfälle ab 0 €),
- Definition von Risikoindikatoren als Frühwarninstrument,
- halbjährliches Self-Assessment zur Bewertung des internen Kontrollgefüges,
- Definition von Szenarien zur Bewertung von spezifischen Risikosituationen,
- IT-gestützte zentrale Maßnahmenverfolgung zur Reduzierung von Operationellen Risiken.

Die Schäden aus Operationellen Risiken sind im Jahr 2013 mit 105 Mio € im Vergleich zum Vorjahreszeitraum signifikant gestiegen (Berichtsjahr 2012: 65 Mio €). Zum Beispiel mehrten sich die Klagen und Beschwerden im Bereich der Anlageberatung. Ein Großteil der Klagen und Beschwerden bezieht sich auf Beratungen und Geschäftsabschlüsse im Bereich geschlossener Fonds bis zum Jahr 2008.

Im Zentrum der Betrugsbekämpfung stehen weiterhin die zeitnahe und bankweite Kommunikation aller bedeutenden Betrugssachverhalte über das FRAUD-Komitee sowie die Sensibilisierung der in die relevanten Prozesse involvierten Mitarbeiter, um eine systematische und flächendeckende Früherkennung von Betrugsfällen sicherzustellen. Bedingt durch das Auftreten neuer, bisher nicht bekannter Betrugsmuster, kam es im Berichtsjahr dennoch zu einem Anstieg der Verluste.

In der nachfolgenden Tabelle ist der Operational Value-at-Risk (OpVaR) nach Adjustierung auf Gesamtbank- und Geschäftsfeldenebene bei einem Konfidenzniveau von 99,93 % dargestellt:

Geschäftsfeld	Operational Value-at-Risk (OpVaR)	
	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Retail Banking	243	187
Firmenkunden	35	41
Transaction Banking	71	58
Financial Markets	70	67
Postbank Gesamt	419	354

Die strategische Ausrichtung der Postbank auf das Privat- und Geschäftskundensegment schlägt sich auch in den geschäftsfeldspezifischen OpVaR-Kennzahlen nieder. Der mit Abstand größte Kapitalbedarf zeigte sich mit 243 Mio € (per 31. Dezember 2012: 187 Mio €) im Geschäftsfeld Retail Banking. Auf die im Rahmen der OpRisk-Kapitalmodellierung relevanten Portfolios der Non Core Operating Unit (NCOU), die vollständig dem Retail Banking zuzuordnen sind, entfallen 49 Mio €.

Die Postbank betreibt Business Continuity Management (BCM) entlang der Wertschöpfungskette für Geschäftstätigkeiten und für kritische Konzernfunktionen. Das BCM beinhaltet die Beschreibung der Umsetzung vorbeugender und wiederherstellender Maßnahmen in Form von Notfall-, Krisen- und Testplänen für jedes Ressort. Im Rahmen des BCM werden regelmäßig Business-Impact-Analysen und Risk Identification and Assessments (RIA) zur Beurteilung wesentlicher Geschäftsprozesse und deren Kritikalität durchgeführt. Durch Tests wird die Funktionsfähigkeit dieser Notfallpläne nachgewiesen.

Überwachung und Steuerung von Geschäftsrisiken

Geschäftsrisiken umfassen Spar- und Girorisiken, Kollektivrisiken, Reputationsrisiken sowie residuale Geschäftsrisiken. Die Steuerung der Risiken erfolgt über die Gremienstruktur der Postbank.

Risikosteuerung von Spar- und Girorisiken

Zur Umsetzung der Steuerung von Zinsänderungsrisiken werden für Kundengeschäfte mit nicht deterministischen Zins- und Kapitalbindungen – insbesondere Spar- und Giroeinlagen – Ablaufkategorien definiert, die das Zinsanpassungs- und Kapitalbindungsverhalten in diesen Kundenprodukten in geeigneter Form widerspiegeln. Durch unerwartetes Kundenverhalten oder eine Veränderung der eigenen Zinsanpassungspolitik – aber auch durch fehlende Zinsanpassungsmöglichkeiten in Grenzbereichen – kann es im Zeitablauf zu unerwarteten Volumen- oder Margenschwankungen kommen, die die Erzielung eines langfristig stabilen Zinsüberschusses gefährden und somit auch das ökonomische Kapital beeinträchtigen können.

Die Abteilung Marktrisikomanagement im Bereich Risikosteuerung nimmt die zentrale Limitüberwachungs- und die Reportingfunktion zu den Spar- und Girorisiken wahr.

Risikosteuerung der Kollektivrisiken

Zur Risikoquantifizierung der Kollektivrisiken nutzt die BHW Bausparkasse AG ein Kollektiv-Simulationsmodell. In diesem Modell werden geplante Neuabschlüsse und erwartete Verhaltensweisen der Bausparer, wie z. B. Sparverhalten, Kündigungen, Bestandsfinanzierungen, Zuteilungen und Tilgungen, modelliert. Auf Basis einer Vielzahl von Verhaltensparametern ermittelt das Simulationsmodell vierteljährlich, ausgehend von den Einzelverträgen, auf Ebene des Gesamtkollektivs den statistisch zu erwartenden Gesamt-Cashflow sowie die GuV- und Bilanzdaten für die Planungsrechnung.

Im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme der Ausnahmeregelung nach § 1 Abs. 4 Bausparkassenverordnung (BSpkV) wurden Plausibilität und Prognosegüte des Kollektivsimulationsmodells von einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bestätigt. Darüber hinaus erfolgt eine jährliche Qualitätssicherung des Modells durch Backtesting und Soll-Ist-Vergleiche.

Die komplexe baupartechnische Simulation mit einer Vielzahl von Parametern leitet Annahmen über das Verhalten von Bausparern unter verschiedenen Zinsszenarien aus historischen Datenreihen ab. Bei der Modellierung der Parameter für das zukünftige Verhalten der Bausparer besteht das Risiko einer Fehleinschätzung, woraus negative Auswirkungen auf die Ertrags- und Vermögenslage resultieren können.

In die Kollektivsimulation gehen neben den existierenden Beständen auch Annahmen zum Neugeschäft der nächsten Jahre ein. Gravierende Effekte für die mittelfristige Ertragslage ergeben sich, wenn das tatsächliche Neugeschäft deutlich unterhalb der Annahmen liegt, da der Bausparkasse in diesem Fall weniger niedrig verzinsliche Kundenmittel zur Verfügung stehen.

Die Postbank sieht die aus dem Bauspargeschäft resultierenden Kollektivrisiken als wesentlich an. Zur Quantifizierung des für Kollektivrisiken erforderlichen Risikokapitalbedarfs wird ein szenariobasiertes Modell eingesetzt, die entsprechende Reporting- und Überwachungsfunktion nimmt das Risikocontrolling der BHW Bausparkasse wahr, das funktional in den Bereich Risikosteuerung der Postbank integriert ist.

Risikosteuerung von Reputationsrisiken

Kernelement des Reputationsrisikomanagements der Postbank ist die präventive Behandlung von reputationsrisikorelevanten Sachverhalten, die sich aus bestimmten Transaktionen, Geschäftspartnern oder Geschäftspraktiken mit Kundenbezug ergeben. Die primäre Verantwortung für die Identifizierung, Beurteilung und Eskalation derartiger Sachverhalte liegt bei den Leitungsebenen der einzelnen Ressorts bzw. Tochterunternehmen. Es gilt das Prinzip der dezentralen Steuerungsverantwortung. Bei der Erfüllung dieser Aufgaben werden die dezentralen Einheiten von den zentralen Infrastruktureinheiten unterstützt.

Zur Erörterung von Sachverhalten, die ein gravierendes Reputationsrisiko darstellen, ist das Reputationskomitee (RepKo) als Eskalationsgremium für die Postbank einzubeziehen. Dieses Komitee unterstützt den Gesamtvorstand im Rahmen des Risikomanagements hinsichtlich der Überwachung und Steuerung von Reputationsrisiken. Wesentliches Steuerungsziel ist es, Reputationsrisiken nach Möglichkeit vollständig durch Prävention zu verhindern oder zumindest die Auswirkungen eingetretener Reputationschäden durch entsprechende reaktive Maßnahmen zu minimieren.

Risikosteuerung residualer Geschäftsrisiken

Die Quantifizierungsverfahren zur Bestimmung der Geschäftsrisiken stehen in einem direkten konsistenten Zusammenhang mit der Ermittlung des ökonomischen Kapitals innerhalb des Risikotragfähigkeitskonzepts der Postbank. Als Grundlage zur Abschätzung der residualen Geschäftsrisiken dienen historische Soll-Ist-Vergleiche der Perioden.

Die Quantifizierung und Überwachung erfolgt teilweise auf Basis des Value-at-Risk-Konzepts, teilweise durch Anwendung von Szenarioanalysen, dabei werden die angewandten Verfahren regelmäßig im Hinblick auf ihre Güte überprüft. Die Limite werden vom BRK beschlossen.

Zur Analyse von außergewöhnlichen Ereignissen werden darüber hinaus in regelmäßigen Abständen weitere sowohl historisch abgeleitete als auch hypothetische Szenarioanalysen und Stresstests durchgeführt. Die mindestens

quartalsweise Berichterstattung und Limitüberwachung erfolgt aus dem Bereich Risikosteuerung der Deutschen Postbank AG.

Im Sinne eines Frühwarnsystems werden vom Controlling und von den Geschäftsfeldern laufend Markt- und Wettbewerbsdaten zur Identifizierung potenzieller Risiken erhoben und analysiert sowie entsprechende Gegenmaßnahmen entwickelt.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Im Folgenden werden im Sinne des § 315 Abs. 2 Nr. 5 Handelsgesetzbuch (HGB) die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess beschrieben. Die Postbank erachtet Informationen als wesentlich im Sinne des § 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB, wenn ihr Weglassen die auf der Basis des Konzernabschlusses sowie der weiteren Bestandteile der Rechnungslegung getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Adressaten beeinflussen könnte. Die Wesentlichkeit ist nicht allgemeingültig bestimmbar, sondern wird sachverhaltsabhängig festgelegt. Die Beurteilung der Wesentlichkeit ist abhängig von Art und Umfang des jeweils abgebildeten Sachverhalts. Zur Beurteilung der Frage, ob ein Sachverhalt wesentlich ist, geht die Postbank von dessen Bedeutung in Bezug auf den Konzernabschluss aus.

Aufgaben des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Die Postbank hat einen hohen Qualitätsanspruch an die korrekte Abbildung der Geschäftsvorfälle in der Rechnungslegung. Die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung ist Bestandteil des internen Kontrollsystems.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Postbank besteht aus Regelungen zur Steuerung der Unternehmensaktivitäten (internes Steuerungssystem bzw. Risikomanagementsystem) und Regelungen zur Überwachung der Einhaltung dieser Regelungen (internes Überwachungssystem).

Das interne Kontrollsystem der Postbank hat folgende Aufgaben:

- Sicherung der Wirksamkeit und der Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit entsprechend der Unternehmensstrategie,
- Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und der externen Rechnungslegung sowie
- Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Der Vorstand der Postbank ist für die Einrichtung des internen Kontrollsystems verantwortlich. Die Umsetzung wird durch entsprechende Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen sichergestellt.

Organisation des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Der Vorstand ist für die Aufstellung des Jahres- und des Konzernabschlusses sowie für die (Konzern-)Lageberichterstattung verantwortlich. Der Vorstand hat die Verantwortlichkeiten für die einzelnen Bestandteile und Prozessschritte

im Zusammenhang mit der Rechnungslegung in Form von Organisationsrichtlinien klar definiert und einzelnen Organisationseinheiten zugeordnet. Am Erstellungsprozess sind im Wesentlichen die Ressorts Finanzen, Vorstandsvorsitz, Ressourcen und Chief Risk Office beteiligt.

Die Postbank stellt ihren Konzernabschluss nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, auf. Des Weiteren berücksichtigt sie die ergänzend anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften gemäß § 340i HGB i. V. m. § 315a Abs. 1 HGB, die Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS), die branchenspezifischen Vorschriften für Kreditinstitute und die rechtsformspezifischen Vorschriften für Aktiengesellschaften (§§ 150–161 AktG).

Für Zwecke der Einbeziehung von Tochtergesellschaften erstellen die einzubeziehenden Unternehmen und Zweckgesellschaften Berichte (Konzern-Packages), die nach Konzernvorgaben der Bank aufgestellt werden.

Die Rechnungslegung erfolgt überwiegend durch die Bereiche im Ressort Finanzen, die folgende wesentliche Aufgaben haben:

- Überwachung gesetzlicher Neuerungen,
- Erstellung und Pflege der Bilanzierungsrichtlinien,
- ordnungsgemäße Erfassung und Verarbeitung der rechnungslegungsbezogenen Daten/Geschäftsvorfälle in den IT-Anwendungen,
- Zusammenstellung des Konzernabschlusses nebst Konzernlagebericht,
- Bereitstellung der Informationen für die Segmentberichterstattung.

Darüber hinaus erfolgen bestimmte Tätigkeiten in den Bereichen des Ressorts Vorstandsvorsitz, die folgende wesentliche Aufgaben haben:

- Koordination der Entsprechenserklärung im Sinne des § 161 AktG,
- Bereitstellung bestimmter Anhangangaben.

Das Ressort Ressourcen ist im Rahmen des Rechnungslegungsprozesses insbesondere mit den folgenden Tätigkeiten betraut:

- Schaffung der Ansatzvoraussetzungen, Bewertung (bestmögliche Schätzung) und kontinuierliche Prüfung der Personal- und Pensionsrückstellungen sowie die Bereitstellung der damit in Zusammenhang stehenden Anhangangaben,
- Bereitstellung weiterer relevanter Angaben zu Anhang und Risikobericht.

Das Chief Risk Office nimmt folgende Aufgaben wahr:

- Erstellung von Beschlüssen zu Einzelwertberichtigungen von in- und ausländischen Krediten,

- Bereitstellung der offenzulegenden Informationen hinsichtlich der Markt-, Kredit-, Liquiditäts- und Operationellen Risiken,
- Bereitstellung relevanter Angaben zu Anhang und Risikobericht.

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand zu überwachen. Im Rahmen der Rechnungslegung fällt ihm die Billigung des Konzernabschlusses der Postbank zu. Der vom Aufsichtsrat gebildete Prüfungsausschuss hat folgende Aufgaben:

- Beratung und Überwachung hinsichtlich Rechnungslegung, des internen Kontrollsystems, Risikomanagement und -controlling, soweit nicht der Risikoausschuss zuständig ist, Interner Revision und Compliance,
- Befassung mit Fragen der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers,
- Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten, Festlegung der Honorarvereinbarung.

Der Prüfungsausschuss bedient sich zur Erfüllung seiner Aufgaben seines Auskunftsrechts gegenüber der Internen Revision.

Darüber hinaus hat die Interne Revision der Postbank eine prozessunabhängige Überwachungsfunktion. Sie führt im Auftrag des Vorstands Prüfungen in sämtlichen Unternehmensbereichen durch und ist ihm direkt unterstellt und berichtspflichtig. Neben der Ordnungsmäßigkeit und der Funktionssicherheit der Prozesse und Systeme beurteilt sie insbesondere die Wirksamkeit und die Angemessenheit des internen Kontrollsystems sowie des Risikomanagements im Allgemeinen.

Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht sind, bevor der Konzernabschluss gebilligt wird, durch den von der Hauptversammlung gewählten Abschlussprüfer zu prüfen.

Der vom Abschlussprüfer anzufertigende Prüfungsbericht ist dem Aufsichtsrat der Postbank vorzulegen.

Komponenten des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Als eine Komponente des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems stellt das Kontrollumfeld der Postbank den Rahmen dar, innerhalb dessen die bestehenden Regelungen in der Postbank eingeführt und angewendet werden. Es ist geprägt durch die Grundeinstellungen, das Problembewusstsein und das Verhalten des Managements in Bezug auf das interne Kontrollsystem. Das Kontrollumfeld beeinflusst wesentlich das Kontrollbewusstsein der Mitarbeiter. Ein günstiges Kontrollumfeld ist Voraussetzung für die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems.

Die ordnungsgemäße fachliche Berücksichtigung der Geschäftsvorfälle wird durch Bilanzierungsrichtlinien und andere Regelungen sichergestellt, die einer fortlaufenden Überprüfung unterzogen und bei Bedarf angepasst werden. Für die Verbuchung verwendet die Postbank das System SAP. Darüber hinaus wird auf individuelle Tools zur Datenverarbeitung (IDV) zurückgegriffen, deren Ausgestaltung

im Rahmen des Monitoring der individuellen Datenverarbeitung überwacht wird. Die Konzern-Packages der einzubeziehenden Gesellschaften werden von den Gesellschaften in das System SAP SEM geladen oder in Einzelfällen manuell eingepflegt. Aus diesen Daten sowie auf Basis weiterer von den zu konsolidierenden Gesellschaften zur Verfügung gestellten Informationen erstellt die Bank ihren Konzernabschluss.

Dem Risiko einer nicht regelungskonformen Abschlusserstellung wird durch entsprechende Vorgaben in den Richtlinien entgegengesteuert. Die Konzern-Packages werden einer Prüfung auf Konformität mit den Konzernhandbüchern unterzogen. Der Konzernabschluss wird im Bereich Rechnungswesen qualitätsgesichert. Die Tochtergesellschaften werden monatlich über Fristen und Änderungen für die Erstellung des Konzernabschlusses informiert. Die Konzernrichtlinien werden regelmäßig aktualisiert und in ihrer jeweilig jüngsten Fassung an die Tochtergesellschaften kommuniziert.

Es kommen allgemein anerkannte Bewertungsverfahren zum Einsatz. Die angewendeten Verfahren sowie die zugrunde liegenden Parameter werden regelmäßig kontrolliert und soweit erforderlich angepasst.

Maßgeblicher Grundsatz für die Ausgestaltung der Prozesse ist die klare Trennung von unvereinbaren Tätigkeiten. In diesem Zusammenhang kommt dem Vier-Augen-Prinzip eine hohe Bedeutung zu. Bei der Verarbeitung der Geschäftsvorfälle erfolgt die Buchung grundsätzlich im Vier-Augen-Prinzip. Hierbei ist entweder ein technisches oder ein organisatorisches Vier-Augen-Prinzip oder die Kombination beider vorgesehen.

Der Rechnungslegungsprozess für den Jahresabschluss umfasst die fachliche Begleitung der auftretenden Geschäftsvorfälle, die Datenerfassung und -verarbeitung, die Berichterstellung sowie die Veröffentlichung der Bestandteile der Rechnungslegung. Die Konzernabschlusserstellung umfasst darüber hinaus im Wesentlichen die Bestimmung des Konsolidierungskreises, die Meldungen der einbezogenen Gesellschaften, die Intercompany-Abstimmung, die Währungsumrechnung, automatisierte und manuelle Konsolidierungsbuchungen sowie die letztendliche Generierung des Konzernabschlusses.

Der gesamte Rechnungslegungsprozess wird durch IT-Anwendungen unterstützt. Bei den Anwendungen handelt es sich um Standardprogramme und Individualsoftware. Ausgehend von der IT-Strategie und der Risikostrategie der Postbank, bestehen Regelungen und Verfahren bezüglich der Programmentwicklung und -änderung, der Datensicherung sowie der Zugriffsberechtigung, die die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sicherstellen.

Als prozessintegrierte Kontrollen werden programmintegrierte Plausibilisierungen sowie automatisierte und manuelle Abstimmungen vorgenommen. So führt die Bank regelmäßig Haupt- und Nebenbuchabstimmungen durch.

Interne Revision

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems in der Postbank. Sie ist organisatorisch dem Vorstand Ressourcen unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Die Interne Revision ist den Standards des Institute of Internal Auditors (IIA) bzw. des Deutschen Instituts für Interne Revision verpflichtet. Sie prüft, entsprechend den MaRisk, risikoorientiert und prozessunabhängig die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements im Allgemeinen und des internen Kontrollsystems im Besonderen sowie die Ordnungsmäßigkeit grundsätzlich aller Aktivitäten und Prozesse. Darüber hinaus erstreckt sich ihre Aufgabenwahrnehmung in abgestufter Form auch auf die Tochtergesellschaften in der Postbank. Die Tätigkeiten in den Tochtergesellschaften reichen von einer Beratungsfunktion bis hin zur vollständigen Ausübung der Internen Revision.

Die Prüfungsplanung der Internen Revision basiert – im Einklang mit der Methodik der Deutschen Bank – auf einem dynamischen Verfahren. In einem kontinuierlichen Risk Assessment werden die mit den Geschäftsfeldern verbundenen inhärenten Risiken und die korrespondierenden Kontrollmaßnahmen analysiert und bewertet. Hieraus abgeleitet, ergibt sich der risikoorientierte Prüfungsplan für das Geschäftsjahr. Mit dessen Durchführung wird die Interne Revision durch den Vorstand beauftragt.

Neben regelmäßigen Prüfungen führt die Interne Revision anlassbezogen Sonderuntersuchungen durch und ist bei der Einführung und Umsetzung von wesentlichen Projekten begleitend prüferisch tätig. Die Prüfungskonzepte werden laufend den Erkenntnissen aus den Risk Assessments entsprechend angepasst. So werden z. B. neue Produkte, Veränderungen im internen Kontrollsystem oder Organisationsveränderungen in der Prüfungsdurchführung ebenso berücksichtigt wie Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Vergütungssysteme

Die Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme (InstitutsVergV) vom 6. Oktober 2010 wurde am 16. Dezember 2013 durch eine Neufassung ersetzt, die zum 1. Januar 2014 in Kraft getreten ist. Die strukturellen Anforderungen in Bezug auf die Einrichtung eines Vergütungskontrollausschusses (Ausschuss des Aufsichtsrats) sowie der Funktion eines Vergütungsbeauftragten sind bereits von den zuständigen Gremien beschlossen worden. Die weiteren Änderungen der InstitutsVergV werden von der Postbank zeitgerecht umgesetzt.

Die Vergütungssysteme der Postbank erfüllen die in der InstitutsVergV geregelten allgemeinen und besonderen Anforderungen. Sie stehen im Einklang mit den in den Strategien niedergelegten Zielen und sind so ausgerichtet, dass negative Anreize vermieden werden. Die Mitarbeiter werden entsprechend ihren Aufgaben und ihrer Verantwortung angemessen vergütet; die Vergütungssysteme werden jährlich auf ihre Angemessenheit hin überprüft.

Bezüglich der besonderen Anforderungen an die Vergütungssysteme von Geschäftsleitern und Mitarbeitern, deren Tätigkeit wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil hat, wurden die Vergütungssysteme so ausgestaltet, dass diese

die auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Unternehmensziele noch stärker unterstützen. Die Vergütungssysteme stehen im Einklang mit den Anforderungen der InstitutsVergV. Soweit dies zivil-, arbeits- und gesellschaftsrechtlich möglich war, wurden die notwendigen Anpassungen nach Prüfung gemäß § 10 InstitutsVergV in den Anstellungsverträgen nachgezogen.

PROGNOSEBERICHT

Weltwirtschaft

Die globale Wirtschaft befindet sich zu Beginn des Jahres 2014 in einer Phase der Wachstumsbeschleunigung. Impulse sind insbesondere von den entwickelten Volkswirtschaften zu erwarten. Viele Industrieländer sollten ihre Wachstumsschwäche überwunden haben. Unterstützung erhält deren Konjunktur durch die weiterhin expansive Geldpolitik.

Zudem hat der Druck zur fiskalischen Konsolidierung abgenommen. Die von dieser Seite ausgehenden Effekte, die das Wachstum in den letzten Jahren deutlich gebremst haben, sollten deshalb nachlassen. Vom Aufschwung in den Industrieländern sollten insbesondere auch die aufstrebenden Länder mit einem starken Exportsektor profitieren. Risiken für das globale Wachstum könnten vor allem von Turbulenzen an den Finanzmärkten ausgehen, falls diese infolge des sich abzeichnenden Aufschwungs vorzeitig Zinserhöhungen durch die Notenbanken einpreisen. Ein Wiederaufflammen der Staatsschuldenkrise im Euroraum könnte das Wachstum ebenfalls erheblich dämpfen. Auf der anderen Seite könnten die globalen Auftriebskräfte eine stärkere Eigendynamik entwickeln, als derzeit erwartet. Der IWF rechnet für 2014 mit einer Zunahme der globalen Wirtschaftsleistung um 3,6 % nach einem Plus von 2,9 % im Jahr 2013.

In den USA dürfte die Nachfrage 2014 auf breiter Front wachsen. Die deutliche Verbesserungstendenz am Arbeitsmarkt sollte zu einer verstärkten Zunahme des privaten Verbrauchs führen. Die Bauinvestitionen werden wohl erneut recht kräftig ausgeweitet. Deutliche Impulse sind auch von den Unternehmensinvestitionen zu erwarten. Der Staatsverbrauch wird aufgrund der sich abzeichnenden Einigung auf ein reguläres Budget die Konjunktur anders als in den Vorjahren wohl nicht mehr belasten. Exporte und Importe sollten sich deutlich beleben. Per saldo dürften aus dem Außenhandel aber keine stärkeren Wachstumseffekte resultieren. Insgesamt wird sich das BIP-Wachstum voraussichtlich spürbar beschleunigen. Wir rechnen für 2014 mit einem BIP-Wachstum von 3,5 %.

Die japanische Wirtschaft befindet sich in einem stabilen Aufschwung. Das Exportwachstum sollte sich aufgrund der globalen Wachstumsbeschleunigung 2014 deutlich verstärken, sodass vom Außenhandel wohl ein positiver Wachstumsimpuls ausgehen wird. Auch die Binnennachfrage sollte sich im Trend weiter beleben. Impulse sollten vor allem von den Unternehmensinvestitionen ausgehen. Die beabsichtigte kräftige Anhebung des Mehrwertsteuersatzes dürfte jedoch den privaten Verbrauch vorübergehend spürbar belasten. Das BIP wird deshalb voraussichtlich mit 0,7 % deutlich schwächer wachsen als im Vorjahr.

Die allmähliche Erholung der Konjunktur im Euroraum dürfte sich 2014 fortsetzen und dabei im Jahresverlauf leicht verstärken. Infolge der Verbesserung des globalen Umfelds sollte sich das Exportwachstum beleben. Da aber auch die Importe stärker zunehmen dürften, wird der Außenhandel voraussichtlich einen geringeren Wachstumsbeitrag leisten als in den Vorjahren. Die Staaten dürften zwar ihren Konsolidierungskurs fortsetzen, jedoch in deutlich abgeschwächtem Maße. Die Belastungen der privaten Haushalte über Steuer- und Abgabenerhöhungen sollten deutlich nachlassen und zusammen mit einer Stabilisierung an den Arbeitsmärkten eine leichte Zunahme des privaten Verbrauchs

ermöglichen. Bei gleichzeitiger Belebung der Weltkonjunktur und einem weiteren Abebben der Staatsschuldenkrise sollte dies eine Erholung der Bruttoanlageinvestitionen von sehr niedrigem Niveau aus ermöglichen. Insgesamt dürfte die konjunkturelle Dynamik aber noch verhalten bleiben und 2014 nur zu einem moderaten BIP-Wachstum von 1,0 % führen.

Konjunkturausblick für Deutschland

Deutschland befindet sich zum Jahreswechsel im Übergang von einer wirtschaftlichen Erholung zu einem konjunkturellen Aufschwung. Eine spürbare Belebung ist bei den Exporten zu erwarten, die sowohl von dem sich verstärkenden globalen Wachstum als auch von der sich stabilisierenden Nachfrage im Euroraum profitieren sollten. Bei gleichzeitig deutlich steigenden Importen dürfte der Außenhandel aber nur einen geringen Beitrag zum BIP-Wachstum leisten. Die Verbesserung des weltwirtschaftlichen Umfelds reduziert die Unsicherheit für die Unternehmen, die deshalb ihre Investitionszurückhaltung aufgeben sollten. In der Folge könnten die Ausrüstungsinvestitionen deutlich steigen. Auch bei den Bauinvestitionen zeichnet sich, getragen vor allem vom Wohnungsbau, ein Zuwachs ab. Aufgrund der regeren Investitionstätigkeit wird die Zahl der Erwerbstätigen wohl erneut kräftig steigen, und die Arbeitslosigkeit sollte im Jahresverlauf sinken. Dies schafft günstige Voraussetzungen für steigende Einkommen der privaten Haushalte und bei einer weiterhin sehr niedrigen Inflationsrate auch für eine anhaltende Zunahme des privaten Verbrauchs. Das Wachstum des BIP dürfte sich deshalb 2014 deutlich auf 1,5 % verstärken.

Märkte

Die Belastung der globalen Märkte durch die EWU-Staatsschuldenkrise sollte 2014 weiter nachlassen. Die davon ausgehenden Risiken bleiben aber präsent. Sollte sich die Konjunktur im Euroraum entgegen unserer Erwartung nicht weiter erholen, könnte die Krise erneut aufflammen. Gleiches gilt für den Fall politischer Turbulenzen. Vor diesem Hintergrund, vor allem aber aufgrund der nur verhaltenen konjunkturellen Erholung und der niedrigen Inflation im Euroraum dürfte die Geldpolitik der EZB sehr expansiv bleiben. Sie wird ihren Leitzins 2014 unserer Einschätzung nach konstant bei 0,25 % halten. Mit Leitzinserhöhungen rechnen wir frühestens für den späteren Verlauf des Jahres 2015. Zudem sollte die EZB 2014 an ihren unkonventionellen Maßnahmen wie der Vollzuteilung bei ihren Refinanzierungsgeschäften festhalten. Für den Fall, dass die Konjunktur erneut in eine Rezession zurückfällt oder die Inflationsrate nochmals sinkt, halten wir auch eine weitere Reduzierung des Leitzinses nicht für ausgeschlossen. Eine Absenkung des Einlagenzinssatzes in den negativen Bereich wäre unseres Erachtens aber auch unter diesen Voraussetzungen unwahrscheinlich. Eher dürfte die EZB, falls erforderlich, zusätzliche Sondermaßnahmen ergreifen, wie z. B. neuerliche langfristige Refinanzierungsgeschäfte oder auch Ankäufe von Anleihen am Sekundärmarkt. Von einer Aktivierung des OMT-Programms (Outright Monetary Transactions) gehen wir allerdings nicht aus, da derzeit kein EWU-Mitgliedsland die entsprechenden Bedingungen erfüllt. Die US-Notenbank dürfte ihren Leitzins 2014 in der Spanne von 0 % bis 0,25 % belassen. Ihr Ankaufprogramm für Anleihen sollte sie aber im Jahresverlauf beenden, wobei das Tempo in hohem Maße von der konjunkturellen Entwicklung abhängen dürfte.

Die Normalisierung der Verhältnisse am Rentenmarkt sollte sich 2014 fortsetzen. Bei einem weiteren Abebben der EWU-Staatsschuldenkrise würde die Funktion von Bundesanleihen

als „sicherer Hafen“ weiter an Bedeutung verlieren. In den USA dürfte die allmähliche Abkehr der Fed von ihrer extrem expansiven Geldpolitik zu tendenziell höheren Renditen von Staatsanleihen führen, was auch auf den deutschen Markt ausstrahlen sollte. Die sich verbessernde konjunkturelle Lage im Euroraum spricht ebenfalls für anziehende Kapitalmarktzinsen. Das Steigerungspotenzial sollte jedoch durch die expansive Geldpolitik der EZB und durch die weiterhin niedrige Inflation im Euroraum begrenzt bleiben. Wir rechnen deshalb für 2014 mit einer leichten Erhöhung der Rendite zehnjähriger Bundesanleihen auf 2,25 %. Bei konstant niedrigen Leitzinsen dürfte die Zinsstrukturkurve etwas steiler werden.

Die Aussichten für Unternehmensanleihen sind gespalten. Einerseits sollten sie prinzipiell von der erwarteten konjunkturellen Belebung profitieren. Da sich die Risikoprämien aber bereits auf niedrigen Niveaus befinden, sehen wir per saldo nur noch geringes Potenzial für eine weitere Einengung. Die allmähliche Abkehr der US-Notenbank von ihrer extrem expansiven Geldpolitik birgt zudem Risiken. Insbesondere wenn die Marktteilnehmer frühzeitig beginnen sollten, Leitzinserhöhungen einzupreisen, könnten sich die Renditeaufschläge ausweiten. Hiervon wären dann voraussichtlich Anleihen mit geringer Bonität am stärksten betroffen.

Im Hinblick auf die Risikoaufschläge, die für Staatsanleihen der sogenannten Peripherieländer in der Eurozone verlangt werden, halten wir eine weitere Einengung für möglich, sofern die Haushaltsdefizite nachhaltig gesenkt werden und sich die konjunkturelle Erholung im Euroraum, wie erwartet, fortsetzt. Die Risikoaufschläge sind aber in den meisten Fällen bereits so weit zurückgegangen, dass von einer klaren Übertreibung nicht mehr gesprochen werden kann. Die Spielräume für ein weiteres Hereinlaufen der Spreads sind deshalb inzwischen eng begrenzt. Gleichzeitig dürften die Märkte für Staatsanleihen bei einem Wiederaufflammen der Krise anfällig für Rückschläge bleiben.

Branchensituation

Eine deutliche und nachhaltige Verbesserung des operativen Geschäfts sowie die Implementierung neuer regulatorischer Anforderungen dürften für deutsche Banken bis Ende 2014 zentrale Themen bleiben. Hierbei sollten die laufende Bilanzprüfung durch die EZB und die vollumfängliche Übernahme der Aufsicht durch die EZB über die bedeutendsten Kreditinstitute des Euroraums ab dem 4. November 2014 von besonderer Bedeutung sein.

Das anhaltend niedrige Zinsniveau dürfte eine Verbesserung des operativen Geschäfts bei deutschen Banken erschweren. Bis Ende 2014 erwarten wir keinen signifikanten Zinsanstieg. Ausweitungen der Zinsmarge dürften daher nur eingeschränkt möglich sein, zumal der harte Wettbewerb im deutschen Privatkunden- und KMU-Segment nicht nur das Provisionsergebnis, sondern auch die Zinsmarge belastet. Im Kreditgeschäft mit diesen Kundengruppen sind zudem nur moderate Zuwächse zu erwarten. Deutliche Steigerungen von Provisionsergebnis und Zinsüberschuss sollten daher nur schwer erreichbar sein. Die niedrigen Finanzierungskosten könnten aber das Emissionsgeschäft mit Schuldverschreibungen und Aktien sowie die M&A-Aktivitäten der Unternehmen stimulieren. Dies würde sich positiv auf die Erträge aus dem Investmentbanking auswirken. Wegen der anhaltend schwierigen Rahmenbedingungen auf der Ertragsseite dürfte auch 2014 bei vielen Instituten eine weitere Kostenoptimierung auf der Agenda stehen.

Die Drei-Säulen-Struktur des deutschen Bankenmarkts mit privaten, öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Instituten wird nach unserer Einschätzung auch bis Ende 2014 Bestand haben. Fusionen bzw. Übernahmen sollten überwiegend innerhalb der einzelnen Institutsgruppen erfolgen. Nennenswerte Veränderungen der Marktstellung bzw. der Wettbewerbssituation einzelner Banken dürften sich auf die Landesbanken beschränken.

Die Reputation und die Geschäftsergebnisse der deutschen Bankenbranche können auch künftig durch Rechtsstreitigkeiten belastet werden.

Investitionsschwerpunkte der Postbank

Auch 2014 wird weiterhin das Programm Magellan zur Schaffung einer gemeinsamen Retail-Plattform für Postbank und Deutsche Bank verfolgt, das darauf ausgelegt ist, durch die Vereinheitlichung von Systemen Synergien zu erreichen. Ihm wird auch in den nächsten Jahren parallel zu den Investitionen in die Einhaltung und Anpassung von regulatorischen Themen größtes Gewicht im Investitionsportfolio der Postbank zukommen. Zu den Letztgenannten zählen u. a. die Erfüllung von Liquiditäts- und Kapitalanforderungen sowie von bilanzrechtlichen Vorgaben, SEPA, Basel III und verschiedene Verbraucherschutzthemen. Lifecycle-Investitionen werden im Jahr 2014 – soweit technisch notwendig – umgesetzt, jedoch nach Möglichkeit vermieden, soweit ihre Erfordernis im Zuge der Einführung von Magellan entfällt.

Umsetzung von Basel III

Zum 1. Januar 2014 sind in Umsetzung der Vorgaben aus dem Basel-III-Rahmenwerk des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht die Neuregelungen der CRD IV und der CRR in Kraft getreten. Aus diesen ergeben sich sowohl höhere Anforderungen an die Qualität und die Quantität des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals als auch höhere Anrechnungsbeträge der mit Eigenkapital zu unterlegenden Aktiva. Zusätzlich werden Mindestanforderungen an die Liquiditätsausstattung der Banken gestellt, und der Verschuldungsgrad der Banken wird beobachtet.

Die Umstellung auf die neuen Regelungen von Basel III wird bei den Banken tendenziell zu einer Minderung des aufsichtsrechtlich anerkannten Eigenkapitals und einem Anstieg der risikogewichteten Aktiva führen. Dies gilt auch für die Postbank. Die regulatorischen Neuerungen werden jedoch zeitlich gestaffelt in einer Übergangsperiode bis 2022 eingeführt, um den Banken die nötige Zeit zur Anpassung an die verschärften Anforderungen zu geben. Parallel hierzu werden sukzessive bis 2018 die Mindestkapitalquoten angehoben, und es sind ein zusätzlicher Kapitalerhaltungspuffer sowie gegebenenfalls ein antizyklischer Kapitalpuffer aufzubauen.

Die Postbank hat seit 2012 im Rahmen entsprechender Projektaktivitäten die Umsetzung der Anforderungen aus der CRD IV und der CRR in ihren Systemen und Prozessen vorangetrieben. 2014 werden zusätzlich die Neuerungen aus den sogenannten Technical Standards implementiert, deren Veröffentlichung sukzessive bis in das dritte Quartal 2014 hinein geplant ist.

Die Postbank hat ihre Eigenkapitalbasis bereits in den vergangenen Jahren deutlich gestärkt und ist so für die Umsetzung von Basel III gut vorbereitet. Daneben hat die De-Risking-Strategie der Postbank dazu beigetragen, den von den Aufsichtsbehörden zunächst nur beobachteten,

nicht aber limitierten Verschuldungsgrad (Leverage) deutlich zu reduzieren.

Ausblick für den Postbank Konzern

Erwartete Entwicklung der Ergebnissituation des Postbank Konzerns

Die folgende Einschätzung des voraussichtlichen Geschäftsverlaufs der Postbank für das Jahr 2014 basiert auf den in diesem Konzernlagebericht skizzierten volkswirtschaftlichen Grundannahmen und Erwartungen. Eine erneute Verschärfung der Staatsschuldenkrise und/oder mögliche Rückschläge und Verwerfungen an den internationalen Kapital- und Immobilienmärkten könnten sich negativ auf dieses Szenario auswirken. Auch die anhaltende Diskussion um eine weitere Verschärfung der regulatorischen Vorschriften für den Bankensektor könnte einen signifikanten Einfluss auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage der Postbank haben, der im folgenden Basisszenario nicht berücksichtigt wurde.

Spürbare Synergien erwarten wir aus der weiter fortschreitenden Integration der Postbank Gruppe in den Deutsche Bank Konzern; diese sollten die kurz-, mittel- und langfristige Ergebnissituation der Postbank und ihrer Geschäftsbereiche positiv beeinflussen. Aus Maßnahmen zum Erzielen von Synergien werden allerdings kurz- und mittelfristig Sonderbelastungen entstehen, so z. B. aus der Realisierung der gemeinsamen IT-Plattform. Die derzeit erwarteten Ertrags- und Kostensynergien aus der Integration sind im nachfolgenden Ausblick berücksichtigt.

Das Geschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden mit seinen soliden Ertragsströmen bildet unverändert die Basis für die künftige Ergebnisentwicklung der Postbank. Im Fokus steht dabei u. a. die Verbesserung der – um integrationsbedingte Aufwendungen bereinigten – Kostenbasis. Hier werden sich durch die Einbindung in den Deutsche Bank Konzern verstärkt Effizienzpotenziale ergeben.

Neben der Fortführung unserer De-Risking-Strategie haben wir uns zum Ziel gesetzt, das Bilanzvolumen der Postbank weiter zu reduzieren, um anstehenden regulatorischen Vorgaben (insbesondere Leverage Ratio) proaktiv zu begegnen. Dabei nehmen wir auch die ergebniswirksame Realisierung von Verlusten in Kauf, die in gewissem Umfang im Plan für 2014 enthalten sind. Ein über den Plan hinausgehender Risiko- bzw. Bilanzabbau könnte zu Abweichungen gegenüber dem nachfolgenden Ausblick führen.

Im Einzelnen erwarten wir, dass sich der Zinsüberschuss im Jahr 2014 trotz des anhaltend niedrigen Zinsniveaus insgesamt auf dem Niveau des Jahres 2013 bewegen wird. Das Zinsergebnis der NCOU dürfte sich dabei insbesondere aufgrund auslaufender hochverzinslicher Fälligkeiten auf der Passivseite verbessern. Im operativen Kerngeschäft erwarten wir ebenfalls eine stabile Entwicklung, wobei steigende Erträge im Kreditgeschäft die rückläufigen Erträge aus dem Einlagengeschäft kompensieren sollten. Belastende Einmal-effekte erwarten wir aus dem geplanten aktiven Abbau des Bilanzvolumens.

Auch der Provisionsüberschuss dürfte im Jahr 2014 weitgehend konstant bleiben, da planmäßige Rückgänge aus dem postalischen Geschäft durch wachsende Erträge, insbesondere aus dem Wertpapier- und Girogeschäft, kompensiert werden sollten.

Aufgrund eines wegfallenden positiven Sondereffekts von 262 Mio € im Finanzanlageergebnis des Jahres 2013 rechnen wir für 2014 mit einem deutlichen Rückgang des Ergebnisses in dieser Position, obwohl sich die Belastungen aus dem De-Risking verringern sollten. Insgesamt erwarten wir ein leicht negatives Finanzanlageergebnis.

Die Gremien der Postbank haben zum Jahresende 2013 jedoch unter bestimmten Bedingungen einer Bündelung von Servicegesellschaften in einer Holding innerhalb des Deutsche Bank Konzerns zugestimmt. Aufgrund der auf-schiebenden Bedingungen sind die Auswirkungen auf die jeweiligen Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung in der Kommentierung noch nicht reflektiert. Die Postbank würde an dieser Holding maßgeblich beteiligt. Aufseiten der Postbank würde dieser Schritt die Gesellschaften Betriebs-Center für Banken AG, VÖB-ZVD Processing GmbH, Postbank Direkt GmbH, Postbank Service GmbH und BHW Kredit-service GmbH umfassen. Bei Umsetzung der Maßnahme, die voraussichtlich im Jahresverlauf 2014 durchgeführt werden soll, würden erneut deutlich positive Sondereffekte im Rahmen der Entkonsolidierung entstehen, die primär im Finanzanlageergebnis auftreten.

Im Handelsergebnis gehen wir für das Jahr 2014 von nur leicht negativen Ergebnisbeiträgen aus und erwarten damit eine spürbare Verbesserung im Vergleich zum Jahr 2013, das durch Belastungen, insbesondere aus dem Segment NCOU (SCP) und dem Einsatz von Währungsabsicherungsinstrumenten (Cross Currency Swaps), geprägt war.

Die Risikoversorge sehen wir für 2014 auf Vorjahresniveau. Durch konsequentes De-Risking sollten sich die Risikokosten im Segment NCOU reduzieren. Im Kerngeschäft erwarten wir eine Erhöhung der Risikoversorge, die auf das geplante Geschäftswachstum zurückzuführen ist.

Im Hinblick auf den Verwaltungsaufwand gehen wir für das Jahr 2014 von einem starken Rückgang um rund 5 % aus, der insbesondere auf einen wegfallenden negativen Sondereffekt in Höhe von 180 Mio € im Jahr 2013 (Goodwill-Impairment auf die Marke BHW) und auftretende Synergieeffekte zurückzuführen sein wird. Gegenläufig dürften sich die integrationsbedingten Aufwendungen leicht erhöhen. Auf der Grundlage der bereits initiierten Maßnahmen erwarten wir für 2014 einen Rückgang der Mitarbeiterzahl, umgerechnet auf Vollzeitkräfte, um rund 200. Die Bündelung von Servicegesellschaften im Konzern Deutsche Bank würde zusätzlich zu einer Verringerung der Mitarbeiterzahl in der Postbank führen.

Daraus ergibt sich insgesamt ein leichter Anstieg unserer zentralen Steuerungsgröße Cost Income Ratio und dementsprechend ein Rückgang des Return on Equity, und zwar jeweils in der Größenordnung von 1 bis 2 Prozentpunkten.

Bei Vollzug einer Bündelung der Servicegesellschaften im Jahresverlauf 2014 erwarten wir im Vergleich zum Jahr 2013 einen deutlichen Anstieg des Vorsteuerergebnisses um einen kleineren dreistelligen Millionen-Euro-Betrag. Allerdings ist die Maßnahme aufgrund der aufschiebenden Bedingungen noch nicht Bestandteil unserer verabschiedeten Planung. In dieser errechnet sich wegen des Wegfalls der im Jahr 2013 in Summe positiven Sondereffekte für das Vorsteuerergebnis des Jahres 2014 gegenüber Vorjahr ein Rückgang um einen höheren zweistelligen Millionen-Euro-Betrag.

Erwartete Entwicklung in den wesentlichen Geschäftsbereichen

Retail Banking

Vor dem Hintergrund der erwarteten konjunkturellen Entwicklung gehen wir für das Jahr 2014 von einer stabilen Entwicklung des Privatkundengeschäfts in Deutschland aus. Es handelt sich hier um einen wenig volatilen und gegenüber anderen Bereichen risikoärmeren Geschäftszweig. Wir unterstellen allerdings eine weiter steigende Wettbewerbsintensität. Mit unserer aktuellen Positionierung sehen wir uns hierfür sehr gut aufgestellt und wollen auf unserem Wachstumspfad voranschreiten.

Für das Jahr 2014 rechnen wir bei einem gleichbleibenden Zinsumfeld mit einem leicht rückläufigen Zinsüberschuss, einem moderat steigenden Provisionsüberschuss sowie einer gegenüber der außergewöhnlich guten Entwicklung im Jahr 2013 wieder deutlich ansteigenden Risikovorsorge, jedoch auf einem historisch gesehen weiterhin sehr guten Niveau. Sollten sich die von uns erwarteten Zinssteigerungen am langen Ende nicht einstellen, würde dies eine belastende Wirkung auf den Zinsüberschuss haben. Der Verwaltungsaufwand inklusive der konzerninternen Leistungsverrechnungen dürfte sich integrationsbedingt etwas erhöhen. In Summe erwarten wir in diesem Segment für 2014 ein um bis zu 100 Mio € unter dem guten Niveau des Jahres 2013 liegendes Vorsteuerergebnis.

Firmenkunden

Das Ergebnis vor Steuern des Segments Firmenkunden wird im Jahr 2014 nach unseren Erwartungen aufgrund eines spürbar rückläufigen Zinsüberschusses deutlich unter dem Niveau von 2013 liegen. Die anderen Ergebniskomponenten sollten weitgehend stabil bleiben. Die Geschäftsentwicklung wird wesentlich durch die Unterstützung des Bereichs für den Volumenabbau (De-Levering), die Fokussierung auf den Mittelstand sowie das Auslaufen historisch sehr margenstarker Geschäfte aus der Zeit nach der Finanzkrise geprägt sein.

Transaction Banking

Im Segment Transaction Banking erwarten wir bei unveränderter Struktur einen leichten Ergebnisrückgang für das Jahr 2014, der aus einem leicht steigenden Verwaltungsaufwand inklusive Leistungsverrechnung resultiert. Das Segment wäre von der erwähnten vorgesehenen, aber noch nicht in der Planung berücksichtigten Bündelung der Servicegesellschaften in einer Holding innerhalb des Deutsche Bank Konzerns besonders betroffen.

Financial Markets

Für das Segment Financial Markets, das u. a. die Ergebnisse aus dem Management unseres Bankbuchs beinhaltet, gehen wir aufgrund der erwähnten geplanten negativen Sondereffekte infolge des weiteren Bilanzvolumenabbaus von einer deutlichen Reduzierung des Zinsüberschusses aus. Zusätzlich dürfte der Verwaltungsaufwand aufgrund einer höheren konzerninternen Leistungsverrechnung spürbar steigen, sodass sich das Ergebnis des Segments gegenüber dem abgelaufenen Geschäftsjahr deutlich verschlechtern sollte. Wir erwarten deshalb für das Geschäftsjahr 2014 einen Segmentverlust knapp im dreistelligen Millionen-Euro-Bereich.

Non Core Operating Unit

Im Segment Non Core Operating Unit erwarten wir für 2014 eine deutlich positive Entwicklung des allerdings anhaltend negativen Ergebnisses. Das Zinsergebnis der NCOU dürfte sich dabei im niedrigen dreistelligen Millionen-Euro-Bereich, insbesondere aufgrund auslaufender hochverzinslicher Fälligkeiten auf der Passivseite, verbessern. Das Handels- und das Finanzanlageergebnis sollten ebenfalls vor allem durch wegfallende Belastungen aus dem SCP-Portfolio und die Entkonsolidierung der PB (USA) Holdings, Inc. sehr positiv beeinflusst werden. Im Finanzanlageergebnis sehen wir derzeit für 2014 ausschließlich moderate Belastungen aus den auslaufenden Kundengeschäften mit geschlossenen Fonds. Durch konsequentes De-Risking erwarten wir eine spürbare Reduzierung der Risikovorsorge.

Cost Center/Konsolidierung

Für dieses Segment erwarten wir für 2014 eine gegenüber dem Berichtsjahr deutlich negative Entwicklung des Ergebnisses. Dies resultiert insbesondere aus dem schon beschriebenen Wegfall der im Jahr 2013 angefallenen positiven und negativen Sondereffekte im Finanzanlageergebnis und im Verwaltungsaufwand, die im Segment Cost Center/Konsolidierung gebucht wurden.

Versicherung des Vorstands

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

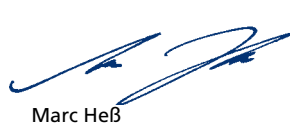
Bonn, 21. Februar 2014

Deutsche Postbank AG


Der Vorstand



Frank Strauß



Marc Heß



Hans-Peter Schmid



Ralf Stemmer



Hanns-Peter Storr

KONZERNABSCHLUSS

NACH INTERNATIONAL FINANCIAL REPORTING STANDARDS ZUM 31. DEZEMBER 2013

GESAMTERGEBNISRECHNUNG	96
BILANZ	98
EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG	99
KAPITALFLUSSRECHNUNG	100
ANHANG – NOTES	104
SEGMENTBERICHTERSTATTUNG (NOTE 40)	140
BESTÄTIGUNGSVERMERK	179

04

GESAMTERGEBNISRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS ZUM 31. DEZEMBER 2013

Gewinn- und Verlustrechnung	Erläuterungen	2013 Mio €	2012 ¹ Mio €
Zinserträge	(8)	5.158	6.100
Zinsaufwendungen	(8)	-2.695	-3.397
Zinsüberschuss	(8)	2.463	2.703
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(9)	-319	-384
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		2.144	2.319
Provisionserträge	(10)	1.376	1.423
Provisionsaufwendungen	(10)	-256	-269
Provisionsüberschuss	(10)	1.120	1.154
Handelsergebnis	(11)	-53	-103
Ergebnis aus Finanzanlagen	(12)	274	-15
Verwaltungsaufwand	(13)	-3.177	-2.991
Sonstige Erträge	(14)	129	148
Sonstige Aufwendungen	(15)	-119	-118
Ergebnis vor Steuern		318	394
Ertragsteuern	(16)	13	-106
Ergebnis nach Steuern		331	288
Ergebnis Konzernfremde		-1	-1
Konzerngewinn		330	287
Ergebnis je Aktie in €		1,51	1,31
Bereinigtes Ergebnis je Aktie in €		1,51	1,31

Verkürzte Gesamtergebnisrechnung	2013 Mio €	2012 ¹ Mio €
Ergebnis nach Steuern	331	288
Sonstiges Ergebnis nach Steuern	51	91
Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	-36	-266
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) aus leistungsorientierten Versorgungsplänen	-36	-266
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	-2	-16
Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können, vor Steuern	91	513
Veränderung der Neubewertungsrücklage	-47	516
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode vor Steuern	-25	409
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste vor Steuern	-22	107
Veränderung der Währungsumrechnungsrücklage	138	-3
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode vor Steuern	0	-3
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste vor Steuern	138	0
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können	-2	-140
Gesamtergebnis Konzernfremde	-1	-1
Gesamtergebnis	381	378

Die erfolgsneutral gebildeten Ertragsteuern, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können, entfallen in voller Höhe auf die Neubewertungsrücklage (Vorjahr: -138 Mio €).

Für das Ergebnis je Aktie wird der Konzerngewinn durch die während des Geschäftsjahres durchschnittlich gewichtete Stückzahl ausgegebener Aktien dividiert. Im Geschäftsjahr 2013 befanden sich durchschnittlich 218.800.000 (Vorjahr: 218.800.000) Aktien im Umlauf.

Das bereinigte Ergebnis je Aktie entspricht dem Ergebnis je Aktie, da – wie im Vorjahr – keine Wandel- oder Optionsrechte im Umlauf sind und somit kein Verwässerungseffekt vorhanden ist.

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2013

Aktiva	Erläuterungen	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 ¹ Mio €	01.01.2012 ¹ Mio €
Barreserve	(17)	1.739	2.054	3.652
Forderungen an Kreditinstitute	(18)	20.153	27.646	20.322
Forderungen an Kunden	(19)	101.313	106.266	110.743
Risikovorsorge	(21)	-1.478	-1.745	-1.826
Handelsaktiva	(22)	1.824	5.135	6.892
Hedging-Derivate	(23)	113	565	1.277
Finanzanlagen	(24)	34.024	37.027	46.480
Immaterielle Vermögenswerte	(25)	2.028	2.248	2.274
Sachanlagen	(26)	698	768	791
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien		-	-	73
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	(27)	115	113	206
Latente Ertragsteueransprüche	(27)	92	127	425
Sonstige Aktiva	(28)	728	719	647
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte	(6)	157	7.039	-
Summe der Aktiva		161.506	187.962	191.956

Passiva	Erläuterungen	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 ¹ Mio €	01.01.2012 ¹ Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(29)	18.282	17.334	20.050
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(30)	120.398	131.732	134.127
Verbriefte Verbindlichkeiten	(31)	7.342	9.436	12.727
Handelspassiva	(32)	1.681	5.953	8.591
Hedging-Derivate	(33)	460	1.002	1.817
Rückstellungen		1.608	2.974	2.625
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	(34)	93	1.530	1.229
b) Sonstige Rückstellungen	(35)	1.515	1.444	1.396
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	(36)	80	115	129
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	(36)	84	137	153
Sonstige Passiva	(37)	833	721	689
Nachrangkapital	(38)	4.358	3.196	5.438
Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten	(6)	168	9.382	-
Eigenkapital	(39)	6.212	5.980	5.610
a) Gezeichnetes Kapital		547	547	547
b) Kapitalrücklage		2.010	2.010	2.010
c) Andere Rücklagen		3.320	3.132	2.938
d) Konzerngewinn		330	287	111
Anteile in Fremdbesitz		5	4	4
Summe der Passiva		161.506	187.962	191.956

EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG

	Gezeichnetes Kapital	Kapital- rücklage	Gewinn- rück- lagen	Wäh- rungs- umrech- nungs- rücklage	Neu- bewer- tungs- rück- lage	Konzern- gewinn	Eigen- kapital vor Fremd- anteilen	Anteile in Fremd- besitz	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Stand 31.12.2011	547	2.010	3.424	-133	-306	111	5.653	4	5.657
Anpassung IAS 19 rev.			-47				-47		-47
Stand 01.01.2012	547	2.010	3.377	-133	-306	111	5.606	4	5.610
Ausschüttung							-		-
Veränderung der Gewinnrücklagen			111			-111	0		0
Gesamtergebnis 01.01.–31.12.2012			-282	-3	376	287	378		378
Eigene Aktien im Bestand							-		-
Übrige Veränderungen			-8	-2	2		-8	-	-8
Stand 31.12.2012	547	2.010	3.198	-138	72	287	5.976	4	5.980
Ausschüttung							-		-
Veränderung der Gewinnrücklagen			287			-287	0		0
Gesamtergebnis 01.01.–31.12.2013			-38	138	-49	330	381	1	382
Eigene Aktien im Bestand							-		-
Übrige Veränderungen			-150				-150	-	-150
Stand 31.12.2013	547	2.010	3.297	0	23	330	6.207	5	6.212

Im Gesamtergebnis sind Bewertungs- und Bestandsveränderungen der Finanzinstrumente Available for Sale sowie Neubewertungsgewinne/-verluste aus leistungsorientierten Versorgungsplänen enthalten.

Zum 31. Dezember 2013 entfallen von den Gewinnrücklagen 10 Mio € auf die entsprechenden zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerte.



Für die detailliertere Darstellung der Entwicklung der Neubewertungsrücklage wird auf Note 39 verwiesen.

Zum 31. Dezember 2013 hat die Postbank keine eigenen Aktien im Bestand.

KAPITALFLUSSRECHNUNG

	Erläuterungen	2013 Mio €	2012 ¹ Mio €
Konzerngewinn		330	287
Im Konzerngewinn enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit			
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Sach- und Finanzanlagen sowie Forderungen		408	473
Veränderungen der Rückstellungen	(34), (35), (36)	-64	93
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten		249	65
Gewinne aus der Veräußerung von Sach- und Finanzanlagen		-274	55
Sonstige Anpassungen (per Saldo, im Wesentlichen Zinsüberschuss)		-2.398	-2.430
Zwischensumme		-1.749	-1.457
Veränderungen des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile			
Forderungen an Kreditinstitute		7.076	-8.746
Forderungen an Kunden		2.829	1.141
Handelsaktiva		3.392	-2.711
Hedging-Derivate positive Marktwerte		387	-93
Sonstige Aktiva		-28	166
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		930	1.473
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		-11.027	-1.384
Verbriefte Verbindlichkeiten		-1.908	-2.184
Handelspassiva		-4.263	2.767
Hedging-Derivate negative Marktwerte		-535	190
Sonstige Passiva		188	40
Zinseinzahlungen		5.230	6.274
Zinsauszahlungen		-2.945	-3.514
Sonstige Zahlungszuflüsse		7	4
Erhaltene Dividendenzahlungen		0	1
Ertragsteuerzahlungen		-57	-155
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		-2.473	-8.188

	Erläuterungen	2013 Mio €	2012 Mio €
Einzahlungen aus der Veräußerung von			
Finanzanlagen		2.720	9.245
Anteilen an Tochterunternehmen	(2)	670	10
Sachanlagen/Investment Property		7	87
Immateriellen Vermögenswerten		-2	2
Auszahlungen für den Erwerb von			
Finanzanlagen		-1.194	-2.341
Anteilen an Tochterunternehmen		-11	-4
Sachanlagen/Investment Property		-41	-47
Immateriellen Vermögenswerten		-41	-62
Cashflow aus Investitionstätigkeit		2.108	6.890
Dividendenzahlungen		0	0
Mittelveränderungen aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (Saldo)		50	-297
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		50	-297
Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Geschäftsjahres	(17)	2.054	3.652
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		-2.473	-8.188
Cashflow aus Investitionstätigkeit		2.108	6.890
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		50	-297
Effekte aus Wechselkursänderungen		0	-3
Zahlungsmittelbestand zum Ende des Geschäftsjahres	(17)	1.739	2.054

Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand entspricht der Barreserve.

Die Ermittlung der Kapitalflussrechnung erfolgt nach der indirekten Methode. Hierbei wird der Netto-Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit ausgehend vom Konzerngewinn ermittelt, wobei zunächst diejenigen Aufwendungen zugerechnet und diejenigen Erträge abgezogen werden, die im Geschäftsjahr nicht zahlungswirksam waren.

Weiterhin werden alle Aufwendungen und Erträge eliminiert, die zwar zahlungswirksam waren, jedoch nicht dem operativen Geschäftsbereich zuzurechnen sind. Diese Zahlungen werden bei den Cashflows aus der Investitionstätigkeit oder der Finanzierungstätigkeit berücksichtigt.

INHALTSVERZEICHNIS

ANHANG – NOTES

ALLGEMEINE ANGABEN

(1) Grundlagen der Konzernrechnungslegung	104
(2) Konsolidierungskreis	104
(3) Konsolidierungsgrundsätze	106
(4) Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	106
(a) Fair Value und aktiver Markt	106
(b) Forderungen	107
(c) Leasinggeschäfte	107
(d) Risikovorsorge und Wertberichtigung	108
(e) Handelsaktiva	108
(f) Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte	108
(g) Hedging-Derivate	109
(h) Finanzanlagen	109
(i) Immaterielle Vermögenswerte	110
(j) Sachanlagen	111
(k) Sonstige Aktiva	111
(l) Verbindlichkeiten	112
(m) Handelspassiva	112
(n) Rückstellungen	112
(o) Währungsumrechnung	113
(p) Ertragsteuern	113
(q) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte	114
(5) Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung nach IFRS	114
(6) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte	116
(7) Anpassung von Vorjahreszahlen	116

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

(8) Zinsüberschuss	117
(9) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	117
(10) Provisionsüberschuss	118
(11) Handelsergebnis	118
(12) Ergebnis aus Finanzanlagen	119
(13) Verwaltungsaufwand	119
(14) Sonstige Erträge	120
(15) Sonstige Aufwendungen	120
(16) Ertragsteuern	120

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

(17) Barreserve	121
(18) Forderungen an Kreditinstitute	121
(19) Forderungen an Kunden	122
(20) Kreditvolumen	123
(21) Risikovorsorge	123
(22) Handelsaktiva	124
(23) Hedging-Derivate	124
(24) Finanzanlagen	124
(25) Immaterielle Vermögenswerte	126
(26) Sachanlagen	128
(27) Tatsächliche und latente Ertragsteueransprüche	129
(28) Sonstige Aktiva	130
(29) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	130
(30) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	130
(31) Verbriefte Verbindlichkeiten	131
(32) Handelspassiva	131
(33) Hedging-Derivate	131
(34) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	132
(35) Sonstige Rückstellungen	135
(36) Tatsächliche und latente Ertragsteuerpflichtungen	136
(37) Sonstige Passiva	137
(38) Nachrangkapital	137
(39) Eigenkapital	138

SONSTIGE ANGABEN

(40) Segmentberichterstattung	140
(41) Eventual- und andere Verpflichtungen	143
(42) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten	143
(43) Ertrags- und Aufwandsposten, Gewinne und Verluste gemäß IFRS 7 und Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien gemäß IAS 39	149
(44) Derivative Finanzinstrumente	150
(45) Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen	154
(46) Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	156
(47) Fremdwährungsvolumen	156
(48) Risikoaktiva und Eigenkapitalquote	156
(49) Risikokapital	156
(50) Restlaufzeitgliederung	157
(51) Sonstige finanzielle Verpflichtungen	158
(52) Treuhandgeschäfte	159
(53) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	159
(54) Beziehungen zu nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen	159
(55) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	161
(56) Andere Angaben	172
(57) Namen und Mandate der Organmitglieder	172
(58) Honorar des Abschlussprüfers gemäß §§ 285 Nr. 17, 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB	175
(59) Inanspruchnahme von § 264 Abs. 3 HGB	175
(60) Angaben gemäß § 313 Abs. 2 HGB	176
(61) Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex	178

ANHANG – NOTES

ALLGEMEINE ANGABEN

Die Muttergesellschaft der Deutschen Postbank AG, Bonn, ist die DB Finanz-Holding GmbH, Frankfurt am Main, eine 100 %ige Tochtergesellschaft der Deutschen Bank AG, Frankfurt am Main. Die Unternehmen des Postbank Teilkonzerns sind in den Konzernabschluss der Deutschen Bank AG einbezogen.

(1) Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Die Deutsche Postbank AG hat als börsennotierte Aktiengesellschaft für das am 31. Dezember 2013 endende Geschäftsjahr ihren Konzernabschluss nach den in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Der Abschluss stellt einen Jahresfinanzbericht im Sinne des § 37v WpHG dar.



Eine Übersicht über die angewandten Rechnungslegungsvorschriften (Stand 31. Dezember 2013) enthält die Anlage zu diesem Konzernabschluss.

Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (Going Concern) vorgenommen. Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt. Sie werden in der Periode erfasst und ausgewiesen, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind.

Der Konzernabschluss umfasst die Gesamtergebnisrechnung, die Bilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung sowie den Anhang (Notes).

Alle Beträge werden, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wurde, in Millionen Euro (Mio €) angegeben.



Sämtliche im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung nach IFRS notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Die Annahmen und Schätzungen beziehen sich im Wesentlichen auf die Ermittlung der Fair Values bei bestimmten Finanzinstrumenten einschließlich der Einschätzung des Vorliegens eines aktiven bzw. inaktiven Marktes, die Bilanzierung und Bewertung der Rückstellungen sowie die Realisierbarkeit zukünftiger Steuerentlastungen. Unter anderem wird auch im Rahmen der Note 42 „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“ auf die Schätzungsunsicherheiten innerhalb der Bewertungsmodelle von Finanzinstrumenten eingegangen. Bei der Bestimmung der Halteabsicht für Finanzinstrumente werden auch die Geschäftsstrategie und die derzeitigen Marktbedingungen in Betracht gezogen. Sofern Schätzungen in größerem Umfang erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Position im Folgenden dargelegt. Die tatsächlichen Werte können in Einzelfällen von den getroffenen Annahmen und Schätzungen abweichen.

Für Wertpapierbestände in Staatsanleihen, Pfandbriefen, Banken- und Unternehmensanleihen erfolgt die Fair-Value-Ermittlung anhand beobachtbarer Marktpreise oder am Markt beobachtbarer Parameter.

Die Steuerung der Markt-, Adressenausfall- und Liquiditätsrisiken ist im Abschnitt Risikobericht (Unterabschnitte „Überwachung und Steuerung von Marktrisiken“, „Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken“ sowie „Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken“) des Konzernlageberichts dargestellt.

Die Steuerung der einzelnen Risikoarten und die Angaben zu Risiken aus Finanzinstrumenten (nach IFRS 7) werden im Risikobericht des Konzernlageberichts erläutert.

(2) Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2013 werden neben dem Mutterunternehmen Deutsche Postbank AG 28 Tochterunternehmen (31. Dezember 2012: 46) einbezogen, die in der folgenden Übersicht aufgeführt sind.

65

69

84

55

Konsolidierte Unternehmen

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil (%) unmittelbar	Anteil (%) mittelbar
Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main	100,0	
BHW Holding AG, Hameln	100,0	
Deutsche Postbank International S.A., Munsbach, Luxemburg	100,0	
DSL Portfolio GmbH & Co. KG, Bonn	100,0	
DSL Portfolio Verwaltungs GmbH, Bonn	100,0	
PB Factoring GmbH, Bonn	100,0	
PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Bonn	100,0	
Postbank Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Direkt GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Filialvertrieb AG, Bonn	100,0	
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Leasing GmbH, Bonn	100,0	
Postbank P.O.S. Transact GmbH, Eschborn	100,0	
Postbank Service GmbH, Essen	100,0	
Postbank Systems AG, Bonn	100,0	
BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln		100,0
BHW Gesellschaft für Vorsorge mbH, Hameln		100,0
BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH, Hameln		100,0
BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH & Co. Immobilienverwaltungs KG, Hameln		100,0
BHW-Immobilien GmbH, Hameln		100,0
BHW Kreditservice GmbH, Hameln		100,0
Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH, Munsbach, Luxemburg		100,0
PB Firmenkunden AG, Bonn		100,0
Postbank Filial GmbH, Bonn		100,0
Postbank Versicherungsvermittlung GmbH, Bonn		100,0
Postbank Finanzberatung AG, Hameln	23,3	76,7
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG, Bonn		90,0
VÖB-ZVD Processing GmbH, Frankfurt am Main	75,0	

Gemäß IFRS 10 werden sieben Teilgesellschaftsvermögen und eine zur Verbriefung von Wohnungsbaukrediten gegründete Verbriefungsgesellschaft als strukturierte Unternehmen in den Konsolidierungskreis einbezogen.



Die vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß § 313 HGB ist in Note 60 dargestellt.

Die Gesellschaft PB (USA) Holdings, Inc. wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2013 – mit allen Beteiligungen der Gesellschaft – an die Deutsche Bank AG veräußert. Aus der Veräußerung resultierte ein Finanzanlageergebnis in Höhe von –11 Mio €. Die Vermögenswerte der Gesellschaft betragen zum Abgangszeitpunkt 7.039 Mio €, die Verbindlichkeiten beliefen sich auf 7.450 Mio €. Insbesondere handelte es sich um Forderungen an Kunden (3.131 Mio €), Finanzanlagen (3.158 Mio €) sowie Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (4.196 Mio €) und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (1.460 Mio €).

Die Gesellschaften Deutsche Postbank Funding Trust I bis IV und Deutsche Postbank Funding LLC I bis IV wurden mit Wirkung zum 1. Januar 2013 an die Deutsche Bank AG veräußert. Im Zusammenhang mit der Veräußerung wurden Hedge-Beziehungen mit einem Finanzanlageergebnis von 312 Mio € aufgelöst.

Das erhaltene Entgelt für die PB (USA) Holdings, Inc. und die oben genannten acht Funding-Gesellschaften von 670 Mio € wird als Zahlungsmittel nach IAS 7 in der Kapitalflussrechnung unter Cashflow aus Investitionstätigkeit ausgewiesen.

Die Postbank Support GmbH wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2013 an einen externen Käufer veräußert.

Im Januar 2013 wurde die Postbank Service GmbH erstmals in den Konsolidierungskreis des Postbank Teilkonzerns einbezogen.

Im Juli 2013 wurden die restlichen Anteile an dem Investmentfonds DWS Bond Flexible verkauft und der Fonds anschließend entkonsolidiert.

Die Abwicklung der DSL Holding AG wurde mit Verteilung der Schlussrate des Abwicklungserlöses am 13. Dezember 2013 beendet.

Die Deutsche Postbank AG gab im Laufe des Geschäftsjahres ihre sämtlichen Aktien an den Teilgesellschaftsvermögen PB 03 bis 07, PB 10, PB 12, PB 15 bis 18, PB 20, PB 22 und PB 24 der PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen gegen Auszahlung ihres korrespondierenden Anteils am Gesellschaftskapital zurück. Die genannten Teilgesellschaftsvermögen wurden aufgelöst. Hieraus resultiert ein Finanzanlageergebnis in Höhe von –38 Mio €.

Darüber hinaus lagen keine Veränderungen des Konsolidierungskreises vor.

Zum Bilanzstichtag bestanden keine wesentlichen Anteile ohne Beherrschungseinfluss. Ein Geschäftsanteil von 25 % des Stammkapitals der VÖB-ZVD Processing GmbH wird treuhänderisch vom Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands e.V. (VÖB) für die Bank gehalten.

(3) Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der Deutschen Postbank AG wird gemäß IFRS 10.19 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Seit dem 1. Januar 2013 wendet die Bank die Konsolidierungsvorschriften gemäß IFRS 10, der die bisherigen Regelungen des IAS 27 ersetzt, an. Zum Umstellungszeitpunkt ergab sich

aufgrund des neuen Beherrschungsbegriffs jedoch keine Veränderung des Konsolidierungskreises. Die Analyse ergab, dass im Konzern lediglich Beherrschung aufgrund von Stimmrechten in Verbindung mit den gehaltenen Anteilen gegeben ist. Es lag keine Beherrschung aufgrund anderer Kriterien vor, sodass diesbezüglich keine Annahmen und Ermessensentscheidungen notwendig waren.

Die Konsolidierungsverfahren sind unverändert geblieben.

Die Kapitalkonsolidierung wird nach der Erwerbsmethode gemäß IFRS 10.B86 i.V.m. IFRS 3 vorgenommen. Der Ansatz der Anteile an den Tochterunternehmen zum Buchwert bei dem Mutterunternehmen wird ersetzt durch die mit ihrem beizulegenden Zeitwert angesetzten Vermögenswerte und die Schuldposten der einbezogenen Unternehmen.

Die aus der Erstkonsolidierung entstandenen aktiven Unterschiedsbeträge mit Firmenwertcharakter werden jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft und gegebenenfalls außerplanmäßig abgeschrieben.

Die nicht dem Mutterunternehmen zustehenden Anteile am Eigenkapital von Tochterunternehmen werden innerhalb des Konzerneigenkapitals als „Anteile in Fremdbesitz“ ausgewiesen. Anteile anderer Gesellschafter werden auf der Grundlage der Zeitwerte der ihnen zuzuordnenden Vermögenswerte und Schulden ermittelt.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungsverkehr stammenden Aufwendungen und Erträge sowie Zwischenergebnisse innerhalb des Konzerns werden gemäß IFRS 10.B86 eliminiert.

Die zur Aufstellung des Konzernabschlusses verwendeten Abschlüsse der einbezogenen Tochterunternehmen wurden auf den Abschlussstichtag des Mutterunternehmens aufgestellt.

(4) Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Sämtliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden bleiben, soweit im Folgenden nicht anders dargestellt, im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

(a) Fair Value und aktiver Markt

Der Fair Value ist der Preis, der bei der Veräußerung eines Vermögenswertes oder bei Übertragung der Verbindlichkeit im Rahmen einer gewöhnlichen Transaktion zwischen Marktteilnehmern am Bewertungsstichtag erhalten bzw. gezahlt würde. Wenn verfügbar, werden für zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente auf dem aktiven Markt notierte Preise verwendet, dazu wird der jeweilige Hauptmarkt bzw. der vorteilhafteste Markt bestimmt (IFRS 13.72 ff. i.V.m. IFRS 13.B34).

Der aktive Markt ist insbesondere durch ein hohes Handelsvolumen bzw. Liquidität gekennzeichnet. Sind die genannten Bedingungen nicht erfüllt, so liegt ein inaktiver Markt vor.

Bei der Bestimmung des Hauptmarktes berücksichtigt die Postbank die folgenden kumulativen Kriterien:

- Markt mit dem größten Handelsvolumen und der höchsten Marktaktivität,

- gewöhnliche Nutzung durch die Bank,
- die Bank hat Marktzugang zu dem definierten Hauptmarkt.

Als Hauptmarkt werden dabei in Abhängigkeit von der Produktart der Interbankenmarkt, der Brokermarkt, die Börsenplätze oder die Terminbörsen herangezogen.

Sofern die Bank zu dem Hauptmarkt keinen Zugang hat, wird für die Bestimmung des Fair Value der vorteilhafteste Markt betrachtet.

(b) Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden werden grundsätzlich mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert (Kategorie Loans and Receivables). Hierzu zählen auch Geldhandelsforderungen.

Die Postbank wendet die Fair-Value-Option ausschließlich auf bestimmte Forderungsbestände des Baufinanzierungsbereichs an, die in einem wirtschaftlichen Sicherungszusammenhang zu Zinsderivaten stehen. Danach können finanzielle Vermögenswerte erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wenn u. a. dies zur Beseitigung oder erheblichen Verringerung von Inkongruenzen bei der Bewertung oder bei der Ergebniserfassung (Accounting Mismatch) führt. Die Bewertung der Forderungen erfolgt im Einklang mit IFRS 13.61 ff. i.V.m. IFRS 13.B12 ff. auf Basis eines Discounted-Cashflow-Verfahrens unter Anwendung einer aktuellen Swaprenditekurve und darlehensspezifischer Risiko- bzw. Kostenaufschläge. Eine detaillierte Beschreibung des Bewertungsmodells erfolgt in Note 42. Der bilanzielle Ausweis erfolgt unter der Position „Forderungen an Kunden“. Die Marktwertänderungen der Bestände werden im Handelsergebnis erfasst. Die Zinsen der der Fair-Value-Option zugeordneten Bestände sowie der dazugehörigen Zinsswaps werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Das maximale Kreditrisiko aus den der Fair-Value-Option zugeordneten Darlehensbeständen besteht in Höhe des Buchwertes von 5,8 Mrd € (Vorjahr: 6,8 Mrd €), dieses wird in Höhe von 0,4 Mrd € (Vorjahr: 0,4 Mrd €) durch Credit Default Swaps reduziert, da diese Darlehen Bestandteil der Referenz-Pools von synthetischen Verbriefungen sind bzw. dieses Kreditrisiko im Zusammenhang mit den RMBS-Transaktionen ausplatziert worden ist. Die Änderung des beizulegenden Zeitwertes, soweit dies auf Änderungen beim Ausfallrisiko der finanziellen Vermögenswerte zurückzuführen ist, beträgt für das Berichtsjahr 32 Mio € (Vorjahr: 5 Mio €); die kumulierten Änderungen belaufen sich auf 32 Mio € (Vorjahr: 5 Mio €).

Bei den das Kreditrisiko reduzierenden Credit Default Swaps handelt es sich ausschließlich um Finanzgarantien, die gemäß IFRS bilanziert bzw. erst im Zeitpunkt der Rückgriffsforderung bewertet werden.

Bonitätsinduzierte Wertminderungen von Forderungen, die nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden, werden separat in der Risikovorsorge erfasst und aktivisch abgesetzt.

Der Buchwert von gesicherten Forderungen, für die Hedge Accounting angewandt wird, wird um die Gewinne und Verluste aus Schwankungen des Fair Value angepasst, die auf das gesicherte Risiko zurückzuführen sind.

Agio- und Disagiobeträge inklusive der Anschaffungsnebenkosten werden über das Zinsergebnis erfolgswirksam erfasst. Abgegrenzte Zinsen auf Forderungen sowie Agien und Disagien werden mit den jeweiligen Forderungen unter den entsprechenden Bilanzposten ausgewiesen. Agio- und Disagio-Beträge werden nach der Effektivzinsmethode abgegrenzt.

Ein Abgang von Forderungen erfolgt, sobald die Mehrheit der wesentlichen mit rechtlichem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen der finanziellen Vermögenswerte übertragen wurde.

Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes von Finanzinstrumenten, die mit den fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value bewertet werden, erfolgt anhand beobachtbarer Marktpreise oder auf Basis eines Discounted-Cashflow-Verfahrens unter Anwendung von am Markt beobachtbaren Parametern (aktuelle Swaprenditekurve plus Credit Spread). Weitere Angaben zu beizulegenden Zeitwerten von Finanzinstrumenten beinhaltet Note 42 „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“.

Die nach IFRS 7.6 geforderte Klassifizierung von Finanzinstrumenten nach Klassen ergibt sich bei der Postbank aus der Zuordnung der Kategorien von Finanzinstrumenten nach IAS 39 in Verbindung mit den entsprechenden Bilanzpositionen. Zur weiteren Erhöhung der Transparenz hat die Postbank die Angaben zum Kreditrisiko nach IFRS 7.36 f. im Risikobericht – differenziert nach den einzelnen Klassen – angegeben.

(c) Leasinggeschäfte

Die Bilanzierung von Leasinggeschäften erfolgt gemäß IAS 17 und IFRIC 4.

Leasingverhältnisse werden gemäß IAS 17 nach der Verteilung der wirtschaftlichen Chancen und Risiken aus dem Leasinggegenstand zwischen Leasinggeber und -nehmer beurteilt und entsprechend als Finanzierungs- oder Operating Leasing bilanziert.

Als Leasingnehmer bei einem Finanzierungsleasing weist die Postbank den Leasinggegenstand in Höhe des zu Beginn des Leasingverhältnisses beizulegenden Zeitwertes oder mit dem niedrigeren Barwert der Mindestleasingzahlungen im Sachanlagevermögen aus.

Die zu leistenden Leasingzahlungen werden unter den Sonstigen Passiva in der Bilanz ausgewiesen. Die Abschreibungen auf die Leasinggegenstände werden im Verwaltungsaufwand erfasst.

Als Leasinggeber weist die Postbank bei einem Finanzierungsleasing die Forderung mit dem Nettoinvestitionswert unter den Forderungen an Kreditinstitute bzw. den Forderungen an Kunden aus. Die fälligen Leasingraten werden als Zinsertrag (erfolgswirksamer Ertragsanteil) erfasst sowie gegen den ausgewiesenen Forderungsbestand (erfolgsneutraler Tilgungsanteil) gebucht.

Die Postbank hat keine Finanzierungsleasingverhältnisse im Immobilienbereich. Die Leasingverträge für Mobilien sind in der Regel als Teilamortisationsverträge mit Andienungsrecht ausgestattet. Im Fall der Teilamortisationsverträge wird aufgrund der im Verhältnis zur betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer kürzeren Grundmietzeit nur ein Teil der

143

143

55

Gesamtinvestitionskosten innerhalb der Grundmietzeit amortisiert.

Beim Operating Leasing weist die Postbank als Leasingnehmer von Immobilien die geleisteten Leasingraten in voller Höhe als Mietaufwand in den Verwaltungsaufwendungen aus.

Als Leasinggeber beim Operating Leasing weist die Postbank das Leasingobjekt als Vermögenswert zu fortgeführten Anschaffungskosten in den Sachanlagen aus. Die in der Periode vereinnahmten Leasingraten werden unter den sonstigen Erträgen und die Abschreibungen auf die verleaste Objekte im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

(d) Risikovorsorge und Wertberichtigung

Erkennbare Risiken aus dem Kreditgeschäft werden durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen (bzw. pauschalierten Einzelwertberichtigungen) abgedeckt. Für eingetretene, aber noch nicht identifizierte Risiken werden darüber hinaus für Gruppen finanzieller Vermögenswerte mit vergleichbaren Ausfallrisikoprofilen Portfoliowertberichtigungen gebildet, deren Höhe auf der Basis der Parameter erwartete Verlustquote, Ausfallwahrscheinlichkeit und LIP-Faktor ermittelt wird. Die Risikovorsorge wird als separater Bilanzposten aktivisch abgesetzt. Sie beinhaltet die Wertberichtigung für Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden.

Ein potenzieller Wertminderungsbedarf wird bei Vorliegen der Indikatoren Zahlungsverzug über einen bestimmten Zeitraum, Einleitung von Zwangsmaßnahmen, drohende Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung, Beantragung oder Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder Scheitern von Sanierungsmaßnahmen angenommen.

Der Bedarf für eine Wertberichtigung liegt vor, wenn der voraussichtlich erzielbare Betrag (Estimated Recoverable Amount) eines finanziellen Vermögenswertes niedriger ist als der betreffende Buchwert, d. h., wenn ein Darlehen voraussichtlich (teilweise) uneinbringlich ist. Ist dies der Fall, so ist der Verlust für finanzielle Vermögenswerte, die zu fortgeführten Anschaffungskosten anzusetzen sind, entweder über eine indirekte Wertberichtigung (Risikovorsorge) oder eine Direktabschreibung erfolgswirksam abzubilden (IAS 39.63).

Der erzielbare Betrag (Recoverable Amount) wird gemäß IAS 39.63 ff. nach folgenden Methoden ermittelt:

- Barwert der geschätzten zukünftigen Cashflows (Zins- und Tilgungszahlungen sowie Zahlungseingänge aus der Verwertung von Sicherheiten) aus dem finanziellen Vermögenswert;
- unter Verwendung eines beobachtbaren Marktpreises, sofern für das Finanzinstrument ein beobachtbarer Marktpreis vorliegt, da die Marktbewertung das erhöhte Adressenausfallrisiko beinhaltet.

Uneinbringliche Forderungen werden in entsprechender Höhe direkt erfolgswirksam abgeschrieben, Eingänge auf bereits abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst.

Für Bürgschaften, Avale und unwiderrufliche Kreditzusagen, für die ein Ausfallrisiko besteht, werden Rückstellungen für das Kreditgeschäft gebildet.

Für die Ermittlung der Portfoliowertberichtigung hat die Postbank im Geschäftsjahr die Bewertungsparameter aufgrund neuer Erkenntnisse modifiziert. Hierdurch wurde die Risikovorsorge in der Gewinn- und Verlustrechnung um 42 Mio € zusätzlich belastet.

(e) Handelsaktiva

Unter diesem Bilanzposten werden Wertpapiere sowie derivative Finanzinstrumente mit einem positiven Marktwert bilanziert, die zum Zwecke der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Darüber hinaus wird der positive Marktwert von derivativen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie von derivativen Finanzinstrumenten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option bilanziert. Die erstmalige Erfassung dieser Geschäfte erfolgt zum Handelstag.

Die Bewertung erfolgt zum Fair Value. Falls öffentlich notierte Marktpreise auf einem aktiven Markt im Sinne des IFRS 13.72 ff. i.V.m. IFRS 13.B34 vorliegen, werden diese öffentlich notierten Marktpreise grundsätzlich als Fair Value verwendet, ansonsten wird der Fair Value anhand anerkannter Bewertungsmethoden (gemäß IFRS 13.61 ff. i.V.m. IFRS 13.B5 ff.) ermittelt. Eine detaillierte Beschreibung der Bewertungsmethoden erfolgt in Note 42. Das Bewertungsergebnis sowie die realisierten Ergebnisse werden im Handelsergebnis erfasst.

Die Zinsen aus Kassageschäften sowie die Swapzinsen der der Fair-Value-Option zugeordneten Bestände werden im Zinsergebnis erfasst. Alle anderen Swapzinsen werden im Handelsergebnis ausgewiesen.

Es wird ein immer größerer Anteil von Derivaten unter Einbeziehung eines zentralen Clearings oder eines Collateral Agreement abgeschlossen. Vor diesem Hintergrund hat die Postbank die OIS-Diskontierung (Overnight-Index-Swap-Diskontierung) für besicherte Derivate implementiert. Aus der Implementierung der OIS-Diskontierung ergab sich zum 31. Dezember 2013 eine Belastung des Handelsergebnisses in Höhe von 17 Mio €.

Infolge weiterer Modifikationen in der bonitätsinduzierten Bewertung (Credit/Debit Value Adjustment) von derivativen Geschäften wurde das Handelsergebnis in der Berichtsperiode in Höhe von 12 Mio € belastet.

Die abgespalteten Derivate der synthetischen SCP-Bestände (Structured Credit Products) werden wie „Stand-alone“-Derivate unter dem Bilanzposten „Handelsaktiva“ (bei positivem Marktwert) oder aber „Handelspassiva“ (bei negativem Marktwert) ausgewiesen. Weitere Informationen zu SCP-Beständen enthält die Note 4 (h) „Finanzanlagen“.

Eine Beschreibung der jeweils angewandten Bewertungsverfahren erfolgt in Note 42 „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“.

(f) Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte

Die Postbank schließt echte Wertpapierpensionsgeschäfte ab. Die bei Repo- und Sell-and-Buy-Back-Geschäften in Pension gegebenen Wertpapiere (Kassaverkauf) werden in der Konzernbilanz als Wertpapierbestand bilanziert. Der Liquiditätszufluss aus den Geschäften wird je nach Gegenpartei als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten oder gegenüber

143

109

143

Kunden in der Bilanz ausgewiesen. Die Verbindlichkeiten werden in Höhe des erhaltenen Kaufpreises (netto) ausgewiesen; die zu zahlende Repo-Rate wird zeitanteilig abgegrenzt. Zinszahlungen werden als Zinsaufwendungen gebucht. Reverse Repos und Buy-and-Sell-Back-Geschäfte (Kassakauf von Wertpapieren) werden als Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden bilanziert. Die in Pension genommenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz ausgewiesen; aus diesem Geschäftsvorgang entstehende Zinsen werden als Zinserträge erfasst.

Nach IFRS ist bei der Entleihe nur dann eine Rückgabepflichtung durch den Entleiher zu bilanzieren, wenn die Wertpapiere an Dritte weitergereicht wurden. Der Verleiher bilanziert weiterhin die Wertpapiere.

(g) Hedging-Derivate

Ziel des Aktiv-Passiv-Managements im Postbank Konzern ist die risiko- und ertragsoptimierte Steuerung der Gesamtbankposition unter besonderer Beachtung der Barwertrisiken; dazu werden Fair Value Hedges eingesetzt.

Beim Fair Value Hedge (Absicherung des Fair Value) werden finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gegen Wertänderungen abgesichert, soweit diese Veränderungen auf dem beizulegenden Zeitwert (Fair Value) beruhen.

Als Sicherungsinstrumente für Fair Value Hedges werden bei den verzinslichen Positionen in Wertpapieren und langfristigen Forderungen überwiegend Zinsswaps, bei den Emissionen auch Cross Currency Swaps und strukturierte Swaps eingesetzt, um festverzinsliche oder strukturierte Geschäfte in variable Positionen umzuwandeln. Es werden sowohl Einzelgeschäfte als auch homogene Subportfolios mittels Fair Value Hedges gesichert.

Unter den Hedging-Derivaten werden die Sicherungsinstrumente bilanziert, welche die Voraussetzungen des Hedge Accounting gemäß IAS 39 erfüllen.

Werden die derivativen Finanzinstrumente zu Sicherungszwecken gehalten, so kann grundsätzlich ein Sicherungsinstrument einem einzelnen und auch mehreren ähnlichen Grundgeschäften zugeordnet werden. Diese Sicherungsbeziehungen werden in der Regel als Mikrohedge bezeichnet.

Die bilanzielle Abbildung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) wird durch IAS 39 geregelt. Nach den IFRS dürfen nur solche Sicherungsbeziehungen nach den Regelungen zum Hedge Accounting bilanziert werden, die die Voraussetzungen des IAS 39.88 ff. erfüllen. Eine Hedge-Beziehung endet, wenn das Grundgeschäft oder das Sicherungsinstrument ausläuft, veräußert oder ausgeübt wurde bzw. die Anforderungen an das Hedge Accounting nicht mehr erfüllt sind. Die Anforderungen des Hedge Accounting müssen zu allen Bilanzstichtagen und für alle Sicherungsbeziehungen erfüllt sein.

Derivative Finanzinstrumente, die zum Bilanzstrukturmanagement abgeschlossen werden, sowie Derivate aus ineffektiven Sicherungsbeziehungen erfüllen nicht die Voraussetzungen des IAS 39.88 ff. und werden daher stets erfolgswirksam bewertet und in den Bilanzposten „Handelsaktiva/-passiva“ als Derivate des Bankbuchs zum Fair Value ausgewiesen. Dies sind vornehmlich zur Absicherung von Nettositionen aus Forderungen und Verbindlichkeiten

abgeschlossene Zinsswaps. Deren Bewertungs- und Zinsergebnisse werden nach IFRS im Handelsergebnis ausgewiesen.

Die Effektivitätsprüfung für alle Fair Value Hedges erfolgt prospektiv durch eine Sensitivitätsanalyse von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument, ergänzt durch einen Homogenitätstest bei den Subportfolios. Die tatsächlichen Marktwertänderungen von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument werden für jede Sicherungsbeziehung regelmäßig retrograd miteinander verglichen.

Derivative Finanzinstrumente des Bilanzstrukturmanagements werden in erster Linie als Mikrohedgebeziehungen (Fair Value Hedges) eingegangen. Sofern keine effektiven Mikrohedgebeziehungen vorliegen, sind die Wertveränderungen der derivativen Finanzinstrumente des Bilanzstrukturmanagements gemäß IFRS erfolgswirksam im Handelsergebnis auszuweisen, unabhängig davon, ob die Risikosteuerung bei ökonomischer Betrachtung erfolgreich war oder nicht. Im Zusammenhang mit dem aktiven Management der Festzinsposition der Gesamtbankbilanz (Bilanzstrukturmanagement) werden sowohl neue Swaps in der Form von Mikrohedgen (Mikroswaps) abgeschlossen als auch bestehende Sicherungsbeziehungen aufgelöst und glattgestellt. Die Überprüfung der Festzinsposition und die Entscheidung über den Abschluss oder die Auflösung und Glattstellung von Mikrohedgebeziehungen orientieren sich an ökonomischen Aspekten. Die Auflösung eines Mikroswaps wird in der Bilanz und im Periodenergebnis wie bei ineffektiven Hedges behandelt. Die Durchführung des Effektivitätstests und damit die erfolgswirksame Bewertung erfolgen zum Monatsultimo.

Die Bank steuert durch private Baufinanzierungen hervorgerufene Zinsänderungsrisiken mit Derivaten (Plain Vanilla Swaps). Die Sicherungsinstrumente werden unter Berücksichtigung der Bilanzierungsgrundsätze des IAS 39.83 im Rechnungswesen im Rahmen des Hedge Accounting abgebildet. Hedged Items sind dabei einzelne Darlehen, welche als gleichwertige Vermögenswerte in Gruppen, sogenannten Darlehensklassen, zusammengefasst und bilanziert werden. Als Sicherungsinstrument kommen die Plain-Vanilla-Zinsswaps zum Einsatz.

(h) Finanzanlagen

Der Bilanzposten „Finanzanlagen“ umfasst nicht zu Handelszwecken gehaltene Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und sonstige Beteiligungen.

Die erstmalige Erfassung der Finanzanlagen erfolgt mit dem Fair Value zum Handelstag.

Die Loans-and-Receiveables (LaR)-Bestände werden in der Bilanz mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Die Folgebewertung der Finanzanlagen Available for Sale (AFS) erfolgt zum Fair Value, wenn dieser verlässlich ermittelbar ist. Änderungen des Marktwertes bei Finanzanlagen AFS werden in der Neubewertungsrücklage des Eigenkapitals ausgewiesen und fließen erst in das Ergebnis ein, wenn der Gewinn oder Verlust realisiert wird oder ein Abschreibungsbedarf vorliegt. Wird für diese Finanzanlagen Hedge Accounting angewendet, werden Gewinne und Verluste

aus Schwankungen des Fair Value, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

In die Bewertungskategorie AfS stellt die Postbank Finanzinstrumente ein, für die keine kurzfristige Wiederveräußerungs- bzw. Gewinnerzielungsabsicht besteht, die nicht zur Bewertung zum Fair Value designiert wurden und die nicht bis zu ihrer Endfälligkeit gehalten werden sollen. Darüber hinaus sind die Finanzinstrumente zu ihrem Zugangszeitpunkt an einem aktiven Markt – wie er in Note 4 (a) definiert wird – notiert.

Agien und Disagien werden den Finanzinstrumenten direkt zugerechnet und über die Restlaufzeit effektivzinskonstant verteilt.

Bei wesentlichen oder dauerhaften Wertminderungen werden Abschreibungen vorgenommen. Die Überprüfung auf Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung erfolgt zum Bilanzstichtag und darüber hinaus beim Vorliegen eines Impairment-Triggers.

Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen sowie sonstige Beteiligungen werden in der Regel zu Anschaffungskosten bilanziert, da für diese ein Fair Value nicht verlässlich ermittelbar ist. Bei dauerhaften Wertminderungen werden Abschreibungen vorgenommen.

Die Fair Values von Unternehmensanleihen, Staatsanleihen, Pfandbriefen und Bankanleihen werden auf Basis beobachtbarer Marktpreise oder am Markt beobachtbarer Parameter gemäß IFRS 13.72 ff. i.V.m. IFRS 13.B34 ermittelt.

Die Postbank ist im Rahmen von Investments in Eigenverbriefungen in geringem Umfang in Structured Credit Products (SCP) investiert. Dabei handelt es sich z. B. um synthetische Residential Mortgage Backed Securities (RMBS), die der Kategorie AfS zugeordnet werden.

Eine bonitätsinduzierte Abschreibung (Impairment) erfolgt nur bei einer dauerhaften Wertminderung. Das Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung wird an bestimmten objektiven Faktoren (Objective Evidence) festgemacht. IAS 39.59 nennt einige solcher objektiven Faktoren, wie z. B. erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Emittenten oder des Schuldners oder aber Vertragsbruch, wie z. B. Ausfall oder Verzug von Zins- oder Tilgungszahlungen. Liegen objektive Faktoren für eine dauerhafte Wertminderung vor, ist wie folgt zu verfahren:

Bei LaR-Beständen ist die Differenz zwischen dem bisherigen Buchwert und dem dauerhaft erzielbaren Betrag (Recoverable Amount) als Impairment in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen. Bei AfS-Beständen ist der negative Betrag aus der Neubewertungsrücklage Gewinn- und Verlustrechnung wirksam auszubuchen.

Impairments werden im Finanzanlageergebnis ausgewiesen. Ein Abgang von Finanzinstrumenten erfolgt, sobald die Mehrheit der wesentlichen mit rechtlichem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen der finanziellen Vermögenswerte übertragen wurde.

Eine Beschreibung der jeweils angewandten Bewertungsverfahren erfolgt in Note 42 „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“.

143

(i) Immaterielle Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Unter immateriellen Vermögenswerten werden selbst erstellte und erworbene immaterielle Vermögenswerte und erworbene Geschäfts- und Firmenwerte ausgewiesen.

Im Postbank Konzern werden immaterielle Vermögenswerte nur dann gemäß IAS 38.21–23 angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass dem Unternehmen der erwartete Nutzen zufließen wird und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten zuverlässig ermittelt werden können. Entwicklungskosten für selbst geschaffene Software werden aktiviert, wenn die Nachweise gemäß IAS 38.57 (a)–(f) erbracht werden können. Sind die Aktivierungskriterien nicht erfüllt, werden die Aufwendungen im Jahr ihrer Entstehung sofort erfolgswirksam erfasst.

Immaterielle Vermögenswerte mit einer begrenzten Nutzungsdauer werden linear über einen Zeitraum von 5 bis 10 Jahren abgeschrieben, bilanzierte Kundenbeziehungen werden linear über einen Zeitraum von 25 Jahren und vorteilhafte Verträge über einen Zeitraum von 12 Jahren abgeschrieben. Die Abschreibungsdauer für immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer wird mindestens zum Ende eines jeden Geschäftsjahres überprüft.

Änderungen bezüglich der erwarteten Nutzungsdauer werden als Schätzungsänderung behandelt. Die immateriellen Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden zum Bilanzstichtag daraufhin überprüft, ob irgendein Anhaltspunkt vorliegt, dass der Vermögenswert wertgemindert sein könnte. Liegt ein Indikator vor, wird der Wertminderungsaufwand ermittelt. Die Ermittlung erfolgt durch Feststellung, ob der jeweilige Buchwert des Vermögenswertes seinen erzielbaren Betrag übersteigt, und unter Berücksichtigung der Überlegung zur Vollabschreibung und/oder des Abgangs des Vermögenswertes. Im Jahr 2013 lagen keine Anhaltspunkte für eine Wertminderung vor. Noch nicht nutzungsbereite immaterielle Vermögenswerte werden jährlich auf Wertminderung geprüft. Bei den bei der Postbank bilanzierten immateriellen Vermögenswerten mit einer unbestimmten Nutzungsdauer handelt es sich ausschließlich um Markenwerte.

Es ist beabsichtigt, die etablierte Marke BHW dauerhaft zu nutzen.

Für die Zukunft ist eine Konzentration auf die Sicht des Produktgebers und eine entsprechende Vermarktung geplant. Im Zuge der geänderten Marketingstrategie im Segment Retail Banking wurde die Marke BHW daher im ersten Quartal 2013 um 180 Mio € auf den beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten abgeschrieben. Der beizulegende Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten wurde auf Basis der Mehrgewinnmethode bestimmt; das Modell stützt sich großteils auf unternehmensspezifische Daten, da im Zusammenhang mit der Marke kaum beobachtbare Marktdaten verfügbar sind, ein aktiver Markt bzw. ein bindender Kaufvertrag bestehen nicht.

106

Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte unterliegen keiner planmäßigen Abschreibung. Vielmehr ist ein Impairment-Test durchzuführen, um eine Wertminderung – und somit außerplanmäßige Abschreibung – zu bestimmen.

Die erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerte und die immateriellen Vermögenswerte mit einer unbestimmten Nutzungsdauer werden zum Bilanzstichtag auf eine mögliche Wertminderung geprüft (Impairment-Test nach IAS 36). Zur Durchführung der Impairment-Tests werden die bilanzierten Geschäfts- und Firmenwerte sowie Markenwerte auf die entsprechenden Zahlungsmittel generierenden Einheiten nach den Anforderungen des IAS 36 allokiert. Als Zahlungsmittel generierende Einheiten wurden dabei gemäß IAS 36.80 die Geschäftssegmente nach IFRS 8 bestimmt. Für den Impairment-Test auf den Geschäfts- oder Firmenwert wird anschließend festgestellt, ob der erzielbare Betrag den jeweiligen Buchwert der Zahlungsmittel generierenden Einheit übersteigt. Der erzielbare Betrag ist der höhere Betrag aus Nutzungswert und Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten. Die gleiche Vorgehensweise wird für den Impairment-Test der Markenwerte angewendet, wobei die Ermittlung des Zeitwertes abzüglich der Veräußerungskosten für die Markenwerte nicht auf Ebene der Zahlungsmittel generierenden Einheit, sondern auf Ebene des einzelnen Vermögenswertes bestimmt wird. Bei der Berechnung der Nutzungswerte werden die entsprechenden Cashflows der Zahlungsmittel generierenden Einheit zugrunde gelegt. Der Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten wird nur ermittelt, wenn sich aus der Berechnung des Nutzungswertes ein Abschreibungsbedarf ergeben würde. Die Berechnung der Nutzungswerte erfolgt anhand der jeweiligen Planungsrechnung (Management Approach). Der Planungszeitraum umfasst fünf Jahre. Im Anschluss an den Detailplanungszeitraum wurde eine Wachstumsrate von 1 % (sogenannte ewige Rente) angesetzt. Für die Bewertung der Zahlungsmittel generierenden Einheiten Retail Banking und Transaction Banking wurde ein Abzinsungssatz von 8,45 % berücksichtigt, für die Zahlungsmittel generierende Einheit Firmenkunden belief sich der Abzinsungssatz auf 8,99 %. Der Abzinsungssatz ergibt sich aus einem risikolosen Zins zuzüglich einer unternehmensspezifischen Risikoprämie, die sich aus dem systematischen Marktrisiko (Betafaktor) sowie der aktuellen Marktrisiko prämie ableitet.

Bezug nehmend auf IAS 36.134 (d) (ii), basieren die in der Planungsrechnung ermittelten erzielbaren Beträge (Segmentergebnisse) sowohl auf historischen Daten als auch auf Annahmen über die zukünftige Entwicklung der Märkte, die für die Geschäftsentwicklung der Postbank ausschlaggebend sind. Die wesentlichen Planungsannahmen bezüglich der volkswirtschaftlichen Rahmendaten beruhen auf Erfahrungen und dem Einsatz von Marktmodellen im Research der Postbank sowie auf den Einschätzungen der Produktmanager bezüglich der Marktentwicklungen im Verhältnis zur geplanten Entwicklung der Postbank Produkte. Zusätzlich werden auf Basis der Rahmendaten Einschätzungen und Modelle der Credit-Risk-Manager zur Entwicklung der Risikoversorge eingesetzt.

Nachfolgend werden gemäß IAS 36.134 (d) (i) die wesentlichen Annahmen dargestellt, auf denen die Managementprognose der erzielbaren Beträge aufbaut.

Für die volkswirtschaftlichen Rahmendaten in Deutschland wird für den Planungszeitraum 2014 bis 2017 eine durch-

schnittliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erwartet; zugleich wurde von einer weitgehend stabilen Arbeitslosigkeit ausgegangen. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte dürften über den gesamten Planungszeitraum hinweg leicht überdurchschnittlich steigen. Ausgehend von einer moderaten Inflation von 1,6 % im Jahr 2014, wird in den folgenden Jahren mit einem leichten Anstieg in Richtung 2 % gerechnet. Der private Konsum sollte mit durchschnittlichen Raten wachsen, wobei die Sparquote in etwa auf dem aktuellen Niveau verharret. Zugleich wird vom Management prognostiziert, dass das Kreditgeschäft von dem anhaltend niedrigen Zinsniveau leicht profitiert und der Kreditbestand gegenüber Privatkunden moderat ausgeweitet wird. Die Wahrscheinlichkeit einer erneuten Verschärfung der Staatsschuldenkrise im Jahr 2014 ist angesichts der konjunkturellen Erholung im Euroraum und der von Politik und EZB beschlossenen Maßnahmen zurückgegangen. Weitere Belastungen infolge massiver Kursverluste und Wertberichtigungen oder Abschreibungen auf Staatsanleihen sind jedoch nicht auszuschließen.

Die aus den dargestellten angenommenen volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen abgeleitete prognostizierte Entwicklung der relevanten Marktparameter bei den Sparprodukten, der Anzahl der Girokonten, der Ratenkredite und der Bausparprodukte der Postbank für den Kernmarkt Deutschland ergibt eine insgesamt nur moderate Entwicklung der Geschäftstätigkeit der Postbank.

(j) Sachanlagen

Sachanlagen sind mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer angesetzt. Bei der Bestimmung der Nutzungsdauer von Sachanlagen werden die physische Abnutzung, die technische Alterung sowie rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Bei darüber hinausgehenden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Sachanlagen werden linear über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

	Nutzungsdauer in Jahren
Gebäude	40–60
EDV-Anlagen	4–5
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	5–20

Kosten für laufende Wartung und Anschaffungskosten bis 150 € werden in voller Höhe erfolgswirksam erfasst. Kosten für den Ersatz von Teilen des Sachanlagevermögens werden aktiviert.

Anschaffungen von geringwertigen Wirtschaftsgütern werden aus Wesentlichkeitsgründen sofort als Aufwand erfasst.

(k) Sonstige Aktiva

Unter den sonstigen Aktiva werden insbesondere die Rechnungsabgrenzungsposten sowie alle nicht einem der übrigen Aktivposten zuzuordnenden Vermögenswerte ausgewiesen.

(l) Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten und Nachrangkapital werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen (IAS 39.47).

Der Buchwert von gesicherten Verbindlichkeiten, für die Hedge Accounting angewandt wird, wird um die Fair-Value-Änderungen, die auf das abgesicherte Risiko entfallen, angepasst.

Agio- und Disagioträge sowie Emissionskosten werden effektivzinskonstant über das Zinsergebnis erfasst.

(m) Handelspassiva

Unter diesem Bilanzposten werden derivative Finanzinstrumente mit einem negativen Fair Value bilanziert, die zum Zwecke der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Darüber hinaus wird der negative Fair Value von derivativen Finanzinstrumenten des Bankbuchs bilanziert. Bewertungsgewinne und -verluste sowie realisierte Ergebnisse werden im Handelsergebnis erfasst. Die erstmalige Erfassung der derivativen Finanzinstrumente in den Handelspassiva erfolgt zum Handelstag. Zudem werden Zinsderivate, welche im Zusammenhang mit den Grundgeschäften der Fair-Value-Option stehen, hier ausgewiesen. Darüber hinaus werden Wertpapierleerverkäufe – soweit zulässig – mit ihrem negativen Fair Value ausgewiesen.

Die abgespalteten Derivate der synthetischen SCP-Bestände werden wie „Stand-alone“-Derivate unter dem Bilanzposten „Handelsaktiva“ (bei positivem Marktwert) oder aber „Handelspassiva“ (bei negativem Marktwert) ausgewiesen.

(n) Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Bei der Deutschen Postbank AG und ihren Tochtergesellschaften bestehen Zusagen auf betriebliche Versorgungsleistungen. Die Zusagen werden in Abhängigkeit von ihren grundlegenden Leistungsbedingungen und -voraussetzungen des jeweiligen Planes entweder als Leistungs- oder als Beitragspläne klassifiziert.

Die Aufwendungen für die Beitragspläne sind im Wesentlichen die Zahlungen an die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost (Postbeamtenversorgungskasse, vormals: Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V.) in Höhe von 97 Mio € (Vorjahr: 105 Mio €). Diese Aufwendungen und der Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Rentenversicherung in Höhe von 57 Mio € (Vorjahr: 57 Mio €) werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Verwaltungsaufwand erfasst.

Die bestehenden leistungsorientierten Versorgungszusagen sehen nach Berechtigungsgruppen unterschiedliche Leistungen vor. Bei dem überwiegenden Teil der Leistungen handelt es sich um unmittelbare Versorgungszusagen, seit der Übernahme der BHW Gruppe bestehen darüber hinaus auch mittelbare Versorgungszusagen über die Pensionskasse der BHW Bausparkasse VVaG.

Unmittelbare Versorgungszusagen: Die unmittelbaren Versorgungszusagen sehen Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenleistungen vor, zumeist in Form von lebenslangen Rentenzahlungen. Im Einzelnen existieren, auch bedingt durch die Übernahmen von Versorgungsplänen im Zusam-

menhang mit Unternehmenstransaktionen, unterschiedliche Ausgestaltungen in Form von

- Rentenbausteinplänen, bei denen sich die spätere Rente jährlich in Abhängigkeit des bezogenen Gehalts erhöht;
- endgehaltsabhängigen Zusagen, bei denen sich die spätere Rente in Abhängigkeit von der verbrachten Dienstzeit und den vor Eintritt des Leistungsfalls bezogenen Gehältern ergibt;
- (dynamischen) Festrenten, bei denen die spätere Rentenhöhe festgesetzt wird, teils aber jährlich um einen festen Prozentsatz dynamisiert wird.

Daneben existieren in kleinerem Umfang auch beitragsorientierte Leistungszusagen, bei denen ein jährlich bereitgestellter Beitrag versicherungsmathematisch in eine Leistung umgewandelt und einem Versorgungskonto gutgeschrieben wird.

Die Zusagen der in den Vorjahren in die betriebliche Altersversorgung der Postbank übernommenen, bis dahin bei der Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost (VAP) versicherten Rentner und Arbeitnehmer finanziert die Postbank im Durchführungsweg der Direktzusage.

Pensionskasse der BHW Bausparkasse: Die Pensionskasse ist ein rechtlich selbstständiger Träger der betrieblichen Altersversorgung in Form eines kleinen Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit (VVaG) und gewährt den Versicherten einen Rechtsanspruch auf ihre Versorgungsleistungen. Sie unterliegt als regulierte Pensionskasse der uneingeschränkten Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) auf der Grundlage des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG). Die Finanzierung der Pensionskasse erfolgt im Wege der Kapitaldeckung – hierzu leisten die Trägerunternehmen regelmäßig Beiträge an die Pensionskasse. Die Solvabilität der Pensionskasse war im Geschäftsjahr zu jeder Zeit sichergestellt. In der Pensionskasse versicherte Arbeitnehmer und Rentner haben in der Regel auch unmittelbare Versorgungszusagen, die durch Anrechnungslösungen mit den Pensionskassenversicherungen verbunden sind.

Zur Finanzierung der unmittelbaren Verpflichtungen, die nicht über die Pensionskasse gedeckt sind und die nicht bereits ausfinanziert waren, hat die Postbank 2013 einen Betrag von 1,45 Mrd € in das CTA (Contractual Trust Arrangement) des Deutsche Bank Konzerns investiert. Das darin vorgehaltene Vermögen wird qualifiziert als Planvermögen unter IAS19 rev. Die Dotierungen an das CTA unterliegen keinen Mindestbeitragsanforderungen, sondern können von der Postbank frei bestimmt werden.

Die Höhe des Verpflichtungsumfanges wird jährlich von unabhängigen versicherungsmathematischen Gutachtern unter Verwendung der von IAS 19 vorgeschriebenen Projected Unit Credit Method ermittelt. Der für die Diskontierung der Pensionsverpflichtung anzuwendende Rechnungszins wird zum Bilanzstichtag auf Basis der Renditen hochwertiger langfristiger Unternehmensanleihen ermittelt. Bei den langfristigen Annahmen zum Gehaltstrend werden die Erwartungen der Postbank über die langfristige Entwicklung dieser Größe berücksichtigt. Die nominale Rate der erwarteten Gehaltssteigerungen bestimmt sich dabei über die Inflation zuzüglich des langfristig erwarteten realen Gehaltstrends

(Building Block Approach). Als Referenz für die langfristige Inflationsentwicklung zieht die Deutsche Bank die implizite Inflation von in Euro notierten Inflationsswaps am Bilanzstichtag heran.

Die zukünftigen Rentenanpassungen orientieren sich an der Inflation bzw. an der Gehaltsentwicklung entsprechend den gesetzlichen Vorgaben, sofern keine garantierte Anpassung von 1% p.a. zugesagt ist. Die für die Bewertungen angewendeten Rechnungsgrundlagen sind der folgenden Übersicht zu entnehmen:

	2013	2012
Rechnungszinsfuß	3,6 % p. a.	3,7 % p. a.
Gehaltsdynamik	2,4 %	2,6 %
Inflation	1,9 %	2,1 %
Sterblichkeit	Heubeck-Tafeln 2005G	Heubeck-Tafeln 2005G

Die Postbank wendet IAS19 rev. im Geschäftsjahr 2013 erstmals an und erfasst die Neubewertung der Nettopensionsrückstellung aufgrund von Abweichungen zwischen der tatsächlichen und der erwarteten Entwicklung von Verpflichtungsumfang und Planvermögen im Jahr der Entstehung im sonstigen Ergebnis (Other Comprehensive Income) und nach Abzug von latenten Steuern in den Gewinnrücklagen.

Sonstige Rückstellungen

Andere kurzfristige oder langfristige Leistungen an Arbeitnehmer werden unter Anwendung der Vorschriften des IAS19 rev. unter den sonstigen Rückstellungen erfasst. Dies gilt insbesondere für Altersteilzeit und Vorruhestandsleistungen. Der auf diese Verpflichtungen entfallende Rückstellungsbetrag betrug zum 31. Dezember 2013 271 Mio € (Vorjahr: 227 Mio €).

Für das Bauspargeschäft werden, differenziert nach Tarifen und Vertragsbedingungen, Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten, für die Rückerstattungen von Abschlussgebühren und für rückwirkend zu vergütende Zinsboni bei Darlehensverzicht bzw. Zinssatzwechsel oder Tarifwechsel gebildet. Für die Berechnung dieser Rückstellungen wird auf Basis der vorliegenden statistischen Daten über das Kundenverhalten unter Einbeziehung zukünftiger Umfeldbedingungen eine auf das Potenzial bezogene Rückstellungsquote ermittelt.

Da sich die Laufzeit von Bausparverträgen typischerweise über einen sehr langen Zeitraum (von teilweise mehr als 20 Jahren) erstreckt, bestehen Unsicherheiten über den zeitlichen Anfall und die konkrete Höhe der Aufwendungen. Im Rahmen der Kollektivsimulation werden daher bei der Ermittlung der Höhe der Rückstellungen Annahmen und Schätzungen bezüglich des Kundenverhaltens und zukünftiger Umfeldbedingungen getroffen.

Rückstellungszuführungen für Zinsboni und Zinssatzwechsel werden im Zinsergebnis erfasst, während Rückstellungsdotierungen für die Rückerstattung von Abschlussgebühren das Provisionsergebnis belasten.

(o) Währungsumrechnung

Gemäß IAS 21.23 wurden sämtliche monetären Fremdwährungsposten sowie Aktien in Fremdwährung, bei denen es sich um nicht monetäre Posten nach IAS 21.8 handelt, zum Kassamittelkurs des Bilanzstichtags in Euro umgerechnet. Wesentliche nicht monetäre zu (fortgeführten) Anschaffungskosten bewertete Posten (insbesondere Sachanlagen und Abgrenzungsposten), die gemäß IAS 21.23 (b) zum historischen Kurs umgerechnet werden, bestanden zum Bilanzstichtag nicht. Aufwendungen und Erträge in Fremdwährung wurden grundsätzlich mit dem zum Monatsultimo gültigen Kurs umgerechnet.

Die aus der Währungsumrechnung von monetären Vermögenswerten und Schulden resultierenden Ergebnisse werden erfolgswirksam berücksichtigt. Ergebnisse aus der Währungsumrechnung von nicht monetären Positionen werden, entsprechend der der Position zugrunde liegenden Bewertungskategorie, entweder erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage oder erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst.

(p) Ertragsteuern

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12 unter Berücksichtigung der ab dem Veranlagungsjahr 2012 bestehenden ertragsteuerlichen Organschaft zur Deutschen Bank nach der „formaljuristischen Betrachtungsweise“. Danach werden Ertragsteuern der zum Postbank Organkreis gehörigen Gesellschaften nicht mehr ausgewiesen, da diese nunmehr vom Organträger, der Deutschen Bank AG, geschuldet werden. Eine Ausnahme stellt die nach §16 KStG weiterhin von der Postbank geschuldete Steuer auf die Ausgleichszahlung an außenstehende Aktionäre dar.

Für die weiterhin von den nicht zum Postbank Organkreis gehörigen Gesellschaften geschuldeten Steuern gelten die nachstehenden Ausführungen:

Latente Steuern werden für alle temporären Differenzen zwischen den sich nach IFRS ergebenden Wertansätzen und den steuerlichen Wertansätzen gebildet. Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge werden in der Höhe ange-setzt, in der eine zukünftige Nutzung wahrscheinlich ist.

Latente Steuern werden unter dem Posten „Latente Ertragsteueransprüche“, soweit es sich um Steuerminderungsansprüche handelt, und unter dem Posten „Latente Ertragsteuerverpflichtungen“, soweit es sich um künftige Steuerverbindlichkeiten handelt, ausgewiesen.

Die entsprechenden kurzfristigen und langfristigen latenten Steueransprüche und -schulden werden gemäß IAS 12.74 saldiert.

Die Aufwendungen und Erträge aus Steuerlatenzen werden, getrennt von den tatsächlichen Steueraufwendungen und -erträgen, unter den Ertragsteuern erfasst. Dabei wird die Bilanzierung des zugrunde liegenden Sachverhalts berücksichtigt. So werden die latenten Steuern erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wenn der Bilanzposten selbst erfolgswirksam behandelt wird. Eine erfolgsneutrale Erfassung im Eigenkapital in der Neubewertungsrücklage erfolgt dann, wenn der Bilanzposten selbst erfolgsneutral erfasst wird (IAS 12.61A), z. B. bei Neubewertungen von Wertpapieren der Kategorie Available for Sale.

(q) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte
Langfristige Vermögenswerte (und Veräußerungsgruppen) sind gemäß IFRS 5 als zur Veräußerung gehalten einzustufen, wenn ihr Buchwert im Wesentlichen durch einen Verkauf realisiert wird und der Verkauf höchst wahrscheinlich ist.

Die als zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte werden grundsätzlich mit dem niedrigeren Wert von Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten angesetzt und im Bilanzposten „Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte“ ausgewiesen. Ausnahmen von dieser Bewertungsregelung finden gemäß IFRS 5.5 u. a. auf Finanzinstrumente Anwendung. Die mit diesen Vermögenswerten verbundenen Verbindlichkeiten werden in dem Bilanzposten „Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten“ ausgewiesen.

(5) Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung nach IFRS

Neuerungen für das Geschäftsjahr 2013

In der Berichtsperiode wurden erstmals folgende Standards angewandt:

IAS 1

Die Änderungen des IAS 1 „Darstellung des Abschlusses – Darstellung von Posten des sonstigen Ergebnisses“ ändern die Darstellung des sonstigen Gesamtergebnisses dahingehend, dass die Posten des sonstigen Ergebnisses, die später in das Periodenergebnis reklassifiziert werden können bzw. in der Berichtsperiode reklassifiziert wurden, getrennt von den Posten, bei denen keine Reklassifizierung in das Periodenergebnis erfolgen wird, darzustellen sind. Die Darstellung des sonstigen Ergebnisses im Rahmen der verkürzten Gesamtergebnisrechnung wurde entsprechend den geänderten Anforderungen angepasst.

IAS 19

Zum 1. Januar 2013 ist IAS 19 in der Fassung 2011 (IAS 19 rev.) für die Rechnungslegung von Leistungen an Arbeitnehmer anzuwenden. Unter dem neuen Standard ist die aufgeschobene Berücksichtigung von versicherungsmathematischen Gewinnen/Verlusten (sogenannter Korridoransatz) nicht mehr zulässig. Diese sind stattdessen im Jahr des Entstehens als Komponente der Gesamterfolgsrechnung im sonstigen Ergebnis zu erfassen. Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand ist nach IAS 19 rev. stets sofort im Entstehungsjahr in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen. Statt der Ermittlung des Zinsaufwands auf die Pensionsverpflichtung und des erwarteten Ertrags auf das Planvermögen auf Basis der Vermögensallokation wird unter IAS 19 ein Nettozinsaufwand oder -ertrag, basierend auf der Pensionsrückstellung, unter Berücksichtigung unterjähriger Zahlungen und des am Anfang des Wirtschaftsjahres gegebenen Rechnungszinses ergebniswirksam angesetzt.

Die Änderungen werden entsprechend den Übergangsvorschriften des IAS 19 rev. unter Berücksichtigung der Bestimmungen in IAS 8 rückwirkend angewendet. Durch die Anwendung hat sich die Pensionsrückstellung zum 1. Januar 2013 um 341 Mio € erhöht, der Pensionsaufwand im Geschäftsjahr 2013 war um ca. 17 Mio € niedriger als unter dem alten Standard. Davon entfallen ca. 18 Mio € auf Einsparungen aufgrund nicht mehr notwendiger Verlustamortisationen und ca. 1 Mio € auf geringere Ertragser-

wartungen aus dem Planvermögen aufgrund der Verwendung des Rechnungszinses anstelle der aus der Plananlage erwarteten Zinserträge. Die Nettopensionsrückstellung zum 31. Dezember 2013 wäre unter der Korridormethode um 348 Mio € geringer gewesen als die aktuell berücksichtigte Rückstellung.

IFRS 7

Der geänderte IFRS 7 „Finanzinstrumente: Angaben Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten“ regelt die zusätzlichen Angaben zu den saldierten Finanzinstrumenten und zu Finanzinstrumenten, die nicht saldiert wurden, jedoch einer Saldierungsvereinbarung unterliegen. Die Angaben sind Gegenstand der Note 45.

IFRS 10, IFRS 11, IFRS 12, IAS 27 und IAS 28

In der Berichtsperiode hat die Postbank die neuen Standards IFRS 10, IFRS 11 und IFRS 12 sowie die geänderten Standards IAS 27 und IAS 28 freiwillig vorzeitig angewandt.

Der IFRS 10 „Konzernabschlüsse“ enthält neue Konsolidierungsvorschriften, die insbesondere die Definition der Beherrschung neu auslegen. Eine Beherrschung über ein anderes Unternehmen liegt vor, wenn der Investor die Möglichkeit besitzt, die relevanten Aktivitäten des Beteiligungsunternehmens zu bestimmen, wesentliche variable Rückflüsse aus dem Engagement mit dem Beteiligungsunternehmen erhält und mithilfe seiner Verfügungsgewalt die Höhe der variablen Rückflüsse beeinflussen kann.

Das neue Beherrschungskonzept ist einheitlich auf alle Unternehmen inklusive der bisher unter SIC-12 analysierten Zweckgesellschaften anzuwenden.

Aus der Anwendung des IFRS 10 haben sich zum Erstanwendungszeitpunkt keine Auswirkungen auf den Konsolidierungskreis der Postbank aufgrund des neuen Beherrschungsbegriffs ergeben.

Die in den IFRS 11 „Gemeinsame Vereinbarungen“, IAS 27 „Einzelabschlüsse“ und IAS 28 „Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen“ geregelten Vorschriften hatten in der Berichtsperiode keine Auswirkungen auf die Postbank.

Der IFRS 12 „Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen“ regelt die Anhangangaben zu Beteiligungen im Konzern und zu Beziehungen zu sogenannten strukturierten Unternehmen. Die bisher vorhandenen Anhangangaben werden im Wesentlichen um die Angaben zu nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen erweitert. Diese sind Gegenstand der Note 54.

IFRS 13

Mit Wirkung zum 1. Januar 2013 wendet die Postbank die Vorschriften des IFRS 13 „Bemessung des beizulegenden Zeitwerts“ an, der die Vorschriften zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes innerhalb der IFRS zusammenführt. Zielsetzung ist die standardübergreifende Vereinheitlichung des Fair-Value-Begriffs, der bei der Fair-Value-Ermittlung anzuwendenden Methoden sowie insbesondere auch der mit der Fair-Value-Bewertung einhergehenden Anhangangaben. Die Umsetzung der Bewertungsvorschriften des IFRS 13 hatte keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der Postbank. Anhangangaben gemäß IFRS 13 sind insbesondere in Note 42 enthalten.

154

159

143

Annual Improvements 2009–2011

Durch die Anwendung der Klarstellungen, Änderungen und Ergänzungen in fünf Standards aus dem Annual-Improvements-Projekt 2009–2011 ab dem 1. Januar 2013 sind keine wesentlichen Effekte für die Postbank entstanden.

Neuerungen aus in zukünftigen Geschäftsjahren anzuwendenden Standards und Interpretationen

Die verabschiedeten wesentlichen Standards, der Erstanwendungszeitpunkt sowie die erwarteten Auswirkungen auf die Postbank sind in der nachfolgenden Tabelle zusammengefasst. Als Erstanwendungszeitpunkt betrachtet die Postbank den vom IASB in den jeweiligen Standards genannten Erstanwendungszeitpunkt, sofern eine frühzeitige Anwendung seitens der EU erlaubt ist.

Standard	Erstanwendungszeitpunkt	Beschreibung der Änderungen und Auswirkungen auf die Postbank
IAS 19 „Employee Benefits“	01.07.2014 Ein EU-Endorsement liegt bisher nicht vor.	IAS 19 beinhaltet eine Anpassung zu „Defined Benefit Plans: Employee Contributions“, die dazu führt, dass die Arbeitnehmerbeiträge oder Beiträge von dritten Parteien, die mit der Arbeitsleistung verknüpft sind, als negative Leistung auf die Erdienungszeiträume erfasst werden.
IAS 32 (am. 2011) „Financial Instruments: Presentation“	01.01.2014 EU-Verordnung 1256/2012 vom 13.12.2012	IAS 32 stellt klar, unter welchen Voraussetzungen eine Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten zu erfolgen hat. Zurzeit prüft die Postbank die möglichen Auswirkungen und Änderungen für den Konzernabschluss.
IAS 36 „Impairment of Assets“	01.01.2014 EU-Verordnung 1374/2013 vom 19.12.2013	IAS 36 beinhaltet Änderungen zu den Angabevorschriften hinsichtlich des erzielbaren Betrags für wertgeminderte Vermögenswerte, der auf Basis des Fair Value abzüglich Veräußerungskosten ermittelt wurde. Zurzeit prüft die Postbank die möglichen Auswirkungen der Änderungen auf den Konzernanhang.
IAS 39 „Financial Instruments: Recognition and Measurements“	01.01.2014 EU-Verordnung 1375/2013 vom 19.12.2013	IAS 39 beinhaltet eine Erleichterungsregel zu „Novation of Derivatives and Continuation of Hedge Accounting“, die dazu führt, dass bei der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften in Fällen des Wechsels zu einem zentralen Kontrahenten infolge rechtlicher oder regulatorischer Anforderungen keine Beendigung des Hedge Accounting vorgenommen wird. Zurzeit prüft die Postbank die möglichen Auswirkungen und Änderungen für den Konzernabschluss.
IFRS 9 „Financial Instruments“	Nach derzeitigem Stand soll der IFRS 9 (Phase 1) für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen, angewendet werden. Ein EU-Endorsement liegt bisher nicht vor.	Das IASB hat ein Projekt zur Ablösung des IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“ aufgesetzt. Dieses Projekt gliedert sich in drei Phasen, die letztendlich in einem neuen Standard IFRS 9 „Finanzinstrumente“ münden. Für die Phase 1 „Kategorisierung und Bewertung“ liegt grundsätzlich ein finaler Standard vor. Dieser sieht zur Kategorisierung von Finanzinstrumenten die Kriterien Business Model und Contractual Cash Flow Characteristics vor. Je nach Ausgestaltung dieser Kriterien erfolgt eine Kategorisierung bzw. Bewertung zu Amortised Cost oder zum Fair Value. Zu Phase 1 wurde im März 2013 ein weiterer Standardentwurf veröffentlicht. Für Phase 2 („Amortised Cost and Impairment“) liegt derzeit nur Standardentwurf vor. Mit Phase 2 soll das Incurred-Loss-Impairment-Modell durch ein Expected-Loss-Modell abgelöst werden, um vorzeitig erwartete Risiken abbilden zu können. Zur Umsetzung wird ein vom IASB vorgeschlagener Three-Bucket/Stages Approach diskutiert. Phase 3 („Hedge Accounting“ ohne Macro Hedge Accounting) sieht Vereinfachungen beim Hedge Accounting vor, insbesondere beim Effektivitätstest. Für Phase 3 wurden im November 2013 die finalen Regelungen zur bilanziellen Abbildung von Sicherungsbeziehungen als weiterer Teil des IFRS 9 „Financial Instruments“ veröffentlicht. Zurzeit prüft die Postbank die möglichen Auswirkungen und Änderungen für den Konzernabschluss.
Annual Improvements 2010–2012	01.07.2014 Ein EU-Endorsement liegt bisher nicht vor.	Das IASB hat im Rahmen des Annual-Improvements-Projekts 2010–2012 Klarstellungen, Änderungen und Ergänzungen in bestehenden IFRS vorgenommen. Wesentliche Effekte für die Postbank sind aus den Neuregelungen nicht zu erwarten.
Annual Improvements 2011–2013	01.07.2014 Ein EU-Endorsement liegt bisher nicht vor.	Das IASB hat im Rahmen des Annual-Improvements-Projekts 2011–2013 Klarstellungen, Änderungen und Ergänzungen in bestehenden IFRS vorgenommen. Wesentliche Effekte für die Postbank sind aus den Neuregelungen nicht zu erwarten.

(6) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte

Zur Veräußerung gehaltene Gruppen von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten

Im Dezember 2013 hat die Bank folgende fünf Tochtergesellschaften als zur Veräußerung gehalten klassifiziert: Postbank Direkt GmbH (Segment Retail Banking), Postbank Service GmbH und BHW Kreditservice GmbH (beide Segment Cost Center/Konsolidierung), Betriebs-Center für Banken AG und VÖB-ZVD Processing GmbH (beide Segment Transaction Banking). Die geplante Bündelung von diesen Servicegesellschaften in einer Holding innerhalb des Deutsche Bank Konzerns wird voraussichtlich im Jahresverlauf 2014 erfolgen.

Die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Gesellschaften setzen sich wie folgt zusammen:

Aktiva	31.12.2013 Mio €
Barreserve	40
Forderung an Kreditinstitute	9
Finanzanlagen	1
Immaterielle Vermögenswerte	4
Sachanlagen	43
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	10
Latente Ertragsteueransprüche	36
Sonstige Aktiva	14
Gesamt	157

Passiva	31.12.2013 Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	11
Rückstellungen	67
Tatsächliche Ertragsteuerpflichtungen	12
Latente Ertragsteuerpflichtungen	17
Sonstige Passiva	61
Gesamt	168

Die Forderungen an Kreditinstitute entfallen in voller Höhe auf die Kategorie Loans and Receivables. Im Posten „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Dem Buchwert der mit den Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten steht ein entsprechender beizulegender Zeitwert zum Stichtag 31. Dezember 2013 in gleicher Höhe gegenüber.

Die mit fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerte der Gesellschaften in Höhe von 49 Mio € und die finanziellen Verbindlichkeiten in Höhe von 11 Mio € sind dem Level 1 zugeordnet. Die in der Bilanz zum beizulegenden Zeitwert angesetzten Finanzanlagen in Höhe von 1 Mio € sind dem Level 2 zugeordnet.

Neben der Veräußerung bzw. Einbringung der oben aufgeführten Gesellschaften hat die Bank beschlossen, eine Immobilie in Berlin im ersten Quartal 2014 zu verkaufen. Die Klassifizierung der Immobilie als zur Veräußerung gehalten hat zu einer Wertminderung in Höhe von 3,5 Mio € geführt, die im Verwaltungsaufwand erfasst wurde. Der Buchwert der Immobilie zum 31. Dezember 2013 ist in Höhe von 41 Mio € im Bilanzposten „Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte“ ausgewiesen. Die Immobilie ist dem Segment Retail Banking zugewiesen.

(7) Anpassung von Vorjahreszahlen

Aufgrund der retrospektiven Erstanwendung der geänderten Vorschriften zur Bilanzierung von Leistungen an Arbeitnehmer nach IAS 19 rev. wurden die Vorjahreszahlen der Rückstellungen zum 1. Januar 2012 insgesamt um 47 Mio € nach Steuern erfolgsneutral zulasten des Eigenkapitals erhöht. Aufgrund der geänderten Bewertung der Versorgungspläne wurde im Geschäftsjahr 2012 der Verwaltungsaufwand um 8 Mio € entlastet; aus der ergebnisneutralen Neubewertung der leistungsorientierten Versorgungspläne ergab sich in diesem Zeitraum gleichzeitig eine Belastung des Sonstigen Ergebnisses nach Steuern von 282 Mio €. Zum 31. Dezember 2012 erhöhten sich die Rückstellungen um insgesamt 334 Mio € und die latenten Ertragsteueransprüche um 5 Mio €; das Eigenkapital reduzierte sich zum 31. Dezember 2012 insgesamt um 329 Mio €.

Um dem wirtschaftlichen Gehalt der Aufrechnungsvereinbarung (Netting) angemessenen Rechnung zu tragen, werden im Zusammenhang mit der Abwicklung von Swapgeschäften durch einen zentralen Kontrahenten seit dem Berichtsjahr 2013 die entsprechenden Aktiv- und Passivgeschäfte nach IAS 32 saldiert. Hierbei wurden bei den Vorjahreszahlen die Forderungen an Kreditinstitute um 651 Mio €, die Handelsaktiva und -passiva um 4.311 Mio € bzw. 5.267 Mio € sowie die positiven und negativen Marktwerte der Hedging Derivate um 903 Mio € bzw. 598 Mio € reduziert.

Auswirkungen auf den 1. Januar 2012 ergaben sich nicht.

Bei den retrospektiven Änderungen wurden die Bilanz, die Gesamtergebnisrechnung (inklusive des Ergebnisses je Aktie), die Eigenkapitalveränderungsrechnung sowie die entsprechenden Anhangangaben (inklusive der Segmentberichterstattung) angepasst.

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

(8) Zinsüberschuss

	2013 Mio €	2012 Mio €
Zins- und laufende Erträge		
Zinserträge aus		
Kredit- und Geldmarktgeschäften	4.410	4.956
Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	738	1.144
Handelsgeschäften	1	4
Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen	2	-9
	5.151	6.095
Laufende Erträge aus		
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	1	2
Beteiligungen	6	3
	7	5
	5.158	6.100
Zinsaufwendungen aus		
Verbindlichkeiten	1.938	2.450
Verbrieften Verbindlichkeiten	245	333
Nachrangkapital	219	213
Swaps	293	400
Handelsgeschäften	-	1
	2.695	3.397
Gesamt	2.463	2.703

In den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sind Zinserträge aus wertgeminderten Vermögenswerten in Höhe von 27 Mio € (Vorjahr: 56 Mio €) enthalten (Unwindung nach IAS 39).

Die Zinsaufwendungen aus Verbindlichkeiten, Verbrieften Verbindlichkeiten und Nachrangkapital entfallen auf Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost.

Der Zinsaufwand aus Handelsgeschäften enthält die Refinanzierungsaufwendungen aus der Handelstätigkeit.

Das Zinsergebnis aus Swaps aus Sicherungsbeziehungen wird netto ausgewiesen. Die hier zugrunde liegenden Geschäfte sind zum einen Sicherungsinstrumente, die die Anforderungen des Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, in Höhe von 50 Mio € (Vorjahr: 179 Mio €). Zum anderen sind hier derivative Geschäfte in Höhe von 243 Mio € (Vorjahr: 221 Mio €) enthalten, die Forderungen gegenüberstehen, welche als Fair-Value-Option designiert sind.

Die Gewinne bzw. Verluste, die aus der Bewertungsänderung von Fair Value Hedges resultieren, werden im Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen ausgewiesen, welches sich wie folgt zusammensetzt:

	2013 Mio €	2012 Mio €
Fair-Value-Änderung der Grundgeschäfte	109	-112
Fair-Value-Änderung der Sicherungsinstrumente	-107	103
Gesamt	2	-9

(9) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

	2013 Mio €	2012 Mio €
Aufwand aus der Zuführung zur Risikovorsorge		
Einzelwertberichtigungen	485	556
Portfoliowertberichtigungen	34	2
Aufwand aus der Zuführung zu Rückstellungen für das Kreditgeschäft	27	17
Direkte Forderungsabschreibung	101	47
Ertrag aus der Auflösung der Risikovorsorge		
Einzelwertberichtigungen	281	193
Portfoliowertberichtigungen	8	9
Ertrag aus der Auflösung von Rückstellungen für das Kreditgeschäft	16	10
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	23	26
Gesamt	319	384

Im Risikovorsorgeaufwand sind Zuführungen von 2 Mio € (Vorjahr: 0 Mio €) und Auflösungen von 0 Mio € (Vorjahr: 4 Mio €) enthalten, die Forderungen an Kreditinstitute betreffen.

In Höhe von 306 Mio € (Vorjahr: 377 Mio €) entfällt der Risikovorsorgeaufwand auf Forderungen an Kunden der Kategorie Loans and Receivables und in Höhe von 11 Mio € (Vorjahr: 7 Mio €) auf Bürgschaften, Gewährleistungsgarantien und unwiderrufliche Kreditzusagen.

Der Aufwand aus der Zuführung zur Risikovorsorge und der Ertrag aus der Auflösung der Risikovorsorge für Forderungen an Kunden gliedern sich nach folgenden Produktgruppen:

	2013 Mio €	2012 Mio €
Zuführung		
Private Baufinanzierungen	183	206
Bauspardarlehen	2	3
Gewerbliche Kredite	158	209
Ratenkredite	80	79
Sonstige Forderungen	60	59
Portfoliowertberichtigungen	34	2
Gesamt	517	558

	2013 Mio €	2012 Mio €
Auflösung		
Private Baufinanzierungen	143	107
Bauspardarlehen	1	1
Gewerbliche Kredite	127	71
Ratenkredite	0	0
Sonstige Forderungen	10	11
Portfoliowertberichtigungen	8	8
Gesamt	289	198

(10) Provisionsüberschuss

	2013 Mio €	2012 Mio €
Girogeschäft	413	359
Wertpapiergeschäft	47	50
Kredit- und Avalgeschäft	81	115
Filialgeschäft	393	431
Sonstiges Provisionsgeschäft	186	199
Gesamt	1.120	1.154

In der Position „Sonstiges Provisionsgeschäft“ sind die Erträge aus Zahlungsverkehrsdienstleistungen für Dritte enthalten.

Der Provisionsüberschuss aus dem Treuhandgeschäft beträgt 6 Mio € (Vorjahr: 6 Mio €) und wird in der Position „Sonstiges Provisionsgeschäft“ ausgewiesen.

(11) Handelsergebnis

Bei der Fair-Value-Ermittlung von Handelsaktiva und Handelspassiva werden grundsätzlich Börsenkurse zugrunde gelegt. Für nicht börsennotierte Produkte werden die Fair Values nach der Barwertmethode oder anhand geeigneter Bewertungsmodelle ermittelt. Im Handelsergebnis ist neben dem realisierten Ergebnis auch das Bewertungsergebnis aus Handelsaktivitäten enthalten.

	2013 Mio €	2012 Mio €
Ergebnis aus dem Verkauf von Wertpapieren und Darlehen	-1	3
Bewertungsergebnis der Wertpapiere und Darlehen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-1	3
Darlehen (Held for Trading)	-5	1
	-6	4
Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs		
Ertrag aus Derivaten	3.099	9.678
Aufwand aus Derivaten	-3.157	-9.782
	-58	-104
Ergebnis aus Fair-Value-Option		
davon Forderungen an Kunden	-262	107
davon Derivate, die im wirtschaftlichen Zusammenhang mit der Fair-Value-Option stehen	268	-134
	6	-27
Devisenergebnis	7	23
Provisionsergebnis Handelsbestand	-1	-2
Gesamt	-53	-103

Das Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs enthält einen Aufwand aus Swapzinsen in Höhe von 71 Mio € (Vorjahr: 146 Mio €). Die diesen Zinsen zugrunde liegenden Swapbestände sind nicht Bestandteil einer Hedge-Beziehung nach IAS 39.

Im Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs sind Erträge aus dem Bilanzstrukturmanagement in Höhe von 0 Mio € (Vorjahr: 2 Mio €) enthalten (vgl. Note 4 (g)).

Weiterhin sind im Derivateergebnis die Effekte aus der Bewertung von eingebetteten Derivaten aus strukturierten Kreditprodukten in Höhe von –13 Mio € (Vorjahr: –31 Mio €) enthalten.

	2013 Mio €	2012 Mio €
Ergebnis aus Zinsprodukten	–7	7
Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs	–58	–104
Ergebnis aus Fair-Value-Option	6	–27
Devisenergebnis	7	23
Provisionsergebnis Handelsbestand	–1	–2
Gesamt	–53	–103

(12) Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Finanzanlageergebnis werden Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Wertpapieren des Finanzanlagebestands, Beteiligungen und Anteilen an Tochterunternehmen, die nicht konsolidiert werden, ausgewiesen.

	2013 Mio €	2012 Mio €
Ergebnis aus Finanzanlagen Loans and Receivables	11	41
davon Verkaufsergebnis	11	–1
Verkaufsgewinne	87	136
Verkaufsverluste	76	137
davon Wertaufholungs-/ Wertminderungsergebnis	0	42
Ergebnis aus Finanzanlagen Available for Sale	41	–88
davon Verkaufsergebnis	41	–84
Verkaufsgewinne	54	41
Verkaufsverluste	13	125
davon Wertminderungsergebnis	0	–4
Ergebnis aus Forderungen an Kreditinstitute (saldiert)	0	12
davon Verkaufsergebnis aus Forderungen Loans and Receivables	0	12
Ergebnis aus Beteiligungen	222	20
Gesamt	274	–15

	2013 Mio €	2012 Mio €
Ergebnis aus Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	52	–81
Ergebnis aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0	8
Ergebnis aus Beteiligungen	222	20
Impairment	0	38
Gesamt	274	–15

Von dem Wertminderungsergebnis (Impairment) auf Finanzanlagen entfallen 2 Mio € auf sonstige Schuldverschreibungen (Vorjahr: 44 Mio €) sowie Wertaufholungen von 2 Mio € auf den Gesamtbestand der Schuldverschreibungen der Kategorie Loans and Receivables.

Im Jahr 2013 wurden SCP-Bestände mit einem Veräußerungsverlust in Höhe von –28 Mio € abgebaut.

Im Ergebnis aus Beteiligungen sind Effekte im Zusammenhang mit der Entkonsolidierung enthalten (siehe Note 2). Außerdem enthält das Ergebnis aus Beteiligungen die Wertberichtigung in Höhe von 17 Mio € (Vorjahr: 5 Mio €) auf geschlossene Fonds.

104

(13) Verwaltungsaufwand

Die Verwaltungsaufwendungen im Konzern setzen sich zusammen aus Personalaufwand, Sachaufwand sowie Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen. Sie gliedern sich wie folgt:

	2013 Mio €	2012 ¹ Mio €
Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	1.107	1.093
Soziale Abgaben	116	114
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	191	218
	1.414	1.425
Andere Verwaltungsaufwendungen	1.450	1.422
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	248	83
Abschreibungen auf Sachanlagen	65	61
Gesamt	3.177	2.991

¹Angaben angepasst (siehe Note 7)

In den Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung sind hauptsächlich Aufwendungen für beitragsorientierte Pläne in Höhe von 102 Mio € (Vorjahr: 105 Mio €) sowie Pensionsaufwendungen leistungsorientierter Pläne in Höhe von 61 Mio € (Vorjahr: 88 Mio €) enthalten.

In den anderen Verwaltungsaufwendungen sind im Wesentlichen Aufwendungen für EDV-Kosten 365 Mio € (Vorjahr: 309 Mio €), Aufwendungen für betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude 164 Mio € (Vorjahr: 168 Mio €), Verbundleistungen mit der Deutschen Post AG 152 Mio € (Vorjahr: 147 Mio €), Rechts-, Beratungs- und Prüfungskosten 112 Mio € (Vorjahr: 112 Mio €), Aufwendungen für Marktkommunikation 85 Mio € (Vorjahr: 100 Mio €) und Aufwendungen für die Bankenabgabe in Höhe von 3 Mio € (Vorjahr: 14 Mio €) enthalten.

Die in den anderen Verwaltungsaufwendungen erfassten Leasingaufwendungen in Höhe von 129 Mio € (Vorjahr: 135 Mio €) setzen sich zusammen aus Aufwendungen für geleaste immaterielle Vermögenswerte, Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung im Rahmen des Operating Lease.

Im ersten Halbjahr 2013 wurde die in den immateriellen Vermögenswerten ausgewiesene Marke BHW um 180 Mio € abgeschrieben. In den Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte sind keine weiteren außerplanmäßigen Abschreibungen (Vorjahr: 11 Mio €) enthalten.

Im Geschäftsjahr wurden außerplanmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen in Höhe von 5 Mio € (Vorjahr: 0 Mio €) vorgenommen.

(14) Sonstige Erträge

	2013 Mio €	2012 Mio €
Erträge aus dem Sachanlagevermögen	31	44
Erstattungen aus Sozialbereichen	17	11
Erträge aus uneinbringlichen Zahlungsvorfällen	5	4
Übrige	76	89
Gesamt	129	148

Die Erträge aus dem Sachanlagevermögen enthalten im Wesentlichen 30 Mio € Mieteinnahmen (Vorjahr: 31 Mio €).

Darüber hinaus ist in den übrigen Erträgen eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.

(15) Sonstige Aufwendungen

	2013 Mio €	2012 Mio €
Aufwendungen für Schadensregulierung und Kulanzzahlungen	31	8
Aufwendungen für die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation (BAnstPT und StiftPT)	7	9
Aufwendungen für sonstige Steuern	6	6
Aufwendungen aus dem Sachanlagevermögen	1	4
Zuführung zu Rückstellungen	–	4
Übrige	74	87
Gesamt	119	118

Die Aufwendungen aus dem Sachanlagevermögen enthalten Abgangsverluste aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten.

In den Aufwendungen für sonstige Steuern sind im Wesentlichen Grundsteuern in Höhe von 3 Mio € (Vorjahr: 4 Mio €) und Umsatzsteuern in Höhe von 3 Mio € (Vorjahr: 0 Mio €) enthalten.

Darüber hinaus ist in den übrigen Aufwendungen eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.

(16) Ertragsteuern

Die Ertragsteuern des Konzerns gliedern sich wie folgt:

	2013 Mio €	2012 Mio €
Tatsächliche Ertragsteuern		
Laufende Ertragsteuern		
Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag	18	91
Gewerbeertragsteuer	13	10
	31	101
Ertragsteuern Vorjahr	–9	5
	22	106
Latente Ertragsteuern		
Temporäre Differenzen	–93	–87
Steuerliche Verlustvorträge	58	87
	–35	0
Gesamt	–13	106

Die nachfolgende Überleitungsrechnung zeigt den Zusammenhang zwischen dem Ergebnis nach Steuern und dem Ertragsteueraufwand:

	2013 Mio €	2012 ¹ Mio €
Ergebnis nach Steuern	331	288
Ertragsteuern	-13	106
Ergebnis vor Steuern	318	394
Anzuwendender Steuersatz	31,45 %	38,50 %
Rechnerische Ertragsteuer	100	152
Steuereffekte		
aus Änderungen des Steuersatzes	-3	3
wegen abweichender Effektivsteuersätze im In- und im Ausland	10	-15
aus nicht abzugsfähigen Aufwendungen	71	3
aus steuerfreien Erträgen	-22	-40
wegen Hinzurechnungen/Kürzungen für lokale Ertragsteuer	3	1
aus Organschaft	-205	-19
aus Veränderung der Wertberichtigung von aktiven latenten Steuern	-1	16
für Steuern aus Vorjahren	32	4
Sonstige	2	1
	-113	-46
Ertragsteueraufwand	-13	106

Aufgrund der formaljuristischen Betrachtungsweise wird beim anzuwendenden Steuersatz der gewichtete durchschnittliche Steuersatz verwendet.

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

(17) Barreserve

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 ¹ Mio €
Kassenbestand	899	986
Guthaben bei Zentralnotenbanken	840	1.068
Gesamt	1.739	2.054

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 513 Mio € (Vorjahr: 862 Mio €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

Das Mindestreserve-Soll Ende Dezember 2013 beträgt 865 Mio € (Vorjahr: 977 Mio €).

(18) Forderungen an Kreditinstitute

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 ¹ Mio €
Inländische Kreditinstitute		
Täglich fällig	984	3.300
Andere Forderungen	12.316	9.680
	13.300	12.980
Ausländische Kreditinstitute		
Täglich fällig	1.399	1.247
Andere Forderungen	5.454	13.419
	6.853	14.666
Gesamt	20.153	27.646

Nach mehr als 12 Monaten sind von den Forderungen an Kreditinstitute 4.182 Mio € (Vorjahr: 3.950 Mio €) fällig.

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Forderungsbestand an Kreditinstitute wie folgt:

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 ¹ Mio €
Forderungen an Kreditinstitute (Loans and Receivables)	19.856	21.931
davon Fair Value Hedge	201	212
Geldhandelsaktiva (Loans and Receivables)	297	5.715
Gesamt	20.153	27.646

Die Forderungen an Kreditinstitute gliedern sich nach folgenden Produktgruppen:

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 ¹ Mio €
Wertpapierpensionsgeschäfte	15.101	20.953
Tagesgelder	1.826	4.387
Darlehen	808	1.218
Namensschuldverschreibungen	324	329
Termingelder	1.248	595
Sonstige Forderungen	846	164
Gesamt	20.153	27.646

Erhaltene Sicherheiten, die unbedingt verwertbar oder veräußerbar sind:

	Fair Value der Sicherheiten, die unbedingt verwertbar bzw. veräußerbar sind		Fair Value der Sicherheiten, die verkauft bzw. weiterverpfändet wurden und für die eine Rückgabepflicht besteht	
	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Finanzielle Sicherheiten	13.300	19.870	2.070	1.473
Nicht finanzielle Sicherheiten	–	–	–	–
Gesamt	13.300	19.870	2.070	1.473

Die Verwendung der Sicherheiten erfolgt zu marktüblichen Konditionen.

Zum 31. Dezember 2013 bestanden Forderungen aus echten Pensionsgeschäften in Höhe von 15.101 Mio € (Vorjahr: 20.953 Mio €). Die Postbank ist hierbei Pensionsnehmer. Bei den in Pension genommenen Papieren handelt es sich um börsennotierte Anleihen öffentlicher Emittenten, Emissionen deutscher und ausländischer Kreditinstitute, Industrieschuldverschreibungen sowie Aktien.

Die Forderungen an Kreditinstitute beinhalten festverzinsliche Forderungen von 18,9 Mrd € (Vorjahr: 25,6 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Forderungen von 1,3 Mrd € (Vorjahr: 2,1 Mrd €).

(19) Forderungen an Kunden

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Private Baufinanzierungen	70.463	71.628
Bauspardarlehen	3.690	3.801
Gewerbliche Kredite	16.603	21.259
Forderungen an öffentliche Haushalte	3.815	3.178
Ratenkredite	5.454	4.847
Sonstige Forderungen	1.288	1.553
Gesamt	101.313	106.266
davon:		
durch Grundpfandrechte gesichert	47.407	50.283
Kommunalkredite	3.487	3.165
Inländische Kunden	91.863	95.294
Ausländische Kunden	9.450	10.972
Gesamt	101.313	106.266

Die Forderungen an Kunden mit unbestimmter Laufzeit betragen 1,5 % (Vorjahr: 1,2 %) der Bilanzsumme. Diese Forderungen werden in der Restlaufzeitengliederung dem kürzesten Laufzeitband zugeordnet.

Nach mehr als 12 Monaten sind von den Forderungen an Kunden 75.387 Mio € (Vorjahr: 80.455 Mio €) fällig.

Von den Forderungen an Kunden entfallen 87,5 Mrd € (Vorjahr: 88,6 Mrd €) auf festverzinsliche Forderungen sowie 13,8 Mrd € (Vorjahr: 17,7 Mrd €) auf variabel verzinsliche Forderungen.

Im vierten Quartal 2013 hat die Postbank ein Portfolio von 1,6 Mrd € Nominal- und Buchwert an gewerblichen Immobilienkrediten der Niederlassung London veräußert.

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Forderungsbestand an Kunden wie folgt:

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Loans and Receivables	95.483	99.427
davon Fair Value Hedge	1.797	2.123
Fair-Value-Option	5.830	6.839
Gesamt	101.313	106.266

In den Forderungen an Kunden sind Forderungen aus Finanzierungsleasingverträgen enthalten.

Die Summe der ausstehenden Mindestleasingzahlungen beläuft sich auf 217 Mio € (Vorjahr: 212 Mio €) und gliedert sich in die folgende Fälligkeitsstruktur:

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
im 1. Jahr nach dem Bilanzstichtag	56	51
im 2. Jahr nach dem Bilanzstichtag	47	46
im 3. Jahr nach dem Bilanzstichtag	37	37
im 4. Jahr nach dem Bilanzstichtag	63	26
im 5. Jahr nach dem Bilanzstichtag	10	50
in mehr als 5 Jahren nach dem Bilanzstichtag	4	2
Gesamt	217	212

Die Überleitung auf den Barwert der ausstehenden Mindestleasingzahlungen stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Ausstehende Mindestleasingzahlungen	217	212
Nicht garantierte Restwerte	4	4
Bruttogesamtinvestition	221	216
Nicht realisierter Finanzertrag	22	26
Nettoinvestition	199	190
Barwert der nicht garantierten Restwerte	3	3
Barwert der Mindestleasingzahlungen	196	187

Die kumulierte Wertberichtigung für uneinbringliche ausstehende Mindestleasingzahlungen beträgt 3 Mio € (Vorjahr: 2 Mio €).

(20) Kreditvolumen

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 ¹ Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	20.153	27.646
Forderungen an Kunden	101.313	106.266
Bürgschaften und Garantien	359	415
Gesamt	121.825	134.327

(21) Risikovorsorge

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft deckt alle erkennbaren Bonitätsrisiken ab. Für das latente Kreditrisiko wurden Portfoliowertberichtigungen gebildet.

Die Risikovorsorge wurde durch eine aktivisch ausgewiesene Risikovorsorge sowie durch die Bildung von Rückstellungen für das Kreditgeschäft getroffen.

Die Risikovorsorge gliedert sich dabei wie folgt auf:

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute	2	13
Risikovorsorge für Forderungen an Kunden	1.476	1.732
Risikovorsorge für Forderungen gesamt	1.478	1.745
Rückstellungen für das Kreditgeschäft	52	43
Gesamt	1.530	1.788

Die aktivisch ausgewiesene Risikovorsorge hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Einzelwertberichtigungen		Portfoliowertberichtigungen		Gesamt	
	2013 Mio €	2012 Mio €	2013 Mio €	2012 Mio €	2013 Mio €	2012 Mio €
Stand 1. Januar	1.614	1.684	131	142	1.745	1.826
Umgliederungen wegen IFRS 5	0	-40	0	-4	0	-44
Zugänge						
Zulasten GuV gebildete Vorsorge	485	556	34	2	519	558
Umbuchung	-7	0	7	-	0	-
Abgänge						
Inanspruchnahme	464	342	2	-	466	342
Zugunsten GuV aufgelöste Vorsorge	281	193	8	9	289	202
Unwinding	27	56	-	-	27	56
Währungsumrechnungsdifferenzen	4	-5	-	-	4	-5
Stand 31. Dezember	1.316	1.614	162	131	1.478	1.745

Unter den Einzelwertberichtigungen werden auch die pauschalisierten Einzelwertberichtigungen ausgewiesen.

Die Risikovorsorge für Forderungen an Kunden gliedert sich nach folgenden Produktgruppen:

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Einzelwertberichtigungen		
Private Baufinanzierungen	370	453
Bauspardarlehen	3	2
Gewerbliche Kredite	333	537
Ratenkredite	324	312
Sonstige Forderungen	284	297
Portfoliowertberichtigungen	162	131
Gesamt	1.476	1.732

Der Gesamtbetrag der Kredite, auf die keine Zinszahlungen eingehen, belief sich zum Abschlussstichtag auf 1.180 Mio € (Vorjahr: 1.091 Mio €). Für Kredite mit einem Gesamtvolumen von 2.480 Mio € (Vorjahr: 3.024 Mio €) wurden Wertberichtigungen gebildet. Die auf diese Kredite entfallenden ausstehenden Zinsforderungen beliefen sich zum 31. Dezember 2013 auf 78 Mio € (Vorjahr: 115 Mio €).

Im Geschäftsjahr 2013 erfolgten direkte Forderungsabschreibungen in Höhe von 101 Mio € (Vorjahr: 47 Mio €). Die Eingänge auf abgeschriebene Forderungen betragen 23 Mio € (Vorjahr: 26 Mio €).

¹Angaben angepasst (siehe Note 7)

(22) Handelsaktiva

Die Handelsaktivitäten des Konzerns umfassen grundsätzlich den Handel mit Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Schuldscheindarlehen und Devisen sowie derivativen Finanzinstrumenten. Im Geschäftsjahr 2013 bestanden die Handelsaktiva im Wesentlichen aus Derivaten. Alle Handelsbestände werden zum Fair Value bilanziert.

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
von anderen Emittenten	–	31
	–	31
Baudarlehen Held for Trading	150	161
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands	1.361	3.495
Positive Marktwerte aus Derivaten des Bankbuchs	298	922
Positive Marktwerte aus Derivaten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	15	526
Gesamt	1.824	5.135

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 1.519 Mio € (Vorjahr: 4.407 Mio €) fällig.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind 0 Mio € (Vorjahr: 31 Mio €) mit einem über die gesamte Laufzeit fixen Zinssatz ausgestattet.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren des Handelsbestands sind börsenfähig und börsennotiert:

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	–	31

(23) Hedging-Derivate

Die Sicherungsgeschäfte mit positivem Marktwert, welche die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, gliedern sich wie folgt:

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 ¹ Mio €
Aktivposten		
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kunden		
Forderungen Loans and Receivables	4	7
	4	7
Passivposten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3	5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	10	211
Verbriefte Verbindlichkeiten	30	149
Nachrangkapital	66	193
	109	558
Gesamt	113	565

Bestände in Höhe von 85 Mio € (Vorjahr: 449 Mio €) sind nach mehr als 12 Monaten fällig.

(24) Finanzanlagen

Der Bilanzposten Finanzanlagen beinhaltet Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen und Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen.

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
von öffentlichen Emittenten	15.699	15.449
von anderen Emittenten	18.171	21.471
	33.870	36.920
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Investmentfondsanteile	123	81
	123	81
Beteiligungen	25	19
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	6	7
Gesamt	34.024	37.027

In den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind analog dem Vorjahr am Bilanzstichtag keine fälligen Wertpapiere und Zinscoupons enthalten.

Bestände in Höhe von 30.658 Mio € (Vorjahr: 33.148 Mio €) sind nach mehr als 12 Monaten fällig.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind 29,7 Mrd € mit einem über die gesamte Laufzeit fixen Zinssatz sowie 4,2 Mrd € mit einem variablen Zinssatz (Floater) ausgestattet.

Das Portfolio von strukturierten Kreditprodukten der Postbank hat ein Gesamtvolumen von 0,1 Mrd € (Vorjahr: 0,9 Mrd €).

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Finanzanlagebestand wie folgt:

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Finanzanlagen Loans and Receivables	23.786	27.782
davon Fair Value Hedge	6.354	10.576
Available for Sale	10.084	9.138
davon Fair Value Hedge	3.304	2.768
	33.870	36.920
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Available for Sale	123	81
	123	81
Beteiligungen (Available for Sale)	25	19
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen (Available for Sale)	6	7
Gesamt	34.024	37.027

Von den Finanzanlagen sind börsenfähig und börsennotiert:

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	33.840	36.714
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	70
Beteiligungen	6	5

Es wurden Finanzanlagen für folgende Verbindlichkeiten als Sicherheiten hingegeben:

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Verbindlichkeiten	14.345	14.326
Eventualverbindlichkeiten	6	6
Gesamt	14.351	14.332

Die Hingabe der Finanzanlagen als Sicherheiten erfolgt zu marktüblichen Konditionen.

Bewertungsänderungen von Wertpapieren Available for Sale, die nicht abgesichert sind, wurden mit 2 Mio € (Vorjahr: –295 Mio €) in der Neubewertungsrücklage erfasst. Durch den Abgang von Finanzanlagen und die Bildung von Impairments wurden in der Berichtsperiode –46 Mio € (Vorjahr: 99 Mio €) der Neubewertungsrücklage erfolgswirksam zugeführt und im Periodenergebnis erfasst.

Im Geschäftsjahr 2013 wurden keine Wertberichtigungen (Vorjahr: Wertaufholung 38 Mio €) gebildet.

Die Postbank hat aufgrund einer geänderten Halteabsicht in den Geschäftsjahren 2008 und 2009 Wertpapiere aus der Bewertungskategorie Available for Sale in die Bewertungskategorie Loans and Receivables umgegliedert. Als neuer Buchwert wurde der Fair Value der Wertpapiere zum entsprechenden Umgliederungszeitpunkt angesetzt.

Zum 31. Dezember 2013 haben sämtliche nach IAS 39.50E umgegliederten Wertpapiere einen Fair Value von 11,9 Mrd € sowie einen Buchwert von 12,1 Mrd €.

Bis zu den genannten Umgliederungszeitpunkten beliefen sich die in der Neubewertungsrücklage erfassten Marktwertänderungen der umgegliederten Papiere auf 468 Mio € vor Steuern. Sofern die Postbank ihre Halteabsicht nicht geändert hätte, wäre die Neubewertungsrücklage bis zum 31. Dezember 2013 um weitere 224 Mio € (Vorjahr: 573 Mio €) belastet worden.

Der zum Zeitpunkt der Umwidmungen auf Basis der neuen Anschaffungskosten ermittelte Effektivzinssatz beträgt bei Nominalgewichtung der umgegliederten Wertpapiere 4,4 % (Bandbreite der Effektivzinssätze von 1,8 % bis 34,5 %), die geschätzten Zahlungsströme, welche die Postbank zum Zeitpunkt der Umgliederungen erwartete, belaufen sich auf 45,4 Mrd €. Bis zum 31. Dezember 2013 ergaben sich auf sämtliche umgegliederte Wertpapiere Impairments von 621 Mio € (Vorjahr: 621 Mio €) und Veräußerungsverluste aus umgegliederten Wertpapieren von 6 Mio € (Vorjahr: 3 Mio €).

Im Berichtsjahr sind für die umgegliederten Wertpapiere Zinserträge in Höhe von 324 Mio € (Vorjahr: 486 Mio €) angefallen.

(25) Immaterielle Vermögenswerte

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	1.622	1.631
Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	295	517
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, selbst erstellte Software	48	65
Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögenswerte	63	35
Gesamt	2.028	2.248

Die erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerte entfallen mit 1.568 Mio € (Vorjahr: 1.568 Mio €) auf das Segment Retail Banking, mit 13 Mio € (Vorjahr: 22 Mio €) auf das Segment Firmenkunden und mit 41 Mio € (Vorjahr: 41 Mio €) auf das Segment Transaction Banking.

In der Position „Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte“ ist die Marke BHW in Höhe von 139 Mio € enthalten. Die Marke BHW ist dem Segment Retail Banking zugeordnet. Die aktivierten Werte für die Kundenbeziehungen betragen 66 Mio € (Vorjahr: 70 Mio €) und für die vorteilhaften Verträge 26 Mio € (Vorjahr: 33 Mio €).

Die Anschaffungswerte sowie die kumulierten Abschreibungen stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte Mio €	Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte Mio €	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, selbst erstellte Software Mio €	Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögenswerte Mio €	Gesamt Mio €
Anschaffungs- oder Herstellungskosten					
Anfangsbestand 01.01.2012	1.653	1.049	178	13	2.893
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–
Zugänge	–	16	13	30	59
Umbuchungen	–	3	5	–8	0
Abgänge	–	19	2	–	21
Endbestand 31.12.2012	1.653	1.049	194	35	2.931
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–
Umgliederungen wegen IFRS 5	–	–4	–	–	–4
Zugänge	–	7	1	33	41
Umbuchungen	–	1	4	–5	0
Abgänge	9	14	21	–	44
Endbestand 31.12.2013	1.644	1.039	178	63	2.924

	Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	Selbst erstellte immaterielle Vermögens- werte, selbst erstellte Software	Geleistete Anzahlungen auf immate- rielle Vermö- genswerte und in der Entwick- lung befindliche immaterielle Vermögenswerte	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Abschreibungen					
Anfangsbestand 01.01.2012	11	500	108	0	619
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-
Abschreibungen	11	50	22	-	83
Zugänge	-	-	-	-	-
Umbuchungen	-	-	-	-	-
Abgänge	-	18	1	-	19
Endbestand 31.12.2012	22	532	129	0	683
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-
Abschreibungen	-	226	22	-	248
Zugänge	-	-	-	-	-
Umbuchungen	-	-	-	-	-
Abgänge	-	14	21	-	35
Endbestand 31.12.2013	22	744	130	0	896
Buchwert 31.12.2012	1.631	517	65	35	2.248
Buchwert 31.12.2013	1.622	295	48	63	2.028

Aufgrund des durchgeführten Impairment-Tests wurde die Marke BHW in Höhe von 180 Mio € abgeschrieben.

Die Buchwerte der immateriellen Vermögenswerte haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Buchwert 01.01.2013	Umglie- derungen wegen IFRS 5	Zugänge	Abgänge	Umbu- chungen	Abschrei- bungen	Buchwert 31.12.2013
	Mio €		Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	1.631	-	-	9	-	-	1.622
Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	517	-4	7	-	1	226	295
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte und Software	65	-	1	-	4	22	48
Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögenswerte	35	-	33	-	-5	-	63
Gesamt	2.248	-4	41	9	0	248	2.028

Im Geschäftsjahr 2013 wurden gemäß IAS 23 auf qualifizierte Vermögenswerte (Software in der Entwicklung) Fremdkapitalkosten in Höhe von 0,4 Mio € (Vorjahr: 0,4 Mio €) aktiviert. Der zugrunde liegende Finanzierungskostensatz beträgt 1 %.

Zum 31. Dezember 2013 beträgt der Buchwert der geleisteten Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte 13 Mio € (Vorjahr: 8 Mio €), der Buchwert der in der Entwicklung befindlichen immateriellen Vermögenswerte beträgt 50 Mio € (Vorjahr: 27 Mio €).

(26) Sachanlagen

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Grundstücke und Gebäude	552	612
Betriebs- und Geschäftsausstattung	143	153
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	3	3
Gesamt	698	768

Die Anschaffungswerte sowie die kumulierten Abschreibungen stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Grund- stücke und Gebäude Mio €	Betriebs- und Ge- schäfts- ausstat- tung Mio €	Geleis- tete Anzah- lungen und Anlagen im Bau Mio €	Gesamt Mio €
Anschaffungs- oder Herstellungskosten				
Anfangsbestand 01.01.2012	1.070	452	1	1.523
Umgliederungen wegen IFRS 5	-1	-1	-	-2
Zugänge	-	45	3	48
Umbuchungen	-	1	-1	0
Abgänge	46	50	-	96
Endbestand 31.12.2012	1.023	447	3	1.473
Umgliederungen wegen IFRS 5	-41	-2	-	-43
Zugänge	-	38	3	41
Umbuchungen	1	2	-3	0
Abgänge	6	46	0	52
Endbestand 31.12.2013	977	439	3	1.419

	Grund- stücke und Gebäude Mio €	Betriebs- und Ge- schäfts- ausstat- tung Mio €	Geleis- tete Anzah- lungen und Anlagen im Bau Mio €	Gesamt Mio €
Abschreibungen				
Anfangsbestand 01.01.2012	437	295	-	732
Abschreibungen	15	46	-	61
Zugänge/ Zuschreibungen	-	-	-	-
Umbuchungen	-	-	-	-
Abgänge	41	47	-	88
Endbestand 31.12.2012	411	294	-	705
Abschreibungen	19	46	-	65
Zugänge/ Zuschreibungen	-	-	-	-
Umbuchungen	-	-	-	-
Abgänge	5	44	-	49
Endbestand 31.12.2013	425	296	-	721
Buchwert 31.12.2012	612	153	3	768
Buchwert 31.12.2013	552	143	3	698

Die Buchwerte der Sachanlagen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Buchwert 01.01.2013	Umgliederungen wegen IFRS 5	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Zuschreibungen	Abschreibungen	Buchwert 31.12.2013
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Grundstücke und Gebäude	612	-41	-	1	1	-	19	552
Betriebs- und Geschäftsausstattung	153	-2	38	2	2	-	46	143
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	3	-	3	-	-3	-	-	3
Gesamt	768	-43	41	3	0	-	65	698

Zum Bilanzstichtag bestehen Anlagen im Bau in Höhe von 3 Mio € (Vorjahr: 1 Mio €).

(27) Tatsächliche und latente Ertragsteueransprüche

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 ¹ Mio €
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	115	113
Latente Ertragsteueransprüche		
Temporäre Differenzen	92	78
Steuerliche Verlustvorräte, davon	0	49
inländisch	0	49
ausländisch	0	0
	92	127
Gesamt	207	240

Latente Ertragsteueransprüche wurden im Zusammenhang mit temporären Unterschieden der folgenden Bilanzposten sowie noch nicht genutzten steuerlichen Verlusten gebildet:

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 ¹ Mio €
Aktivposten		
Forderungen	0	0
Risikovorsorge	9	3
Handelsaktiva	3	0
Finanzanlagen	3	18
Sachanlagen	8	8
Sonstige Aktiva	99	71
Passivposten		
Verbindlichkeiten	9	11
Handelsspassiva	306	444
Hedging-Derivate	80	121
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	54	64
Andere Rückstellungen	58	58
Sonstige Passiva	7	7
	636	805
Steuerliche Verlustvorräte	0	58
Saldierung mit passiven latenten Steuern	544	736
Gesamt	92	127

Im Berichtsjahr wurden latente Steueransprüche auf temporäre Differenzen/Verlustvorräte in Höhe von 42 Mio € nicht angesetzt.

Für das Jahr 2013 wurden trotz Verlusten einer Konzerngesellschaft im Vorjahr latente Steueransprüche, die die latenten Steuerverpflichtungen um 3 Mio € (Vorjahr: 8 Mio €) überstiegen, aktiviert. Die Werthaltigkeit wird damit begründet, dass zukünftig mit zu versteuernden Ergebnissen zu rechnen ist, die höher als die Ergebniseffekte der Umkehrung bestehender zu versteuernder temporärer Differenzen sind.

(28) Sonstige Aktiva

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Rechnungsabgrenzungsposten	526	489
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	119	106
Forderungen an Finanzbehörden	30	10
Vorschüsse an Mitarbeiter des mobilen Vertriebs	10	13
Übrige	43	101
Gesamt	728	719

Von den Rechnungsabgrenzungsposten entfallen im Wesentlichen 433 Mio € (Vorjahr: 390 Mio €) auf abgegrenzte Vermittlungsprovisionen für Baufinanzierungen.

Bestände in Höhe von 433 Mio € (Vorjahr: 432 Mio €) haben eine Laufzeit von mehr als 12 Monaten.

(29) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Inländische Kreditinstitute		
täglich fällig	7.150	1.396
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	10.410	15.459
	17.560	16.855
Ausländische Kreditinstitute		
täglich fällig	656	170
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	66	309
	722	479
Gesamt	18.282	17.334

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 525 Mio € (Vorjahr: 567 Mio €) Fair Value gehedgt.

Im Posten „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 9.488 Mio € (Vorjahr: 10.039 Mio €) fällig.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beinhalten festverzinsliche Verbindlichkeiten von 16,6 Mrd € (Vorjahr: 14,5 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Verbindlichkeiten von 1,6 Mrd € (Vorjahr: 2,8 Mrd €).

Zum 31. Dezember 2013 bestanden Verbindlichkeiten aus echten Wertpapierpensionsgeschäften in Höhe von 7,1 Mrd € (Vorjahr: 4,4 Mrd €).

(30) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden setzen sich überwiegend aus Spareinlagen, täglich fälligen Geldern und Termineinlagen zusammen.

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Spareinlagen		
mit vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten	46.295	47.729
mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	134	144
	46.429	47.873
Bauspareinlagen	18.560	18.315
darunter: auf gekündigte Verträge	84	89
darunter: auf zugeteilte Verträge	4	4
Andere Verbindlichkeiten		
täglich fällig	37.295	40.808
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	18.114	24.736
	55.409	65.544
Gesamt	120.398	131.732
Inländische Kunden	117.689	127.041
Ausländische Kunden	2.709	4.691
Gesamt	120.398	131.732

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind 6.899 Mio € (Vorjahr: 7.880 Mio €) Fair Value gehedgt.

Im Posten „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 25.999 Mio € (Vorjahr: 27.765 Mio €) fällig.

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entfallen auf festverzinsliche Verbindlichkeiten 18,1 Mrd € (Vorjahr: 46,0 Mrd €) sowie auf variabel verzinsliche Verbindlichkeiten 102,3 Mrd € (Vorjahr: 85,7 Mrd €).

(31) Verbriefte Verbindlichkeiten

Als Verbriefte Verbindlichkeiten werden Schuldverschreibungen einschließlich Hypothekenpfandbriefe und öffentliche Pfandbriefe sowie Geldmarktpapiere (z. B. Certificates of Deposit, Euro-Notes) ausgewiesen.

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 ¹ Mio €
Öffentliche Pfandbriefe	1.592	1.623
Hypothekenpfandbriefe	4.456	6.104
Sonstige Schuldverschreibungen	1.294	1.709
Gesamt	7.342	9.436

Von den Verbrieften Verbindlichkeiten sind 2.325 Mio € (Vorjahr: 2.768 Mio €) Fair Value gehedgt.

Im Posten „Verbriefte Verbindlichkeiten“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 4.407 Mio € (Vorjahr: 7.271 Mio €) fällig.

Die Verbrieften Verbindlichkeiten beinhalten festverzinsliche Verbindlichkeiten von 6,9 Mrd € (Vorjahr: 9,0 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Verbindlichkeiten von 0,4 Mrd € (Vorjahr: 0,4 Mrd €).

Von den Verbrieften Verbindlichkeiten wurden zurückgekauft eigene Schuldverschreibungen in Höhe von 7 Mio € (Vorjahr: 65 Mio €) direkt abgesetzt.

(32) Handelspassiva

In den Handelspassiva werden die negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands und des Bankbuchs ausgewiesen.

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 ¹ Mio €
Negative Marktwerte der Handelsderivate	1.098	2.815
Negative Marktwerte aus Derivaten des Bankbuchs	395	1.574
Negative Marktwerte aus Derivaten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	188	1.564
Gesamt	1.681	5.953

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 1.383 Mio € (Vorjahr: 4.855 Mio €) fällig.

(33) Hedging-Derivate

Die Sicherungsgeschäfte mit negativem Marktwert, welche die Voraussetzung für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, gliedern sich wie folgt:

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 ¹ Mio €
Aktivposten		
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kreditinstitute		
Forderungen Loans and Receivables	11	16
	11	16
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kunden		
Forderungen Loans and Receivables	76	204
	76	204
Hedging-Derivate auf Finanzanlagen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	315	729
	315	729
Passivposten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	11	–
Verbriefte Verbindlichkeiten	–	–
Nachrangkapital	47	53
	58	53
Gesamt	460	1.002

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 424 Mio € (Vorjahr: 844 Mio €) fällig.

(34) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen stellen sich wie folgt dar.

Barwert der Verpflichtung, Zeitwert des Planvermögens und der Nettopensionsrückstellungen am 31. Dezember		
	2013 Mio €	2012 Mio €
Barwert der Gesamtverpflichtung	1.855	2.054
Zeitwert des Planvermögens	-1.762	-524
Nettopensionsrückstellungen	93	1.530

116

Die Vorjahresangaben für Rückstellungen für Pensionen wurden in Verbindung mit der erstmaligen Anwendung des IAS 19 rev. angepasst (siehe Note 7).

Der deutliche Rückgang der Nettopensionsrückstellungen beruht auf der Beteiligung und Einbringung von Vermögensmitteln in das CTA der Deutschen Bank Gruppe.

Die Entwicklung der Nettopensionsrückstellungen stellt sich wie folgt dar:

Entwicklung der Nettopensionsrückstellungen		
	2013 Mio €	2012 Mio €
Stand 1. Januar	1.530	1.231
Pensionsaufwand der Periode	61	88
Vom Arbeitgeber direkt erbrachte Pensionsleistungen	-22	-67
Arbeitgeberbeiträge	-1.495	-7
Arbeitnehmerbeiträge	5	3
Im Sonstigen Ergebnis erfasste Beträge	45	279
Transfers und Unternehmenstransaktionen	-11	3
Umgliederungen wegen IFRS 5	-20	-
Stand 31. Dezember	93	1.530

Bei dem unter Unternehmenstransaktionen gezeigten Effekt handelt es sich um die Pensionsverpflichtungen der PB Capital Corporation, Delaware, USA, die mit Wirkung vom 1. Januar 2013 an die Deutsche Bank veräußert wurde. Die Verpflichtungen der Gesellschaften der Postbank, die im Rahmen der Bündelung in eine Holding innerhalb des Deutsche Bank Konzerns übergehen sollen, wurden als zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte klassifiziert.

Der Barwert der Gesamtverpflichtung hat sich in den Jahren 2013 und 2012 wie folgt verändert:

Entwicklung des Barwertes der Gesamtverpflichtung		
	2013 Mio €	2012 Mio €
In der Gewinn- und Verlustrechnung zu berücksichtigender Pensionsaufwand		
Barwert der Gesamtverpflichtung am 1. Januar	2.054	1.718
Laufender Dienstaufwand, ohne Arbeitnehmerbeiträge	35	28
Nachzuerrechnender Dienstaufwand	0	0
Gewinne (-)/Verluste (+) aus Planabgeltungen	0	0
Zinsaufwand aus dem Verpflichtungsumfang	74	83
Im sonstigen Ergebnis zu berücksichtigende Neubewertungen		
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)		
aus der Änderung demografischer Annahmen	-1	0
aus der Änderung ökonomischer Annahmen	1	299
aus erfahrungsbedingten Anpassungen	-10	4
Zahlungen und sonstige Änderungen		
Arbeitnehmerbeiträge	5	3
Erbrachte Pensionsleistungen	-82	-84
Zahlungen für Planabgeltungen	0	0
Transfers und Unternehmenstransaktionen	-26	3
Umgliederungen wegen IFRS 5	-195	0
Barwert der Gesamtverpflichtung am 31. Dezember	1.855	2.054

Die Aufteilung des Barwertes der Gesamtverpflichtung auf die verschiedenen Mitarbeitergruppen und die gewichtete Duration der Verpflichtungen zeigt die folgende Tabelle:

Aufteilung des Barwertes der Gesamtverpflichtung auf die Berechtigungsgruppen		
	2013 Mio €	2012 Mio €
Aktive Anwärter	550	646
Mit unverfallbarer Anwartschaft ausgeschiedene Anwärter	310	358
Rentner	995	1.050
Anwartschaftsbarwert der Verpflichtung insgesamt	1.855	2.054
Gewichtete Duration der Verpflichtungen in Jahren	16,2	16,0

Die Entwicklung des Planvermögens kann der folgenden Übersicht entnommen werden:

Entwicklung des Planvermögens		
	2013 Mio €	2012 Mio €
Zeitwert des Planvermögens am 1. Januar	524	487
In der Gewinn- und Verlustrechnung zu berücksichtigender Pensionsaufwand		
Zinsertrag aus dem Planvermögen	48	23
Im sonstigen Ergebnis zu berücksichtigende Neubewertungen		
Ertrag aus dem Planvermögen, der den Zinsertrag über- (+)/unter- (-) schreitet	-55	24
Zahlungen und sonstige Änderungen		
Arbeitgeberbeiträge	1.495	7
Erbrachte Pensionsleistungen	-60	-17
Planabgeltungen	0	0
Transfers und Unternehmenstransaktionen	-15	0
Umgliederungen wegen IFRS 5	-175	0
Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	1.762	524

Von den Beitragszahlungen an das Planvermögen entfallen 1,45 Mrd € auf die Dotierung des CTA, bei den übrigen Zuwendungen handelt es sich um Beitragszahlungen an die BHW Pensionskasse. Zusammen mit dem Pensionskassenvermögen sind die Pensionsverpflichtungen der Postbank zu 95,0 % durch Vermögensmittel gedeckt.

Für das Wirtschaftsjahr 2014 erwartet die Postbank Beitragszahlungen in das Planvermögen in Höhe von 34 Mio €.

Das Planvermögen verteilt sich wie folgt auf die Anlageklassen:

Aufteilung des Zeitwertes des Planvermögens auf Anlageklassen				
	2013 Mio €	2013 in %	2012 Mio €	2012 in %
Vermögensmittel, die in einem aktiven Markt gehandelt werden				
Barmittel	9	0,5	10	1,9
Aktien	0	0,0	11	2,1
Staatsanleihen	1.421	80,7	43	8,2
Festverzinsliche Wertpapiere mit Investment Grade	26	1,5	125	23,9
Sonstige festverzinsliche Wertpapiere	0	0,0	9	1,7
Strukturierte Produkte	6	0,3	4	0,8
Investmentfonds	0	0,0	0	0,0
Alternative Investments	0	0,0	67	12,8
Derivate	0	0,0	0	0,0
Summe der an einem aktiven Markt gehandelten Vermögenswerte	1.462	83,0	269	51,4
Vermögensmittel, die nicht in einem aktiven Markt gehandelt werden				
Barmittel	0	0,0	0	0,0
Aktien	0	0,0	0	0,0
Staatsanleihen	20	1,1	20	3,8
Festverzinsliche Wertpapiere mit Investment Grade	166	9,5	168	32,1
Sonstige festverzinsliche Wertpapiere	0	0,0	0	0,0
Strukturierte Produkte	13	0,7	17	3,3
Investmentfonds	0	0,0	0	0,0
Alternative Investments	101	5,7	57	10,9
Derivate	0	0,0	-8	-1,5
Summe der nicht an einem aktiven Markt gehandelten Vermögenswerte	300	17,0	254	48,6
Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	1.762	100	523	100

Im Planvermögen sind 15 Mio € eigene Finanzinstrumente der BHW Bausparkasse AG enthalten.

Die für die Anlage und das Risikomanagement der Vermögensmittel außerhalb der Pensionskasse und außerhalb der BCB bei der Postbank notwendigen Strukturen befinden sich im Zuge der 2013 erfolgten Dotierung in das CTA am Bilanzstichtag teils noch im Aufbau, wobei jedoch sämtliche bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben jederzeit eingehalten wurden. Die Anlage und das Risikomanagement dieser Vermögensmittel orientieren sich hierbei an der Strategie der Deutschen Bank. Ziel dieser Strategie ist es, Schwankungen in der Nettopensionsrückstellung durch geeignete Investitionen, die die Struktur der Verpflichtungen so weit wie möglich abbilden (sogenannte Liability Driven Investment – LDI), so gering wie möglich zu halten und somit Ergebnis- bzw. Eigenkapitalsschwankungen aufgrund von Schwankungen in den Pensionsverpflichtungen und Pensionsvermögen möglichst zu minimieren.

Die Anlagestrategie für das Pensionskassenvermögen wird vom Vorstand der Pensionskasse festgelegt. Dabei werden sämtliche aufsichtsrechtlichen Vorgaben (VAG in Verbindung mit der Anlageverordnung AnIV) berücksichtigt. Die Anlagestrategie wird dabei regelmäßig auf Angemessenheit überprüft.

Neben dem Anlagerisiko aus dem Pensionsplanvermögen ist die Postbank durch die Gewährung von Leistungszusagen und beitragsorientierten Leistungszusagen den diesen Verpflichtungen und deren Bewertung inhärenten Risiken ausgesetzt. Dies sind u. a. biometrische Risiken wie das Langlebigkeitsrisiko, aber vor allem auch das Zinssatzänderungsrisiko. Die Ergebnisse einer Sensitivitätsanalyse der wesentlichen versicherungsmathematischen Parameter zeigt die folgende Tabelle:

Sensitivitätsangaben		
	2013	2012
	Mio €	Mio €
Rechnungszins (-100 bp)		
Anstieg des Verpflichtungsumfangs	303	328
Erwarteter Anstieg des Planvermögens	204	20
Erwartete Nettoauswirkung auf den Bilanzwert	99	308
Rechnungszins (+100 bp)		
Rückgang des Verpflichtungsumfangs	-271	-296
Erwarteter Rückgang des Planvermögens	-204	-20
Erwartete Nettoauswirkung auf den Bilanzwert	-67	-276
Inflationsrate (-50 bp)		
Rückgang des Verpflichtungsumfangs	-65	-78
Erwarteter Rückgang des Planvermögens	0	0
Erwartete Nettoauswirkung auf den Bilanzwert	-65	-78
Inflationsrate (+50 bp)		
Anstieg des Verpflichtungsumfangs	73	86
Erwarteter Anstieg des Planvermögens	0	0
Erwartete Nettoauswirkung auf den Bilanzwert	73	86
Gehaltsanstieg (-50 bp)		
Rückgang des Verpflichtungsumfangs = Rückgang des Nettobilanzbetrags	-23	-14
Gehaltsanstieg (+50 bp)		
Anstieg des Verpflichtungsumfangs = Anstieg des Nettobilanzbetrags	13	15
Reduktion der Sterbewahrscheinlichkeiten um 10 %		
Anstieg des Verpflichtungsumfangs = Anstieg des Nettobilanzbetrags	60	61

Die Ermittlung der Effekte wurde nach den gleichen Verfahren und Bewertungsansätzen durchgeführt, die auch der Bewertung der Verpflichtungen am Bilanzstichtag zugrunde lag. Im Rahmen der Analyse wurde die Auswirkung der Veränderung des jeweiligen Parameters isoliert, d. h. bei unveränderter Beibehaltung der übrigen Annahmen ermittelt. Die Auswirkungen der Korrelation bestimmter Parameter sind daher aus den angegebenen Informationen nicht ableitbar. Außerdem unterliegen die Ergebnisse den gleichen Einschränkungen wie die Ergebnisse der Verpflichtung zum Ende der Berichtsperiode.

Aufgrund der Anlagestrategie des sogenannten Liability Driven Investment Approach, nach dem die vorhandenen Planvermögen die Verpflichtungsstruktur widerspiegeln, hat eine Veränderung des Rechnungszinses entsprechende gegenläufige Auswirkungen auf die Entwicklung des Planvermögens. Die jeweilige Sensitivität des Planvermögens unter einer Veränderung des Rechnungszinses wird ebenfalls in der obigen Tabelle dargestellt.

Die erwarteten Rentenzahlungen der Leistungspläne zeigt die folgende Tabelle. Die ausgewiesenen Zahlungen umfassen sowohl die aus dem Planvermögen als auch die direkt von der Postbank zu erbringenden Leistungszahlungen.

Erwartete Rentenzahlungen aus Leistungsplänen	
	Mio €
Aktuelle Zahlungen 2013	82
erwartete Zahlungen 2014	78
erwartete Zahlungen 2015	79
erwartete Zahlungen 2016	80
erwartete Zahlungen 2017	82
erwartete Zahlungen 2018	83
erwartete Zahlungen 2019–2023	432

Neben den direkt zu erbringenden Pensionsleistungen werden Beitragszahlungen an das Planvermögen und Aufwendungen für Beitragspläne wie folgt erwartet:

Erwartete Arbeitgeberzahlungen für das Jahr 2014	
	Mio €
Erwartete Beitragszahlungen	
zum Planvermögen	34
an die Postbeamtenversorgungskasse	97
für sonstige Beitragspläne	
Direkt von der Postbank zu erbringende Pensionszahlungen	0
Zahlungen für Altersversorgungszusagen insgesamt	131

(35) Sonstige Rückstellungen

Die Sonstigen Rückstellungen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Stand 01.01.2013 ¹	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Umgliede- rungen wegen IFRS 5	Stand 31.12.2013
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Rückstellungen im Bauspargeschäft	932	120	11	175	–	976
Personalbezogene Rückstellungen	227	48	11	129	26	271
Rückstellungen für das Kreditgeschäft	43	8	16	33	–	52
Risikoausgleichsbeträge der Postbeamten- krankenkasse	2	–	–	–	–	2
Übrige	240	105	47	148	22	214
Gesamt	1.444	281	85	485	48	1.515

Nach mehr als 12 Monaten sind 1.103 Mio € (Vorjahr: 1.053 Mio €) der gebildeten Rückstellungen fällig.

Die Rückstellungen im Bauspargeschäft haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Stand 01.01.2013 Mio €	Verbrauch Mio €	Auflösung Mio €	Zuführung Mio €	Stand 31.12.2013 Mio €
Rückstellungen im Bauspargeschäft					
für Zinsboni	738	100	0	153	791
für Erstattungsansprüche Abschlussgebühren	76	7	8	7	68
für Zinssatzwechsel	100	9	0	10	101
Übrige	18	4	3	5	16
Gesamt	932	120	11	175	976

Der Rückstellungsbestand hat sich durch die barwertige Betrachtung der bauspartechnischen Rückstellungen durch die Änderung des Zinssatzes und Diskontierung im Berichtsjahr um 19 Mio € verringert.

Die übrigen Rückstellungen beinhalten Rückstellungen für Prozesskosten in Höhe von 86 Mio € (Vorjahr: 69 Mio €), für Jahresabschlusskosten in Höhe von 7 Mio € (Vorjahr: 8 Mio €) sowie Jubiläumsrückstellungen in Höhe von 4 Mio € (Vorjahr: 5 Mio €).

(36) Tatsächliche und latente Ertragsteuerverpflichtungen

	Stand 01.01.2013 Mio €	Verbrauch Mio €	Auflösung Mio €	Zuführung Mio €	Umgliederungen wegen IFRS 5 Mio €	Stand 31.12.2013 Mio €
Tatsächliche Steuern	115	17	37	31	-12	80
Latente Steuern	137	-	45	8	-16	84
Gesamt	252	17	82	39	-28	164

Die Rückstellungen für tatsächliche Steuern betreffen gegenwärtige Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Finanzverwaltungen.

Die latenten Steuerverpflichtungen stehen in Zusammenhang mit folgenden Bilanzposten:

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Aktivposten		
Forderungen	255	340
Risikovorsorge	7	9
Handelsaktiva	147	212
Hedging-Derivate	1	2
Finanzanlagen	67	110
Sachanlagen	7	7
Sonstige Aktiva	68	135
Passivposten		
Verbindlichkeiten	24	24
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	46	0
Andere Rückstellungen	6	31
Sonstige Passiva	0	3
	628	873
Saldierung mit aktiven latenten Steuern	544	736
Gesamt	84	137

(37) Sonstige Passiva

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	198	168
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern	168	167
Verbindlichkeiten aus ausstehenden Rechnungen	91	93
Verbindlichkeiten aus ausstehenden Urlaubs- und Freizeitanträgen	34	44
Verbindlichkeiten aus Tantiemen	45	47
Verbindlichkeiten aus Provisionen und Prämien	37	32
Rechnungsabgrenzungsposten	13	36
Sonstige Verbindlichkeiten	247	134
Gesamt	833	721

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 77 Mio € (Vorjahr: 50 Mio €) fällig.

(38) Nachrangkapital

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Nachrangige Verbindlichkeiten	3.140	1.978
Genussrechtskapital	1.196	1.196
Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter	22	22
Gesamt	4.358	3.196

Die im Nachrangkapital ausgewiesenen Posten stellen aufgrund der derzeitigen Restlaufzeitenstruktur nur in Höhe von 3.708 Mio € (Vorjahr: 2.673 Mio €) haftende Eigenmittel gemäß der Baseler Eigenkapitalvereinbarung dar.

Im Posten „Nachrangkapital“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 4.027 Mio € (Vorjahr: 2.796 Mio €) fällig.

Der Zinsaufwand für Nachrangige Verbindlichkeiten beträgt 160 Mio € (Vorjahr: 89 Mio €). Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 47 Mio € (Vorjahr: 36 Mio €) werden im Nachrangkapital bei den Nachrangigen Verbindlichkeiten bilanziert.

Die Genussscheininhaber erhalten eine dem Gewinnanteil der Aktionäre vorgehende jährliche gewinnabhängige Ausschüttung; der Ausschüttungsanspruch mindert sich, wenn und soweit ein ausschüttungsfähiger Gewinn nicht vorhanden ist.

Der Zinsaufwand für das Genussrechtskapital für das Jahr 2013 beträgt insgesamt 57 Mio € (Vorjahr: 57 Mio €). Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 46 Mio € (Vorjahr: 46 Mio €) werden dem Posten „Genussrechtskapital“ direkt zugeordnet.

Die Vermögenseinlage typisch stiller Gesellschafter stellt aufgrund ihrer vertraglichen Ausgestaltung und ihres wirtschaftlichen Charakters Fremdkapital dar und wird gemäß IAS 32 im Nachrangkapital ausgewiesen.

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten sind mit insgesamt 1.792 Mio € (Vorjahr: 342 Mio €) gegen Änderungen des Fair Value abgesichert.

Das Nachrangkapital ist mit 2,7 Mrd € (Vorjahr: 0,7 Mrd €) festverzinslich sowie mit 1,6 Mrd € (Vorjahr: 2,5 Mrd €) variabel verzinslich.

(39) Eigenkapital

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 ¹ Mio €
Gezeichnetes Kapital	547	547
Kapitalrücklage	2.010	2.010
Gewinnrücklagen	3.297	3.198
Währungsumrechnungsrücklage	0	-138
Neubewertungsrücklage	23	72
Andere Rücklagen	3.320	3.132
Bilanzgewinn	330	287
Anteile im Fremdbesitz	5	4
Gesamt	6.212	5.980

Das gezeichnete Kapital der Postbank (547 Mio €) ist in 218.800.000 Stück nennwertlose Namensaktien eingeteilt.

In der Kapitalrücklage werden Agiobeträge aus der Ausgabe von Aktien ausgewiesen.

In den Gewinnrücklagen werden grundsätzlich nicht ausgeschüttete Gewinne aus Vorjahren und Neubewertungsgewinne/-verluste aus leistungsorientierten Plänen erfasst.

Die Währungsumrechnungsrücklage entfiel im Vorjahr auf die mit Wirkung zum 1. Januar 2013 veräußerte Gesellschaft PB (USA) Holdings, Inc.

In der Neubewertungsrücklage werden die Ergebnisse aus der Bewertung der Finanzanlagen zum beizulegenden Zeitwert nach Berücksichtigung latenter Steuern ausgewiesen. Die erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt erst nach Veräußerung oder Wertminderung des Vermögenswertes.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 28. Mai 2013 wurde der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. Mai 2018 durch Ausgabe neuer, auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen (einschließlich sogenannter gemischter Sacheinlagen) ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 218,8 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital I).

Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand wurde ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten einer Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.

Die von der Hauptversammlung am 22. April 2009 erteilte Ermächtigung für ein Genehmigtes Kapital wurde mit Wirksamwerden des vorgenannten Beschlusses aufgehoben.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 28. Mai 2013 wurde der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. Mai 2018 durch Ausgabe neuer, auf den Namen lautender Stückaktien

gegen Bareinlagen ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 54,7 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital II).

Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand wurde ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten einer Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.

Die Hauptversammlung hat am 29. April 2010 die bedingte Erhöhung des Grundkapitals um bis zu 273,5 Mio € durch Ausgabe von bis zu 109,4 Millionen neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien beschlossen (Bedingtes Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von auf den Namen lautenden Stückaktien an die Inhaber bzw. Gläubiger von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, Gewinnschuldverschreibungen und/oder Genussrechten (bzw. Kombinationen dieser Instrumente), die aufgrund der von der Hauptversammlung vom 29. April 2010 beschlossenen Ermächtigung von der Gesellschaft oder von ihr abhängigen oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehenden Unternehmen bis zum 28. April 2015 begeben oder garantiert werden und ein Wandlungs- bzw. Optionsrecht auf neue, auf den Namen lautende Stückaktien der Gesellschaft gewähren bzw. eine Wandlungspflicht begründen.

Des Weiteren wurde in der Hauptversammlung der Postbank vom 29. April 2010 der Vorstand ermächtigt, eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG bis zu 5 % des jeweiligen Grundkapitals bzw. für andere Zwecke nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG bis zu insgesamt 10 % des Grundkapitals zu erwerben. Entsprechend der gesetzlichen Regelung, dürfen die insgesamt gehaltenen eigenen Aktien nicht mehr als 10% des Grundkapitals betragen. Die Ermächtigungen wurden mit Ablauf der Hauptversammlung wirksam und gelten bis zum 28. April 2015.

Die in der Neubewertungsrücklage ausgewiesenen erfolgsneutralen Bewertungsergebnisse von Finanzinstrumenten der Bewertungskategorie Available for Sale haben sich wie folgt entwickelt:

Finanzinstrumente Available for Sale		
	2013 Mio €	2012 Mio €
Stand 1. Januar	72	-306
Bewertungsänderungen	-25	409
Available for Sale gehedgt (bonitätsinduzierter Teil)	-23	114
Available for Sale nicht gehedgt	-2	295
Bestandsänderungen	-22	107
Impairment	0	4
davon Available for Sale	0	4
davon Loans and Receivables	0	0
Verkauf/Hedge-Auflösung	-46	95
davon Available for Sale	-41	84
davon Loans and Receivables	-5	11
Amortisationseffekt im Zinsüberschuss	24	8
davon Available for Sale	30	-6
davon Loans and Receivables	-6	14
Erfolgsneutral gebildete Ertragsteuern	-2	-138
Stand 31. Dezember	23	72

Aus den Abgängen und Impairments von Finanzinstrumenten Available for Sale und umgewidmeten Finanzinstrumenten Available for Sale auf Loans and Receivables wurden der Neubewertungsrücklage im Geschäftsjahr 46 Mio € erfolgswirksam entnommen (Vorjahr: 99 Mio €). Durch den Amortisationseffekt dieser Finanzinstrumente wurden im Geschäftsjahr 24 Mio € aus der Neubewertungsrücklage erfolgswirksam aufgelöst (Vorjahr: 8 Mio €). Des Weiteren reduzierte sich die Neubewertungsrücklage um 25 Mio € (Vorjahr: Erhöhung 409 Mio €) aufgrund der Bewertung von Finanzinstrumenten Available for Sale. Die erfolgsneutral gebildeten Ertragsteuern veränderten sich in diesem Geschäftsjahr um -2 Mio € (Vorjahr: -138 Mio €) auf einen Endbestand von 2 Mio € (Vorjahr: 4 Mio €).

SONSTIGE ANGABEN

(40) Segmentberichterstattung

Segmentberichterstattung nach Geschäftsfeldern

	Retail Banking		Firmenkunden		Transaction Banking		Financial Markets		Non Core Operating Unit		Cost Center/Konsolidierung		Konzern	
	2013 Mio €	2012 ¹ Mio €	2013 Mio €	2012 ¹ Mio €	2013 Mio €	2012 ¹ Mio €	2013 Mio €	2012 ¹ Mio €	2013 Mio €	2012 ¹ Mio €	2013 Mio €	2012 ¹ Mio €	2013 Mio €	2012 ¹ Mio €
Zinsüberschuss	2.480	2.461	302	390	–	1	120	–44	–416	–109	–23	4	2.463	2.703
Handelsergebnis	12	–29	–2	–	–	–	–47	–4	–15	–66	–1	–4	–53	–103
Finanzanlageergebnis	0	0	0	–3	–	–	22	70	–60	–98	312	16	274	–15
Provisionsüberschuss	908	974	89	89	288	294	–14	–3	19	10	–170	–210	1.120	1.154
Gesamterträge	3.400	3.406	389	476	288	295	81	19	–472	–263	118	–194	3.804	3.739
Verwaltungsaufwand	–1.919	–1.773	–95	–97	–253	–277	–62	–77	–27	–61	–821	–706	–3.177	–2.991
Risikovorsorge	–210	–242	–38	–48	–	–	–2	5	–69	–99	–	–	–319	–384
Sonstige Erträge/Aufwendungen	1	9	9	8	9	11	18	0	–32	30	5	–28	10	30
Verrechnungen	–619	–700	–103	–91	–10	–6	–21	–51	–53	–102	806	950	0	0
Ergebnis	653	700	162	248	34	23	14	–104	–653	–495	108	22	318	394
Externe Erträge	3.395	3.388	385	474	101	120	81	17	–472	–263	314	3	3.804	3.739
Intersegmenterträge	5	18	4	2	187	175	0	2	0	0	–196	–197	0	0
Wertminderungen	–29	–30	–1	–1	–4	–4	–1	–1	–1	–12	–276	–96	–312	–144
Wertaufholungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Planmäßige Abschreibungen	–29	–30	–1	–1	–4	–4	–1	–1	–1	–1	–91	–96	–127	–133
Cost Income Ratio (CIR)	74,6 %	72,6 %	50,9 %	39,5 %	91,3 %	95,9 %	102,5 %	673,7 %	–16,9 %	–62,0 %	–	–	83,5 %	80,0 %
Eigenkapital-Rendite vor Steuern (RoE)	26,4 %	28,3 %	25,4 %	35,1 %	–	–	1,2 %	–7,6 %	–44,6 %	–36,2 %	–	–	5,4 %	6,6 %

Der Postbank Konzern steuert seine Aktivitäten auf der Grundlage eines Management-Information-Systems, dessen zentraler Bestandteil die betriebswirtschaftliche Rechnung nach Geschäftsfeldern ist. Die Geschäftsfelder entsprechen der Organisationsstruktur des Konzerns.

Gegenüber dem Vorjahr wurde die Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung in der Segmentberichterstattung angepasst. Es wurde eine neue Zeile „Verrechnungen“ etabliert, welche die wesentlichen Teile der bisher im Segment Cost Center/Konsolidierung dargestellten nicht verrechneten Overhead-Kosten sowie die bisher im Verwaltungsaufwand der jeweiligen Segmente ausgewiesenen Standardbetriebskosten und Leistungsverrechnung zwischen den jeweiligen Segmenten berücksichtigt. Somit erfolgt die Segmentberichterstattung ab 2013 mit einer weitgehenden verursachungsgerechten Verrechnung der Vollkosten in die operativen Segmente.

Darüber hinaus hat die Postbank 2013 im Rahmen der Segmentadjustierung die BHW Kreditservice GmbH aus dem Segment Retail Banking herausgelöst und dem Segment Cost Center/Konsolidierung zugeordnet.

Die vorgenommenen Änderungen sind den Segmentbeschreibungen zu entnehmen. Die Vergleichswerte des Vorjahres wurden entsprechend angepasst. Diese berücksichtigen ebenfalls die sonstigen im Geschäftsjahr durchgeführten Anpassungen der Vorjahreszahlen (siehe Note 7).

Im Geschäftsfeld Retail Banking bietet die Postbank Privat- und Geschäftskunden ein breites Spektrum von Bank- und Finanzdienstleistungen an. Die Produktpalette umfasst das Giro- und das Spargeschäft, Kredit- und Debitkarten, Baufinanzierungen, Ratenkredite, das Bauspargeschäft, das Wertpapier- und Depotgeschäft sowie Investmentfonds. Außerdem werden die Erträge aus dem Vermittlungsgeschäft in diesem Segment erfasst.

Das Ergebnis des Segments setzt sich aus den operativen Ergebnissen des Retail Banking der Deutschen Postbank AG, des inländischen Retail-Geschäfts der BHW Bausparkasse AG sowie weiterer Tochtergesellschaften der BHW Holding AG, der Postbank Filialvertrieb AG, der Postbank Filial GmbH, der Postbank Direkt GmbH und der P.O.S. Transact GmbH zusammen. Darüber hinaus wird das Ergebnis der Kaufpreisallokation aus dem Erwerb des BHW dem Segment Retail Banking zugeordnet.

Im Geschäftsfeld Firmenkunden erbringt die Postbank Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr. Die gewerbliche Finanzierung – insbesondere von Immobilien – stellt national wie international eine zweite wesentliche Säule des Firmenkundengeschäfts dar. Den dritten Bereich dieses Geschäftsfelds bilden Factoring und Leasing.

Das Ergebnis des Segments setzt sich zusammen aus den Ergebnissen der PB Firmenkunden AG, der Postbank Leasing GmbH, der PB Factoring GmbH, des Firmenkundengeschäfts der Deutschen Postbank AG und Teilen der Ergebnisse der Deutschen Postbank International S.A., jeweils ohne ausgewählte Einzelengagements, sowie aus Teilen der internationalen gewerblichen Immobilienfinanzierungen.

Das Geschäftsfeld Transaction Banking bietet konzernintern sowie für andere Banken organisatorische und technische Abwicklungs- und Bearbeitungsleistungen im Bereich des inländischen und des grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs an. Das Ergebnis setzt sich zusammen aus den Ergebnissen der BCB AG und der VÖB-ZVD Processing GmbH. Dem Geschäftsfeld Financial Markets zugeordnet sind die Ergebnisse aus den Financial-Markets-Geschäften des Konzerns (Bank- und Handelsbücher) sowie aus der Fondsverwaltung und dem Fondsmanagement sowohl für verschiedene Publikumsfonds der Postbank als auch für Spezialfonds.

Das Ergebnis des Segments setzt sich zusammen aus den jeweiligen Bank- und Handelsbüchern der Deutschen Postbank AG und der BHW Bausparkasse AG sowie den Ergebnissen der Töchter Deutsche Postbank International S.A. (ohne Firmenkundengeschäft), Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Luxemburg (bis August 2012), und Deutsche Postbank Financial Services GmbH (bis September 2012, danach Verschmelzung auf die Deutsche Postbank AG).

Das 2012 eingeführte Segment NCOU beinhaltet Portfolios und Aktivitäten, die in der aktuellen Ausrichtung der Bank nicht mehr zum Kerngeschäft gehören. Ziele des Segments sind neben der Erhöhung der Transparenz insbesondere der weitere Abbau von Risiken und die Reduzierung von Risikoaktiva.

Das Ergebnis des Segments beinhaltet Finanzanlagen mit Emittenten aus GIIPS-Staaten, Teile der internationalen gewerblichen Immobilienfinanzierungen sowie ausgewählte Firmenkundenkredite, bestimmte Auslandsaktivitäten im Retail-Geschäft sowie ausgewählte, nicht mehr aktiv vertriebene Retail-Produkte. Darüber hinaus sind dem Segment bestimmte besicherte und unbesicherte Emissionen sowie ausgewählte Ergebnisse aus Repo-/Reverse-Repo-Geschäften und das strukturierte Kreditportfolio (SCP im Jahr 2013 vollständig abgebaut) zugeordnet.

Das Segment Cost Center/Konsolidierung enthält neben den Konzernkonsolidierungen – ohne die innerhalb der Segmente vorgenommenen Konsolidierungen – auch die Ergebnisse der Cost Center. Das Segment beinhaltet außerdem die Ergebnisse der den Cost Centern zugeordneten Töchter Postbank Systems AG, Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. KG, Postbank Support GmbH (bis Dezember 2012), Postbank Service GmbH und BHW Kreditservice GmbH. Ferner ist die Überleitung zum Konzernergebnis Bestandteil des Segments. Darüber hinaus werden einzelne Sondereffekte diesem Segment zugerechnet. Im Jahr 2013 gehörten dazu insbesondere die außerplanmäßige Abschreibung der Marke BHW sowie Teile des Ergebnisses aus der Entkonsolidierung der PB (USA) Holdings, Inc. und weiterer US-Gesellschaften (siehe hierzu Note 2 und 13).

Neben den Ergebnissen der Gewinn- und Verlustrechnung der den Geschäftsfeldern zugeordneten Unternehmenseinheiten werden kalkulatorische Verfahren zur verursachungsgerechten Ermittlung der Segmentergebnisse verwendet. Gemäß IFRS 8.23 weisen wir den Zinsüberschuss (Nettozinsertrag) statt der Zinserträge und Zinsaufwendungen aus. Die Allokation des Zinsüberschusses der Kundenprodukte auf die Segmente folgt der Marktzinsmethode, nach der dem Kundenzins kalkulatorisch ein fristenkongruenter Geld- und Kapitalmarktzins gegenübergestellt wird. Der Verwaltungsaufwand der in den Segmentergebnissen berücksichtigten Einheiten der Deutschen Postbank AG basiert im Wesentlichen auf den Ergebnissen der Kostenstellenrechnung. Ertragsteuern werden nicht auf Segmentebene ermittelt.

Wertaufholungen und Wertminderungen beziehen sich auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen. Es werden sowohl planmäßige als auch außerplanmäßige Wertveränderungen berücksichtigt.

Die Zuordnung des Eigenkapitals zu den Segmenten richtet sich nach deren Risikokapitalbedarf. Der Risikokapitalbedarf wird abgeleitet aus der Risikodeckungsmasse der Postbank und legt fest, in welcher Höhe Marktpreisrisiken, Kreditrisiken, Operationelle Risiken, Geschäftsrisiken, Beteiligungs- und Immobilienrisiken sowie Kollektivrisiken eingegangen werden dürfen. Entsprechend der Segmentverantwortung für die Risikokapitalpositionen innerhalb der einzelnen Risikoarten, erfolgt die Zuordnung des durchschnittlichen IFRS-Eigenkapitals zu den Segmenten.

Da es sich bei der Abwicklung von Zahlungsverkehrstransaktionen nicht um Bankgeschäft im klassischen Sinne handelt, weisen wir im Geschäftsfeld Transaction Banking keine Eigenkapitalrentabilität aus.

Im Rahmen der oben beschriebenen Änderungen der Geschäftsfeldrechnung (weitgehende verursachungsgerechte Verrechnung der Vollkosten auf die operativen Segmente und Herauslösung der BHW Kreditservice GmbH aus dem Segment Retail Banking) sowie weiterer Anpassungen der Vorjahreszahlen (siehe Note 7) wurden die Vorjahreswerte der Segmentberichterstattung entsprechend angepasst. Im Folgenden werden die wesentlichen Änderungen beschrieben.

Im Segment Retail Banking verringerten sich die Erträge um 7 Mio €. Begründet ist dies ausschließlich durch die Herauslösung von Ergebnisbeiträgen aus der BHW Kreditservice GmbH sowie die Zuordnung dieser zum Segment

104

119

116

Cost Center/Konsolidierung. Als Folge dessen erhöhte sich das Sonstige Ergebnis um 8 Mio €. Der Verwaltungsaufwand reduzierte sich aus dem separaten Ausweis der Verrechnungen um 335 Mio €. Die Belastung aus Verrechnungen inklusive Vollkosten lag bei 700 Mio €. Insgesamt verminderte sich das Segmentergebnis vor Steuern um 364 Mio €.

Im Segment Firmenkunden ging der Verwaltungsaufwand aufgrund der Separierung der Verrechnungen um 32 Mio € zurück. Die Belastung aus Verrechnungen inklusive Vollkosten lag bei 91 Mio €. Das Segmentergebnis vor Steuern ging somit um 59 Mio € zurück.

Im Segment Transaction Banking verminderte sich das Ergebnis wegen der Vollkostenverrechnung um 6 Mio €.

Im Segment Financial Markets führte der gesonderte Ausweis der Verrechnungen zu einer Reduzierung im Verwaltungsaufwand in Höhe von 2 Mio €. Die Belastung aus den Verrechnungen inklusive Vollkosten betrug 51 Mio €. In Summe reduzierte sich das Ergebnis vor Steuern in diesem Segment um 49 Mio €.

Im Segment NCOU verringerte sich der Verwaltungsaufwand aufgrund von Herauslösung der Verrechnungen um 50 Mio €. Die Verrechnungsaufwendungen inklusive Vollkosten beliefen sich somit auf 102 Mio €. Das Segmentergebnis vor Steuern reduzierte sich um 52 Mio €.

Im Segment Cost Center/Konsolidierung erhöhten sich die Erträge aufgrund der Verschiebung der BHW Kreditservice GmbH von Retail Banking zu Cost Center/Konsolidierung um 7 Mio €. In diesem Zuge verminderte sich das Sonstige Ergebnis um 8 Mio €. Wegen der Separierung der Verrechnungen stieg der Verwaltungsaufwand um 419 Mio €. Aufgrund der geänderten Bewertung der Versorgungspläne wurde der Verwaltungsaufwand um 8 Mio € entlastet (siehe Note 7), was zu einer Gesamtveränderung des Verwaltungsaufwands von 411 Mio € führte. Die Entlastung aus der Vollkostenverrechnung lag bei 950 Mio €. Das Ergebnis vor Steuern erhöhte sich somit um 538 Mio €.

Angaben auf Unternehmensebene

Die nachstehende Tabelle enthält Informationen zu Erträgen je Produkt bzw. Dienstleistung.

	2013 Mio €	2012 Mio €
Einlagen und Kredite Retail- und Firmenkunden	2.903	2.962
Zahlungsverkehr Retail- und Firmenkunden	406	388
Provisionsgeschäft Retail- und Firmenkunden	517	536
Transaction Banking Insourcing	94	97
Übriges	-116	-244
Summe Erträge	3.804	3.739

Die Summe der Erträge setzt sich zusammen aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Ergebnis aus Finanzanlagen des Postbank Konzerns. Die dem Segment Firmenkunden zugeordneten Tochterunternehmen sind mit ihrem Zins- und Provisionsergebnis der Position „Einlagen und Kredite Retail- und Firmenkunden“ zugerechnet. Die Position „Übriges“ enthält u. a. das Handels- und das Finanzanlageergebnis des Konzerns und somit auch die wesentlichen Belastungen aus der Finanzmarktkrise. Die Erträge des Segments NCOU werden unter der Position „Übriges“ ausgewiesen.

Die Ermittlung der Ergebnisse nach geografischen Regionen erfolgt über die Ergebnisse der Gewinn- und Verlustrechnung der den Regionen zuzuordnenden Legaleinheiten und Niederlassungen.

Die Region Übrige enthält die Einheiten der Regionen Europa und USA (PB Capital Corporation bis 31. Dezember 2012). Die Niederlassung London, die Luxemburger Einheiten Deutsche Postbank International S.A., Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A. (bis August 2012), Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH und DPBI Immobilien KGaA (bis Dezember 2012; danach Verschmelzung auf die Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH) sowie die BHW Niederlassungen in Italien, Luxemburg und Belgien (bis Dezember 2012, danach verschmolzen auf die Niederlassung Luxemburg) sind Bestandteil der Region Europa. Die Region Deutschland enthält alle inländischen Geschäftseinheiten inklusive aller Konsolidierungssachverhalte.

	Erträge		Ergebnis vor Steuern		Langfristige Vermögens- werte	
	2013 Mio €	2012 Mio €	2013 Mio €	2012 ¹ Mio €	2013 Mio €	2012 Mio €
Deutsch- land	3.663	3.330	324	105	2.707	2.994
Übrige	141	409	-6	289	19	22
Europa	141	270	-6	132	19	20
USA	0	139	0	157	0	2
Gesamt	3.804	3.739	318	394	2.726	3.016

Langfristige Vermögenswerte beinhalten immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen.

(41) Eventual- und andere Verpflichtungen

Eventualverpflichtungen beruhen auf vergangenen Ereignissen, die in der Zukunft zu möglichen Verpflichtungen führen. Diese Verpflichtungen entstehen durch den Eintritt ungewisser zukünftiger Ereignisse, deren Erfüllungsbetrag nicht mit hinreichender Zuverlässigkeit geschätzt werden kann.

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Eventualverpflichtungen		
Aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	359	415
Andere Verpflichtungen		
Unwiderrufliche Kreditzusagen	7.179	7.441
davon bereitgestellte Baudarlehen	2.871	2.748
Sonstige Verpflichtungen	12.353	12.325
Gesamt	19.891	20.181

Die Sonstigen Verpflichtungen betreffen Kreditlinien, die durch die Postbank jederzeit gekündigt werden können. Die Eventual- und anderen Verpflichtungen wurden um die gebildete Risikovorsorge gekürzt.

Höhe und Zeitpunkt der Inanspruchnahme sind insbesondere bei Kreditlinien, Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen regelmäßig variabel.

Kreditzusagen und Kreditlinien beinhalten in der Regel eine Rückzahlungsvereinbarung. Darüber hinaus ist eine Erstattung nur begrenzt möglich.

(42) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten**Fair-Value-Hierarchie**

Im Folgenden wird die Zuordnung der zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumente zur dreistufigen Fair-Value-Hierarchie gemäß IFRS 13.72 ff. dargestellt. Dementsprechend ordnet die Postbank die Bestände wie folgt den entsprechenden Leveln zu:

Level 1:

Für die nach Level 1 kategorisierten Bestände liegen quotierte Preise in Märkten für den identischen Vermögenswert oder die identische Verpflichtung vor. Das heißt, bei der Fair-Value-Bewertung des Level 1 werden ausschließlich am aktiven Markt notierte Preise des identischen Finanzinstruments zur Bewertung herangezogen. Unter Level 1 werden somit vor allem hochliquide Wertpapiere und börsengehandelte Derivate dargestellt.

Level 2:

Bei der Bewertung nach Level 2 werden die Fair Values entweder mithilfe von in aktiven Märkten für ähnliche Instrumente notierten Preisen oder mit Bewertungsmethoden, deren Inputparameter nur auf direkt oder indirekt beobachtbaren Marktdaten beruhen, bestimmt. Hierunter fallen u. a. nicht börsengehandelte Derivate (z. B. Swaps, Caps, Floors, CDS) sowie Anleihen und Schuldscheindarlehen, deren Bewertung auf Basis von Zins- und Spread-Kurven bzw. Volatilitäten erfolgt.

Level 3:

Bei der Bewertung nach Level 3 werden die Fair Values anhand von Bewertungsmodellen ermittelt, bei denen wesentliche bzw. signifikante Eingangsparameter nicht am Markt beobachtbar sind. Solche Bewertungsverfahren werden insbesondere zur Bewertung von strukturierten Kreditprodukten verwendet.

Die folgenden Tabellen zeigen die Zuordnung der einzelnen Klassen von Finanzinstrumenten zu dem entsprechenden Level der Fair-Value-Hierarchie:

Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte				
Klassen	31.12.2013 Mio €	Ausweis des Fair Value erfolgt in		
		Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €
Finanzielle Vermögenswerte zum Fair Value through Profit or Loss (FVtPL)				
Handelsaktiva	1.824	1	1.822	1
Hedging-Derivate	113	0	113	0
Forderungen an Kunden	5.830	0	5.830	0
davon private Baufinanzierungen	5.830	0	5.830	0
Finanzielle Vermögenswerte Available for Sale				
Finanzanlagen	10.238	7.587	2.590	61
Summe	18.005	7.588	10.355	62

Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten		Ausweis des Fair Value erfolgt in		
Klassen	31.12.2013 Mio €	Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €
Finanzielle Verbindlichkeiten zum Fair Value through Profit or Loss (FVtPL)				
Handelsspassiva	1.681	0	1.679	2
Hedging-Derivate	460	0	460	0
Summe	2.141	0	2.139	2

Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte		Ausweis des Fair Value erfolgt in		
Klassen	31.12.2012 ¹ Mio €	Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €
Finanzielle Vermögenswerte zum Fair Value through Profit or Loss (FVtPL)				
Handelsaktiva	5.135	32	5.102	1
Hedging-Derivate	565	0	565	0
Forderungen an Kunden	6.839	0	6.839	0
davon private Baufinanzierungen	6.839	0	6.839	0
Finanzielle Vermögenswerte Available for Sale				
Finanzanlagen	9.244	6.650	2.401	193
Summe	21.783	6.682	14.907	194

Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten		Ausweis des Fair Value erfolgt in		
Klassen	31.12.2012 ¹ Mio €	Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €
Finanzielle Verbindlichkeiten zum Fair Value through Profit or Loss (FVtPL)				
Handelsspassiva	5.953	0	5.891	62
Hedging-Derivate	1.002	0	1.002	0
Summe	6.955	0	6.893	62

Im Level 2 greift die Postbank im Rahmen der Bewertung – sofern nicht die Bewertung anhand von Transaktionen des identischen Finanzinstruments zum Bewertungsstichtag bzw. anhand von Transaktionen zum Bewertungsstichtag von ähnlichen Finanzinstrumenten erfolgen kann – auf sogenannte Discounted-Cashflow-Modelle zurück. Bei dem Großteil der oben genannten Finanzinstrumente (Derivate, Anleihen, Schuldscheindarlehen) werden als Bewertungsparameter im Wesentlichen Zins- und Spread-Kurven (Credit Spreads, Basis Spreads) herangezogen. Des Weiteren werden zur Bewertung von Kreditderivaten zusätzlich CDS-Spreads bzw. Hazard Rates genutzt. Optionspreismodelle nutzen als Inputparameter darüber hinaus Aktienkurse, Indexpreise und Volatilitäten.

Die Fair-Value-Option wird im Postbank Konzern ausschließlich auf Forderungsbestände des Baufinanzierungsbereichs

angewandt. Als Bewertungsparameter werden die aktuelle Swaprenditekurve sowie darlehensspezifische Risiko- und Kostenaufschläge verwandt. Die Risikoaufschläge werden auf Basis von geschätzten Verlustquoten und Ausfallwahrscheinlichkeiten aus dem internen und von der Aufsicht zugelassenen Ratingmodell herangezogen.

Signifikante Transfers von Finanzinstrumenten zwischen Level 1 und Level 2 der Hierarchie des Fair Value kamen in der Berichtsperiode nicht vor.

Sowohl auf der Aktivseite als auch auf der Passivseite kommen Bewertungsverfahren zum Einsatz, die aufgrund der verwendeten Inputparameter Level 3 zuzuordnen sind, Embedded Derivatives aus den synthetischen SCP-Beständen werden dem Level 3 zugeordnet.

Die finanziellen Vermögenswerte, die Level 3 zuzuordnen sind, haben sich in der Berichtsperiode wie folgt entwickelt :

Level 3 zugeordnete Vermögenswerte						
Ausweis des Fair Value nach Level 3 zum 31.12.2013						
	Finanzielle Vermögenswerte zum FVtPL			Finanzielle Vermögenswerte AfS		Summe
	Handelsaktiva	Hedging-Derivate	Forderungen an Kunden	Finanzanlagen	Forderungen an Kreditinstitute	
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Anfangsbestand	1	0	0	193	0	194
Summe Gewinne oder Verluste	0	0	0	-14	0	-14
in GuV	0	0	0	1	0	1
in Neubewertungsrücklage	0	0	0	-15	0	-15
Erwerbe	0	0	0	0	0	0
Veräußerungen	0	0	0	-112	0	-112
Emissionen	0	0	0	0	0	0
Rückzahlungen	0	0	0	-6	0	-6
Wechselkurseffekte	0	0	0	0	0	0
Transfers aus Level 3	0	0	0	0	0	0
Transfers in Level 3	0	0	0	0	0	0
Endbestand	1	0	0	61	0	62
Summe der Bewertungsgewinne/-verluste für Vermögenswerte, die am Ende der Periode im Bestand waren	0	0	0	-15	0	-15

Für diese Entwicklung sind folgende Gründe zu nennen:

Maßgeblich für die oben dargestellte Entwicklung von den Level 3 zugeordneten finanziellen Vermögenswerten ist im Wesentlichen der Risikoabbau im ersten Halbjahr 2013. Darüber hinaus haben Rückzahlungen bzw. Tilgungen der Forderungsbestände zu einer Verringerung des Bestands geführt.

Zum 31. Dezember 2012 stellte sich die Entwicklung der finanziellen Vermögenswerte, die Level 3 zuzuordnen sind, wie folgt dar:

Level 3 zugeordnete Vermögenswerte						
Ausweis des Fair Value nach Level 3 zum 31.12.2012						
	Finanzielle Vermögenswerte zum FVtPL			Finanzielle Vermögenswerte AfS		Summe
	Handelsaktiva	Hedging-Derivate	Forderungen an Kunden	Finanzanlagen	Forderungen an Kreditinstitute	
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Anfangsbestand	18	0	0	501	0	519
Summe Gewinne oder Verluste	-1	0	0	4	0	3
in GuV	-1	0	0	0	0	-1
in Neubewertungsrücklage	0	0	0	4	0	4
Erwerbe	0	0	0	0	0	0
Veräußerungen	-16	0	0	-279	0	-295
Emissionen	0	0	0	0	0	0
Rückzahlungen	0	0	0	-32	0	-32
Wechselkurseffekte	0	0	0	-1	0	-1
Transfers aus Level 3	0	0	0	0	0	0
Transfers in Level 3	0	0	0	0	0	0
Endbestand	1	0	0	193	0	194
Summe der Bewertungsgewinne/-verluste für Vermögenswerte, die am Ende der Periode im Bestand waren	-1	0	0	6	0	5

Die finanziellen Verbindlichkeiten nach Level 3 haben sich im Geschäftsjahr 2013 wie folgt entwickelt:

Level 3 zugeordnete Verbindlichkeiten			
Ausweis des Fair Value nach Level 3 zum 31.12.2013			
Finanzielle Verbindlichkeiten zum FVtPL	Handelsspassiva Mio €	Hedging-Derivate Mio €	Summe Mio €
Anfangsbestand	62	0	62
Summe Verluste	0	0	0
in GuV	0	0	0
Erwerbe	0	0	0
Veräußerungen	-60	0	-60
Emissionen	0	0	0
Rückzahlungen	0	0	0
Wechselkurseffekte	0	0	0
Transfers aus Level 3	0	0	0
Transfers in Level 3	0	0	0
Endbestand	2	0	2
Summe der Bewertungsgewinne/-verluste für Verbindlichkeiten, die am Ende der Periode im Bestand waren	0	0	0

Maßgeblich für die Entwicklung der dem Level 3 zugeordneten finanziellen Verbindlichkeiten sind im Wesentlichen der Risikoabbau im ersten Halbjahr 2013 sowie Veräußerungen und Rückzahlungen der Bestände, die sich bei den strukturierten Kreditprodukten in voller Höhe auf die eingebetteten Derivate (diese sind den Handelsspassiva zugeordnet) auswirken.

Die finanziellen Verbindlichkeiten nach Level 3 haben sich im Vorjahr wie folgt entwickelt:

Level 3 zugeordnete Verbindlichkeiten			
Ausweis des Fair Value nach Level 3 zum 31.12.2012			
Finanzielle Verbindlichkeiten zum FVtPL	Handelsspassiva Mio €	Hedging-Derivate Mio €	Summe Mio €
Anfangsbestand	44	0	44
Summe Verluste	34	0	34
in GuV	34	0	34
Erwerbe	0	0	0
Veräußerungen	-16	0	-16
Emissionen	0	0	0
Rückzahlungen	0	0	0
Wechselkurseffekte	0	0	0
Transfers aus Level 3	0	0	0
Transfers in Level 3	0	0	0
Endbestand	62	0	62
Summe der Bewertungsgewinne/-verluste für Verbindlichkeiten, die am Ende der Periode im Bestand waren	-34	0	-34

Die Bewertung der Finanzinstrumente, die dem Level 3 zuzuordnen sind, erfolgt entweder mittels Arranger/Dealer Quotes oder mittels eines internen Bewertungsmodells. Im internen Bewertungsmodell werden neben den ausfallbedingten Beeinträchtigungen der erwarteten Zahlungsströme auch die Illiquidität der Märkte für strukturierte Produkte berücksichtigt, indem bei der Diskontierung der vorstehend ermittelten Zahlungsströme ein Aufschlag auf den fristenkongruenten „risikolosen“ Zinssatz vorgenommen wird.

Aufgrund des geringeren Bestands an Finanzinstrumenten des Levels 3 verzichtet die Postbank auf die explizite Darstellung von qualitativen sowie quantitativen Angaben.

Nicht wiederkehrende Fair-Value-Bewertungen von Finanzinstrumenten waren in der Berichtsperiode nicht zu verzeichnen.

Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten, die mit den fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value bewertet werden

Die beizulegenden Zeitwerte (Fair Values) von Finanzinstrumenten, die in der Bilanz zu fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value angesetzt werden, sind in der folgenden Tabelle den Buchwerten gegenübergestellt.

	31.12.2013			31.12.2012 ¹			
	Buchwert Mio €	Beizulegender Zeitwert Mio €	Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €	Buchwert Mio €	Beizulegender Zeitwert Mio €
Aktiva							
Barreserve	1.739	1.739	1.739	–	–	2.054	2.054
Forderungen an Kreditinstitute (Loans and Receivables)	20.153	20.167	2.079	18.088	–	27.646	27.633
Forderungen an Kunden (Loans and Receivables)	95.483	100.615	–	–	100.615	99.427	105.833
Risikovorsorge	–1.478	–1.478	–	–	–1.478	–1.745	–1.745
Finanzanlagen (Loans and Receivables)	23.786	23.696	17.720	5.976	–	27.782	27.289
	139.683	144.739	21.538	24.064	99.137	155.164	161.064
Passiva							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Liabilities at amortised cost)	18.282	18.675	150	–	18.525	17.334	17.944
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Liabilities at amortised cost)	120.398	122.752	56	–	122.696	131.732	134.610
Verbriefte Verbindlichkeiten und Nachrangkapital	11.700	12.191	1.628	–	10.563	12.632	13.274
	150.380	153.618	1.834	–	151.784	161.698	165.828

Grundsätzlich wird für alle Finanzinstrumente ein Fair Value ermittelt. Ausnahmen bilden lediglich täglich fällige Geschäfte sowie Spareinlagen mit einer vertraglichen Kündigungsfrist von bis zu einem Jahr.

(43) Ertrags- und Aufwandsposten, Gewinne und Verluste gemäß IFRS 7 und Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien gemäß IAS 39

	Erläuterungen	2013 Mio €	2012 Mio €
Zinserträge und -aufwendungen	(8)		
Loans and Receivables		4.966	5.901
Available for Sale		183	199
Liabilities at amortised cost		-2.402	-2.996
Nettogewinne und -verluste (11), (12)			
Held for Trading		-58	-74
Designated as at Fair Value		6	-27
Loans and Receivables		11	54
Available for Sale		41	-88

	Fair Value Hedge/Option		Nicht gehedgt		Gesamt	
	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 ¹ Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 ¹ Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 ¹ Mio €
Aktiva	17.614	23.609	139.813	153.030	157.427	176.639
Loans and Receivables	8.352	12.911	131.070	141.944	139.422	154.855
Forderungen an Kreditinstitute	201	212	19.952	27.434	20.153	27.646
Forderungen an Kunden	1.797	2.123	93.686	97.304	95.483	99.427
Finanzanlagen	6.354	10.576	17.432	17.206	23.786	27.782
Available for Sale	3.304	2.768	6.934	6.477	10.238	9.245
Finanzanlagen	3.304	2.768	6.934	6.477	10.238	9.245
Held for Trading	15	526	1.809	4.609	1.824	5.135
Handelsaktiva	15	526	1.809	4.609	1.824	5.135
Fair-Value-Option	5.830	6.839	-	-	5.830	6.839
Forderungen an Kunden	5.830	6.839	-	-	5.830	6.839
Hedging-Derivate	113	565	-	-	113	565
Passiva	12.190	14.122	140.331	154.531	152.521	168.653
Liabilities at amortised cost	11.541	11.557	138.839	150.141	150.380	161.698
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	525	567	17.757	16.767	18.282	17.334
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.899	7.880	113.499	123.852	120.398	131.732
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.325	2.768	5.017	6.668	7.342	9.436
Nachrangkapital	1.792	342	2.566	2.854	4.358	3.196
Held for Trading	189	1.563	1.492	4.390	1.681	5.953
Handelspassiva	189	1.563	1.492	4.390	1.681	5.953
Hedging-Derivate	460	1.002	-	-	460	1.002

¹Angaben angepasst (siehe Note 7)

(44) Derivative Finanzinstrumente

Der Postbank Konzern setzt derivative Finanzinstrumente zur Sicherung im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung ein. Darüber hinaus werden derivative Finanzgeschäfte auch als Handelsgeschäfte getätigt.

Derivative Finanzinstrumente auf fremde Währungen werden im Wesentlichen in der Form von Devisentermingeschäften, Devisenswaps, Zins-/Währungsswaps und Devisenoptionsgeschäften abgeschlossen. Zinsderivate sind vor allem Zinsswaps sowie Zinsfutures und Zinsoptionsgeschäfte; vereinzelt werden auch Termingeschäfte auf festverzinsliche Wertpapiere abgeschlossen. Aktienderivate werden insbesondere als Aktienoptionen und Aktien-/Indexoptionen abgeschlossen. Kreditderivate (Credit Default Swaps) resultieren im Wesentlichen aus abgespaltenen Derivaten synthetischer CDOs.

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar. Bei diesem Wert handelt es sich um eine Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen, nicht jedoch um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten.

Die Marktwerte der einzelnen Kontrakte wurden auf Grundlage anerkannter Bewertungsmodelle ermittelt. Bei der Abwicklung von Derivaten über einen zentralen Kontrahenten nutzt die Postbank die bestehenden Netting-Möglichkeiten.

Der Bestand an derivativen Finanzinstrumenten setzt sich dabei wie folgt zusammen:

	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 ¹ Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 ¹ Mio €
Derivate des Handelsbestands	178.895	209.169	1.674	4.943	1.681	5.953
Hedging-Derivate	21.303	25.283	113	565	460	1.002
Gesamt	200.198	234.452	1.787	5.508	2.141	6.955

Nachfolgend sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten zins- und fremdwährungsbezogenen, bedingten und unbedingten Termingeschäfte des Postbank Konzerns dargestellt.

	Nominalwerte		Fair Value			
			Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 ¹ Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 ¹ Mio €
Derivate des Handelsbestands						
Fremdwährungsderivate						
OTC-Produkte						
Devisentermin (Forwards)	3.357	6.041	82	129	74	114
Devisenswaps	5.125	7.979	46	49	41	65
Gesamtbestand Fremdwährungsderivate	8.482	14.020	128	178	115	179
Zinsderivate						
OTC-Produkte						
Zinsswaps	166.619	184.792	1.491	4.620	1.512	5.288
Cross Currency Swaps	1.634	6.461	46	65	42	287
Forward Rate Agreements	-	-	-	-	-	-
OTC-Zinsoptionen	470	1.841	3	71	2	124
Sonstige zinsgebundene Verträge	1.119	1.111	4	4	5	6
Börsengehandelte Produkte						
Zinsfutures	-	-	-	-	-	-
Gesamtbestand Zinsderivate	169.842	194.205	1.544	4.760	1.561	5.705

¹Angaben angepasst (siehe Note 7)

	Fair Value					
	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 ¹ Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 ¹ Mio €
Aktien-/Indexbezogene Derivate						
OTC-Produkte						
Aktioptionen (long/short)	–	–	–	–	–	–
Börsengehandelte Produkte						
Aktien-/Indexoptionen	46	182	1	1	–	–
Gesamtbestand Aktien-/ Indexbezogene Derivate	46	182	1	1	–	–
Kreditderivate						
Credit Default Swaps	525	762	1	4	5	69
Gesamtbestand Kreditderivate	525	762	1	4	5	69
Gesamtbestand Derivate des Handelsbestands	178.895	209.169	1.674	4.943	1.681	5.953
davon Derivate des Bankbuchs	54.512	58.256	298	922	395	1.574
davon Derivate im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	15.084	16.528	15	526	188	1.564
Hedging-Derivate						
Fair Value Hedges						
Zinsswaps	21.111	24.986	93	489	458	994
Cross Currency Swaps	192	297	20	76	2	8
Credit Default Swaps	–	–	–	–	–	–
Gesamtbestand Hedging-Derivate	21.303	25.283	113	565	460	1.002
Gesamtbestand der derivativen Finanzinstrumente	200.198	234.452	1.787	5.508	2.141	6.955

Gesamtbestand der bilanziell ausgewiesenen derivativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:

	Hedging-Derivate			
	Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 ¹ Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 ¹ Mio €
Restlaufzeiten				
bis 3 Monate	27	113	19	83
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1	3	17	75
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	0	4	51	55
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	0	0	116	95
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	42	0	30	174
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	2	153	49	107
mehr als 5 Jahre	41	292	178	413
	113	565	460	1.002

	Handelsderivate und Derivate des Bankbuchs			
	Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 ¹ Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 ¹ Mio €
Restlaufzeiten				
bis 3 Monate	202	501	190	720
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	100	224	108	378
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	129	218	97	319
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	132	356	173	310
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	140	431	87	572
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	158	403	130	484
mehr als 5 Jahre	813	2.810	896	3.170
	1.674	4.943	1.681	5.953

Als Restlaufzeit wird der Zeitraum zwischen Bilanzstichtag und der vertraglichen Fälligkeit der Forderung oder der Verbindlichkeit angesehen.

In der nachstehenden Tabelle sind die positiven und die negativen Marktwerte der derivativen Geschäfte nach den jeweiligen Kontrahenten aufgliedert.

	Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 ¹ Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 ¹ Mio €
Kontrahenten				
Banken in der OECD	1.451	4.982	2.080	6.784
Sonstige Kontrahenten in der OECD	336	526	61	171
Nicht OECD	–	–	–	–
	1.787	5.508	2.141	6.955

(45) Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen, die die Aufrechnungsvoraussetzungen des IAS 32.42 ff. erfüllen, sind zum Nettowert in der Bilanz auszuweisen.

Die nachfolgenden Tabellen enthalten die Angaben zum 31. Dezember 2013 zu den Aufrechnungseffekten auf die Konzernbilanz sowie die finanziellen Auswirkungen einer Aufrechnung im Falle von Instrumenten, die Gegenstand einer rechtlich durchsetzbaren Netting-Rahmenvereinbarung oder einer ähnlichen Vereinbarung sind.

	Finanzielle Vermögenswerte (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Vermögenswerte (netto)	Effekte von Netting-Rahmenvereinbarungen	Barsicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten	Nettobetrag
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Aktiva							
Forderungen an Kreditinstitute (inklusive Risikovorsorge)	23.117	-3.192	19.925	–	–	-15.077	4.848
Handelsaktiva	6.497	-4.673	1.824	-1.000	-122	–	702
Hedging-Derivate	929	-816	113	-68	-8	–	37
Gesamt	30.543	-8.681	21.862	-1.068	-130	-15.077	5.587

	Finanzielle Verbindlichkeiten (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Verbindlichkeiten (netto)	Effekte von Netting-Rahmenvereinbarungen	Barsicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten	Nettobetrag
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Passiva							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9.520	-2.390	7.130	–	–	-6.653	477
Handelspassiva	7.518	-5.837	1.681	-1.000	-516	–	165
Hedging-Derivate	915	-455	460	-68	-141	–	251
Gesamt	17.953	-8.682	9.271	-1.068	-657	-6.653	893

In der Spalte „Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)“ sind die Beträge ausgewiesen, die nach Maßgabe der Kriterien des IAS 32.42 ff. aufgerechnet wurden. In der Spalte „Effekte von Netting-Rahmenvereinbarungen“ werden die Beträge ausgewiesen, die Gegenstand einer Netting-Rahmenvereinbarung sind, aber wegen Nichterfüllung der Voraussetzungen des IAS 32.42 ff. nicht aufgerechnet wurden. Die Spalten „Barsicherheiten“ und „Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten“ zeigen deren beizulegenden Zeitwert. Das Recht zur Aufrechnung von Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten und Barsicherheiten bedingt den vorherigen Ausfall der Gegenpartei.

Die Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos/Repos) sind Gegenstand der Bilanzpositionen „Forderungen an Kreditinstitute (inklusive Risikovorsorge)“ und „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“.

Aufrechnungen aus Derivaten spiegeln sich in den Bilanzpositionen „Handelsaktiva“, „Handelspassiva“ und „Hedging-Derivate“ wieder. Die als Absicherung für positive Marktwerte von Derivaten erhaltenen und für negative Marktwerte von Derivaten verpfändeten Barsicherheiten werden unter den „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ beziehungsweise „Forderungen an Kreditinstitute“ bilanziert.

Die nachfolgenden Tabellen enthalten die Vergleichszahlen zum 31. Dezember 2012.

	Finanzielle Vermögenswerte (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Vermögenswerte (netto)	Effekte von Netting-Rahmenvereinbarungen	Barsicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten	Netto-betrag
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Aktiva							
Forderungen an Kreditinstitute (inklusive Risikovorsorge)	22.004	-1.051	20.953	-90	-	-20.863	-
Handelsaktiva	9.254	-4.311	4.943	-3.626	-217	-	1.100
Hedging-Derivate	1.468	-903	565	-395	-25	-	145
Gesamt	32.726	-6.265	26.461	-4.111	-242	-20.863	1.245

	Finanzielle Verbindlichkeiten (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Verbindlichkeiten (netto)	Effekte von Netting-Rahmenvereinbarungen	Barsicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten	Netto-betrag
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Passiva							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.825	-400	4.425	-90	-22	-4.313	-
Handelspassiva	11.220	-5.267	5.953	-3.626	-2.112	-	215
Hedging-Derivate	1.600	-598	1.002	-395	-473	-	134
Gesamt	17.645	-6.265	11.380	-4.111	-2.607	-4.313	349

(46) Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren

	31.12.2013 Anzahl	31.12.2012 Anzahl
Anhängige Zwangsversteigerungsverfahren	599	1.231
Zwangsverwaltungsverfahren	719	322
Durchgeführte Zwangsversteigerungen	617	603

(47) Fremdwährungsvolumen

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Fremdwährungsaktiva	3.747	7.976
Fremdwährungspassiva	3.729	7.280

(48) Risikoaktiva und Eigenkapitalquote

Die Postbank führt eine ordnungsgemäße Ermittlung des haftenden Eigenkapitals und der Eigenmittel auf zusammengefasster Ebene für die Postbank und die ihr aus aufsichtsrechtlicher Sicht nachgeordneten Unternehmen durch. Die ermittelte Eigenmittelausstattung, entsprechend den Regelungen des Kreditwesengesetzes sowie der Solvabilitätsverordnung, stellt sich auf Basis des bilanziellen Eigenkapitals per 31. Dezember 2013 wie folgt dar:

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Adressrisiken	40.145	50.096
Marktrisikopositionen	200	550
Operationelle Risiken	4.588	3.850
Gesamtanrechnungsbetrag	44.933	54.496
Kernkapital	4.879	6.521
darunter Hybride Kernkapitalinstrumente	20	1.620
Ergänzungskapital	2.013	2.139
darunter Genussrechtskapital	0	1.050
darunter Nachrangige Verbindlichkeiten	3.708	1.623
Drittrangmittel	11	0
Anrechenbare Eigenmittel	6.903	8.660
Kernkapitalquote in %	10,9	12,0
Gesamtkennziffer in %	15,4	15,9

Die regulatorische Risikotragfähigkeit wird durch die Einhaltung der aufsichtlichen Mindesteigenmittelanforderungen sichergestellt. Diese bestimmen sich als Quotient aus zur Verfügung stehenden Eigenmitteln und eingegangenen Risikopositionen. Wesentliche Bestandteile des Kernkapitals sind das Grundkapital und gebildete Rücklagen. Das Ergänzungskapital setzt sich aus längerfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten nach den gesetzlich vorgegebenen Abzügen zusammen. Die Postbank machte bis einschließlich 31. Dezember 2013 von der Übergangsregelung gemäß § 64h Abs. 3 Satz 2 KWG Gebrauch, nach der für Beteiligungen, die bis zum 31. Dezember 2006 eingegangen worden waren, anstelle des Firmenwertes der aktivische Unterschiedsbetrag nach § 10a Abs. 6 Satz 10 KWG hälftig von Kern- und Ergänzungskapital abgezogen werden durfte.

(49) Risikokapital

Die zur Abdeckung aller Risiken zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse besteht aus dem Eigenkapital nach IFRS abzüglich Goodwill und dem Nachrangkapital nach IFRS sowie Teilen der sonstigen Reserven und Lasten von Finanzinstrumenten einschließlich Kundengeschäften abzüglich der Nettokosten. Als sonstige Reserven werden über die in der IFRS-Bilanz bzw. den Notes ausgewiesenen Reserven hinaus weitere Reserven berücksichtigt. Hierbei handelt es sich um anteilige Reserven aus den Spar- und Girobeständen und dem BHW Bausparkollektiv, die über Replikationsmodelle ermittelt werden. Zur Berücksichtigung von Schätzunsicherheiten werden bei der Ermittlung der Risikodeckungsmasse konservativ angesetzte Abschläge und Limitpuffer verwendet.

Bei der Steuerung des ökonomischen Risikokapitals stellen die regulatorischen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung (regulatorische Kapitaladäquanz gemäß KWG, Solvabilitätsverordnung sowie Groß- und Millionenkreditverordnung) strikt einzuhaltende Nebenbedingungen dar.

Die Risikostrategie ist gemäß den Vorgaben der MaRisk konsistent mit der Geschäftsstrategie und berücksichtigt alle wesentlichen Geschäftsfelder und Risikoarten.

Die folgende Tabelle zeigt die Aufteilung der Risikodeckungsmasse des Postbank Konzerns, differenziert nach Risikoarten, auf Basis des genehmigten Risikokapitals vor und nach Berücksichtigung von Korrelationseffekten sowie die freie Risikodeckungsmasse, bezogen auf die Geschäftsjahre 2013 und 2012 (Berechnung jeweils per 31. Dezember):

Risikokapital, differenziert nach Risikoarten		
Kapital- und Risikokomponenten	Allokiertes Risikokapital	
	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Kreditrisiken	3.000	3.050
Marktrisiken	2.095	2.395
Operationelle Risiken	600	485
Geschäftsrisiken	2.450	2.100
Summe vor Diversifikation	8.145	8.030
Diversifikationseffekte	1.380	1.331
Summe nach Diversifikation	6.765	6.699
Freie Risikodeckungsmasse	5.241	5.157
Risikodeckungsmasse gesamt	12.006	11.856



Weitere Angaben zum Kapitalmanagement werden im Abschnitt Risikobericht des Konzernlageberichts dargestellt.

(50) Restlaufzeitengliederung

Zum 31. Dezember 2013:

	Täglich fällig	Bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 2 Jahre	2 Jahre bis 3 Jahre	3 Jahre bis 4 Jahre	4 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Summe
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	2.383	8.628	4.960	1.369	668	314	1.413	418	20.153
Forderungen an Kunden	4.987	10.876	10.063	11.514	9.534	8.118	8.133	38.088	101.313
Handelsaktiva	–	204	101	225	182	140	158	814	1.824
Hedging-Derivate	–	27	1	0	0	42	2	41	113
Finanzanlagen	–	1.185	2.181	4.897	5.039	5.353	6.223	9.146	34.024
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	–	–	78	35	1	1	–	–	115
Latente Ertragsteueransprüche	–	–	76	–	3	–	–	13	92
Sonstige Aktiva	155	39	101	100	69	60	64	140	728
Gesamt	7.525	20.959	17.561	18.140	15.496	14.028	15.993	48.660	158.362
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.806	450	538	1.615	755	1.324	1.306	4.488	18.282
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	37.291	48.781	8.327	3.730	2.227	3.723	2.924	13.395	120.398
Verbriefte Verbindlichkeiten	169	1.504	1.262	105	101	61	769	3.371	7.342
Handelspassiva	–	190	108	97	173	87	130	896	1.681
Hedging-Derivate	–	19	17	51	116	30	49	178	460
Rückstellungen	11	73	362	380	244	138	108	292	1.608
Pensionsrückstellungen	–	–	34	5	5	5	4	40	93
Sonstige Rückstellungen	11	73	328	375	239	133	104	252	1.515
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	–	–	40	40	–	–	–	–	80
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	–	–	–	2	6	8	25	43	84
Sonstige Passiva	374	338	44	17	14	13	22	11	833
Nachrangkapital	89	20	222	704	707	86	403	2.127	4.358
Gesamt	45.740	51.375	10.920	6.741	4.343	5.470	5.736	24.801	155.126

Die Restlaufzeiten der derivativen Finanzinstrumente sind gesondert in einer Tabelle unter Notes 44 ausgewiesen.

Zum 31. Dezember 2012:

	Täglich fällig	Bis 3 Mo- nate	3 Mo- nate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 2 Jahre	2 Jahre bis 3 Jahre	3 Jahre bis 4 Jahre	4 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Summe
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Forderungen an Kreditinstitute ¹	4.547	13.501	5.648	486	106	920	821	1.617	27.646
Forderungen an Kunden	5.527	9.699	10.585	12.501	11.356	9.612	7.807	39.179	106.266
Handelsaktiva ¹	–	502	226	220	488	485	403	2.811	5.135
Hedging-Derivate ¹	–	113	3	4	–	–	153	292	565
Finanzanlagen	95	1.584	2.200	3.359	4.890	5.532	5.295	14.072	37.027
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	–	–	111	1	1	–	–	–	113
Latente Ertragsteueransprüche ¹	–	–	22	–	1	13	16	75	127
Sonstige Aktiva	125	121	41	36	30	31	33	302	719
Gesamt	10.294	25.520	18.836	16.607	16.872	16.593	14.528	58.348	177.598
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.566	3.474	2.255	791	1.434	743	1.796	5.275	17.334
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	40.854	52.757	10.356	4.101	2.250	2.145	3.423	15.846	131.732
Verbriefte Verbindlichkeiten	258	1.547	360	2.787	1.067	137	51	3.229	9.436
Handelspassiva ¹	–	720	378	319	310	572	484	3.170	5.953
Hedging-Derivate ¹	–	83	75	55	95	174	107	413	1.002
Rückstellungen	18	97	341	499	279	217	186	1.337	2.974
Pensionsrückstellungen ¹	–	21	44	103	82	82	81	1.117	1.530
Sonstige Rückstellungen ¹	18	76	297	396	197	135	105	220	1.444
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	–	–	96	19	–	–	–	–	115
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	–	–	19	31	8	8	51	20	137
Sonstige Passiva	340	170	161	8	7	5	8	22	721
Nachrangkapital	76	95	249	236	705	707	87	1.041	3.196
Gesamt	43.112	58.943	14.290	8.846	6.155	4.708	6.193	30.353	172.600

(51) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Deutsche Postbank AG zahlt gemäß § 16 Postpersonalrechtsgesetz einen jährlichen Beitrag für die Altersvorsorge ihrer Beamten an die Postbeamtenversorgungskasse, Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. (BPS-PT), in Höhe von 33 % der Bruttobezüge der aktiven Beamten und der fiktiven Bruttobezüge der ruhegehaltfähig beurlaubten Beamten. Darüber hinausgehende Verpflichtungen der Postbank für Leistungen der Postbeamtenversorgungskasse bestehen nicht.

Die Postbank trägt, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass ihre Tochtergesellschaften Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg, PB Factoring GmbH, Bonn, und BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln, ihre Verpflichtungen erfüllen können.

Aus der Abgabe der Patronatserklärungen gegenüber Gläubigern von Tochtergesellschaften der Deutschen Postbank AG resultieren im Wesentlichen Vorteile für die Tochtergesellschaften in Form verbesserter Geschäfts- und Finanzierungsbedingungen. Von diesen Vorteilen profitiert die Deutsche Postbank AG in Form eines positiven Einflusses auf den Unternehmenswert der Tochtergesellschaften. Diesen Vorteilen steht eine mögliche Inanspruchnahme durch den Gläubiger gegenüber.

Aus der Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, besteht, entsprechend gesellschaftsvertraglicher Regelungen, eine anteilige Nachschusspflicht von bis zu 5,4 Mio €. Darüber hinaus haftet die Deutsche Postbank AG anteilig für die Erfüllung der Nachschusspflicht der anderen dem Bundesverband deutscher Banken e.V. angehörenden Gesellschafter.

Nachschussverpflichtungen bestehen weiterhin gegenüber dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e.V. in der gemäß Statut festgelegten Höhe sowie gegenüber der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken auf Basis der Regelungen des für alle Einlagenkreditinstitute verbindlichen Einlagensicherungs- und Anlegerschädigungsgesetzes. Zudem besteht aus der Bankenabgabe ein Nacherhebungsbeitrag (gemäß § 3 Abs. 3 RStruktFV) aus dem Beitragsjahr 2013 in Höhe von 11,5 Mio €.

Außerdem sind die Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg Mitglied des Verbands zur Einlagensicherung, Luxemburg und die BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft Mitglied des Bausparkassen-Einlagensicherungsfonds e.V.

Die finanziellen Verpflichtungen aus operativen Leasinggeschäften der Postbank aus unkündbaren Leasingverträgen betreffen Grundstücke und Gebäude und stellen sich in ihrer Fälligkeitsstruktur wie folgt dar:

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
im 1. Jahr nach dem Bilanzstichtag	63	71
im 2. Jahr nach dem Bilanzstichtag	49	64
im 3. Jahr nach dem Bilanzstichtag	38	46
im 4. Jahr nach dem Bilanzstichtag	30	34
im 5. Jahr nach dem Bilanzstichtag	19	26
in mehr als 5 Jahren nach dem Bilanzstichtag	40	51
Gesamt	239	292

(52) Treuhandgeschäfte

Die Treuhandgeschäfte gliedern sich wie folgt:

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Treuhandvermögen		
Forderungen an Kreditinstitute	11	53
Forderungen an Kunden	619	704
	630	757
Treuhandverbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	630	757
	630	757

(53) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Durchschnittlicher Personalbestand im Konzern während des Berichtszeitraums:

	Gesamt 2013	Gesamt 2012
Vollzeitkräfte		
Beamte	5.131	5.498
Angestellte	11.417	11.450
	16.548	16.948
Teilzeitkräfte		
Beamte	1.209	1.265
Angestellte	4.314	4.130
	5.523	5.395
	22.071	22.343

Die Mitarbeiter werden fast ausschließlich im Inland beschäftigt.

(54) Beziehungen zu nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen

Unter Beziehungen zu strukturierten Unternehmen sind vertragliche und nichtvertragliche Geschäftsbeziehungen zu verstehen, die die Postbank schwankenden positiven und/oder negativen Renditen aus der Geschäftstätigkeit eines strukturierten Unternehmens aussetzen.

Ein strukturiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, bei dem – aufgrund der besonderen Ausgestaltung – die Stimmrechte oder vergleichbare Rechte nicht der dominierende Faktor für die Beurteilung der Beherrschung sind. Ein strukturiertes Unternehmen zeichnet sich oft durch nachfolgende charakterisierende Eigenschaften aus: beschränkte Aktivitäten, enger und genau definierter Unternehmenszweck, unzureichende Eigenkapitalausstattung und Finanzierung, die zur Konzentration von Kredit- oder anderen Risiken führt.

Gegenstand dieser Note sind strukturierte Unternehmen, die von der Postbank nicht beherrscht und somit nicht konsolidiert werden.

Die Postbank hat im Bereich der gewerblichen Immobilienfinanzierungen u. a. Kreditbeziehungen zu Immobilienobjektgesellschaften, deren Zweck Halten und Vermieten der gewerblichen Immobilien im Wesentlichen in Deutschland und Europa ist, und zu nationalen und internationalen Immobilienfonds (gewerbliche Immobilienfinanzierungen). Die Finanzierung der Immobilien erfolgt durch Eigen- und Fremdkapitalaufnahme. Bei den Immobilienobjektgesellschaften kommt in der Regel ein höherer Fremdkapitalanteil zum Einsatz.

Unter die Beziehungen mit strukturierten Unternehmen fallen ebenfalls die im Bestand des Konzerns befindlichen von strukturierten Unternehmen (z. B. Verbriefungsgesellschaften) emittierten Wertpapiere (Sonstige) und Fondszertifikate/-anteile (Fonds).

Als maximales Ausfallrisiko wird der höchstmögliche Verlust aus den Beziehungen zu den strukturierten Unternehmen, denen die Bank ausgesetzt sein könnte, gezeigt. Das maximale Ausfallrisiko bei den zu Anschaffungskosten bewerteten Transaktionen setzt sich zusammen aus dem Bilanzwert und dem Wert der außerbilanziellen Verpflichtungen der Bank, die mit Beziehungen zu strukturierten Unternehmen zusammenhängen. Die gebildete Risikovorsorge, die bereits als Verlust ergebniswirksam erfasst wurde, wird bei der Ermittlung des maximalen Ausfallrisikos berücksichtigt. Das maximale Ausfallrisiko wird ohne Berücksichtigung von erhaltenen Sicherheiten gezeigt.

Der Umfang der strukturierten Unternehmen wird in Abhängigkeit von deren Typ ermittelt:

- Gewerbliche Immobilienfinanzierungen: Vermögenswerte des strukturierten Unternehmens;
- Fonds: Wert des Nettovermögens;
- Sonstige: Nominalwerte der ausgegebenen Notes.

	Gewerbliche Immobilienfinan- zierungen	Fonds	Sonstige	Gesamt
	31.12.2013 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2013 Mio €
Aktiva				
Forderungen an Kunden	6.987	–	9	6.996
Finanzanlagen	6	123	621	750
Risikovorsorge	129	–	–	129
Maximales Ausfallrisiko	6.989	123	630	7.742
Forderungen an Kunden	6.987	–	9	6.996
Finanzanlagen	6	123	621	750
Risikovorsorge	129	–	–	129
Außerbilanzielle Verpflichtungen	125	–	–	125
Umfang der strukturierten Unternehmen	8.269	4.267	20.315	32.851

Die außerbilanziellen Verpflichtungen stellen vertragliche Verpflichtungen der Bank, eine finanzielle Unterstützung an die strukturierten Unternehmen zu leisten, dar. Die Bank hat in der Berichtsperiode finanzielle nicht vertraglich verpflichtende Unterstützung an die strukturierten Unternehmen weder erbracht noch hat sie vor, solche zu erbringen.

(55) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Neben den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen steht die Postbank unmittelbar und mittelbar in Ausübung der normalen Geschäftstätigkeit mit der Deutschen Bank AG, die die Postbank beherrscht, und der Deutschen Post AG, die bis zum 27. Februar 2012 einen maßgeblichen Einfluss auf die Postbank ausübt, sowie einer geringeren Anzahl von Tochtergesellschaften, assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, die nicht in den Postbank Konzernabschluss einbezogen werden, in Beziehung. Als sonstige nahestehende Unternehmen werden die Tochtergesellschaften der Deutschen Bank AG, die assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen der Postbank und der Deutschen Bank sowie deren Tochterunternehmen bezeichnet. Die vorhandenen wesentlichen Beziehungen zu diesen Gesellschaften werden ebenfalls unter den Beziehungen zu den sonstigen nahestehenden Unternehmen ausgewiesen. Als nahestehende Personen in Schlüsselpositionen werden die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG und der Deutschen Bank AG sowie deren nahe Familienangehörige definiert. Im Rahmen der Geschäftstätigkeit wurden sämtliche Lieferungs- und Leistungsbeziehungen, die mit diesen Unternehmen und Personen stattfanden, zu marktüblichen Bedingungen durchgeführt.

Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen

Sämtliche nahestehenden Unternehmen, die von der Deutschen Postbank AG beherrscht werden oder auf die vom Konzern ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann, sind in der Anteilsbesitzliste (Note 60) verzeichnet.

176

Zu Geschäftsvorfällen mit nahestehenden Unternehmen gehört auch die Teilnahme der Deutschen Postbank AG an einem beitragsorientierten Versorgungsplan, dessen Aufwendungen im Wesentlichen Zahlungen an den Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. in Höhe von 97 Mio € (Vorjahr: 105 Mio €) betragen. Weitere Angaben zum Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. finden sich unter Note 4 (n) „Rückstellungen“.

112

Am 27. Februar 2012 hat die Deutsche Post die restlichen Postbank Aktien an die Deutsche Bank übertragen. Infolgedessen besteht seitens der Deutschen Post kein maßgeblicher Einfluss gemäß IAS 28 auf die Postbank mehr. Die Deutsche Post AG sowie ihre Tochtergesellschaften und Gemeinschaftsunternehmen sind seit diesem Zeitpunkt keine nahestehenden Unternehmen der Postbank gemäß IAS 24.

Die erfolgswirksamen Beziehungen zum Post Konzern für den Zeitraum vom 1. Januar bis 27. Februar 2012 sind in der Tabelle „Erträge und Aufwendungen mit nahestehenden Unternehmen“ als Beziehungen zu „Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss“ (Deutsche Post AG) und zu „Sonstigen nahestehende Unternehmen“ (Tochtergesellschaften und Gemeinschaftsunternehmen der Deutschen Post) dargestellt.

Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag

Seit Anfang des Jahres 2012 besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der Deutschen Postbank AG als abhängigem Unternehmen und der DB Finanz-Holding GmbH, Frankfurt am Main (einer 100 %igen Tochtergesellschaft der Deutschen Bank AG), als herrschendem Unternehmen.

Forderungen an nahestehende Unternehmen

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute		
Deutsche Bank AG	1.349	985
Sonstige nahestehende Unternehmen	6	9
	1.355	994
Forderungen an Kunden		
Tochtergesellschaften	4	4
Sonstige nahestehende Unternehmen	51	55
	55	59

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Handelsaktiva		
Deutsche Bank AG	29	146
	29	146
Hedging-Derivate		
Deutsche Bank AG	63	72
	63	72

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Finanzanlagen		
Deutsche Bank AG	949	-
	949	-

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Sonstige Aktiva		
Deutsche Bank AG	9	68
Sonstige nahestehende Unternehmen	5	9
	14	77

Bei den Forderungen an Kreditinstitute gegenüber der Deutschen Bank AG handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen aus Geldmarktgeschäften.

Die Entwicklung der Handelsaktiva und der Handelspassiva basiert im Wesentlichen auf der gemäß der Verordnung 648/2012 der European Market Infrastructure Regulation (EMIR) vorgenommenen Übertragung der OTC-Derivate auf einen Central Counterparty (CCP).

Bei den Finanzanlagen handelt es sich um Anleihen der Deutschen Bank AG, die während der Berichtsperiode erworben wurden.

Im Geschäftsjahr hat die Postbank Vermögenswerte an die Deutsche Bank AG veräußert. Daraus entstand ein Gesamtergebnis in Höhe von 25 Mio €.

Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
Deutsche Bank AG	7.239	6.725
	7.239	6.725
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Tochtergesellschaften	12	10
Sonstige nahestehende Unternehmen	3	6
	15	16
Handelspassiva		
Deutsche Bank AG	206	258
Sonstige nahestehende Unternehmen	5	0
	211	258
Hedging-Derivate		
Deutsche Bank AG	25	17
	25	17
Sonstige Passiva		
Deutsche Bank AG	88	48
DB Finanz-Holding GmbH	151	0
Sonstige nahestehende Unternehmen	1	2
	240	50
Nachrangkapital		
Sonstige nahestehende Unternehmen	1.620	–
	1.620	–

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber der Deutschen Bank AG handelt es sich im Wesentlichen um Wertpapierpensionsgeschäfte.

Bei den sonstigen Passiva gegenüber der DB Finanz-Holding GmbH handelt es sich um die Effekte aus dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag, die in den Gewinnrücklagen erfasst wurden.

Bei dem Nachrangkapital handelt es sich um die im Rahmen der Trust-Emissionen von der Deutschen Postbank AG ursprünglich begebenen Schuldverschreibungen, die von den Deutschen Postbank Funding LLC I bis IV erworben wurden und seit deren Entkonsolidierung im Jahr 2013 nicht mehr eliminiert werden. Die aus den Schuldverschreibungen entstandenen Zinsaufwendungen sind unter den Zinsaufwendungen gegenüber sonstigen Unternehmen ausgewiesen (siehe Tabelle „Erträge und Aufwendungen mit nahestehenden Unternehmen“). Mit der Veräußerung des Stammkapitals der Deutsche Postbank Funding LLC I bis IV und Deutsche Postbank Funding Trust I bis IV mit Wirkung zum 1. Januar 2013 an die Deutsche Bank AG und deren anschließender Entkonsolidierung sind die Beziehungen zu diesen Gesellschaften erstmals im Anhang darzustellen. Zu den Effekten aus der Veräußerung siehe Note 2.

163

104

Die Postbank hat nachrangige Patronatserklärungen im Rahmen der Begebung nachrangiger Anleihen durch die Deutsche Postbank Funding LLC I, II, III und IV, alle Delaware, USA, abgegeben.

Gegenüber der Deutschen Bank AG bestehen zum Stichtag Eventualverbindlichkeiten aus Gewährleistungsverpflichtungen in Höhe von 36 Mio € (31. Dezember 2012: 49 Mio €).

Die Deutsche Postbank AG hat für die PB Capital Corporation, Delaware, USA, Garantierklärungen in Höhe von 5 Mio € abgegeben. Die Deutsche Bank AG hat sich – im Rahmen des Erwerbs aller Gesellschaftsanteile an der PB (USA) Holdings, Inc., Delaware, USA, mit Wirkung zum 1. Januar 2013 – verpflichtet, die Postbank im Innenverhältnis von allen etwaigen bisherigen und künftigen Verpflichtungen aus den vorgenannten Garantien freizustellen.

Infolge der Veräußerung aller Gesellschaftsanteile an der PB (USA) Holdings, Inc., Delaware, USA, mit Wirkung zum 1. Januar 2013 wurde die Patronatserklärung bezüglich der PB Capital Corporation mit Wirkung ab dem 1. Mai 2013 hinsichtlich neu begründeter Verbindlichkeiten gekündigt. Die Deutsche Bank AG hat sich – im Rahmen des Erwerbs aller Gesellschaftsanteile an der PB (USA) Holdings, Inc., Delaware, USA, zum Beginn des 1. Januar 2013 – verpflichtet, die Postbank im Innenverhältnis von allen etwaigen bisherigen und künftigen Verpflichtungen aus der Patronatserklärung bezüglich der PB Capital Corporation freizustellen. Zu den Effekten aus der Veräußerung der PB (USA) Holdings, Inc. siehe Note 2.

104

Erträge und Aufwendungen mit nahestehenden Unternehmen

	2013 Mio €	2012 Mio €
Zinserträge		
Deutsche Bank AG	25	20
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	–	1
Tochtergesellschaften	0	2
Sonstige nahestehende Unternehmen	8	2
	33	25
Zinsaufwendungen		
Deutsche Bank AG	8	18
Sonstige nahestehende Unternehmen	66	2
	74	20
Provisionserträge		
Deutsche Bank AG	39	39
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	–	68
Sonstige nahestehende Unternehmen	23	19
	62	126
Provisionsaufwendungen		
Deutsche Bank AG	2	1
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	–	1
Tochtergesellschaften	–	2
Sonstige nahestehende Unternehmen	2	9
	4	13
Handelsergebnis		
Deutsche Bank AG	–12	24
	–12	24
Verwaltungsaufwand		
Deutsche Bank AG	8	–2
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	–	48
Tochtergesellschaften	15	16
Sonstige nahestehende Unternehmen	22	35
	45	97
Sonstige Erträge		
Deutsche Bank AG	15	5
Tochtergesellschaften	2	3
Sonstige nahestehende Unternehmen	16	16
	33	24
Sonstige Aufwendungen		
Tochtergesellschaften	0	1
	0	1

Bei den Provisionserträgen von Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss im Jahr 2012 handelt es sich im Wesentlichen um die Vergütungen der Deutschen Post AG für die in den Filialen der Postbank erbrachten Postdienstleistungen.

Die Entwicklung des Handelsergebnisses basiert im Wesentlichen auf der gemäß der Verordnung 648/2012 der European Market Infrastructure Regulation (EMIR) vorgenommenen Übertragung der OTC-Derivate auf einen Central Counterparty (CCP) und auf der negativen Kursentwicklung von den derivativen Finanzinstrumenten.

Die Verwaltungsaufwendungen gegenüber Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss im Jahr 2012 entfallen insbesondere auf die Vergütungen an die Deutsche Post AG für die in deren Filialen erbrachten Finanzdienstleistungen und den Portoaufwand.

Zum Bilanzstichtag hat die Postbank Kredite an Personen in Schlüsselpositionen in Höhe von 583 T€ (Vorjahr: 3.685 T€) gewährt und Einlagen in Höhe von 1.138 T€ (Vorjahr: 7.321 T€) von Personen in Schlüsselpositionen erhalten.

Vergütung des Vorstands**Struktur der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2013**

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung sowie die wesentlichen Elemente der Vorstandsverträge werden vom Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG festgelegt und regelmäßig überprüft.

Die Systematik des Vorstandsvergütungssystems wurde im Berichtsjahr nicht angepasst.

Für 2014 hat der Aufsichtsrat eine Überprüfung und gegebenenfalls eine Anpassung des Vergütungssystems, insbesondere im Hinblick auf die Zurückbehaltungssystematik, beschlossen.

Auf Vorschlag des Präsidialausschusses beschließt der Aufsichtsrat über die Angemessenheit der Vergütung der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG unter Berücksichtigung des Ergebnisses, der Branche und der Zukunftsaussichten.

Maßgebliches Kriterium für die Ausgestaltung der Struktur und Höhe der Vorstandsvergütung ist neben den Aspekten Angemessenheit und Nachhaltigkeit auch das Ziel, Anreize für das Eingehen unverhältnismäßig hoher Risiken zu vermeiden. Daher ist eine Obergrenze für das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung festgelegt. Ferner orientiert sich die Festlegung der Vergütungshöhe für die Mitglieder des Vorstands an der Größe und der Tätigkeit des Unternehmens, seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage sowie an den Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds. Die Vergütung ist so bemessen, dass sie im nationalen und im internationalen Vergleich angemessen und wettbewerbsfähig ist und damit einen Anreiz für eine engagierte und erfolgreiche Arbeit bietet. Die Vergütungshöhe ist leistungsorientiert und so ausgestaltet, dass die Vorstandsmitglieder motiviert sind, die in den Strategien der Bank niedergelegten Ziele zu erreichen und somit zur nachhaltigen Unternehmensentwicklung beizutragen. Ferner hat der Aufsichtsrat bei der Bemessung der Vergütungshöhe im Rahmen des vertikalen Vergütungsvergleichs die Vergütung von zwei Führungsebenen unterhalb des Vorstands berücksichtigt.

Die Gesamtvergütung besteht aus erfolgsunabhängigen und erfolgsabhängigen Komponenten.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind die Grundvergütung (Fixum) und Nebenleistungen. Die Grundvergütung wird in zwölf gleichen Teilen monatlich als Gehalt bar ausgezahlt. Die Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus Firmwagenutzung, Reisekostenentschädigung sowie Zuschüssen zu Versicherungen. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe variiert im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation.

Erfolgsabhängige Komponente ist die variable Vergütung. Die variable Vergütung der Vorstandsmitglieder wird auf der Grundlage quantitativer und qualitativer Zielsetzungen mit Konzern-, Ressort- und Individualzielen auf der Basis von z.B. Ergebnisgrößen ermittelt. Diese Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres (Basisjahr) zu treffenden Zielvereinbarung. Die Höhe der variablen Vergütung richtet sich nach dem Erreichen darin festgelegter Zielwerte. Die maximale variable Vergütung ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt.

Die variable Vergütung ist aufgeteilt in eine Kurzfristkomponente (Anteil 40 %) und eine Langfristkomponente (Anteil 60 %). Sie wird, auch wenn die vereinbarten Ziele erreicht wurden, nicht vollständig bar ausgezahlt.

Die Kurzfristkomponente wird zur Hälfte in bar unmittelbar im Folgejahr – nach Feststellung der Zielerreichung – ausgezahlt (Kurzfristkomponente I). Die zweite Hälfte der Kurzfristkomponente (Kurzfristkomponente II) wird in virtuelle Aktien (Phantom Shares) der Deutschen Bank AG umgewandelt. Hierfür wird der Eurobetrag der Kurzfristkomponente II durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Aktie der Deutschen Bank AG der letzten zehn Handelstage dividiert, die vor dem Tag liegen, an dem der Aufsichtsrat die Zielerreichung festgestellt hat bzw. die Sperrfrist endet. Nach Ablauf einer einjährigen Sperrfrist werden die Phantom Shares auf aktueller Kursbasis zurückgewandelt und ausgezahlt. Den Phantom Shares werden während der Sperrfrist Dividendenäquivalente, die der tatsächlich ausgeschütteten Dividende entsprechen, gutgeschrieben.

Die Langfristkomponente steht insgesamt unter dem Vorbehalt eines nachhaltigen Erfolgs der Postbank Gruppe, der nach Maßgabe des Erreichens eines Nachhaltigkeitskriteriums während des sich anschließenden dreijährigen Bemessungszeitraums (drei Kalenderjahre nach dem Basisjahr) festgestellt wird. Im unmittelbar auf das zu vergütende Geschäftsjahr folgenden Jahr wird das Erreichen der für das zu vergütende Jahr festgelegten Ziele vom Aufsichtsrat überprüft und festgestellt sowie das Nachhaltigkeitskriterium für den Bemessungszeitraum festgesetzt. Dieses ist definiert als das sogenannte adjustierte Ergebnis nach Kapitalkosten (AEK). Der nachhaltige Konzernernfolg und das Nachhaltigkeitskriterium sind erreicht, wenn der Wert des AEK gleich oder besser oder – am Ende der Nachhaltigkeitsphase – durchschnittlich kumuliert besser als der Wert des AEK im Basisjahr ist.

Die Langfristkomponente wird – der dreijährigen Nachhaltigkeitsphase entsprechend – in drei jeweils gleiche Tranchen aufgeteilt, die wiederum jeweils zur Hälfte zur Barauszahlung vorgesehen (Langfristkomponente I) bzw. in Phantom Shares (Langfristkomponente II) umgewandelt

werden. Die Umwandlungen und Wertermittlungen der Phantom Shares erfolgen nach den oben beschriebenen Verfahren.

Wird zum Ablauf eines jeden Jahres des dreijährigen Bemessungszeitraums die Erfüllung des Nachhaltigkeitskriteriums durch den Aufsichtsrat festgestellt, erfolgt unmittelbar anschließend die Auszahlung der anteiligen Barkomponente (Langfristkomponente I) sowie die Umwandlung des anteiligen Betrags in Phantom Shares (Langfristkomponente II).

Wird in einem Jahr des Bemessungszeitraums das Nachhaltigkeitskriterium nicht erfüllt, wird die Auszahlung der entsprechenden Tranchen der Langfristkomponente in das folgende Jahr zur erneuten Überprüfung anhand des Nachhaltigkeitskriteriums aufgeschoben. Ist das Nachhaltigkeitskriterium am Ende des Bemessungszeitraums nicht erreicht, entfällt die Auszahlung auch aller aufgeschobenen Langfristkomponenten ersatzlos. Damit nimmt die Vorstandsvergütung während des gesamten Bemessungszeitraums an etwaigen negativen Unternehmensentwicklungen teil (sogenanntes Malus-System). In Form eines zusätzlichen Malus-Systems kann die Auszahlung von noch nicht ausgezahlten Komponenten auf Basis der Gesamtleistung des einzelnen Vorstandsmitglieds während des Bemessungszeitraums rückwirkend gesenkt oder ganz aufgehoben werden. Den Vorstandsmitgliedern ist es nicht gestattet, die Risikoorientierung von aufgeschobenen Vergütungskomponenten mit Absicherungsgeschäften oder anderen Gegenmaßnahmen einzuschränken oder aufzuheben.

Der Aufsichtsrat kann bei außerordentlichen Leistungen eine angemessene Sondervergütung beschließen. Deren Höhe ist implizit begrenzt durch die vom Aufsichtsrat festgelegte Obergrenze für das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung.

Entsprechend der Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex, wird bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit, die nicht durch einen wichtigen Grund veranlasst ist, die Deutsche Postbank AG nicht mehr als die restliche Vertragslaufzeit vergüten und die Zahlung auf maximal zwei Grundvergütungen zuzüglich maximal 40 % des zweifachen Wertes der maximalen variablen Vergütung (Abfindungs-Cap) begrenzen.

Bei vorzeitiger Beendigung von Vorstandsverträgen durch dauernde Dienstunfähigkeit oder Tod wird die Vergütung pro rata temporis bis zum Ende der vereinbarten Vertragslaufzeit, maximal für sechs Monate, fortgezahlt.

Höhe der feststehenden und der potenziellen Vergütung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2013

Die fünf im Geschäftsjahr 2013 aktiven Mitglieder des Vorstands können für den Berichtszeitraum insgesamt Bezüge in Höhe von 6.318,5 T€ (Vorjahr: 10.275,9 T€) erhalten (ohne Berücksichtigung von Aktienkurschwankungen der Phantom Shares). Die genaue Höhe ist abhängig vom zukünftigen Erreichen der Nachhaltigkeitsziele für die aufgeschobenen Komponenten. Von diesem Gesamtbetrag entfallen insgesamt 3.247,1 T€ auf erfolgsunabhängige Komponenten (Vorjahr: 5.626,6 T€) und insgesamt 3.071,4 T€ auf erfolgsabhängige Komponenten (Vorjahr: 4.649,3 T€). Von der erfolgsabhängigen Vergütung entfallen 614,3 T€ auf nicht aufgeschobene erfolgsabhängige Komponenten (Vorjahr: 929,9 T€) und 614,3 T€ auf für ein Jahr gesperrte erfolgsab-

hängige Komponenten (Vorjahr: 929,9 T€). Die mit langfristiger Anreizwirkung versehene, aufgeschobene erfolgsabhängige Komponente umfasst für das Geschäftsjahr 2013 insgesamt 1.842,8 T€ (Vorjahr: 2.789,5 T€). Die Auszahlungen der in Phantom Shares umgewandelten und gesperrten Komponenten erfolgen für die Kurzfristkomponente im Geschäftsjahr 2015 und für die Langfristkomponenten nur bei Erreichen der Nachhaltigkeitskriterien in den Geschäftsjahren 2016 bis 2018, andernfalls entfallen die Langfristkomponenten teilweise oder vollständig.

In der erfolgsunabhängigen Komponente sind „sonstige Bezüge“ im Wert von insgesamt 109,1 T€ (Vorjahr: 187,6 T€) enthalten. Diese Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus Firmenwagennutzung, Reisekostenentschädigung sowie Zuschüssen zu Versicherungen. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe variiert im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation.

Die angegebene Vergütung umfasst alle Tätigkeiten der Vorstandsmitglieder innerhalb der Postbank Gruppe.

Die Deutsche Postbank AG hat derzeit kein gesondertes aktienbasiertes Vergütungsprogramm aufgelegt. Aktienkursbasierte Vergütungskomponenten bestehen im Rahmen des Konzepts der Nachhaltigkeit, wie oben beschrieben (Phantom Shares).

Vorstandsvergütung 2013

	Erfolgsunabhängige Vergütung		Erfolgsabhängige Vergütung	Gesamtsumme Auszahlungen	Erfolgsabhängige Vergütung		Zwischen-summe	Gesamtsumme
	Fixum T€	Nebenleistungen T€	Kurzfristkomponente I		Umwandlung in Phantom Shares und gesperrt ²	Mögliche Langfristkomponente		
			Unmittelbare Barauszahlung T€					
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Frank Strauß (Vorstandsvorsitzender)	750,0	22,7	150,0	922,7	150,0	450,0	600,0	1.522,7
Marc Heß ⁹	528,0	27,0	106,0	661,0	106,0	318,0	424,0	1.085,0
Hans-Peter Schmid	600,0	22,2	110,3	732,5	110,3	330,8	441,1	1.173,6
Ralf Stemmer	660,0	15,6	127,0	802,6	127,0	381,0	508,0	1.310,6
Hanns-Peter Storr	600,0	21,6	121,0	742,6	121,0	363,0	484,0	1.226,6
Gesamt	3.138,0	109,1	614,3	3.861,4	614,3	1.842,8	2.457,1	6.318,5

¹Für die Zielwerte der Basisjahre 2010 bis 2012 ergibt sich keine rückwirkende Senkung aufgrund individueller Malus-Regelungen.

²Die Kurzfristkomponente II wird in virtuelle Aktien der Deutschen Bank AG (Phantom Shares) umgewandelt. Hierfür wird der Eurobetrag durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Aktie der Deutschen Bank AG vom 10. bis 21. März 2014 dividiert. Nach Ablauf der einjährigen Sperrfrist am 24. März 2015 werden die Phantom Shares mit dem dann aktuellen Durchschnitt der Aktienkurse vom 11. bis 24. März 2015 in den Eurobetrag umgerechnet und unmittelbar ausgezahlt. Im Geschäftsjahr 2013 wurde für die am Tag der Hauptversammlung der Deutschen Bank AG, dem 23. Mai 2013, gesperrten Phantom Shares ein Dividendenäquivalent auf der Basis der für die Deutsche Bank Aktie ausgeschütteten Dividende in Höhe von 0,75 € berechnet. Die Stückzahl der Phantom Shares der Kurzfristkomponente II 2012, der Langfristkomponente II 2011, 1. Tranche, sowie der Langfristkomponente II 2010, 2. Tranche, wurde entsprechend erhöht. Die Rückumwandlung dieser Komponenten in den Eurobetrag und dessen Auszahlung erfolgen nach Ablauf der Sperrfrist im Geschäftsjahr 2014.

³Die Langfristkomponente wird in drei gleich große Tranchen aufgeteilt. Diese bestehen jeweils zur Hälfte aus einer Barkomponente. Die zweite Hälfte wird mit dem Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Aktie der Deutschen Bank AG von zehn Handelstagen, die vor dem Tag liegen, an dem der Aufsichtsrat das Erreichen des Nachhaltigkeitskriteriums festgestellt hat, in Phantom Shares umgewandelt, ein Jahr gesperrt und mit dem dann aktuellen Durchschnitts-Aktienkurs in den Eurobetrag umgerechnet und ausgezahlt. Nur wenn die jeweiligen Nachhaltigkeitskriterien erfüllt sind, werden die Tranchen 2015, 2016 und 2017 ausgezahlt bzw. in Phantom Shares umgewandelt und gesperrt. Andernfalls wird die jeweilige Tranche ins folgende Jahr verschoben und erneut bewertet. Sofern im letzten Jahr der Nachhaltigkeitsphase das Nachhaltigkeitskriterium nicht erfüllt ist, entfällt die Langfristkomponente ersatzlos, andernfalls werden auch diejenigen Anteile ausgezahlt, die verschoben wurden.

⁴Die Langfristkomponente II der ersten Tranche für das Geschäftsjahr 2010 wurde in virtuelle Aktien der Deutschen Bank AG (Phantom Shares) umgewandelt und ein Jahr gesperrt. Nach Ablauf der einjährigen Sperrfrist am 19. März 2013 wurde die Stückzahl der Phantom Shares mit 33,85 €, dem Durchschnitt der Aktienkurse vom 6. bis 19. März 2013, multipliziert und in der dargestellten Höhe ausgezahlt.

⁵Da das Nachhaltigkeitskriterium erfüllt ist, wird die dritte Tranche der Langfristkomponente für 2010 zur Hälfte in bar im Jahr 2014 in der dargestellten Höhe ausgezahlt. Die zweite Hälfte wird in virtuelle Aktien der Deutschen Bank AG (Phantom Shares) umgewandelt. Hierfür wird der Eurobetrag durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Aktie der Deutschen Bank AG vom 10. bis 21. März 2014 dividiert. Nach Ablauf der einjährigen Sperrfrist am 24. März 2015 werden die Phantom Shares mit dem dann aktuellen Durchschnitt der Aktienkurse vom 11. bis 24. März 2015 in den Eurobetrag umgerechnet und unmittelbar ausgezahlt.

⁶Die Kurzfristkomponente II für das Geschäftsjahr 2011 wurde in virtuelle Aktien der Deutschen Bank AG (Phantom Shares) umgewandelt und ein Jahr gesperrt. Nach Ablauf der einjährigen Sperrfrist am 19. März 2013 wurde die Stückzahl der Phantom Shares mit 33,85 €, dem Durchschnitt der Aktienkurse vom 6. bis 19. März 2013, multipliziert und in der dargestellten Höhe ausgezahlt.

⁷Da das Nachhaltigkeitskriterium erfüllt ist, wird die zweite Tranche der Langfristkomponente für 2011 zur Hälfte in bar im Jahr 2014 in der dargestellten Höhe ausgezahlt. Die zweite Hälfte wird wie in Fußnote 5 dargestellt behandelt.

⁸Da das Nachhaltigkeitskriterium erfüllt ist, wird die erste Tranche der Langfristkomponente für 2012 zur Hälfte in bar im Jahr 2014 in der dargestellten Höhe ausgezahlt. Die zweite Hälfte wird wie in Fußnote 5 dargestellt behandelt.

⁹Aufgrund der Tätigkeit als Chief Financial Officer (CFO) für den gesamten Geschäftsbereich Private and Business Clients (PBC) im Deutsche Bank Konzern wurden das Fixum sowie die variable Vergütung von Herrn Heß seit dem 1. Juli 2012 um 20% gesenkt.

¹⁰Die Kurz- und Langfristkomponenten II für Herrn Jütte werden weiterhin in virtuelle Aktien der Deutschen Postbank AG (Phantom Shares) umgewandelt.

Auszahlungen für Vorjahre ¹					
	Langfrist- komponente II 2010, 1. Tranche	Langfrist- komponente I 2010, 3. Tranche	Kurzfrist- komponente II 2011	Langfrist- komponente I 2011, 2. Tranche	Langfrist- komponente I 2012, 1. Tranche
	Auszahlung Phantom Shares im Jahr 2013 ⁴ T€	Barauszahlung im Jahr 2014 ⁵ T€	Auszahlung Phantom Shares im Jahr 2013 ⁶ T€	Barauszahlung im Jahr 2014 ⁷ T€	Barauszahlung im Jahr 2014 ⁸ T€
Frank Strauß (Vorstandsvorsitzender)	0,0	0,0	59,4	26,5	61,7
Marc Heß ⁹	83,0	70,0	121,0	54,0	52,0
Hans-Peter Schmid	83,0	70,0	106,4	47,5	49,9
Ralf Stemmer	83,0	70,0	112,0	50,0	54,9
Hanns-Peter Storr	0,0	0,0	93,4	41,7	52,5
Gesamt	249,0	210,0	492,2	219,7	271,0

Vorstandsvergütung ehemaliger Vorstandsmitglieder 2013

Auszahlungen für Vorjahre ¹					
	Langfrist- komponente II 2010, 1. Tranche	Langfrist- komponente I 2010, 3. Tranche	Kurzfrist- komponente II 2011	Langfrist- komponente I 2011, 2. Tranche	Langfrist- komponente I 2012, 1. Tranche
	Auszahlung Phantom Shares im Jahr 2013 ⁴ T€	Barauszahlung im Jahr 2014 ⁵ T€	Auszahlung Phantom Shares im Jahr 2013 ⁶ T€	Barauszahlung im Jahr 2014 ⁷ T€	Barauszahlung im Jahr 2014 ⁸ T€
Stefan Jütte (Vorstandsvorsitzender bis 30. Juni 2012) ¹⁰	102,8	89,9	143,0	62,5	32,9
Dr. Mario Daberkow	83,0	70,0	99,7	44,5	52,0
Horst Küpker	94,9	80,0	112,0	50,0	57,2
Dr. Michael Meyer	83,0	70,0	99,7	44,5	52,0
Gesamt	363,7	309,9	454,4	201,5	194,1
Gesamt Aktive und Ausgeschiedene	612,7	519,9	946,6	421,2	465,1

Vorstandsvergütung 2012

	Erfolgs-unabhängige Vergütung		Erfolgs-abhängige Vergütung	Gesamt-summe Auszahlungen	Erfolgsabhängige Vergütung		Zwischen-summe	Gesamt-summe
	Fixum T€	Neben-leistungen T€	Kurzfrist-komponente I		Umwand-lung in Phantom Shares und gesperrt ¹ T€	Mögliche Langfrist-Komponenten Aufge-schoben ² T€		
			Unmittel-bare Bar-auszahlung T€	T€			T€	
Frank Strauß (Vorstandsvorsitzender seit 1. Juli 2012)	675,0	18,2	123,4	816,6	123,4	370,1	493,5	1.310,1
Stefan Jütte (Vorstandsvorsitzender bis 30. Juni 2012)	450,0	12,7	65,7	528,4	65,7	197,2	262,9	791,3
Dr. Mario Daberkow	600,0	22,8	104,0	726,8	104,0	311,9	415,9	1.142,7
Marc Heß ⁶	594,0	24,2	104,0	722,2	104,0	311,9	415,9	1.138,1
Horst Kúpker	660,0	23,8	114,3	798,1	114,3	343,0	457,3	1.255,4
Dr. Michael Meyer	600,0	32,2	104,0	736,2	104,0	311,9	415,9	1.152,1
Hans-Peter Schmid	600,0	21,6	99,8	721,4	99,8	299,3	399,1	1.120,5
Ralf Stemmer	660,0	14,6	109,7	784,3	109,7	329,2	438,9	1.223,2
Hanns-Peter Storr	600,0	17,5	105,0	722,5	105,0	315,0	420,0	1.142,5
Gesamt	5.439,0	187,6	929,9	6.556,5	929,9	2.789,5	3.719,4	10.275,9

	Auszahlungen für Vorjahre		
	Kurzfrist-komponente II 2010	Langfrist-komponente I 2010, 2. Tranche	Langfrist-komponente I 2011, 1. Tranche
	Auszahlung Phantom Shares im Jahr 2012 ³ T€	Barauszahlung im Jahr 2013 ⁴ T€	Barauszahlung im Jahr 2013 ⁵ T€
Frank Strauß (Vorstandsvorsitzender seit 1. Juli 2012)	0,0	0,0	26,5
Stefan Jütte (Vorstandsvorsitzender bis 30. Juni 2012)	250,6	89,9	62,5
Dr. Mario Daberkow	195,1	70,0	44,5
Marc Heß ⁶	195,1	70,0	54,0
Horst Kúpker	222,9	80,0	50,0
Dr. Michael Meyer	195,1	70,0	44,5
Hans-Peter Schmid	195,1	70,0	47,5
Ralf Stemmer	195,1	70,0	50,0
Hanns-Peter Storr	0,0	0,0	41,7
Gesamt	1.449,0	519,9	421,2

¹Die Kurzfristkomponente II wurde in virtuelle Aktien der Deutschen Bank AG (Phantom Shares) umgewandelt. Hierfür wurde der Eurobetrag durch 33,57 €, den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Aktie der Deutschen Bank AG vom 8. bis 21. März 2013, dividiert. Nach Ablauf der einjährigen Sperrfrist am 22. März 2014 werden die Phantom Shares mit dem dann aktuellen Durchschnitt der Aktienkurse vom 10. bis 21. März 2014 in den Eurobetrag umgerechnet und unmittelbar ausgezahlt. Bis zum Ende des Geschäftsjahres 2012 wurden keine Dividenden gezahlt.

²Die Langfristkomponente wird in drei gleich große Tranchen aufgeteilt. Diese bestehen jeweils zur Hälfte aus einer Barkomponente. Die zweite Hälfte wird mit dem Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Aktie der Deutschen Bank AG von zehn Handelstagen, die vor dem Tag liegen, an dem der Aufsichtsrat das Erreichen des Nachhaltigkeitskriteriums festgestellt hat, in Phantom Shares umgewandelt, ein Jahr gesperrt und mit dem dann aktuellen Durchschnitts-Aktienkurs in den Eurobetrag umgerechnet und ausgezahlt. Nur wenn die jeweiligen Nachhaltigkeitskriterien erfüllt sind, werden die Tranchen 2014, 2015 und 2016 ausgezahlt bzw. in Phantom Shares umgewandelt und gesperrt. Andernfalls wird die jeweilige Tranche ins folgende Jahr verschoben und erneut bewertet. Sofern im letzten Jahr der Nachhaltigkeitsphase das Nachhaltigkeitskriterium nicht erfüllt ist, entfällt die Langfristkomponente ersatzlos, andernfalls werden auch diejenigen Anteile ausgezahlt, die verschoben wurden.

³Die Kurzfristkomponente II für das Geschäftsjahr 2010 wurde mit dem Kurswert von 21 € in virtuelle Aktien der Deutschen Postbank AG (Phantom Shares) umgewandelt und ein Jahr gesperrt. Die Stückzahl der Phantom Shares wurde mit 29,26 €, dem Xetra-Schlusskurs der Aktie der Deutschen Postbank AG vom 15. März 2012, multipliziert und in der dargestellten Höhe ausgezahlt.

⁴Da das Nachhaltigkeitskriterium erfüllt wurde, wurde die zweite Tranche der Langfristkomponente für 2010 zur Hälfte in bar im Jahr 2013 in der dargestellten Höhe ausgezahlt. Die zweite Hälfte wurde in virtuelle Aktien der Deutschen Bank AG (Phantom Shares) umgewandelt. Hierfür wurde der Eurobetrag durch 33,57 €, den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Aktie der Deutschen Bank AG vom 8. bis 21. März 2013, dividiert. Nach Ablauf der einjährigen Sperrfrist am 22. März 2014 werden die Phantom Shares mit dem dann aktuellen Durchschnitt der Aktienkurse vom 10. bis 21. März 2014 in den Eurobetrag umgerechnet und unmittelbar ausgezahlt.

⁵Da das Nachhaltigkeitskriterium erfüllt wurde, wurde die erste Tranche der Langfristkomponente für 2011 zur Hälfte in bar im Jahr 2013 in der dargestellten Höhe ausgezahlt. Die zweite Hälfte wurde wie in Fußnote 4 dargestellt behandelt.

⁶Aufgrund der Tätigkeit als Chief Financial Officer (CFO) für den gesamten Geschäftsbereich Private and Business Clients (PBC) im Deutsche Bank Konzern wurden das Fixum sowie die variable Vergütung von Herrn Heß seit dem 1. Juli 2012 um 20% gesenkt.

Versorgungszusagen

Die Mitglieder des Vorstands verfügen über einzelvertragliche unmittelbare Pensionszusagen. Aufgrund der unterschiedlichen beruflichen Historie der einzelnen Vorstandsmitglieder sind die Versorgungszusagen in den Detailregelungen teilweise unterschiedlich ausgestaltet.

Vorgesehen sind Versorgungsleistungen, wenn das Vorstandsmitglied wegen Invalidität, Tod oder altersbedingt aus dem Dienst ausscheidet. Leistungen wegen Alters werden in der Regel ab Vollendung des 62. Lebensjahres gewährt.

Nach den bis zum 28. Februar 2007 geltenden Standard-Versorgungszusagen entstehen Ruhegehaltsansprüche grundsätzlich nach einer Amtszeit von mindestens fünf Jahren. Ausnahmen vom Erfordernis dieser Mindestamtszeit bestehen teilweise bei Invalidität.

Die Höhe der Pensionen hängt von der Dauer der Dienstzeit und der Höhe der versorgungsfähigen Bezüge ab. Versorgungsfähiges Einkommen ist nur das Fixum (Grundgehalt). Für die Vorstandsmitglieder Schmid und Stemmer ist eine Obergrenze für das versorgungsfähige Grundgehalt festgelegt. Grundsätzlich ist nach Ablauf von fünf Jahren Dienstzeit als Vorstand ein Versorgungsgrad von 50 % erreicht. Der Steigerungsbetrag beträgt regelmäßig 2 % pro rentenfähigem Dienstjahr. Der maximale Versorgungsgrad (60 %) ist in der Regel nach zehn Dienstjahren erreicht.

Die Versorgungszusagen enthalten zusätzlich Regelungen über die Zahlung von Übergangsgeld bei Ausscheiden wegen Erreichens der Altersgrenze bzw. wegen Invalidität. Die Bezugsdauer beträgt zwei Jahre.

Für den Fall der Beendigung des Vorstandsvertrags durch die Deutsche Postbank AG vor Ablauf der planmäßigen Vertragszeit ist in den Fällen der Herren Schmid und Stemmer vorgesehen, dass die Versorgung so berechnet wird, als sei der Vorstandsvertrag bis zum planmäßigen Ende erfüllt worden. Dies gilt nicht, wenn die Deutsche Postbank AG das Anstellungsverhältnis aus wichtigem Grund kündigt.

Die Anpassung der späteren Rentenleistungen erfolgt entsprechend der prozentualen Entwicklung der höchsten Tarifgruppe des Tarifvertrags des Verbands öffentlicher Banken. Im Übrigen erfolgt die Anpassung nach der Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Deutschland.

Im Mai 2007 hat der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG für die erstmals nach dem 31. März 2007 berufenen Vorstände eine Umstellung der Versorgung vom bisherigen endgehaltsabhängigen Versorgungssystem auf eine beitragsorientierte Leistungszusage beschlossen. Der Versorgungszusage der danach neu eingetretenen Vorstandsmitglieder Heß, Storr und Strauß liegen daher folgende Eckpunkte zugrunde: Für jedes rentenfähige Dienstjahr erfolgt die Zuteilung eines Versorgungsbeitrags in Höhe von 25 % des versorgungsfähigen Grundgehalts. Die Versorgungsbeiträge werden einem virtuellen Versorgungskonto gutgeschrieben, das ab dem Zeitpunkt der Zuteilung bis zum Eintritt des Leistungsfalls jährlich mit dem für die steuerliche Bewertung von unmittelbaren Versorgungszusagen maßgeblichen Zinssatz verzinst wird. Im Versorgungsfall ergibt sich die Rentenhöhe, indem das auf dem Versorgungskonto angesammelte Versorgungsvermögen nach versicherungsmathe-

matischen Grundsätzen auf die voraussichtliche Rentenbezugsdauer verteilt wird. Die Einhaltung einer Wartezeit ist nicht erforderlich; die Ansprüche aus den Versorgungszusagen sind sofort unverfallbar. Eine Anpassung der Renten erfolgt in Höhe von 1 % p. a.

Die Vorstandsmitglieder Heß, Storr und Strauß haben ein Wahlrecht zwischen laufender Ruhegeldleistung und Kapitalauszahlung.

Versorgungszusagen und Individualausweis

Pensionszusagen			
	Versorgungsgrad am 31.12.2013	Maximalversorgungsgrad	Dienstzeitaufwand (service cost) für die Pensionsverpflichtung €
	%	%	€
Hans-Peter Schmid	56	60,00	349.623
Ralf Stemmer	58	60,00	126.740

	Beitragssumme für 2013	Stand des Versorgungskontos am 31.12.2013	Dienstzeitaufwand (service cost) für die Pensionsverpflichtung €
	€	€	€
Frank Strauß	187.500	454.088	290.771
Marc Heß ¹	165.000	1.775.595	347.404
Hanns-Peter Storr	150.000	475.013	239.935

¹Bei dem Vorstandsmitglied Heß erstattet die Deutsche Bank AG 20 % der wirtschaftlichen Lasten.

Die Bezüge für ehemalige Mitglieder des Vorstands bzw. deren Hinterbliebene betragen 5,07 Mio € (Vorjahr: 3,09 Mio €).

Der nach internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen ermittelte Verpflichtungsumfang (Defined Benefit Obligation, kurz DBO) für laufende Pensionen und Anwartschaften ehemaliger Vorstandsmitglieder beläuft sich auf 73,01 Mio € (Vorjahr: 75,67 Mio €).

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Hauptversammlung der Postbank hat die Vergütung des Aufsichtsrats letztmals im Jahr 2004 geändert. Das Vergütungssystem wurde in § 15 der Satzung der Postbank festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats aus einer festen und einer jährlichen erfolgsabhängigen sowie einer erfolgsabhängigen Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsarbeit sowie dem wirtschaftlichen Erfolg der Postbank Rechnung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei Bemessung der Vergütungshöhe berücksichtigt.

Die Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds ohne Ausschussmitgliedschaft setzt sich wie folgt zusammen: Die feste jährliche Vergütung (Fixum) beträgt 15.000 €, die erfolgsorientierte jährliche Vergütung 300 € für jeweils 0,03 €, um die der Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr den Betrag von 2,00 € übersteigt. Ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung besteht in Höhe von 300 € für jeweils 1%, um die der Konzerngewinn pro Aktie des zweiten dem jeweiligen Geschäftsjahr nachfolgenden Geschäftsjahres den Konzerngewinn pro Aktie des dem jeweiligen Geschäftsjahr vorangegangenen Geschäftsjahres übersteigt.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache der Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds, sein Stellvertreter das 1,5-Fache. Die Übernahme des Vorsitzes in einem Aufsichtsratsausschuss erhöht die Vergütung um das 1-Fache, die einfache Ausschussmitgliedschaft jeweils um das 0,5-Fache. Dies gilt nicht für die Mitgliedschaft im Vermittlungs- und Nominierungsausschuss.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben zudem Anspruch auf Ersatz der ihnen bei der Ausübung ihres Amtes entstehenden Auslagen sowie auf etwaige Umsatzsteueraufwendungen. Darüber hinaus erhält jedes teilnehmende Mitglied des Aufsichtsrats ein Sitzungsgeld von 250 € je Sitzung des Gesamtaufichtsrats oder eines Ausschusses.

Die Höhe der Aufsichtsratsvergütung ist in mehrfacher Hinsicht begrenzt: Die beiden variablen Vergütungskomponenten dürfen jeweils für sich genommen den Betrag der festen jährlichen Vergütung nicht überschreiten. Ferner darf die kurzfristige variable Vergütung insgesamt 0,5 % des Bilanzgewinns der Gesellschaft, vermindert um einen Betrag von 4 % der auf den geringsten Ausgabebetrag der Aktien geleisteten Einlagen, nicht übersteigen. Die Ausschussvergütung darf das 2-Fache der Vergütung des Aufsichtsratsmitglieds nicht übersteigen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten die Vergütung nach der Hauptversammlung. Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat angehören, erhalten die Vergütung zeitanteilig.

Für Mandatsträger aus dem Deutsche Bank Konzern erfolgt aufgrund interner Policies der Deutschen Bank AG keine Vergütung für Mandate in konzerneigenen Gesellschaften. Die Vergütung von Mandaten als Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten von Gesellschaften des Deutsche Bank Konzerns bleibt davon unberührt.

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2013 beträgt einschließlich der Sitzungsgelder 728,4 T€ (Vorjahr: 784,8 T€). Ergebnisbezogen haben die Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2013 keinen Anspruch auf eine erfolgsorientierte kurzfristige variable Vergütung. Aufgrund der nachhaltigen Ergebnisverbesserung der Postbank erhalten die Mitglieder eine erfolgsorientierte Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung.

Die Gesamtvergütung für das Geschäftsjahr 2013 gliedert sich wie folgt auf:

Mitglieder des Aufsichtsrats	Geschäftsjahr 2013			Geschäftsjahr 2012		
	Fixum	Variabel ¹	Summe	Fixum	Variabel ¹	Summe
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Rainer Neske ²	–	–	–	–	–	–
Frank Bsirske	45,0	48,0	93,0	45,0	20,8	65,8
Wilfried Anhäuser	–	10,7	10,7	9,7	19,7	29,4
Dr. Frank Appel	–	–	–	–	17,5	17,5
Marietta Auer	–	10,7	10,7	9,6	20,2	29,8
Rolf Bauermeister	15,0	16,5	31,5	15,0	17,0	32,0
Susanne Bleidt	22,5	1,8	24,3	12,9	1,5	14,4
Wilfried Boysen	15,0	16,3	31,3	15,0	16,8	31,8
Henry B. Cordes	–	–	–	–	4,2	4,2
Prof. Dr. Edgar Ernst	30,0	33,3	63,3	30,0	34,0	64,0
Annette Harms	–	7,1	7,1	6,4	12,9	19,3
Stefanie Heberling ²	–	–	–	–	–	–
Timo Heider	22,5	18,0	40,5	19,3	10,6	29,9
Dr. Tessen von Heydebreck	30,0	30,6	60,6	30,0	26,8	56,8
Dr. Peter Hoch	30,0	33,0	63,0	30,0	33,8	63,8
Elmar Kallfelz	–	14,3	14,3	12,9	27,0	39,9
Prof. Dr. Ralf Krüger	–	10,7	10,7	9,7	20,2	29,9
Hans-Jürgen Kummetat	15,0	1,3	16,3	8,6	0,8	9,4
Dr. Hans-Dieter Petram	–	2,0	2,0	–	10,4	10,4
Dr. Christian Ricken ²	–	–	–	–	–	–
Bernd Rose	30,0	4,3	34,3	17,2	2,8	20,0
Lawrence A. Rosen	15,0	16,5	31,5	15,0	16,0	31,0
Torsten Schulte	–	–	–	–	2,5	2,5
Christian Sewing ²	–	–	–	–	–	–
Michael Sommer	–	–	–	–	6,2	6,2
Eric Stadler	22,5	25,5	48,0	22,5	26,5	49,0
Werner Steinmüller ²	–	–	–	–	–	–
Gerd Tausendfreund	22,5	25,3	47,8	22,5	26,3	48,8
Renate Treis	30,0	32,0	62,0	30,0	34,3	64,3
Wolfgang Zimny	22,5	3,0	25,5	12,9	1,8	14,7
Summe	367,5	360,9	728,4	374,2	410,6	784,8

¹Die ausgewiesene variable Vergütung beinhaltet die für das jeweilige Geschäftsjahr an das Aufsichtsratsmitglied zu zahlende kurzfristige und langfristige Vergütung sowie das Sitzungsgeld.

²Vergütung entfällt aufgrund konzerninterner Policies der Deutschen Bank AG.

Herr Dr. Hoch erhielt für seine Aufsichtsratsstätigkeit innerhalb der BHW Holding AG und der BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft eine Vergütung in Höhe von 9,2 T€, Herr Heider in Höhe von 8,7 T€.

Die von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder haben im Geschäftsjahr 2013 eine arbeitsvertragliche Vergütung in Höhe von 610,4 T€ erhalten.

Darüber hinaus wurden an Mitglieder des Aufsichtsrats keine Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen außerhalb der Aufsichtsratsstätigkeit, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, gewährt. Die arbeitsvertragliche Vergütung der von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder ist davon ausgenommen.

Aktienbesitz des Vorstands und des Aufsichtsrats

Der Aktienbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder beträgt im Geschäftsjahr 2013 weniger als 1% der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien.

Zum Bilanzstichtag waren Kredite an Mitglieder des Vorstands und Mitglieder des Aufsichtsrats in Höhe von 550,5 T€ (Vorjahr: 685,0 T€) gewährt. Weitere Haftungsverhältnisse wurden nicht eingegangen.

D&O-Versicherung

Die Mitglieder des Vorstands und die Mitglieder des Aufsichtsrats sind nach den international gültigen Standards im Rahmen einer D&O-Versicherung versichert. Entsprechend den Erfordernissen des Corporate Governance Kodex, ist im Schadenfall eine Eigenbeteiligung der einzelnen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder vorgesehen.

(56) Andere Angaben

Die Deutsche Postbank AG gehört dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e.V. sowie der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH an.

Die Postbank hat außerdem eine Garantie gegenüber der Deutschen Postbank International S.A., Luxemburg, in Höhe von 473 Mio € abgegeben. Darin werden im Wesentlichen Engagements in Form von Risikounterbeteiligungsvereinbarungen abgesichert, die u.a. die Großkreditgrenze der Deutschen Postbank International S.A., Luxemburg, überschreiten.

Zudem hat die Postbank eine Garantie gegenüber der BHW Bausparkasse AG, Luxemburg, in Höhe von 12 Mio € abgegeben, über die das First Loss Piece eines Retail-Kredit-Portfolios der BHW Niederlassung Luxemburg übernommen wird.

Wesentliche Beschränkungen des Transfers von Vermögenswerten innerhalb des Postbank Konzerns

Gesetzliche, regulatorische und vertragliche Regelungen können den Transfer von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten innerhalb eines Konzerns beschränken. Hiervon betroffen sind im Postbank Konzern Vermögenswerte in Höhe von 24.147 Mio €, die zur Deckung von besicherten Emissionen (Pfandbriefen), und Vermögenswerte in Höhe von 6.952 Mio €, die im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften als Sicherheiten verwendet werden, sowie Vermögenswerte in Höhe von 16 Mio €, die als Abwicklungssicherheiten hinterlegt sind.

Darüber hinaus existieren bei einzelnen Gesellschaften des Konzerns gesetzliche Beschränkungen bezüglich der Gewinnausschüttung, insbesondere gemäß § 268 Abs. 8 HGB und bezüglich des Mindestkapitals. Diese Beschränkungen sind aus Konzernsicht von untergeordneter Bedeutung.

(57) Namen und Mandate der Organmitglieder

Vorstand

Mitglieder des Vorstands sind:
Frank Strauß, Bad Nauheim (Vorsitzender)
Marc Heß, Bonn
Hans-Peter Schmid, Baldham
Ralf Stemmer, Königswinter
Hanns-Peter Storr, Bonn

Mandate der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG zum 31. Dezember 2013 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Frank Strauß	Vorsitzender des Vorstands
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Bauspar-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats	norisbank GmbH, Berlin
Mitglied des Beirats	CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG, Köln
Mitglied des Beirats (seit 1. März 2013)	Talanx Deutschland Bancassurance, Hilden

Marc Heß	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln

Hans-Peter Schmid	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Bayerische Börse AG, München
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 12. Februar 2013)	Postbank Lebensversicherung AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 12. Februar 2013)	Postbank Versicherung AG, Hilden
Mitglied des Beirats	Talanx Deutschland Bancassurance, Hilden
Mitglied des Börsenrats (seit 1. Januar 2014)	Bayerische Börse AG, München
Mitglied des Wirtschaftsbeirats (seit 1. März 2013)	HUK-Coburg Versicherungsgruppe, Coburg

Ralf Stemmer	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln
Vorsitzender des Verwaltungsrats (seit 26. Februar 2013) Mitglied des Verwaltungsrats (seit 1. Januar 2013)	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Direkt GmbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Pensionsfonds AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 18. März 2013) Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 17. März 2013)	Postbank Systems AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Bonn
Mitglied des Beirats (seit 1. November 2013)	Verband der Sparda Banken e.V., Frankfurt am Main

Hanns-Peter Storr	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	norisbank GmbH, Berlin

Der Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG setzt sich wie folgt zusammen:

1. Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner
Rainer Neske Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG, Bad Soden (Vorsitzender)
Wilfried Boysen Kaufmann, Hamburg
Prof. Dr. Edgar Ernst Präsident Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung DPR e.V., Bonn
Stefanie Heberling Regionsleitung Köln/Bonn/Aachen, Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Wuppertal
Dr. Tessen von Heydebreck Vorsitzender des Kuratoriums der Deutsche Bank Stiftung, Berlin
Dr. Peter Hoch Privatier, München
Dr. Christian Ricken Mitglied des Group Executive Committee, Chief Operating Officer PBC, Deutsche Bank AG, Bad Homburg v. d. Höhe
Lawrence A. Rosen Mitglied des Vorstands Deutsche Post AG, Bonn
Christian Sewing Global Head of Group Audit Deutsche Bank AG, Osnabrück
Werner Steinmüller Mitglied Group Executive Committee, Head of Global Transaction Banking Deutsche Bank AG, Dreieich
2. Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer
Frank Bsirske Gewerkschaftssekretär, Vorsitzender Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Berlin (Stv. Vorsitzender)
Rolf Bauermeister Bundesfachgruppenleiter Postdienste Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Bundesverwaltung, Berlin
Susanne Bleidt Mitglied des Gesamtbetriebsrats Postbank Filialvertrieb AG, Bell
Timo Heider Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft und Postbank Finanzberatung AG, Emmerthal
Hans-Jürgen Kummert Beamter, Köln
Bernd Rose Vorsitzender Gesamtbetriebsrat Postbank Filialvertrieb AG/Postbank Filial GmbH, Menden (Sauerland)
Eric Stadler Vorsitzender des Betriebsrats Betriebs-Center für Banken AG, Markt Schwaben
Gerd Tausendfreund Gewerkschaftssekretär Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Nidderau
Renate Treis Stv. Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats Deutsche Postbank AG, Brühl
Wolfgang Zimny Bankjurist, Abteilungsleiter Deutsche Postbank AG, Zentrale, Bornheim

Mandate der Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Postbank AG zum 31. Dezember 2013 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner

Rainer Neske	
Vorsitzender des Aufsichtsrats	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Frankfurt am Main

Wilfried Boysen	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Hanse Marine-Versicherung AG, Hamburg
Mitglied des Aufsichtsrats	ASKLEPIOS Kliniken Hamburg GmbH, Hamburg

Prof. Dr. Edgar Ernst	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 13. Juni 2013)	Deutsche Annington Immobilien SE, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	DMG MORI SEIKI AG (vormals Gildemeister AG, Bielefeld)
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 21. Juni 2013)	Österreichische Post AG, Wien
Mitglied des Aufsichtsrats	TUI AG, Berlin und Hannover
Mitglied des Aufsichtsrats	Wincor Nixdorf AG, Paderborn

Dr. Tessen von Heydebreck	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Beirats	IFA Rotorion Holding GmbH, Haldensleben
Mitglied des Aufsichtsrats	Dussmann Verwaltungs AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	Vattenfall Europe AG, Berlin
Mitglied des Verwaltungsrats (seit 1. Januar 2013)	CURA Vermögensverwaltung GmbH & Co KG, Hamburg
Mitglied des Verwaltungsrats (seit 1. Januar 2013)	Deutsche Einkaufs-Center-Gesellschaft, Hamburg

Dr. Peter Hoch	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Juli 2013)	BHW Holding AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Juli 2013)	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln

Dr. Christian Ricken	
Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	norisbank GmbH, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Europe GmbH, Rotterdam
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Board of Directors	HuaXia Bank Co., Ltd., Beijing

Lawrence A. Rosen	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats (seit Juni 2013)	Qiagen GmbH, Hilden

Christian Sewing	
Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Vorstands	Frankfurter Institut für Risikomanagement und Regulierung (FIRM), Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	BHF-BANK Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main

Werner Steinmüller	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Nederland N.V., Amsterdam
Mitglied des Verwaltungsrats (bis 31. Dezember 2013)	Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg
Mitglied des Beirats	True Sale International GmbH, Frankfurt am Main

Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Frank Bsirske	
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	
Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 6. Mai 2013)	Deutsche Lufthansa AG, Köln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	RWE AG, Essen
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 23. Mai 2013)	Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	IBM Central Holding GmbH, Ehningen
Mitglied des Verwaltungsrats	Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main

Rolf Bauermeister	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Post AG, Bonn

Susanne Bleidt	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied der Mitgliederversammlung	Erholungswerk Post, Postbank, Telekom e.V., Stuttgart

Timo Heider	
Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Pensionskasse der BHW Bausparkasse VVaG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 23. Mai 2013)	Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main

Bernd Rose	
Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	ver.di Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 23. Mai 2013)	Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn

Gerd Tausendfreund	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main

Renate Treis	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied der Mitgliederversammlung	Erholungswerk Post, Postbank, Telekom e.V., Stuttgart

(58) Honorar des Abschlussprüfers gemäß §§ 285 Nr. 17, 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB

	2013 Mio €	2012 Mio €
Abschlussprüfungen	7,5	7,6
Andere Bestätigungsleistungen	2,0	2,0
Steuerberatungsleistungen	0,2	0,2
Sonstige Leistungen, die für das Mutterunternehmen oder Tochterunternehmen erbracht worden sind	1,5	2,5
Gesamt	11,2	12,3

Die Honorare werden im Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den Anforderungen des IDW RS HFA 36 „Anhangangaben nach §§ 285 Nr. 17, 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB über das Abschlussprüferhonorar“ ohne Umsatzsteuer angegeben.

(59) Inanspruchnahme von § 264 Abs. 3 HGB

Die Postbank nimmt für das Geschäftsjahr 2013 die Erleichterungen des § 264 Abs. 3 HGB für folgende Gesellschaften in Anspruch:

- Postbank Beteiligungen GmbH,
- Postbank Filial GmbH,
- Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH.

(60) Angaben gemäß § 313 Abs. 2 HGB**Anteilsbesitzliste**

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital %	Eigenkapital	Jahres- ergebnis ¹
		T€	T€
a) Verbundene Unternehmen			
In den Konzernabschluss einbezogen			
Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main	100,0	263.905	19.650
BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln	100,0	884.675	0 ²
BHW Gesellschaft für Vorsorge mbH, Hameln	100,0	242.370	0 ²
BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH, Hameln	100,0	918.946	0 ²
BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH & Co. Immobilienverwaltungs KG, Hameln	100,0	79.190	-3.262
BHW Holding AG, Hameln	100,0	742.156	0 ²
BHW-Immobilien GmbH, Hameln	100,0	4.088	1.180 ²
BHW Kreditservice GmbH, Hameln	100,0	3.688	3.064
Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH, Schuttrange (Munsbach), Luxemburg	100,0	1.201	643
Deutsche Postbank International S.A., Schuttrange (Munsbach), Luxemburg	100,0	926.965	85.104
DSL Portfolio GmbH & Co. KG, Bonn	100,0	8.837	139
DSL Portfolio Verwaltungs GmbH, Bonn	100,0	30	4
PB Factoring GmbH, Bonn	100,0	11.546	0 ²
PB Firmenkunden AG, Bonn	100,0	1.100	0 ²
PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Bonn		6.376.846	278.878 ³
Teilgesellschaftsvermögen PB 02	100,0	472.369	19.665
Teilgesellschaftsvermögen PB 08	100,0	510.557	25.455
Teilgesellschaftsvermögen PB 09	100,0	538.121	19.644
Teilgesellschaftsvermögen PB 11	100,0	618.324	25.372
Teilgesellschaftsvermögen PB 13	100,0	340.456	18.419
Teilgesellschaftsvermögen PB 14	100,0	337.142	16.255
Teilgesellschaftsvermögen PB 21	100,0	211.033	7.542
Postbank Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	310.325	0 ²
Postbank Direkt GmbH, Bonn	100,0	15.858	0 ²
Postbank Filial GmbH, Bonn	100,0	25	0 ²
Postbank Filialvertrieb AG, Bonn	100,0	55	0 ²
Postbank Finanzberatung AG, Hameln	100,0	17.104	-8.197
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn	100,0	18.874	0 ²
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG, Bonn	90,0	10.228	1.559
Postbank Leasing GmbH, Bonn	100,0	500	0 ²
Postbank P.O.S. Transact GmbH, Eschborn	100,0	10.964	-442
Postbank Service GmbH, Essen	100,0	124	-1
Postbank Systems AG, Bonn	100,0	51.591	0 ²
Postbank Versicherungsvermittlung GmbH, Bonn	100,0	25	0 ²
VÖB-ZVD Processing GmbH, Frankfurt am Main	75,0	18.165	2.988 ⁴

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital %	Eigenkapital T€	Jahres- ergebnis ¹ T€
a) Verbundene Unternehmen			
Nicht in den Konzernabschluss einbezogen			
BHW Eurofinance B.V. in liquidatie, Arnheim, Niederlande	100,0	631	-43
BHW Financial Srl in liquidazione, Verona, Italien	100,0	754	-128
BHW Invest, Société à responsabilité limitée, Luxemburg, Luxemburg	100,0	5.809	197
CREDA Objektenlage- und -verwaltungsgesellschaft mbH, Bonn	100,0	1.000	0 ²
easyhyp GmbH, Hameln	100,0	113	7
EC EUROPA IMMOBILIEN FONDS NR. 3 GmbH & CO. KG, Hamburg	65,2	-10.390	-6.745
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Suhle „Rimbachzentrum“ KG, Bad Homburg v. d. Höhe	74,0	0	-185
PB Sechste Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	53	0
Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln	100,0	1.140	2
SAB Real Estate Verwaltungs GmbH, Hameln	100,0	35	4
b) Beteiligungen, an denen mindestens 20 % der Kapitalanteile gehalten werden			
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Dresden „Louisenstraße“ KG, Bad Homburg v. d. Höhe	31,0	0	-87
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. „Leipzig-Magdeburg“ KG, Bad Homburg v. d. Höhe	41,0	0	-173
giropay GmbH, Frankfurt am Main	33,3	0	35
Nummus Beteiligungs GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	27,8	33.030	-31
Nummus Financial GmbH, Eppstein	27,8	34.475	3
SRC Security Research & Consulting GmbH, Bonn	16,9	4.107	1.429
Starpool Finanz GmbH, Berlin	50,0	259	20
c) Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5 % der Stimmrechte überschreitet			
BSQ Bauspar AG, Nürnberg	14,1	31.803	0
HYPOPORT AG, Berlin	9,7	34.636	-2.924
Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mit beschränkter Haftung, Leezen	11,0	39.234	1.783

¹ Die Angaben zu Eigenkapital und Jahresergebnis basieren auf den jeweils zuletzt festgestellten Jahresabschlüssen der Gesellschaften.

² Ergebnis- und Verlustübernahmevertrag

³ In der Gesellschaft sind zusätzlich die Anteile des Teilgesellschaftsvermögens PB 25 enthalten, die nicht von einer Gesellschaft des Postbank Konzerns gehalten werden. Darüber hinaus wurden im Geschäftsjahr 2013 die von der Deutschen Postbank AG gehaltenen Teilgesellschaftsvermögen PB 03-07, 10, 12, 15-18, 20, 22, 24 aufgelöst.

⁴ Ein Geschäftsanteil von 25 % des Stammkapitals wird treuhänderisch vom Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands e.V. (VÖB) für die Deutsche Postbank AG gehalten.

(61) Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG haben gemeinsam letztmalig am 17. Dezember 2013 die nach § 161 AktG vorgeschriebene Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex für das Geschäftsjahr 2013 abgegeben. Die Entsprechenserklärung ist im Internet auf unserer Homepage www.postbank.de im Wortlaut abrufbar.



VERSICHERUNG DES VORSTANDS

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Bonn, den 21. Februar 2014

Deutsche Postbank Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Frank Strauß

Marc Heß

Hans-Peter Schmid

Ralf Stemmer

Hanns-Peter Storr

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Deutsche Postbank AG, Bonn, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 24. Februar 2014

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Ralf Schmitz
Wirtschaftsprüfer

Christian F. Rabeling
Wirtschaftsprüfer

WEITERE INFORMATIONEN

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG QUARTALSÜBERSICHT	182
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG MEHRJAHRESÜBERSICHT	184
BILANZ MEHRJAHRESÜBERSICHT	185
SEGMENTBERICHTERSTATTUNG MEHRJAHRESÜBERSICHT	186
ANGEWANDTE RECHNUNGSLEGUNGSVORSCHRIFTEN	188
GREMIEN	190
GLOSSAR	192
ADRESSEN	197

05

WEITERE INFORMATIONEN

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG – QUARTALSÜBERSICHT

	2013				2012 ¹				2013	2012 ¹
	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	Jan.–Dez. Mio €	Jan.–Dez. Mio €
Zinserträge	1.253	1.292	1.297	1.316	1.439	1.499	1.551	1.611	5.158	6.100
Zinsaufwendungen	-655	-662	-648	-730	-788	-829	-849	-931	-2.695	-3.397
Zinsüberschuss	598	630	649	586	651	670	702	680	2.463	2.703
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-89	-93	-53	-84	-98	-93	-93	-100	-319	-384
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	509	537	596	502	553	577	609	580	2.144	2.319
Provisionserträge	335	357	339	345	343	368	350	362	1.376	1.423
Provisions- aufwendungen	-57	-72	-62	-65	-69	-73	-64	-63	-256	-269
Provisionsüberschuss	278	285	277	280	274	295	286	299	1.120	1.154
Handelsergebnis	-15	-18	-23	3	-32	-23	-9	-39	-53	-103
Ergebnis aus Finanzanlagen	-1	24	40	211	-42	44	-7	-10	274	-15
Verwaltungsaufwand	-792	-728	-742	-915	-787	-741	-728	-735	-3.177	-2.991
Sonstige Erträge	46	29	33	21	77	19	32	20	129	148
Sonstige Aufwendungen	-48	-30	-24	-17	-48	-23	-21	-26	-119	-118
Ergebnis vor Steuern	-23	99	157	85	-5	148	162	89	318	394
Ertragsteuern	-4	3	33	-19	-20	-24	-37	-25	-13	-106
Ergebnis nach Steuern	-27	102	190	66	-25	124	125	64	331	288
Ergebnis Konzern- fremde	-1	0	0	0	-1	0	0	0	-1	-1
Konzernverlust/ -gewinn	-28	102	190	66	-26	124	125	64	330	287

VERKÜRZTE GESAMTERGEBNISRECHNUNG – QUARTALSÜBERSICHT

	2013				2012 ¹				2013	2012 ¹
	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	Jan.–Dez. Mio €	Jan.–Dez. Mio €
Ergebnis nach Steuern	-27	102	190	66	-25	124	125	64	331	288
Sonstiges Ergebnis nach Steuern	16	6	-69	98	8	37	-45	91	51	91
Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	45	-12	-8	-61	-127	-127	89	-101	-36	-266
Neubewertungs-gewinne/-verluste (-) aus leistungsorientierten Versorgungsplänen	45	-12	-8	-61	-127	-127	89	-101	-36	-266
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	3	0	-9	4	1	3	-51	31	-2	-16
Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können, vor Steuern	-39	18	-51	163	143	171	-39	238	91	513
Veränderung der Neubewertungsrücklage	-39	18	-51	25	164	169	-51	234	-47	516
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode vor Steuern	-34	38	-60	31	103	148	-56	214	-25	409
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste vor Steuern	-5	-20	9	-6	61	21	5	20	-22	107
Veränderung der Währungsumrechnungsrücklage	0	0	0	138	-21	2	12	4	138	-3
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode vor Steuern	0	0	0	0	-21	2	12	4	0	-3
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste vor Steuern	0	0	0	138	0	0	0	0	138	0
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können	7	0	-1	-8	-9	-10	-44	-77	-2	-140
Gesamtergebnis Konzernfremde	-1	0	0	0	-1	0	0	0	-1	-1
Gesamtergebnis	-12	108	121	164	-18	161	80	155	381	378

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG – MEHRJAHRESÜBERSICHT

	2009 Mio €	2010 Mio €	2011 Mio €	2012 Mio €	2013 Mio €
Zinserträge	7.987	6.978	6.900	6.100	5.158
Zinsaufwendungen	-5.582	-4.247	-3.990	-3.397	-2.695
Zinsüberschuss	2.405	2.731	2.910	2.703	2.463
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-678	-561	-383	-384	-319
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	1.727	2.170	2.527	2.319	2.144
Provisionserträge	1.623	1.586	1.502	1.423	1.376
Provisionsaufwendungen	-285	-270	-250	-269	-256
Provisionsüberschuss	1.338	1.316	1.252	1.154	1.120
Handelsergebnis	-498	-241	64	-103	-53
Ergebnis aus Finanzanlagen	-148	-1	-554	-15	274
Verwaltungsaufwand	-2.864	-2.934	-3.204	-2.991	-3.177
Sonstige Erträge	178	175	107	148	129
Sonstige Aufwendungen	-131	-170	-114	-118	-119
Ergebnis vor Steuern	-398	315	78	394	318
Ertragsteuern	475	-176	34	-106	13
Ergebnis nach Steuern	77	139	112	288	331
Ergebnis Konzernfremde	-1	-1	-1	-1	-1
Konzerngewinn	76	138	111	287	330
Cost Income Ratio (CIR)	92,5%	77,1%	87,3%	80,0%	83,5%
Eigenkapital-Rendite (RoE)					
vor Steuern	-7,8%	5,7%	1,4%	6,6%	5,4%
nach Steuern	1,5%	2,5%	2,0%	4,8%	5,6%

BILANZ – MEHRJAHRESÜBERSICHT

Aktiva	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2012¹ Mio €	31.12.2013 Mio €
Barreserve	4.534	3.248	3.652	2.054	1.739
Forderungen an Kreditinstitute	14.467	12.140	20.322	27.646	20.153
Forderungen an Kunden	111.043	111.783	110.743	106.266	101.313
Risikovorsorge	-1.641	-1.764	-1.826	-1.745	-1.478
Handelsaktiva	20.471	24.150	6.892	5.135	1.824
Hedging-Derivate	520	664	1.277	565	113
Finanzanlagen	72.359	58.980	46.480	37.027	34.024
Immaterielle Vermögenswerte	2.368	2.339	2.274	2.248	2.028
Sachanlagen	838	826	791	768	698
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	73	73	73	0	0
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	280	321	206	113	115
Latente Ertragsteueransprüche	552	347	404	127	92
Sonstige Aktiva	745	695	647	719	728
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte	-	882	-	7.039	157
Summe der Aktiva	226.609	214.684	191.935	187.962	161.506

Passiva	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2012¹ Mio €	31.12.2013 Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	39.318	22.419	20.050	17.334	18.282
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	131.988	136.476	134.127	131.732	120.398
Verbriefte Verbindlichkeiten	16.722	12.860	12.727	9.436	7.342
Handelspassiva	22.434	26.174	8.591	5.953	1.681
Hedging-Derivate	2.051	1.451	1.817	1.002	460
Rückstellungen	2.148	2.287	2.557	2.974	1.608
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.104	1.126	1.161	1.530	93
b) Sonstige Rückstellungen	1.044	1.161	1.396	1.444	1.515
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	174	77	129	115	80
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	305	284	153	137	84
Sonstige Passiva	711	665	689	721	833
Nachrangkapital	5.507	5.577	5.438	3.196	4.358
Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten	-	787	-	9.382	168
Eigenkapital	5.251	5.627	5.657	5.980	6.212
a) Gezeichnetes Kapital	547	547	547	547	547
b) Kapitalrücklage	2.010	2.010	2.010	2.010	2.010
c) Andere Rücklagen	2.614	2.928	2.985	3.132	3.320
d) Konzerngewinn	76	138	111	287	330
Anteile in Fremdbesitz	4	4	4	4	5
Summe der Passiva	226.609	214.684	191.935	187.962	161.506

SEGMENTBERICHTERSTATTUNG – MEHRJAHRESÜBERSICHT

	Retail Banking					Firmenkunden					Transaction Banking				
	2009 Mio €	2010 Mio €	2011 Mio €	2012 ¹ Mio €	2013 Mio €	2009 Mio €	2010 Mio €	2011 Mio €	2012 ¹ Mio €	2013 Mio €	2009 Mio €	2010 Mio €	2011 Mio €	2012 ¹ Mio €	2013 Mio €
Zinsüberschuss	2.141	2.341	2.428	2.461	2.480	543	624	442	390	302	1	2	2	1	0
Handelsergebnis	-32	15	-9	-29	12	-140	0	-	0	-2	-	-	-	0	0
Finanzanlage- ergebnis	0	-5	-1	0	0	-51	-14	0	-3	0	-	-	-	0	0
Provisionsüber- schuss	1.113	1.080	1.032	974	908	104	123	93	89	89	349	363	327	294	288
Gesamterträge	3.222	3.431	3.450	3.406	3.400	456	733	535	476	389	350	365	329	295	288
Verwaltungs- aufwand	-2.189	-2.178	-2.204	-1.773	-1.919	-185	-151	-129	-97	-95	-317	-318	-295	-277	-253
Risikovorsorge	-345	-355	-291	-242	-210	-300	-209	-68	-48	-38	-	-	-	0	0
Sonstige Erträge/ Aufwendungen	29	10	14	9	1	-2	9	11	8	9	6	20	14	11	9
Verrechnungen				-700	-619				-91	-103				-6	-10
Ergebnis vor Steuern	717	908	969	700	653	-31	382	349	248	162	39	67	48	23	34
Cost Income Ratio (CIR)	67,9%	63,5%	63,9%	72,6%	74,6%	40,6%	20,6%	24,1%	39,5%	50,9%	90,6%	87,1%	89,7%	95,9%	91,3%
Eigenkapital- Rendite vor Steuern (RoE)	32,5%	57,9%	41,1%	28,3%	26,4%	-5,7%	115,2%	51,9%	35,1%	25,4%	-	-	-	-	-

	Financial Markets				NCOU				Übri- ge Kon- sol- die- rung	Cost Center/ Konsolidierung					Konzern				
	2009 Mio €	2010 Mio €	2011 Mio €	2012 ¹ Mio €	2013 Mio €	2011 Mio €	2012 ¹ Mio €	2013 Mio €		2009 Mio €	2009 Mio €	2010 Mio €	2011 Mio €	2012 ¹ Mio €	2013 Mio €	2009 Mio €	2010 Mio €	2011 Mio €	2012 ¹ Mio €
Zinsüber- schuss	125	-228	92	-44	120	-59	-109	-416	-406	1	-8	5	4	-23	2.405	2.731	2.910	2.703	2.463
Handels- ergebnis	47	-255	17	-4	-47	62	-66	-15	-372	-1	-1	-6	-4	-1	-498	-241	64	-103	-53
Finanz- anlage- ergebnis	-21	18	67	70	22	-679	-98	-60	-76	-	-	59	16	312	-148	-1	-554	-15	274
Provisions- überschuss	27	-5	1	-3	-14	3	10	19	-42	-213	-245	-204	-210	-170	1.338	1.316	1.252	1.154	1.120
Gesamt- erträge	178	-470	177	19	81	-673	-263	-472	-896	-213	-254	-146	-194	118	3.097	3.805	3.672	3.739	3.804
Verwal- tungs- aufwand	-90	-106	-103	-77	-62	-104	-61	-27	-864	781	-181	-369	-706	-821	-2.864	-2.934	-3.204	-2.991	-3.177
Risiko- vorsorge	-33	3	-3	5	-2	-21	-99	-69	0	-	-	-	0	0	-678	-561	-383	-384	-319
Sonstige Erträge/ Aufwen- dungen	5	2	2	0	18	-10	30	-32	577	-568	-36	-38	-28	5	47	5	-7	30	10
Verrech- nungen				-51	-21		-102	-53					950	806				0	0
Ergebnis vor Steuern	60	-571	73	-104	14	-808	-495	-653	-1.183	0	-471	-553	22	108	-398	315	78	394	318
Cost Income Ratio (CIR)	50,6%	-22,6%	58,2%	673,7%	102,5%	-15,5%	-62,0%	-16,9%	-	-	-	-	-	-	92,5%	77,1%	87,3%	80,0%	83,5%
Eigen- kapital- Rendite vor Steuern (RoE)	8,1%	-15,8%	5,6%	-7,6%	1,2%	-62,0%	-36,2%	-44,6%	-	-	-	-	-	-	-7,8%	5,7%	1,4%	6,6%	5,4%

ANGEWANDTE RECHNUNGSLEGUNGSVORSCHRIFTEN (STAND 31. DEZEMBER 2013)

Vorschrift ¹	Stand (letztes Revised) ²	Englischer Titel	Deutscher Titel	Anzuwenden seit ³	Übernommen durch EU- Verordnung ^{4, 7}
1. International Financial Reporting Standards (IFRS)⁵					
1.1. International Accounting Standards (IAS)					
IAS 1	rev. 2007	Presentation of Financial Statements	Darstellung des Abschlusses	01.01.2007	475/2012 v. 05.06.2012
IAS 2	rev. 1993	Inventories	Vorräte	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 7	rev. 1992	Cash Flow Statements	Kapitalflussrechnungen	01.01.1994	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 8	rev. 2003	Accounting Policies, Changes in Accounting Estimates and Errors	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Änderungen von Schätzungen und Fehler	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 10	rev. 2003	Events after the Balance Sheet Date	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 12	rev. 2000	Income Taxes	Ertragsteuern	01.01.1998	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 16	rev. 2003	Property, Plant and Equipment	Sachanlagen	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 17	rev. 2003	Leases	Leasingverhältnisse	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 18	rev. 1993	Revenue	Erträge	01.01.1995	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 19	rev. 2011	Employee Benefits	Leistungen an Arbeitnehmer	01.11.2005	475/2012 v. 05.06.2012
IAS 21	2005	The Effects of Changes in Foreign Exchange Rates	Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse	01.01.2008	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 23	rev. 2007	Borrowing Costs	Fremdkapitalkosten	01.01.2009	1260/2008 v. 10.12.2008
IAS 24	rev. 2009	Related Party Disclosures	Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	01.01.2011	632/2010 v. 19.07.2010
IAS 28	rev. 2012	Investments in Associates and Joint Ventures	Anteile an assoziierten Unternehmen und Joint Ventures	01.01.2006	1254/2012 v. 11.12.2012
IAS 32	rev. 2003 (2008)	Financial Instruments: Disclosure and Presentation	Finanzinstrumente: Angaben und Darstellung	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 33	rev. 2003	Earnings per Share	Ergebnis je Aktie	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 34	1998	Interim Financial Reporting	Zwischenbericht- erstattung	01.01.1999	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 36	rev. 2004	Impairment of Assets	Wertminderung von Vermögenswerten	31.03.2004	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 37	1998	Provisions, Contingent Liabilities and Contingent Assets	Rückstellungen, Eventualschulden und Eventualforderungen	01.07.1999	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 38	rev. 2004	Intangible Assets	Immaterielle Vermögenswerte	31.03.2004	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 39	2005 (2009)	Financial Instruments: Recognition and Measurement	Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung	01.01.2006	1126/2008 v. 03.11.2008

Vorschrift ¹	Stand (letztes Revised) ²	Englischer Titel	Deutscher Titel	Anzuwenden seit ³	Übernommen durch EU- Verordnung ^{4,7}
1.2. International Financial Reporting Standards (IFRS)⁵					
IFRS 3	rev. 2008	Business Combinations	Unternehmens- zusammenschlüsse	01.01.2009	495/2009 v. 03.06.2009
IFRS 4	2005	Insurance Contracts	Versicherungsverträge	01.01.2006	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRS 5	2004	Non-current Assets Held for Sale and Discontinued Operations	Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebene Geschäftsbereiche	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRS 7	2004 (2009)	Financial Instruments: Disclosures	Finanzinstrumente: Angaben	01.01.2007	1256/2012 v. 13.12.2012
IFRS 8	2007	Operating Segments	Geschäftssegmente	01.01.2009	1358/2007 v. 21.11.2007
IFRS 10	2012	Consolidated Financial Statements	Konzernabschlüsse	01.01.2014	1254/2012 v. 11.12.2012
IFRS 12	2012	Disclosures of Interest in Other Entities	Angaben zu Anteilen an anderen Unter- nehmen	01.01.2014	1254/2012 v. 11.12.2012
IFRS 13	2012	Fair Value Measurement	Bemessung des beizulegenden Zeitwertes	01.01.2013	1254/2012 v. 11.12.2012
1.3. Standard Interpretation Committee (SIC)					
IFRIC 4	2004	Determining Whether an Arrangement Contains a Lease	Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält	01.01.2006	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRIC 9	2006 (2009)	Reassessment of Embedded Derivatives	Neubeurteilung eingebetteter Derivate	01.01.2007	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRIC 10	2006	Interim Financial Reporting and Impairment	Zwischenbericht- erstattung und Wertminderung	01.01.2007	1126/2008 v. 03.11.2008
2. Deutscher Rechnungslegungs Standard (DRS)⁶					
DRS 16	2008	n.r.	Zwischenbericht- erstattung	01.01.2008	n.r.
DRS 17	2007	n.r.	Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder	31.12.2008	n.r.
DRS 20	2012	n.r.	Konzernlagebericht	01.01.2013	n.r.
3. Kapitalmarktorientierte Vorschriften					
WpHG	2007	n.r.	Wertpapierhandels- gesetz; insbesondere § 37v bis § 37z	01.01.2007	n.r.
DCGK i.V.m. § 161 AktG	2013	n.r.	Deutscher Corporate Governance Kodex	10.06.2013	n.r.
FWBO	2013	n.r.	Frankfurter Wertpapier- börsenordnung	28.10.2013	n.r.

¹Es werden nicht alle zum Stichtag existierenden Vorschriften aufgeführt, sondern diejenigen, die für die Postbank Gruppe von Relevanz sind.

²Die Postbank wendet immer aktuelle Standards inklusive Amendments an.

³Datum, ab dem die Vorschrift nach IFRS erstmals verpflichtend anzuwenden ist; eine freiwillige frühere Anwendung ist oft möglich. Wendet die Postbank eine Vorschrift freiwillig früher an, so wird im Anhang expliziert darauf hingewiesen.

⁴Die Postbank ist gemäß § 315a Abs. 1 HGB in Verbindung mit der sogenannten IAS-Verordnung (EU-Verordnung 1606/2002) verpflichtet, die von der EU übernommenen IFRS (Endorsement) anzuwenden. Das angegebene Datum entspricht der Freigabe durch die EU-Kommission (die Veröffentlichung im EU-Amtsblatt erfolgt kurz danach). Bezüglich des Zeitpunkts der Anwendung der in EU-Recht übernommenen IFRS-Standards gelten in der Regel die in den Standards geregelten Zeitpunkte (siehe Spalte „anzuwenden seit“). Wird ein IFRS erst nach dem Bilanzstichtag, aber vor dem „Tag des Unterzeichnens des Jahresabschlusses“ von der EU übernommen, so kann diese Vorschrift noch im Jahresabschluss angewendet werden (Klarstellung der EU-Kommission in ARC-Sitzung vom 30. November 2005).

⁵IFRS: Zum einen Oberbegriff aller vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlichten Rechnungslegungsvorschriften. Zum anderen vom IASB seit 2003 neu verabschiedete Rechnungslegungsvorschriften. Die bis 2002 verabschiedeten Vorschriften werden weiterhin unter den Bezeichnungen International Accounting Standards (IAS) veröffentlicht. Nur bei grundlegenden Änderungen der Vorschriften bereits vorhandener Standards werden die IAS in IFRS umbenannt.

⁶Die DRS werden insoweit angewendet, als sie Sachverhalte regeln, die gemäß § 315a HGB anzuwenden und nicht bereits in den IFRS selbst geregelt sind.

⁷Die Europäische Kommission hat am 3. November 2008 die konsolidierte Fassung aller in der EU in Kraft befindlichen International Financial Reporting Standards (IFRS) angenommen. Sie enthält alle bislang übernommenen IFRS einschließlich der am 15. Oktober 2008 übernommenen letzten Änderungen, sodass sich die Unternehmen künftig nur noch auf einen Rechtsakt stützen müssen. Die konsolidierte Fassung tritt an die Stelle von bislang 18 Einzelverordnungen und ersetzt die Verordnung Nr. 1725/2003 vom 29. September 2003 sowie alle bis zum 15. Oktober 2008 angenommenen Änderungen.

GREMIEN

Vorstände

Frank Strauß, Bad Nauheim
Vorsitzender

Marc Heß, Bonn

Hans-Peter Schmid, Baldham

Ralf Stemmer, Königswinter

Hanns-Peter Storr, Bonn

Aufsichtsrat

Rainer Neske, Bad Soden
Vorsitzender
Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG

Frank Bsirske¹, Berlin
Stv. Vorsitzender
Gewerkschaftssekretär, Vorsitzender Vereinte
Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)

Rolf Bauermeister¹, Berlin
Bundessachgruppenleiter Postdienste
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)
Bundesverwaltung

Susanne Bleidt¹, Bell
Mitglied des Gesamtbetriebsrats Postbank Filialvertrieb AG

Wilfried Boysen, Hamburg
Kaufmann

Prof. Dr. Edgar Ernst, Bonn
Präsident Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung DPR e.V.

Stefanie Heberling, Wuppertal
Regionsleitung Köln/Bonn/Aachen
Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG

Timo Heider¹, Emmerthal
Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats BHW Bausparkasse
Aktiengesellschaft und Postbank Finanzberatung AG

Dr. Tessen von Heydebreck, Berlin
Vorsitzender des Kuratoriums Deutsche Bank Stiftung

Dr. Peter Hoch, München
Privatier

Hans-Jürgen Kummetat¹, Köln
Beamter

Dr. Christian Ricken, Bad Homburg v. d. Höhe
Mitglied des Group Executive Committee,
Chief Operating Officer PBC,
Deutsche Bank AG

Bernd Rose¹, Menden (Sauerland)
Vorsitzender Gesamtbetriebsrat Postbank Filialvertrieb AG/
Postbank Filial GmbH

Lawrence A. Rosen, Bonn
Mitglied des Vorstands Deutsche Post AG

Christian Sewing, Osnabrück
Global Head of Group Audit Deutsche Bank AG

Eric Stadler¹, Markt Schwaben
Vorsitzender des Betriebsrats Betriebs-Center für
Banken AG

Werner Steinmüller, Dreieich
Mitglied Group Executive Committee, Head of Global
Transaction Banking Deutsche Bank AG

Gerd Tausendfreund¹, Nidderau
Gewerkschaftssekretär Vereinte Dienstleistungs-
gewerkschaft (ver.di)

Renate Treis¹, Brühl
Stv. Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats
Deutsche Postbank AG

Wolfgang Zimny¹, Bornheim
Bankjurist, Abteilungsleiter Deutsche Postbank AG Zentrale

¹Arbeitnehmersvertreter

GLOSSAR

Adressenausfallrisiken	Hierunter werden die Verlustrisiken subsumiert, die durch Bonitätsveränderungen oder durch den Ausfall eines Geschäftspartners induziert werden. Adressenausfallrisiken umfassen das Kreditrisiko, das Länder- bzw. Transferrisiko und das Kontrahentenrisiko. Das Kreditrisiko beschreibt mögliche Wertverluste, die durch die Zahlungsunfähigkeit oder durch eine Verschlechterung der Bonität des Schuldners entstehen. Das Länder- bzw. Transferrisiko kann bei grenzüberschreitenden Zahlungen infolge der Zahlungsunwilligkeit (politisches Risiko) oder der Zahlungsunfähigkeit (wirtschaftliches Risiko) eines Staates entstehen. Der Ausfall eines Vertragspartners bei der Abwicklung von Leistungsansprüchen oder die nicht termingerechte Erfüllung von Leistungsansprüchen wird durch das Kontrahentenrisiko beschrieben.
Agio	Aufgeld. Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und dem Nominalwert.
Anlagebuch	Risikotragende Positionen, die nicht dem Handelsbuch zugeordnet werden.
Asset-Backed Securities	Besondere Form der Verbriefung von Zahlungsansprüchen in handelbaren Wertpapieren. Die entsprechenden Wertpapiere sind durch Zusammenfassung bestimmter Finanzaktiva entstanden.
Assoziiertes Unternehmen	Ein Unternehmen, das nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen ist, auf dessen Geschäfts- oder Finanzpolitik ein in den Konzernabschluss einbezogenes Unternehmen maßgeblichen Einfluss hat.
Available for Sale (AFS)	Hierunter werden die zur Veräußerung zur Verfügung stehenden finanziellen Vermögenswerte verstanden (s. auch Wertpapiere Available for Sale).
Backtesting	Verfahren zur Überwachung der Güte von Value-at-Risk-Modellen (VaR). Hierzu wird über einen längeren Zeitraum geprüft, ob die über den VaR-Ansatz geschätzten potenziellen Verluste rückwirkend nicht wesentlich häufiger überschritten wurden, als gemäß dem angewandten Konfidenzniveau (s. auch Konfidenzniveau) zu erwarten gewesen wäre.
Basis Point Value (bpv)	bpv gibt die Barwertänderung eines Finanzinstruments an, wenn sich der Zinssatz um einen Basispunkt (0,01 %) ändert.
Cashflow Hedge	Hierunter wird vornehmlich die Absicherung des Risikos bei zukünftigen Zinszahlungen aus einem variabel verzinslichen Bilanzgeschäft mit einem Swap verstanden. Die Bewertung erfolgt zum Marktwert (Fair Value).
Cashflows	Zuflüsse und Abflüsse von Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten.
CDO	Collateralized Debt Obligations – Wertpapiere die durch verschiedene Vermögensgegenstände besichert sind.
CDS	Credit Default Swap – Finanzinstrument zur Übernahme des Kreditrisikos aus einem Referenzaktivism (z. B. Wertpapier oder Kredit). Dafür zahlt der Sicherungsnehmer an den Sicherungsgeber eine Prämie und erhält bei Eintritt eines vorab vereinbarten Kreditereignisses eine Ausgleichszahlung.
CLO	Collateralized Loan Obligations – Wertpapiere, die durch einen Pool von Kreditforderungen besichert sind.
CMBS	Commercial Mortgage Backed Securities – durch in der Regel Gewerbeimmobilien grundpfandrechtlich gesicherte Wertpapiere.
Commercial Paper	Kurzfristige unbesicherte Schuldtitel mit flexiblen Laufzeiten (max. 270 Tage), begeben von Emittenten erstklassiger Bonität. Sie dienen dazu, einen kurzfristigen Finanzierungsbedarf direkt bei Großanlegern zu decken.
CPPI	Constant Proportion Portfolio Insurance – kapitalgarantierte Schuldscheindarlehen.
Derivate	Finanzinstrumente, deren eigener Wert vom Wert eines anderen Finanzinstruments abhängt. Der Preis des Derivats wird vom Preis eines Basiswertes abgeleitet (Aktie, Währung, Zins usw.). Diese Instrumente bieten erweiterte Möglichkeiten für Risikomanagement und -steuerung.

Deutsche Rechnungslegungs Standards (DRS)	Empfehlungen zur Anwendung der (deutschen) Konzernrechnungslegungsgrundsätze, herausgegeben vom Deutschen Standardisierungsrat (DSR), einem Gremium des DRSC (Deutsches Rechnungslegungs Standard Committee e.V.).
Disagio	Abgeld. Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und dem Nominalwert.
Discounted Cashflow (DCF)	Die DCF-Methode ist eine anerkannte Bewertungsmethode zur Ermittlung des Fair Value (beizulegender Zeitwert) in inaktiven Märkten. Bei der DCF-Bewertungsmethode werden die zukünftigen Cashflows mit dem aktuellen Abzinsungsfaktor diskontiert.
Effektivzinsmethode	Die Amortisierung der Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Nominalwert (Agio/Disagio) unter Verwendung des effektiven Zinssatzes eines finanziellen Vermögenswertes oder einer finanziellen Verbindlichkeit. Als effektiver Zinssatz gilt der Kalkulationszinssatz, mit dem der erwartete künftige Zahlungsmittelfluss bis zum Endfälligkeitstermin oder zum nächsten marktpreisorientierten Zinsanpassungstermin auf den gegenwärtigen Buchwert des finanziellen Vermögenswertes oder einer finanziellen Verbindlichkeit abgezinst wird.
Embedded Derivatives	Eingebettete Derivate sind Bestandteil eines originären Finanzinstruments und mit diesem untrennbar verbunden, sogenannte Hybrid Financial Instruments, wie z. B. Aktienanleihen. Sie sind rechtlich und wirtschaftlich miteinander verbunden, jedoch unter bestimmten Voraussetzungen getrennt zu bilanzieren.
Equity-Methode	Bewertungsmethode für Anteile an Unternehmen, auf deren Geschäftspolitik ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann (assoziierte Unternehmen). Bei der Equity-Methode geht der anteilige Jahresüberschuss/-fehlbetrag des Unternehmens in den Buchwert der Anteile ein. Bei Ausschüttungen wird der Wertansatz um den anteiligen Betrag gemindert.
Fair Value (Full Fair Value)	Betrag, zu dem Aktiva bzw. Passiva zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern fairerweise gehandelt würden. Der Fair Value ist häufig identisch mit dem Marktpreis (beizulegender Zeitwert).
Fair Value Hedge	Hierbei handelt es sich vornehmlich um festverzinsliche Bilanzposten (z. B. eine Forderung, eine Aktie oder ein Wertpapier), die durch ein Derivat gegen das Marktpreisrisiko gesichert werden. Die Bewertung erfolgt zum Marktwert (Fair Value).
Fair-Value-Option (FVO)	Danach können finanzielle Vermögenswerte bzw. finanzielle Verbindlichkeiten (freiwillig) erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wenn u. a. dies zur Beseitigung oder erheblichen Verringerung von Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz (Accounting-Mismatch) führt.
Finanzinstrumente	Hierunter werden insbesondere Kredite bzw. Forderungen, verzinsliche Wertpapiere, Aktien, Beteiligungen, Verbindlichkeiten und Derivate subsumiert.
Fortgeführte Anschaffungskosten	Der Betrag, mit dem ein finanzieller Vermögenswert oder eine finanzielle Schuld bei der erstmaligen Erfassung bewertet wurde, abzüglich Tilgungen, zuzüglich/abzüglich der Auflösung von Agio/Disagio sowie abzüglich etwaiger außerplanmäßiger Abschreibungen.
Handelsaktiva	In diesen Bilanzposten werden Handelszwecken dienende Wertpapiere, Schuldscheindarlehen, Devisen, Edelmetalle und derivative Finanzinstrumente ausgewiesen. Sie werden zum Fair Value bewertet.
Handelsbuch	Bankaufsichtsrechtlicher Begriff für Positionen in Finanzinstrumenten, Anteilen und handelbaren Forderungen, die von einem Kreditinstitut zum Zwecke des kurzfristigen Wiederverkaufs unter Ausnutzung von Preis- und Zinsschwankungen gehalten werden. Darunter fallen auch eng mit Handelsbuchpositionen verbundene – z. B. der Absicherung dienende – Geschäfte. Nicht dem Handelsbuch zuzuweisende risikotragende Positionen werden dem Anlagebuch zugeordnet.
Handelsergebnis	Saldo der Erträge und Aufwendungen aus dem Eigenhandel in Wertpapieren, Finanzinstrumenten (insbesondere Derivaten), Devisen und Edelmetallen, die zum Marktpreis bewertet werden.
Handelspassiva	In diesem Bilanzposten werden derivative Finanzinstrumente des Eigenhandels, die einen negativen Marktwert besitzen, sowie Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt zum Fair Value.

Hedge Accounting	Darstellung gegensätzlicher Wertentwicklungen eines Sicherungsgeschäfts (z. B. eines Zinsswaps) und eines Grundgeschäfts (z. B. eines Kredits). Ziel des Hedge Accounting ist es, den Einfluss der erfolgswirksamen Bewertung und der Erfassung der Bewertungsergebnisse aus derivativen Geschäften auf die Gewinn- und Verlustrechnung zu minimieren.
Hedge Fair Value	Bewertungsergebnis eines gesicherten Grundgeschäfts unter Fixierung der nicht abgesicherten Risikofaktoren.
Hedging	Eine Strategie, bei der Sicherungsgeschäfte mit dem Ziel abgeschlossen werden, Bestände gegen das Risiko von ungünstigen Preisentwicklungen (Zinsen, Kurse) abzusichern.
Held to Maturity Investments (HtM)	Finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmaren Zahlungen sowie einer festen Laufzeit, die das Unternehmen bis zur Endfälligkeit halten will und kann, ausgenommen vom Unternehmen ausgereichte Kredite und Forderungen.
ICAAP	Interner Kapitalbemessungsprozess – internes Verfahren, nach dem Institute bankintern sicherzustellen haben, dass stets genügend Eigenkapital zur Abdeckung aller wesentlichen Risiken vorhanden ist.
Impairment	Betrag, um den die fortgeführten Anschaffungskosten eines Finanzinstruments den am Markt nachhaltig erzielbaren Betrag überschreiten.
International Financial Reporting Standards (IFRS)	Zum einen Oberbegriff aller vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlichten Rechnungslegungsvorschriften. Zum anderen vom IASB seit 2003 neu verabschiedete Rechnungslegungsvorschriften. Die bis 2002 verabschiedeten Vorschriften werden weiterhin unter den Bezeichnungen International Accounting Standards (IAS) veröffentlicht.
Investment Property	Grundstücke und/oder Gebäude, die zur Erzielung von Mieteinkünften oder Vermögenszuwächsen gehalten und nicht zu betrieblichen Zwecken genutzt werden.
Kapitalflussrechnung	Ermittlung und Darstellung des Zahlungsmittelflusses, den ein Unternehmen in einem Geschäftsjahr aus laufender Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit erwirtschaftet oder verbraucht hat, sowie zusätzliche Abstimmung des Zahlungsmittelbestands (Barreserve) zu Beginn des Geschäftsjahres mit dem Betrag am Ende des Geschäftsjahres.
Konfidenzniveau	Wahrscheinlichkeit, mit der ein potenzieller Verlust eine durch den Value-at-Risk definierte Verlustobergrenze nicht überschreitet.
Latente Steuern	Zukünftig zu zahlende oder zu erhaltende Ertragsteuern, die aus unterschiedlichen Wertansätzen in der Steuer- und in der IFRS-Bilanz resultieren. Sie stellen zum Zeitpunkt der Bilanzierung noch keine tatsächlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten gegenüber Finanzbehörden dar.
Liquiditätsrisiko	Ist das Risiko, den gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht zeitgerecht bzw. nicht in voller Höhe nachkommen zu können. Das Refinanzierungsrisiko entsteht, wenn bei Bedarf die erforderliche Liquidität nicht zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann.
Loans and Receivables (LaR)	Finanzielle Vermögenswerte, die nicht auf einem aktiven Markt notiert sind. Dazu zählen insbesondere Forderungen sowie Teile der Finanzanlagen.
Loss Identification Period (Lip)	Der Zeitraum vom Ausfall des Kreditnehmers bis zur Wahrnehmung dieses Ausfalls durch das Kreditinstitut. Der Lip-Faktor ist ein Faktor bei der Berechnung der Portfoliowertberichtigung nach IAS/IFRS und der Errechnung des „Incurred Loss“ (eingetretener Verlust).
Mark to Market	Bewertung aller Eigenhandelsaktivitäten eines Unternehmens zu aktuellen Marktpreisen einschließlich unrealisierter Gewinne – ohne Berücksichtigung der Anschaffungskosten.
Marktpreisrisiko	Mit Marktpreisrisiken werden die möglichen Verluste bezeichnet, die bei Finanztransaktionen durch Veränderungen von Zinsen, Volatilitäten, Fremdwährungs- und Aktienkursen induziert werden können. Die Wertveränderungen werden dabei unabhängig von der bilanziellen Betrachtung aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet.
Marktwert	Unter dem positiven/negativen Marktwert eines Finanzinstruments wird die Marktwertveränderung verstanden, die sich im Zeitraum zwischen dem Geschäftsabschluss und dem Bewertungsstichtag aufgrund von günstigen oder ungünstigen Marktänderungen ergeben hat.

Nachhaltigkeit	Unternehmen verpflichten sich gemäß dem Leitbild der „Nachhaltigen Entwicklung“ zur Verantwortung für die sozialen und ökologischen Auswirkungen ihrer wirtschaftlichen Entscheidungen. Ferner setzen sie sich als Teil der Gesellschaft mit Sozial- und Umweltthemen aktiv auseinander und unterstützen deren Umsetzung durch gezielte Maßnahmen.
Netting-Vereinbarungen	Verträge, wonach gegenseitige Forderungen zwischen zwei Parteien unter bestimmten Voraussetzungen miteinander verrechnet werden können – beispielsweise im Insolvenzfall. Die Einbeziehung einer rechtsverbindlichen Netting-Vereinbarung führt zu einer Reduzierung des Ausfallrisikos von einem Brutto- auf einen Nettobetrag.
Neubewertungsrücklage	In der Neubewertungsrücklage werden Marktwertänderungen von Finanzinstrumenten der Kategorie Available for Sale sowie deren latente Steuereffekte erfolgsneutral erfasst.
Operationelles Risiko	Unter dem Operationellen Risiko wird gemäß der Definition nach Basel II „die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen eintreten“ verstanden. Entsprechend der Definition nach Basel II, werden auch die rechtlichen Risiken hier einbezogen.
Option	Recht, den zugrunde liegenden Optionsgegenstand (beispielsweise Wertpapiere oder Devisen) von einem Vertragspartner (Stillhalter) zu einem vorweg fest vereinbarten Preis zu einem bestimmten Zeitpunkt bzw. in einem bestimmten Zeitraum zu kaufen (Kaufoption/Call) oder an diesen zu verkaufen (Verkaufsoption/Put).
OTC-Derivate	Finanzinstrumente (Derivate), die nicht standardisiert sind und nicht an einer Börse, sondern direkt zwischen den Marktteilnehmern (over-the-counter) gehandelt werden.
Portfolio	Zusammenfassung ähnlicher Geschäfte, insbesondere von Wertpapieren und/oder Derivaten, unter Preisrisikoaspekten.
Rating	Extern: standardisierte Beurteilung der Bonität des Emittenten und seiner Schuldtitel durch spezialisierte Agenturen. Intern: detaillierte Risikoeinschätzung jedes Exposures eines Schuldners.
Recovery Rate (Verwertungsrate):	Die Recovery Rate gibt den prozentualen Anteil einer Forderung an, den ein Gläubiger bei Ausfall des Darlehensnehmers unter Berücksichtigung des ökonomischen Verlusts nach Verwertung von Sicherheiten und sonstigen Rechten zurückerhält.
Repo-Geschäft (Repurchase Agreement)	Vereinbarung über den Rückkauf bei Wertpapiergeschäften (echtes Pensionsgeschäft, dessen Gegenstand weiterhin dem Pensionsgeber zuzurechnen ist). Aus Sicht des Pensionsnehmers wird von einem Reverse-Repo-Geschäft gesprochen.
Return on Equity (RoE)/Eigenkapitalrendite	Grundlegende Kennziffer zur Ertragslage, die das Ergebnis (Jahresüberschuss) im Verhältnis zum eingesetzten Eigenkapital darstellt (Ergebnis in Prozent des jahresdurchschnittlich eingesetzten Eigenkapitals).
Reverse-Repo-Geschäft	S. Repo-Geschäft.
Securitization (Verbriefung)	Ersatz von Krediten oder Finanzierung von Forderungen verschiedenster Art durch die Ausgabe von Wertpapieren (z. B. Schuldverschreibungen oder Commercial Papers).
Segmentbericht-erstattung	Offenlegung von Vermögens- und Ergebnisinformationen, untergliedert nach Tätigkeitsbereichen (Unternehmensbereichen) und geografischen Merkmalen (Regionen).
Sell-and-Buy-Back-Geschäft	Kombination zweier Kaufverträge, und zwar der jeweils separaten Verträge für das Kassa- und das Termingeschäft.
Sicherungsgeschäfte	Geschäfte, die dazu dienen, durch die Änderung ihres Fair Value die Änderung im Fair Value des gesicherten Grundgeschäfts auszugleichen.
Swap	Austausch von Zahlungsströmen. Zinsswap: Tausch von Zinszahlungsströmen gleicher Währung mit unterschiedlichen Konditionen (beispielsweise fest/variabel). Währungsswap: Tausch von Zahlungsströmen und Kapitalbeträgen in verschiedenen Währungen.

Underlying	Das Underlying ist der Gegenstand eines Optionsscheins, Zertifikats bzw. eines Terminkontrakts, also der Gegenstand, der dem Optionsschein/Zertifikat/Terminkontrakt zugrunde liegt. Der Basiswert kann beispielsweise eine Aktie, eine Währung oder eine Anleihe sein.
Unwinding	Erfolgswirksame Vereinnahmung der sich im Zeitablauf ergebenden Barwertveränderung des erwarteten zukünftigen Cashflows wertberichtigter (impaired) Kredite.
Value-at-Risk-Modell (VaR)	VaR bezeichnet eine Methode zur Quantifizierung von Risiken. VaR wird derzeit hauptsächlich im Zusammenhang mit der Messung von Marktpreisrisiken gebraucht. Um aussagekräftig zu sein, müssen zusätzlich immer die Haltedauer (z. B. zehn Tage) und das Konfidenzniveau (s. auch Konfidenzniveau) (z. B. 99,0 %) angegeben werden. Der VaR-Wert bezeichnet dann diejenige Verlustobergrenze, die innerhalb der Haltedauer mit einer Wahrscheinlichkeit entsprechend dem Konfidenzniveau nicht überschritten wird.
Volatilität	Kursschwankung eines Wertpapiers bzw. einer Währung. Oftmals wird diese in Form der Standardabweichung aus der Kurshistorie berechnet bzw. implizit aus einer Preissetzungsformel. Je höher die Volatilität, desto risikoreicher ist das Halten der Anlage.
Währungsrisiko	Risiko, dass sich der Wert eines Finanzinstruments aufgrund von Änderungen der Wechselkurse verändert.
Wertpapiere Available for Sale	Wertpapiere, die weder dem Handelsbestand noch der Kategorie Loans and Receivables zuzuordnen sind und (bei Glaubigerpapieren) nicht bis zur Endfälligkeit gehalten werden. Sie werden mit ihrem Fair Value in der Bilanz ausgewiesen. Änderungen des Fair Value werden grundsätzlich erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage innerhalb des Eigenkapitals gezeigt. Fällt der Fair Value aufgrund einer nicht vorübergehenden Wertminderung unter die fortgeführten Anschaffungskosten, so wird die Differenz zwischen den beiden Werten erfolgswirksam im Aufwand berücksichtigt (s. auch Impairment). Realisierte Gewinne und Verluste werden ebenfalls erfolgswirksam vereinnahmt.
Wertpapierdarlehen	Darlehensweises Überlassen von festverzinslichen Wertpapieren oder Aktien, wobei zwischen closed term (Rückübertragung der gleichen Anzahl und Art von Wertpapieren zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Zukunft) und open term (Überlassung bis auf Weiteres) unterschieden wird.

ADRESSEN**Deutsche Postbank AG****Zentrale**

Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920-0
Telefax: 0228 920-35151
Internet: www.postbank.de
E-Mail: direkt@postbank.de

Tochtergesellschaften**Betriebs-Center für Banken AG**

Eckenheimer Landstraße 242
60320 Frankfurt am Main
Postanschrift:
60290 Frankfurt am Main
Telefon: 069 6 89 76-0
Telefax: 069 6 89 76-5099
E-Mail: bcb.direkt@bcb-ag.de

BHW Bausparkasse AG

Lubahnstraße 2
31789 Hameln
Postfach 10 13 22
31781 Hameln
Telefon: 05151 18-6700
Telefax: 05151 18-3001
E-Mail: info@bhw.de

BHW Kreditservice GmbH

Lubahnstraße 2
31789 Hameln
Postfach 10 02 16
31752 Hameln
Telefon: 05151 18-8000
Telefax: 05151 18-8999
E-Mail: info@bhw-kreditservice.de

Deutsche Postbank International S.A.

PB Finance Center
Parc d'Activité Syrdall 2
18–20, rue Gabriel Lippmann
L-5365 Munsbach
Postanschrift:
L-2633 Luxemburg
Telefon: +352 34 95 31-1
Telefax: +352 34 95 32-550
E-Mail: deutsche.postbank@postbank.lu

PB Factoring GmbH

Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 5500-3311
Telefax: 0228 5500-3339
E-Mail: factoring@postbank.de

PB Firmenkunden AG

Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 5500-3300
Telefax: 0228 5500-3399
E-Mail: firmenkunden@postbank.de

Postbank Direkt GmbH

Kennedyallee 62–70
53175 Bonn
Telefon: 0228 920-0
Telefax: 0228 920-35151
Internet: www.postbank.de
E-Mail: direkt@postbank.de

Postbank Filialvertrieb AG

Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920-0
Telefax: 0228 920-35151
E-Mail: direkt@postbank.de

Postbank Finanzberatung AG

Lubahnstraße 5
31789 Hameln
Postanschrift:
31789 Hameln
Telefon: 0228 5500-1555
Telefax: 05151 18-3001
E-Mail: direkt@postbank.de

Postbank Immobilien GmbH

Lubahnstraße 2
31789 Hameln
Postfach 10 13 42
31763 Hameln
Telefon: 0228 5500-1155
Telefax: 0228 5500-1199
E-Mail: info@bhw-immobilien.de

Postbank Leasing GmbH

Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 5500-3322
Telefax: 0228 5500-3323
E-Mail: leasing@postbank.de

Postbank P.O.S. Transact GmbH

Frankfurter Straße 71–75
65760 Eschborn
Telefon: 06196 96 96-0
Telefax: 06196 96 96-200
E-Mail: info@postransact.de

Postbank Service GmbH

Kruppstraße 2
45128 Essen
Postanschrift:
45125 Essen
Telefon: 0201 819-8001
Telefax: 0201 819-8009
E-Mail: direkt@postbank.de

Postbank Systems AG

Baunscheidtstraße 8
53113 Bonn
Postfach 26 01 46
53153 Bonn
Telefon: 0228 920-0
Telefax: 0228 920-63010
E-Mail: postbank.systems@postbank.de

VÖB-ZVD Processing GmbH

Alemannenstraße 1
53175 Bonn
Postfach 26 01 32
53153 Bonn
Telefon: 0228 9377-0
Telefax: 0228 9377-599
E-Mail: zvd@voeb-zvd.de

IMPRESSUM

Herausgeber

Deutsche Postbank AG
Zentrale
Investor Relations
Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920 - 0

Investor Relations

Telefon: 0228 920 -18003
E-Mail: ir@postbank.de
www.postbank.de/ir

Konzept, Gestaltung und Satz

EGGERT GROUP, Düsseldorf

Koordination/Redaktion

Postbank
Investor Relations



Der Klimaneutrale Druck
mit der Deutschen Post

Dieser Geschäftsbericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die sich auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (insbesondere die Entwicklung der Geld- und Kapitalmarktinzinsen), das Geschäft und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Postbank Konzerns beziehen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind keine Aussagen, die Tatsachen der Vergangenheit beschreiben, und werden mitunter durch die Verwendung der Begriffe „glauben“, „erwarten“, „vorhersagen“, „planen“, „schätzen“, „bestreben“, „voraussehen“, „annehmen“ und ähnliche Formulierungen kenntlich gemacht. Zukunftsgerichtete Aussagen beruhen auf den gegenwärtigen Plänen, Schätzungen, Prognosen und Erwartungen der Gesellschaft und unterliegen daher Risiken und Unsicherheitsfaktoren, die dazu führen können, dass die tatsächlich erreichte Entwicklung oder die erzielten Erträge oder Leistungen wesentlich von der Entwicklung, den Erträgen oder den Leistungen abweichen, die in den zukunftsgerichteten Aussagen ausdrücklich oder implizit angenommen werden.

Die Leser dieses Geschäftsberichts werden ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sie kein unangemessenes Vertrauen in diese zukunftsgerichteten Aussagen setzen sollten, die nur zum Datum dieses Geschäftsberichts Gültigkeit haben. Die Deutsche Postbank AG beabsichtigt nicht und übernimmt keine Verpflichtung, die zukunftsgerichteten Aussagen zu aktualisieren.

